

5. Kinder- und Jugendbericht des Saarlandes

2021



• Ministerium für
Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie

SAARLAND

Großes entsteht immer im Kleinen.



Erik Schäffer, Tobias Schumann,
Sarah Krewer, Christina Heß

5. Kinder- und Jugendbericht für das Saarland

Bearbeitung:

iSPO, Institut für Sozialforschung, Praxisberatung
und Organisationsentwicklung GmbH

Impressum

Autoren und Autorinnen:

Erik Schäffer, Tobias Schumann, Sarah Krewer, Christina Heß

Bearbeitung:

iSPO, Institut für Sozialforschung, Praxisberatung
und Organisationsentwicklung GmbH, Saarbrücken

Saargemünder Straße 40

66119 Saarbrücken

0681 9850167

www.ispo-institut.de

ispo@ispo-institut.de

Gestaltung:

zimmer. büro für ehrliche werbung

www.ehrlich-werben.de

Saarbrücken, im Dezember 2021

Im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie des Saarlandes

Inhalt

	Vorwort der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	7
^	Vorab das Wichtigste in Kürze	10
1	Einleitung: Die Grundlagen des 5. Kinder- und Jugendberichts	30
2	Grunddaten: Demographie der saarländischen Jugend	38
3	Die soziale Lage von Kindern und Jugendlichen im Saarland ..	48
4	Partizipation und Mitbestimmung	92
5	Werte, Demokratie, Politik und gesellschaftliches Engagement	104
6	Die Digitale Welt	126
7	Das »Zuhause-Lieben« und die Welt entdecken	138
8	Jugendarbeit, informelle Bildung und Freizeit	148
9	Die saarländische Jugend und Corona: Lessons learned und der Blick nach vorne	164
10	Abschließendes Fazit und übergreifende Empfehlungen für eine eigenständige saarländische Kinder- und Jugendpolitik	176
	Literatur und Quellen	182
	Anhang	
	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	I
	Das Konzept zur Erstellung des 5. Kinder- und Jugendbericht im Detail	V
	Weitere Abbildungen zur Demographie und demographische Entwicklung	XXVII
	Projektbeirat	XLI

Abkürzungsverzeichnis

AG KJHG	Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BFJ	Bundesfreiwilligendienst
DFKI	Deutsches Forschungszentrum für künstliche Intelligenz
FÖJ	Freiwilliges Ökologisches Jahr
FSJ	Freiwilliges Soziales Jahr
iABE	integrierte Ausbildungsberichtserstattung
IFJD	Internationaler Jugendfreiwilligendienst
ism	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e. V.
iSPO	Institut für Sozialforschung, Praxisberatung und Organisationsentwicklung GmbH
KSVG	Kommunalselbstverwaltungsgesetz
MBK	Ministerium für Bildung und Kultur
MSGFF	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
SGB	Sozialgesetzbuch
umA	unbegleitete minderjährige Ausländer



Monika Bachmann
Ministerin für Soziales,
Gesundheit, Frauen
und Familie

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem vorliegenden 5. Kinder- und Jugendbericht ist erneut ein thematisch umfassender Bericht zur Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen im Saarland erarbeitet worden.

Mit dem »iSPO« (Institut für Sozialforschung, Praxisberatung und Organisationsentwicklung) in Saarbrücken wurde ein renommiertes Institut mit der Erstellung und wissenschaftlichen Begleitung des 5. Kinder- und Jugendberichts beauftragt, welches sich auf vielfältigen Gebieten der Sozialpolitik betätigt.

Leitziel für die Erstellung des 5. Kinder- und Jugendberichts war, durch eine umfassende Darstellung der Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Saarland eine breite und verlässliche Informations- und Entscheidungsgrundlage für die Gestaltung der zukünftigen Kinder- und Jugendpolitik im Saarland zu gewährleisten. Auf eine bestimmte Schwerpunktthemensetzung zu Beginn der Befragung wurde bewusst verzichtet.

Der 5. Kinder- und Jugendbericht wurde infolgedessen in einem ausgeprägten partizipativen Prozess erstellt.

Die Umsetzung des partizipativen Prozesses wurde durch eine umfassende und aktive Beteiligung von saarländischen Akteurinnen und Akteuren der Kinder- und Jugendpolitik sowie von jungen Saarländerinnen und Saarländern selbst erreicht.

Ziel der Befragung war es, möglichst präzise diejenigen Themen zu bestimmen, die für die Gestaltung einer eigenständigen und saarland-spezifischen Kinder- und Jugendpolitik besonders relevant sind.

Die Vielfalt der Aussagen und Meinungen der Kinder und Jugendlichen sowie der Experten und Expertinnen haben dazu geführt, dass sich in der Folge verschiedene Schwerpunktthemen für den vorliegenden Bericht herauskristallisiert haben, die richtungweisende Denkanstöße für die künftige Arbeit mit Kindern und Jugendlichen geben können.

Der gezielte Blick auf die Gruppe der Kinder und Jugendlichen im Alter von 4 bis 26 Jahren ist Gegenstand des vorliegenden Kinder- und Jugendberichtes. Diese Vorgehensweise und die Ergebnisse der Befragung zeigen deutlich, dass für eine zukunftsfähige Gestaltung der saarländischen Kinder- und Jugendpolitik u.a. die Frage der Beteiligung, Mitwirkung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen und Aktivitäten eine entscheidende Rolle spielen wird. Die Aussagen der Kinder und Jugendlichen machen u.a. deutlich, dass sie gewillt sind, sich bei partizipativen Prozessen zu engagieren:

»Die Landesregierung im Saarland sollte unbedingt auf die Jugendlichen zugehen, sich ihre Meinung anhören und mit ihnen zusammen an Lösungen arbeiten«

Der Bericht zeigt, dass die saarländischen Kinder und Jugendlichen fest in demokratischen Grundhaltungen verankert sind. Er zeigt aber auch, dass es kontinuierlicher gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen bedarf, um die Förderung von Demokratiebildung als steten Auftrag umzusetzen.

Mit Blick auf die soziale Lage der saarländischen Kinder und Jugendlichen ergibt sich ein vielschichtiges Bild, welches differenziert zu betrachten ist. Eine Mehrheit der Kinder und Jugendlichen lebt in guten gefestigten Verhältnissen, demgegenüber steht jedoch auch eine Gruppe von jungen Menschen unter 18 Jahren, bei denen aufgrund der Datenlage davon auszugehen ist, dass sie von Armut und den Auswirkungen daraus betroffen sind.

Die gewonnenen Erkenntnisse aus den Befragungen können impulsgebend für weitere Entwicklungen in kinder- und jugendpolitischer Hinsicht in unserem Land sein. Es freut mich sehr, dass die Entstehung des 5. Kinder- und Jugendberichtes unter einer breiten Beteiligung der Kinder und Jugendlichen selbst sowie der unterschiedlichen Expertisen erfolgt ist.

Das Thema: »Jugend und Corona« wurde kurzfristig aus aktuellem Anlass Teil des Berichts. Das Kapitel zeigt auf, wie saarländische Jugendliche diese Zeit (bis zum Herbst 2020) erlebt und wahrgenommen haben. Aussagen wie

»Am schwierigsten an der ›Corona-Zeit‹ im Frühjahr war, beim Lernen auf sich alleine gestellt zu sein und die Motivation zu halten.«

zeigen wortgetreu an, wie die Kinder und Jugendlichen die schwierige Zeit wahrnehmen. Die Befragungen haben deutlich gezeigt, dass die jungen Saarländerinnen und Saarländer sehr verantwortungsvoll mit den Einschränkungen und Belastungen in der Pandemie umgegangen sind.

Wir sind als Politik gefordert, die vielfältigen Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche zu analysieren und in der Folge zielgruppengerecht aufzuarbeiten. Ich wünsche mir, dass die Ergebnisse des vorliegenden Berichts ein breites öffentliches Interesse erfahren und die Ergebnisse in der Fachpraxis und bei den politischen Entscheidungsträgern entsprechende Resonanz finden, die Kinder- und Jugendpolitik im Saarland weiter engagiert mit zu gestalten.

Mein Dank gilt allen Beteiligten, die an der Erstellung des Berichtes mitgewirkt haben.



Monika Bachmann
Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Vorab das Wichtigste in Kürze



Grundlagen des 5. Kinder- und Jugendberichts

- Der 5. Kinder- und Jugendbericht wurde in einem ausgeprägten partizipativen Prozess erstellt.
- Insgesamt waren mehr als 180 Expertinnen und Experten für die Zielgruppe der Kinder- und Jugendpolitik sowie ca. 2.000 junge Saarländerinnen und Saarländer im Alter zwischen 4 und 26 Jahren an der Erstellung des 5. saarländischen Kinder- und Jugendberichts beteiligt.
- Auf der Grundlage der Ergebnisse der verschiedenen Partizipationsformate und Befragungen wurden vom ausführenden Institut Empfehlungen für die Gestaltung der zukünftigen Kinder und Jugendpolitik des Saarlandes formuliert.
- Die nachfolgenden »Handlungsempfehlungen« des Instituts für Sozialforschung, Praxisberatung und Organisationsentwicklung GmbH – iSPO – richten sich insbesondere an
 - die politischen Entscheidungsträger auf Landesebene und in den Kommunen,
 - die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe,
 - die Fachverbände und weiteren Interessensvertretungen von Kindern und Jugendlichen,
 - alle Behörden, Institutionen und Akteure, die für die Belange von Kindern und jungen Menschen zuständig sind sowie
 - die Fachöffentlichkeit.

Grunddaten: Demographie der saarländischen jungen Menschen

- Zum Stichtag am 31.12.2020 lebten 248.479 junge Menschen zwischen 0 und 27 Jahren im Saarland. Das waren 25,3% der Bevölkerung. Sowohl die Anzahl als auch der Anteil an der Bevölkerung der unter 28-Jährigen nehmen kontinuierlich ab. Trotz phasenweise gesteigener Geburtenzahlen wird ein weiterer Rückgang prognostiziert.
- Auf Landkreisebene zeichnet sich die gleiche Bevölkerungsdynamik ab. Die Regionen sind jedoch unterschiedlich stark betroffen: Nur im Regionalverband Saarbrücken ist der Anteil der jungen Menschen annähernd stabil, in einzelnen Altersgruppen gibt es sogar leichte Zuwächse.
- Rund ein Drittel der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren im Saarland hat einen Migrationshintergrund, fast 15% haben eine ausländische Staatsangehörigkeit.



Die soziale Lage von Kindern und Jugendlichen im Saarland

- Die soziale Lebenssituation der saarländischen Kinder und Jugendlichen im Saarland ist differenziert zu betrachten. Für ca. jeden dritten jungen Menschen unter 18 Jahren im Saarland ist aufgrund der Datenlage davon auszugehen, dass er aufgrund seiner ökonomischen Familiensituation (Stichworte »Kinder- und Jugendarmut«), gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Entwicklungsverzögerungen oder Behinderungen in verschiedener Hinsicht von Benachteiligungen für seine persönliche, schulische und berufliche Entwicklung betroffen ist. Demgegenüber steht eine Mehrheit von ca. zwei Dritteln dieser Gruppe, für die keine vergleichbaren Einschränkungen für ihre schulische und berufliche Entwicklung und für Chancen- und Teilhabegerechtigkeit zu erkennen sind.

Handlungsempfehlungen zur Berücksichtigung der sozialen Vielfalt und Diversität »der Jugend« im Saarland

- **Spezifische Lebenslagen bei Entscheidungen und Maßnahmen berücksichtigen**
Angesichts der unterschiedlichen und spezifischen Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen sollte bei jugendpolitischen Entscheidungen und Maßnahmen jeweils verbindlich geprüft und berücksichtigt werden, welche Gruppen von Kindern und Jugendlichen aufgrund persönlicher und sozialer Merkmale in welcher Hinsicht von den Regelungen betroffen sind und ggf. hinsichtlich der erwünschten Effekte Einschränkungen unterliegen.
- **Auswirkungen von Kinder- und Jugendarmut verhindern**
Es sollten verstärkt Maßnahmen zur Verhinderung des Entstehens von Kinder- und Jugendarmut umgesetzt werden (primäre Armutsprävention). Die Einführung einer Kindergrundsicherung könnte hierfür ein geeignetes Mittel sein.
- **Maßnahmen zur Armutsprävention**
Zusätzlich sollten Aktivitäten zur Verhinderung der nachteiligen Auswirkungen von Kinderarmut verstärkt werden (sekundäre Armutsprävention). Hierbei sollten niedrighschwellige und lebensweltnahe Maßnahmen (nach dem Muster der Gemeinwesenarbeit) präferiert und zusätzlich gefördert werden.
- **Gesundheitsprävention und -förderung**
Da auch gesundheitliche Faktoren einen wichtigen Einfluss auf Teilhabemöglichkeiten und Teilhabegerechtigkeit haben, ist die Gesundheitsprävention und -förderung von Kindern und Jugendlichen (insbesondere im Rahmen der sekundären Armutsprävention) besonders zu berücksichtigen.

- **Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule intensivieren**
Um Bildungsbenachteiligung entgegenzuwirken, sollte die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule weiter intensiviert und ausgebaut werden. Hierbei geht es sowohl um den weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit und die Bildung multiprofessioneller Teams an den Schulen als auch die verstärkte Einbindung außerschulischer, nonformaler Bildungsangebote, um Schulen bei der Förderung bildungsbenachteiligter Kinder und Jugendlicher effektiv zu unterstützen.

- **Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderung**
Für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sollten entsprechend der Priorisierungen der befragten Expertinnen und Experten insbesondere für den Übergang Schule-Beruf spezifische Unterstützungsangebote implementiert werden. Ein weiterer Handlungsschwerpunkt sollte auf der Ermöglichung der Teilnahme an vielfältigen Freizeitaktivitäten liegen.

- **Angebote für Kinder suchtkranker oder psychisch kranker Eltern**
Für Kinder und Jugendliche mit suchtkranken oder psychisch kranken Eltern sollten verstärkt auf ihre spezifischen Unterstützungsbedarfe bezogene Angebote umgesetzt werden.

Partizipation und Mitbestimmung

- Die jungen Saarländerinnen und Saarländer wünschen sich mehr Möglichkeiten zu Beteiligung und Mitbestimmung! Die Expertinnen und Experten für die Kinder- und Jugendpolitik im Saarland unterstützen dies nachdrücklich.
- 25% der beteiligten Jugendlichen äußern großes Interesse an einer Beteiligung im Rahmen eines Jugendparlaments (auf Landes- und/oder kommunaler Ebene).
- Für fast 40% in der Altersgruppe der 15-17-Jährigen wäre es wichtig, wenn man bereits ab 16 auf kommunaler und Landesebene wählen dürfte.

Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Partizipation auf kommunaler und sozialräumlicher Ebene

→ **Beteiligungsformen ausbauen**

Bei Themen und Belangen, die Kinder und Jugendliche betreffen, sollen auf kommunaler Ebene die Beteiligungsformen ausgebaut und verbindlicher geregelt werden. Gelingensbedingungen sind: Das jeweilige Beteiligungsformat muss jugendgerecht ausgestaltet sein und es muss für die beteiligten Jugendlichen spürbar sein, dass sie echten Einfluss auf die politischen Entscheidungen nehmen.

→ **Vorhandene Zugänge zur Beteiligung nutzen**

Bei allen Entscheidungen, die für die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen relevant sind, sollten vorhandene Zugangswege zu ihnen aktiviert und für die Beteiligung an Planungen, Entscheidungen und Umsetzung von Vorhaben genutzt werden. Dies können insbesondere Angebote der Jugendarbeit, Vereine, Schulen, Kitas, Kirchengemeinden, Moscheegemeinden und anderer religiöser Gemeinschaften sowie von Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit und sozialräumlichen Jugendhilfe sein.

→ **»Kann-Vorgaben« in »Muss-Vorgaben« umwandeln**

Die Umsetzung und Wirksamkeit der »Kann-Regelung« des § 49a Kommunaleselbstverwaltungsgesetz, KSVG (»Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch die Gemeinden«) sollte (regelmäßig) überprüft werden. Erforderlichenfalls sollte geprüft werden, ob es nicht einer verbindlicheren gesetzlichen Regelung bedarf (»Soll« oder »Muss«), um eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen »bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren« sicherzustellen.

Partizipation auf Landesebene

- **Regelmäßige Befragungen durchführen**
Befragungen von Kindern und Jugendlichen sollten (ggf. in einem konzertierten Vorgehen von Land und Kommunen) institutionalisiert und in regelmäßigem Turnus durchgeführt werden. Schwerpunktthemen wären Entwicklungen und Veränderungen in den Themen und Bedarfen der Kinder und Jugendlichen und Feedbacks zu jugendpolitischen Entscheidungen und Aktivitäten sowie ihren Wirkungen.
- **Beteiligung als Fördergrundsatz festschreiben**
Bei der Vergabe öffentlicher Mittel an Träger, Verbände und Kommunen für Zwecke, die die Belange von Kindern und Jugendlichen betreffen, sollte deren Beteiligung bei der Verwendung der Mittel als Fördergrundsatz festgeschrieben werden.
- **Wahlalter herabsetzen**
Als ein wichtiges Signal an die junge Generation, mit ihren Meinungen und Bewertungen ernstgenommen zu werden, sollte geprüft werden, wie den geäußerten Wünschen dieser Altersgruppe bereits ab 16 auf kommunaler und Landesebene wählen zu dürfen, Rechnung getragen werden kann.
- **Fortbildung zur Moderation von Beteiligungsprozessen**
Ansätze des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, MSGFF zur Förderung der notwendigen Qualifizierung der Fachkräfte sollten fortgeführt werden. Generell sollte eine bedarfsspezifische Begleitung, Unterstützung und Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte sowie der Politik und Verwaltung zur Umsetzung von Partizipation ermöglicht werden.

Werte, Demokratie, Politik und gesellschaftliches Engagement

- Saarländische Jugendliche sind fest in demokratischen Grundhaltungen verankert! Allerdings weisen manche Zahlen und Aussagen der Jugendlichen darauf hin, dass es dennoch einen deutlichen Bedarf für eine Stärkung von Demokratiebildung und der Förderung demokratische Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen gibt!

Saarländische Jugendliche haben ein starkes Gefühl sozialer Verantwortung für andere und möchten sich engagieren. Zugleich sind sie nicht gut über die Möglichkeiten zu Freiwilligenarbeit und ehrenamtlichem Engagement informiert.

Handlungsempfehlungen zur Förderung von Demokratiebildung und demokratischer Kompetenzen

- **Zusätzliche Kapazitäten für Angebote fördern**
Um mehr Demokratiebildung außerhalb von und ergänzend zu Lehrplaninhalten zu ermöglichen, muss der Aufbau zusätzlicher Kapazitäten auf der Angebotsseite gefördert werden. Die vorhandenen Träger mit Fachexpertise sollten hierfür seitens des Landes angesprochen werden.
- **Zu Mitbestimmung motivieren und befähigen**
Im Rahmen der Demokratiebildung sollten insbesondere auch Jugendliche in den Fokus genommen werden, die bisher kein oder wenig Interesse daran haben, sich an demokratischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen
- **Demokratie praktisch erfahrbar machen**
Im Bereich der schulischen und außerschulischen Bildung sollte einer erlebbaren Vermittlung demokratischen Handelns und demokratischer Prozesse zusätzliches Gewicht verliehen werden. Insbesondere sollte Jugendlichen (praktisch erfahrbar) vermittelt werden, dass die bei ihnen vorherrschenden Werte und Grundhaltungen nur im Rahmen eines demokratischen Gemeinwesens und in einer demokratischen Regierungsform realisierbar und mit anderen Regierungsformen prinzipiell unvereinbar sind.

Handlungsempfehlungen zur Förderung freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements von Kindern und Jugendlichen

- **Ehrenamt und Freiwilligenarbeit fördern**
Der in den letzten Jahren beschrittene Weg der Landesregierung, das ehrenamtliche Engagement auf Landesebene bedarfsgerechter zu fördern, sollte mit einem Schwerpunkt auf Jugendliche und junge Erwachsene fortgesetzt und intensiviert werden.
- **Freiwilligendienste über Schulen bekannter machen**
Es ist bekannt, dass Freiwilligendienste neben persönlichkeitsbildenden auch berufsorientierende Effekte haben. Ihre Bekanntmachung sollte in den Schulen intensiviert werden. Hierbei sollten besonders auch Jugendliche aus sozial belasteten Verhältnissen in den Blick genommen werden.
- **Vergünstigungen für Freiwilligendienstleistende schaffen**
Um die politische und gesellschaftliche Wertschätzung für Freiwilligendienstleistende deutlicher wahrnehmbar zu machen und die Attraktivität der Dienste zu erhöhen, sollten sie spürbare Vergünstigungen im öffentlichen Leben erhalten (z.B. vergünstigte Eintrittspreise und Gutscheine für Veranstaltungen und öffentliche Einrichtungen [Schwimmbäder, Theater, Museen, Konzerte, etc.], Kostenvorteile bei der Nutzung öffentlicher Infrastruktur [ÖPNV, Bahn]).
- **Barrieren erkennen und abbauen**
Es sollte genauer geprüft werden, welche Barrieren insbesondere Jugendliche aus sozial belasteten Verhältnissen davon abhalten, Freiwilligendienste zu absolvieren, um hieran anschließend passende zusätzliche Informations- und Fördermöglichkeiten zu entwickeln.
- **Vielfältige und niederschwellige Zugänge schaffen**
Insgesamt sollten den jungen Menschen möglichst vielfältige und niedrigschwellige Zugänge zu freiwilligem und ehrenamtlichem Engagement eröffnet werden. Hierbei sind alle Organisationen und Institutionen mit direkten oder indirekten Bezügen zu Kindern und Jugendlichen gefragt (z.B. Vereine, Kirchen- und Moscheegemeinden, zivilgesellschaftliche Organisationen, Verbände und Träger der Jugendarbeit) thematisch breit gefächerte, flexible und den Interessen und Möglichkeiten der jungen Menschen entsprechende (auch innovative) Engagementmöglichkeiten zu entwickeln.

Die Digitale Welt

- In der Welt des Digitalen spielen sowohl Kompetenzen und Ressourcen der jungen Menschen eine wichtige Rolle, als auch Risiken und Gefahren für ihre Entwicklung, insbesondere bei Kindern in jüngerem Alter. Relevante Themen für die politische Handlungsebene sind deshalb sowohl Fragen des Kinderschutzes, die Frage der (verantwortlichen und sicheren) Nutzung der digitalen Medien durch Kinder und Jugendliche als auch die Aufgabe, Ressourcen und Interessen der jungen Menschen im Saarland mit der vorhandenen IT-Forschungs- und Wirtschaftsstruktur im Saarland strategisch zusammenzubringen.
- Voraussetzung für eine Vertiefung von Medienkompetenzvermittlung ist das Vorhandensein eines (auch quantitativ) bedarfsgerechten Angebots. Die Nachfrage und der Bedarf an Angeboten zur Förderung von Medienkompetenz sind im Saarland größer als das vorhandene Angebot.

Handlungsempfehlungen im Bereich Digitalisierung und neue Medien

→ **Kompetenzen stärken**

Angebote und Maßnahmen zur Stärkung der Kompetenzen für einen mündigen, selbstbestimmten, kritischen Umgang mit digitalen Medien sollten ausgebaut werden. Sowohl die Landesmedienanstalt, das Landesinstitut für Pädagogik und Medien, das Landesinstitut für präventives Handeln als auch private bzw. zivilgesellschaftliche Organisationen wie der Landesjugendring Saar mit dem Jugendserversaar sollten hierbei durch das Land und die Kommunen unterstützt werden. Die einschlägige Wissenschafts- und Forschungslandschaft im Saarland sowie die ansässigen IT-Unternehmen sollten verstärkt einbezogen und in die Verantwortung genommen werden.

→ **Soft-Skill-Kapazitäten ausbauen**

Die im Rahmen des »DigitalPakt Schule Saarland (2019 –2024)« direkt förderfähigen Maßnahmen sollten von der Förderung der Hardware-Infrastruktur auf die Förderung des Kapazitätsaufbaus von Soft Skills mit dem Ziel einer mündigen und selbstbestimmten Mediennutzung erweitert werden.

→ **Eltern informieren und sensibilisieren**

Auch wenn der Fokus auf der Kompetenzvermittlung und Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen selbst gelegt werden sollte, müssen weiterhin auch Eltern möglichst direkt über Risiken und Gefahren der digitalen Welt informiert und sensibilisiert werden. Auch wenn es aller Erfahrung nach nicht einfach ist, insbesondere diejenigen Eltern hiermit zu erreichen, deren Kinder besonders gefährdet sind, sollten Maßnahmen hierfür weiterhin umgesetzt bzw. sogar intensiviert und neu entwickelt werden.

→ **Kinderschutz verbessern**

Zur Verbesserung des Kinderschutzes und des Jugendmedienschutzes sollte geprüft werden, ob die bestehenden rechtlichen Regelungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefahren und Missbrauch im Internet und in den sozialen Medien ausreichen; bei Bedarf sollten Initiativen zu notwendigen gesetzlichen Änderungen eingeleitet oder unterstützt werden.

→ **Polizeiliche Ermittlungsarbeit Verhinderung von Missbrauch ausbauen**

Vor dem Hintergrund von Berichten über deutlich steigende Zahlen bei Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung von sexuellen Missbrauchsabbildungen, sogenannter Kinderpornografie, und einer starken Zunahme bei der Verbreitung von Missbrauchsabbildungen durch Minderjährige sollten Ressourcen für polizeiliche Ermittlungsarbeit im Internet und den sozialen Medien (Stichworte »Cyberpolizei«, »Online-Wache im Internet«) ausgebaut werden.

→ **Digitale Lehr- und Lernmöglichkeiten einbinden und weiterentwickeln**

Die in den Zeiten der Covid-19 bedingten Schulschließungen entstandenen und umgesetzten digitalen Lehr- und Lernmöglichkeiten sollten (entsprechend der Wünsche vieler der befragten Jugendlichen) weiterhin in die schulische Bildung eingebunden und weiterentwickelt werden.

Das »Zuhause-Lieben« und die Welt entdecken

- Die jungen Saarländerinnen und Saarländer sind eine zugleich heimatverbundene als auch weltoffene Generation. Viele haben den Wunsch, Erfahrungen im Ausland machen zu können. Er verbindet sich mit der Vorstellung - wenn möglich - auch in Zukunft in der Nähe von Eltern und Freunden im Saarland leben zu können.
- Die Großregion Saarland, Lothringen, Luxemburg, Rheinland-Pfalz und Wallonien ist bei Jugendlichen als Mobilitätsraum so gut wie nicht im Blick. Über unsere unmittelbare europäische Nachbarschaft wissen sie nur wenig. Ihr weitergehendes Interesse hieran ist begrenzt. Französisch »als zweite Muttersprache« wollen nur wenige lernen.
- Häufig scheitern das Interesse und die Bereitschaft von Jugendlichen, eine Zeit im Ausland zu verbringen, an den Kosten. Folge ist, dass es meist nur für diejenigen möglich ist, deren Eltern sich dies leisten können. Auch die Möglichkeit, Stipendien hierfür zu erhalten, steht meist nur wenigen Jugendlichen zur Verfügung.

Handlungsempfehlungen zur Förderung einer grenzüberschreitenden Identität und Interkulturalität von Kindern und Jugendlichen in der Großregion

- **Klassenfahrten in Nachbarländer durchführen**
Schulen sollten verstärkt Klassenfahrten innerhalb der Großregion durchführen.
- **Ferienfreizeiten innerhalb der Großregion fördern**
Grenzüberschreitende Ferienfreizeiten in der Großregion, die von Verbänden, Trägern oder Kommunen angeboten werden, sollten spezifisch beworben und gefördert werden (z.B. durch Kommunen, Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, MSGFF).
- **Grenznahe Schulpraktika ermöglichen**
Als weitere Möglichkeit sollte geprüft werden, ob das in der 9. Klasse der weiterführenden Schulen verpflichtende zweiwöchige Schulpraktikum (und andere schulische Praktika) auch in einem grenznahen Betrieb oder einer Organisation in Lothringen oder Luxemburg absolviert werden können.

Handlungsempfehlungen zur Förderung von kurz- und längerfristigen Auslandsaufenthalten von jungen Saarländerinnen und Saarländern

- **Zuschussmöglichkeiten für Auslandsaufenthalte**
Zuschussmöglichkeiten zur Finanzierung von Auslandsaufenthalten junger Saarländerinnen und Saarländer über nicht-kommerzielle Anbieter von Austauschprogrammen, Auslandspraktika, Auslands-schulbesuchen, Auslandsfreiwilligendiensten etc. sollten erweitert werden.
- **Offensiv informieren**
In den Schulen, aber auch bei Verbänden und Trägern, sollten Jugendliche (auch deren Eltern), offensiver und motivierend über Möglichkeiten zu Auslandsaufenthalten und deren Finanzierung informiert werden. Hierbei sollten insbesondere auch die Vorteile für die persönliche, schulische und berufliche Entwicklung dargestellt werden.



Jugendarbeit, informelle Bildung und Freizeit

- Es gibt unter den saarländischen Jugendlichen ein relevantes Mitglieder-Potenzial für die Jugendarbeit in Vereinen, Organisationen und Verbänden. Eine umfassendere Begleitung, Unterstützung und Qualifizierung ehrenamtlicher Mitarbeitender in den Organisationen wird als hilfreiche Maßnahme empfohlen, um dieses Potenzial zu aktivieren.
- Die Wünsche von Kindern und Jugendlichen im Freizeitbereich – insbesondere in ländlichen Gebieten – sind eindeutig und lassen sich zusammenfassen in den Attributen »mehr«, »vielfältiger« und »besser (und günstiger) erreichbar«.
- Besonders prägnant hierfür ist u.a. die relativ große Zahl an Jugendlichen, die von sich (ggf. entgegen der gängigen Erwachsenenmeinung) sagt, sie würden gerne weniger Zeit mit Internet, Gaming und Social Media verbringen, wenn sie mehr attraktive andere Möglichkeiten für ihre Freizeit hätten.
- Lebensweltnähe und Erreichbarkeit sind wesentliche Faktoren für die Nutzung von Freizeitangeboten durch Kinder und Jugendliche. Als federführende Akteure hinsichtlich des Ausbaus von Freizeitmöglichkeiten (und der Pflege bestehender Angebote) sind deshalb vor allem die Kommunen gefragt.
- Eine wichtige Erfolgsbedingung für die Nutzung neuer und bestehender Freizeitangebote ist die direkte Beteiligung der Zielgruppe. Nur sie garantiert, dass Freizeitangebote den Interessen und Bedarfen von Kindern und Jugendlichen entsprechen.

Handlungsempfehlungen im Bereich Jugendarbeit, informelle Bildung und Freizeit

- **Direkte Beteiligung**
Kinder und Jugendliche sollten vor Ort (am besten verbindlich) frühzeitig in Planungs- und Umsetzungsprozessen beteiligt werden. Gleiches gilt für Verbände und Träger, die über Erfahrungen mit der partizipativen Umsetzung von Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche verfügen.
- **Mobilität ermöglichen**
Da es nicht möglich sein wird, alle attraktiven Freizeitmöglichkeiten (insbesondere in ländlichen Gebieten) lebensweltnah anzubieten, ist die Ermöglichung von Mobilität eine zentrale Aufgabe der Kinder- und Jugendpolitik und Verkehrspolitik. Die konkreten Interessen und Bedarfe von Kindern und Jugendlichen sollten bei der Aktualisierung und Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans ÖPNV Saarland explizit und als Schwerpunkt berücksichtigt werden.

Die saarländische Jugend und Corona: Lessons learned und der Blick nach vorne

- Die jungen Saarländerinnen und Saarländer sind sehr verantwortungsvoll mit den Einschränkungen und Belastungen durch die Corona-Pandemie umgegangen, um vor allem die älteren Menschen vor den Gefahren zu schützen.
- Für sie selbst ging dies mit erheblichen seelischen Belastungen und Einbußen für ihre persönliche und schulische Entwicklung einher.
- Zugleich wurden zahlreiche Erkenntnisse aus den Erfahrungsberichten und Bewertungen von Jugendlichen gewonnen, die zukunftsweisend und nachhaltig für politische Entscheidungen zur Bewältigung der Folgen von Corona und zur Vorbereitung auf vergleichbare Situationen in der Zukunft genutzt werden können.

Handlungsempfehlung: Aus der Corona-Zeit für die Zukunft lernen!

→ Chancen des Digitalen Lernens nutzen

In der Zeit der Schulschließungen konnten Lehrkräfte und Schüler und Schülerinnen im positiven Sinne Potenziale des Digitalen Lernens entdecken und erproben. Es sollte im Detail evaluiert werden, welche Aspekte des Digitalen Lernens zukunftsfähig in Lehrpläne und didaktische Konzepte regelhaft eingebunden werden können. Zugleich sollte festgelegt werden, welche Voraussetzungen für die Umsetzung digitaler Lernelemente im familiären Kontext vorhanden sein müssen und für jeden Schüler und jede Schülerin geprüft werden, ob diese Voraussetzungen gegeben sind.

→ Begleitung durch multiprofessionelle Teams

Schulschließungen in der Zukunft sollten vor allem auch aus Verantwortung für Kinder und Jugendliche aus psychosozial belasteten Familienkontexten unbedingt vermieden werden. Im Falle der Notwendigkeit weiterer Schulschließungen muss im Blick sein, dass manche Kinder eine enge (soziale, pädagogische und psychologische) Begleitung und Unterstützung zuhause benötigen. Multiprofessionelle Teams an Schulen (z.B. Lehrkräfte, Schulsozialarbeit, weiteres pädagogisches Personal der Ganztagsbetreuung, schulpsychologischer Dienst, Jugendamt) sollten Vereinbarungen treffen, so dass diese Kinder und Jugendlichen sofort angesprochen werden können, wenn solche Situationen entstehen.

→ **Ausgleichsmaßnahmen gemeinsam mit Jugendlichen entwerfen**

Die Erfahrungen der Kinder und Jugendlichen aus den letzten Monaten sollten in die konkreten Maßnahmenplanungen einbezogen und hierbei ihre altersspezifischen und an ihren jeweiligen Lebenslagen orientierten Bedarfe berücksichtigt werden. Ein wichtiger Schritt wäre, junge Menschen selbst zu Wort kommen zu lassen, um mit ihnen gemeinsam geeignete »Corona-Ausgleichsmaßnahmen« zu entwerfen.

→ **Angebote, Maßnahmen und Programme zur Bildungsförderung frühzeitig planen und relevante Akteure anbinden**

Es sollte frühzeitig mit Planungen begonnen werden, wie und in welchem Umfang auch nach Auslaufen des Aktionsprogramms des Bundes »Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche« mittelfristig zusätzliche Mittel zur (schulischen und außerschulischen) Bildungsförderung von Kindern und Jugendlichen eingesetzt werden können, die aufgrund ihrer sozialen Lebenslagen besonders von den Pandemie-Auswirkungen und Folgen betroffen waren und sind. Institutionen der non-formalen Bildungs- und Entwicklungsförderung sollten miteinbezogen werden. Das Saarland verfügt über eine reichhaltige Struktur an geeigneten Angeboten und Trägern der Kinder- und Jugendarbeit und -hilfe, die Zugänge zu den Kindern und Jugendlichen haben. Angebote, Maßnahmen und Programme sollten an sie angebunden und unter Nutzung ihrer Fachexpertise mit ihnen gemeinsam konzipiert werden.

Abschließendes Fazit und übergreifende Empfehlung einer Leitlinie künftiger eigenständiger Kinder- und Jugendpolitik im Saarland auf der Grundlage der Ergebnisse der 5. Kinder- und Jugendberichtes:

Die Zukunftswünsche und Vorstellungen, die von Kindern und Jugendlichen bei der Erstellung des 5. Kinder- und Jugendberichtes genannt wurden, sind die maßgebliche Leitlinie bei der Gestaltung und Umsetzung einer ressortübergreifenden, nachhaltigen Kinder- und Jugendpolitik des Saarlandes.

Konkret bedeutet dies für die Gestaltung einer nachhaltigen Kinder- und Jugendpolitik im Saarland:

Die saarländische Kinder- und Jugendpolitik

- bindet Kinder und Jugendliche in allen Phasen der Planung, Umsetzung und Bewertung jugendpolitischer Maßnahmen ein,
- ermutigt und unterstützt junge Menschen, ihre starke Bindung an das Saarland als ihre Heimat mit persönlichen und Bildungserfahrungen im Ausland verbinden zu können,
- leistet ihren Beitrag dafür, dass auch die ländlichen Räume über eine Infrastruktur verfügen, die es für junge Menschen attraktiv macht, im Saarland zu bleiben und später eine Familie zu gründen, »weil es sich im Saarland für Familien, Kinder und Jugendliche überall gut leben lässt«,
- trägt dazu bei, für alle Kinder im Land die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit diese einen guten Schulabschluss erlangen können,
- leistet im Übergang Schule – Beruf ihren Beitrag dazu, dass alle Jugendlichen im Land gute berufliche Perspektiven haben und
- unterstützt die Wirtschaftspolitik in einer Strategie der wirtschaftlichen Strukturentwicklung mit dem Ziel, saarländischen Kindern und Jugendlichen für ihre berufliche Zukunft attraktive Arbeitsplätze im Saarland anbieten zu können.

Übergreifende und abschließende Handlungsempfehlung: »Saarländischer Aktionsplan für eine nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik«

- **Systematische und kohärente Handlungsstrategie**
Die Impulse und Ergebnisse des 5. Kinder- und Jugendberichts des Saarlandes sollten in eine systematische und kohärente Handlungsstrategie übersetzt werden. Dies könnte etwa in der Form eines ausdifferenzierten und umsetzungsorientierten »Saarländischen Aktionsplans nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik« geschehen.
- **Ressortübergreifender Ansatz und weitere Ebenen einbinden**
Gelingensbedingungen für die Funktionalität und Wirksamkeit des Aktionsplans sind zum einen ein ressortübergreifender Ansatz auf Ebene der Landesregierung und zum anderen die Einbindung der weiteren staatlichen Ebenen mit ihren jeweiligen Zuständigkeiten, also Kreise, Städte und Gemeinden, sowie der relevanten zivilgesellschaftlichen Organisationen. Kinder- und Jugendpolitik sollte als Querschnittsaufgabe aller Ressorts der Landesregierung verstanden werden.
- **Interdisziplinäres Gremium zur Begleitung und Beratung einrichten**
Zur Erarbeitung und Umsetzungsbegleitung des »Saarländischen Aktionsplans nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik« sollte nach dem Vorbild des Beirats zur Erstellung des 5. Kinder- und Jugendberichts ein dauerhaftes interdisziplinäres Gremium zur Begleitung und Beratung der Umsetzung des Aktionsplans eingerichtet werden.
- **Betroffene beteiligen**
Kinder und Jugendliche selbst sollten in allen Phasen der Erarbeitung, Umsetzung und Evaluierung des Aktionsplans und seiner Einzelmaßnahmen beteiligt werden. Zu dem jeweils geeigneten Beteiligungsformat sollte das interdisziplinäre Begleitgremium zum Aktionsplan Empfehlungen abgeben.

→ **Kontinuierlich auf Relevanz, Effektivität und Nachhaltigkeit überprüfen und fortschreiben**

Ausgehend von der Empfehlung zur Erstellung eines »Saarländischen Aktionsplans für eine nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik« sollte geprüft werden, ob die geltende rechtliche Regelung zur saarländischen Kinder- und Jugendberichterstattung noch zeitgemäß und zielführend ist; ggf. sollte der einschlägige § 24 AG KJHG, Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, entsprechend weiterentwickelt und novelliert werden.

Wir empfehlen, sie durch eine regelmäßige Berichterstattung zum Umsetzungsstand des Aktionsplans und der Wirksamkeit der realisierten kinder- und jugendpolitischen Maßnahmen abzulösen. Der Aktionsplan könnte auf der Grundlage einer solchen Neuregelung kontinuierlich auf Relevanz, Effektivität und Nachhaltigkeit seiner Ziele, Maßnahmen und Wirkungen hin überprüft und fortgeschrieben werden.

→ Insgesamt gilt aus Sicht der Autoren: Die Besonderheiten des Saarlandes »klein, kompakt und nah beieinander« stellen gute Gelingensbedingungen für die partizipative und konzertierte Umsetzbarkeit eines »Saarländischen Aktionsplans für eine nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik« und seine kontinuierliche Überprüfung und Fortschreibung dar.

Einleitung

Die Grundlagen des 5. Kinder- und Jugendberichts





Im Saarland hat sich seit 1997 eine regelmäßige Kinder- und Jugendberichterstattung etabliert. Sie soll den politischen Entscheidungsträgern im Land einmal in jeder Legislaturperiode zuverlässige Informationen für die Planung und Gestaltung der Kinder- und Jugendpolitik im Land zur Verfügung stellen.

Die Kinder- und Jugendberichterstattung basiert auf § 24 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG KJHG).¹ Hier nach:

»[berichtet] die Landesregierung [...] dem Landtag einmal in der Legislaturperiode über die wichtigsten Entwicklungstendenzen in der Kinder- und Jugendpolitik im Lande unter Berücksichtigung allgemeiner Rahmenbedingungen junger Menschen und bestehender und auszugleichender geschlechtsspezifischer Benachteiligungen, sowie über laufende und beabsichtigte landespolitische Maßnahmen und Zielsetzungen und Leistungen für Kinder und Jugendliche für die laufende Legislatur (Kinder- und Jugendbericht). Die Landesregierung beruft externen und internen Sachverstand zur Erstellung des Berichts.«


Mittlerweile liegen dem saarländischen Landtag aus den vorausgehenden Legislaturperioden vier Kinder- und Jugendberichte vor.

Thema des ersten Kinder- und Jugendbericht des Saarlandes von 1993 war die Darstellung der wichtigsten Entwicklungstendenzen der Jugendhilfe unter Berücksichtigung allgemeiner Rahmenbedingungen der Lebenslagen junger Menschen (und hierbei insbesondere unter Berücksichtigung der Benachteiligung von Mädchen) sowie der landespolitischen Maßnahmen und Leistungen für Kinder und Jugendliche.

Der zweite Kinder- und Jugendbericht befasste sich 2004 mit dem Übergang von der Schule in den Beruf. Die zu seiner Erstellung berufene Kommission hatte den Auftrag, die Daten des Ersten Kinder- und Jugendberichtes zu aktualisieren und fortzuschreiben und sich zudem vor dem Hintergrund einer damals hohen Jugendarbeitslosigkeit diesem Schwerpunktthema besonders zu widmen.

Während für die Erstellung der ersten beiden Kinder- und Jugendberichte noch die Berufung einer Kinder- und Jugendberichtskommission mit bis zu sieben Sachverständigen vorgesehen war, wurde mit einer Novellierung von § 24 des AG KJHG festgelegt, dass »externer und interner Sachverstand« zur Erstellung des Berichts berufen werden soll. Seit dem 3. Kinder- und Jugendbericht wurden demzufolge externe wissenschaftliche Institute mit der Berichtserstellung beauftragt.

¹ § 24 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG KJHG) vom 9. Juli 1993 – zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Oktober 2021 (Amtsbl. I S. 2434)



Vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse wurde für den dritten Kinder- und Jugendbericht (2008) das Schwerpunktthema Kinderschutz festgelegt. Der Bericht mit dem Titel »Kinderschutz im Saarland: Schutz vor Vernachlässigung und Misshandlung – Bestandsaufnahme, Wirkungsanalyse und Handlungsansätze für einen wirksamen Schutz von Kindern« wurde vom Institut für Sozialforschung, Praxisberatung und Organisationsentwicklung GmbH (iSPO) erstellt.

Der für die 14. Legislaturperiode vorgelegte vierte Kinder- und Jugendbericht legte den Fokus auf den Bereich Familie und Jugendhilfe. Die Erstellung des Berichts wurde konkret unter das Thema »Neue Familialität als Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe« gestellt. Mit dem Verfassen des Berichts wurde das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e. V. (ism) betraut. U.a. wurden für den Bericht umfangreiche bereits vorliegende Leistungsdaten zu den zentralen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe im Saarland und ausgewählte Sozialstrukturdaten für die Landkreise und den Regionalverband Saarbrücken genutzt.

Mit der Erstellung des Fünften Kinder- und Jugendberichts wurde das Saarbrücker Institut für Sozialforschung, Praxisberatung und Organisationsentwicklung (iSPO GmbH) beauftragt. Die Federführung für die Berichtserstellung auf Seiten der Landesregierung lag beim Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familien (nachfolgend kurz: MSGFF). Ein Projektbeirat (Mitwirkende s. Anhang 3) hat den gesamten Prozess der Erstellung des 5. Kinder- und Jugendberichts fachlich begleitet.

Anders als bei den vorhergehenden Berichten stellt der 5. Kinder- und Jugendbericht kein vorgegebenes Schwerpunktthema in den Fokus. Vielmehr wurde eine thematisch offene Herangehensweise gewählt, bei der sich die Berichtsthemen erst im und durch den Erstellungsprozess zunehmend herauskristallisierten und konkretisierten. Hiermit verbunden war das Ziel, möglichst präzise diejenigen Themen zu bestimmen, die für die Gestaltung einer eigenständigen und saarlandspezifischen Kinder- und Jugendpolitik besonders relevant sind.

Um dies zu erreichen, wurde die thematische Offenheit der Berichterstellung mit einer ausgeprägten partizipativen Gestaltung des Erstellungsprozesses verbunden. Realisiert wurde sie durch eine umfassende und aktive Beteiligung von saarländischen Akteurinnen und Akteuren der Kinder- und Jugendpolitik sowie von jungen Saarländerinnen und Saarländern selbst.



Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe, Fachverbände und Interessenvertretungen von Kindern und Jugendlichen sowie der saarländischen Kommunen wurden durch leitfadengestützte Einzel- und Kleingruppen-Interviews, eine standardisierte Online-Befragung sowie durch die Einrichtung eines Beirates als beratendes Gremium aus Expertinnen und Experten eingebunden. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene konnten durch die Teilnahme an Gruppen- und Einzelinterviews und einer standardisierten Befragung (mit Online- und Papierfragebögen) unmittelbar an der Erstellung des 5. Kinder- und Jugendberichts partizipieren.²

Insgesamt waren schließlich mehr als 180 Expertinnen und Experten für die Zielgruppe der Kinder- und Jugendpolitik sowie ca. 2.000 junge Saarländerinnen und Saarländer im Alter zwischen 4 und 26 Jahren an der Erstellung des 5. saarländischen Kinder- und Jugendberichts beteiligt.


Aus der Vielfalt ihrer Aussagen und Meinungen haben sich schließlich verschiedene Schwerpunktthemen für den vorliegenden Bericht ergeben:

Die soziale Lebenslage von Kindern und Jugendlichen wird im Bericht als ein für die Gestaltung von Kinder- und Jugendpolitik grundlegend relevantes Querschnittsthema behandelt. Je nach ihrer Ausprägung steht sie für Rahmenbedingungen, die ihre Entwicklungs-, Bildungs- und Teilhabechancen in den weiter betrachteten Themengebieten fördern oder hemmen.

Viele Kinder und Jugendliche bei der Erarbeitung des Kinder- und Jugendberichts selbst zu Wort kommen zu lassen, war ein zentrales Entstehungsprinzip für den Kinder- und Jugendbericht. U.a. hiervon ausgehend wurde deutlich, dass für eine zukunftsfähige Gestaltung der saarländischen Kinder- und Jugendpolitik die Frage der Beteiligung, Mitwirkung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen und Aktivitäten eine entscheidende Rolle spielen wird. Auch dieser Themenkomplex ist demgemäß als Schwerpunktthema im Kinder- und Jugendbericht abgebildet.

Fragen der Partizipation und Mitbestimmung in einem demokratischen Gemeinwesen hängen eng zusammen mit dem Verständnis demokratischer Prozesse und zugrundeliegenden Werten und Grundhaltungen. Gleiches gilt für das Interesse an und die Bereitschaft zu sozialem und gesellschaftlichem Engagement von Kindern und Jugendlichen – etwa in Freiwilligendiensten oder durch andere ehrenamtliche Tätigkeiten. Das Kapitel »Werte, Demokratie, Politik und gesellschaftliches Engagement« befasst sich mit diesem Themenkomplex.

² Die vollständige und detaillierte Darstellung des Erstellungs- und Umsetzungsprozesses (der »Methodenteil« des 5. Kinder- und Jugendberichts) findet sich im Anhang zu diesem Bericht.



Die Digitale Welt ist für Kinder und Jugendliche heute ein selbstverständlicher Teil ihrer Lebenswelt. Ein großer Teil ihres Alltags findet in ihr statt und sie ist Quelle vielfältiger ebenso positiver wie negativer Erfahrungen. Neben Risiken birgt sie ebenso Chancen und Potenziale, die in dem entsprechenden Berichtskapitel angesprochen werden.

In den Befragungen von Kindern und Jugendlichen fiel auf, dass sich bei den jungen Saarländerinnen und Saarländern eine starke Bindung an das Saarland, an die Familie und an Freunde, die hier leben, mit einer ausgeprägten Weltoffenheit verbindet. In dem Kapitel »Das ›Zuhause-Lieben‹ und die Welt entdecken« wird dieser Aspekt als Zukunftsthema der saarländischen Kinder- und Jugendpolitik in den Blick genommen.

Eine hohe Bedeutung hat für Kinder und Jugendliche die Frage, wie sie die Zeit nutzen und nutzen können, die ihnen neben der durch Schule oder Ausbildung gebundenen Zeit zur Verfügung steht. Da die Inhalte von Freizeitbeschäftigungen außerhalb des institutionell gebundenen schulischen Kontexts vielfältig sind, wird das Themenfeld unter dem Titel »Jugendarbeit, informelle Bildung und Freizeit« in einem Schwerpunkt-kapitel in den Blick genommen.

Zuletzt kann der vorliegende Kinder- und Jugendbericht nicht über das Thema hinweggehen, das seit Frühjahr 2020 die Gesellschaft insgesamt und Kinder und Jugendliche in besonderer Weise beschäftigt hat und noch immer beschäftigt. Deshalb berichtet das letzte thematische Kapitel »Jugend und Corona« darüber, wie saarländische Jugendliche diese Zeit (bis zum Herbst 2020) erlebt und wahrgenommen haben.

Um den Aussagen der saarländischen Jugend ein besonderes Gewicht zu verleihen, wurde neben ihrer Nutzung für den vorliegenden Kinder- und Jugendbericht auch noch eine eigenständige Form der Darstellung in Form eines gesonderten Berichtes gewählt. Er wurde bereits im Februar 2021 veröffentlicht und im Rahmen einer Pressekonferenz mit der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie der Öffentlichkeit vorgestellt.³ Er stellt authentisch diejenigen Themen dar, die den beteiligten jungen Saarländerinnen und Saarländern selbst besonders wichtig sind, sowie ihre Wahrnehmungen, Meinungen und Wünsche zu verschiedenen Themenfeldern, die auch im vorliegenden Kinder- und Jugendbericht behandelt werden.


³ Der Bericht ist veröffentlicht unter: https://www.saarland.de/SharedDocs/Downloads/DE/msgff/tp_familie_gleichstellung/download_fuenfter-kinder-und-jugendbericht.html



Zum Abschluss des einleitenden Kapitels sei noch darauf hingewiesen, dass es zahlreiche thematische Schnittstellen des 5. Kinder- und Jugendberichts zu weiteren Politikfeldern gibt. Dies ergibt sich zum einen aus der thematisch breiten Anlage des 5. Kinder- und Jugendberichts. Zum anderen erfolgt es aus der Tatsache, dass Kinder und Jugendliche keine homogene, sondern vielmehr eine sehr heterogene Gruppe sind und ihre Entwicklungs- und Teilhabechancen in einem starken Zusammenhang mit verschiedenen soziostrukturellen, sozioökonomischen, familialen und individuellen Einflussfaktoren stehen. Die thematischen Schnittstellen von Kinder- und Jugendpolitik zu anderen Politikfeldern sind entsprechend vielfältig. Wie der vorliegende Kinder- und Jugendbericht zeigen wird, gibt es Schnittstellen zu:

- Sozialpolitik / Armutsbekämpfung
- Behindertenpolitik und Inklusion
- Integration von Flüchtlingen und anderen zugewanderten Menschen
- Bildungspolitik
- Familienpolitik
- Gesundheitspolitik
- Gemeinde-/Stadtentwicklung
- Kinder- und Jugendhilfe
- Verkehrspolitik
- Umweltpolitik

Zu all diesen politischen Schnittstellenthemen stellt der 5. Kinder- und Jugendbericht dort, wo es im Kontext der eigenen Themen relevant ist, Bezüge her. Es ist jedoch nicht sein Ziel oder seine Aufgabe, zu diesen Themenfeldern vertiefend die jeweiligen Kinder und Jugendlichen besonders betreffenden Aspekte zu untersuchen oder zu erörtern. Dies ist die Aufgabe der jeweiligen Fachressorts bzw. anderen staatlichen Einheiten, die jeweils auf ihren Ebenen und in ihren Wirkungskreisen federführend verantwortlich sind. Entsprechende Fachkonzepte liegen entweder vor oder werden entwickelt bzw. fortgeschrieben.



Der 5. Kinder- und Jugendbericht des Saarlandes beginnt nach dieser Einleitung mit einer demographischen Beschreibung der Gruppe der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Saarland. Es folgt in Kapitel 3 eine Darstellung der sozialen Lage und Lebenssituation dieser Gruppe. In den nachfolgenden Kapiteln werden sodann die oben genannten Schwerpunktthemen vertiefend betrachtet und analysiert.

Es sind diejenigen Berichtsteile, die die Kernaufgabe erfüllen sollen, politischen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Verantwortungs- und Entscheidungsträgern verlässliche, nutzbare und relevante Informationen zur Weiterentwicklung der gegenwärtigen und Planung der zukünftigen Kinder- und Jugendpolitik im Land, den Landkreisen, Städten und Gemeinden zur Verfügung zu stellen.

Zu diesem Zweck werden in den thematischen Kapiteln verfügbare statistische Daten, Erkenntnisse aus anderen Studien und wichtige Ergebnisse der Befragungen und Interviews mit Jugendlichen sowie Expertinnen und Experten im jeweiligen thematischen Kontext dargestellt und analysiert. Am Ende jedes Kapitels erfolgt eine fachliche Gesamtbewertung der Ergebnisse und darauf aufbauend die Formulierung konkreter Handlungsempfehlungen für die Gestaltung der zukünftigen Kinder- und Jugendpolitik im Saarland. Adressaten der Handlungsempfehlungen des Instituts für Sozialforschung, Praxisberatung und Organisationsentwicklung GmbH – iSPO – sind:

- die politischen Entscheidungsträger auf Landesebene und in den Kommunen,
- die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe,
- die Fachverbände und weiteren Interessensvertretungen von Kindern und Jugendlichen,
- alle Behörden, Institutionen und Akteure, die für die Belange von Kindern und jungen Menschen zuständig sind sowie
- die Fachöffentlichkeit.

In »Sprechblasen« kommen auch die saarländischen Jugendlichen an passenden Stellen des Berichts mit Originalaussagen aus den Befragungen selbst zu Wort. Die Menge der »Sprechblasen« in den Kapiteln gibt hierbei durchaus einen realistischen Eindruck davon, welche Themen vielen Jugendlichen offenbar besonders wichtig sind.



Grunddaten

Demographie der saarländischen jungen Menschen



Im Saarland lebten am 31.12.2020 insgesamt 248.479 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene unter 28 Jahren.⁴ 48,0% von ihnen sind weiblich, 52% männlich.⁵ Die Altersverteilung innerhalb der Gruppe ist nicht gleichförmig. Die Anzahl der Personen in den einzelnen Altersjahrgängen nimmt ab dem Alter von 14 Jahren kontinuierlich zu (vgl. Diagramm 1).

An der Gesamtbevölkerung im Saarland – insgesamt 983.991 Personen (zum Stichtag 31.12.2020⁶) – nehmen Menschen unter 28 Jahren einen Anteil von ca. einem Viertel (25,3%) ein. Er liegt mit einem Abstand von ca. 2% relativ deutlich niedriger als im Durchschnitt des Bundesgebiets von 27,5%.

⁴ Vgl. Statistisches Amt des Saarlandes (2020a)

⁵ Vgl. ebd.

⁶ Vgl. ebd.

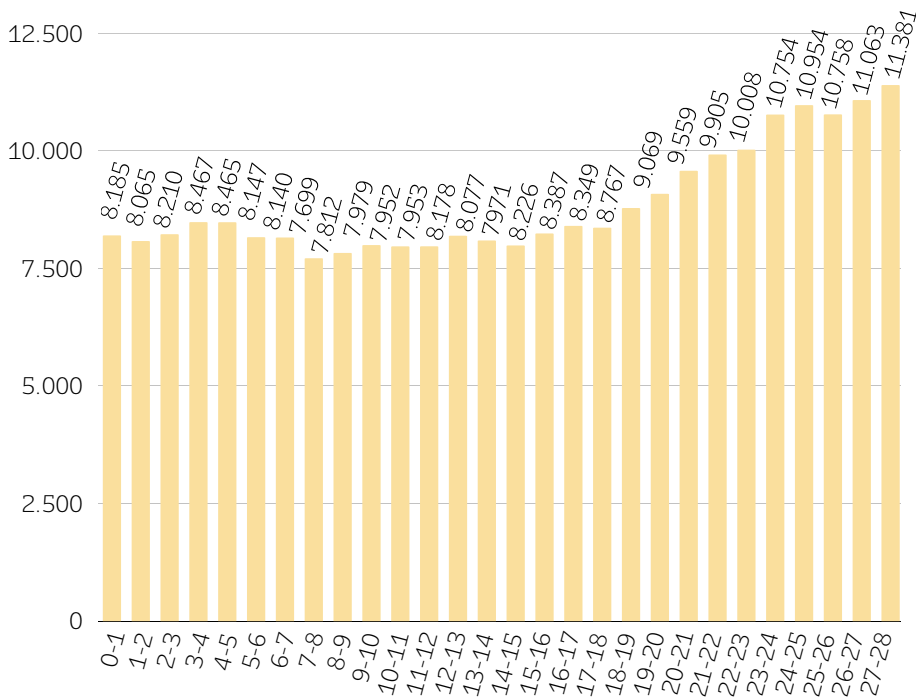



Diagramm 1
Bevölkerung im Saarland am 1.12.2020 nach Alter

Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes (2020a)



Im aktuellen Anteil der Gruppe der jungen Saarländerinnen und Saarländer an der Gesamtbevölkerung des Landes spiegelt sich unter anderem wider, dass sich das Saarland mitten im demographischen Wandel befindet. Anhand der saarländischen Alterspyramide (vgl. Diagramm 2) zeigt sich für die Bevölkerungsstruktur ein deutlicher Überhang an älteren Menschen gegenüber Kindern und Jugendlichen. Hierin unterscheidet sich das Saarland nicht grundsätzlich von anderen Bundesländern oder dem Bundesgebiet insgesamt.

Dem allgemeinen Trend des demographischen Wandels folgend hat auch die absolute Zahl der Kinder und Jugendlichen in den letzten zehn Jahren abgenommen. Lediglich zwischen den Jahren 2015 und 2017 fand eine kurze Phase des Zuwachses statt. Hierbei ist als Sonderfaktor zu berücksichtigen, dass in diesem Zeitraum über eine Million Flüchtlinge, Migranten und anderen Schutzsuchende – darunter viele junge Menschen – nach Deutschland, und viele von ihnen auch in das Saarland, zuwanderten. Gegenüber dem Jahr 2009 ist die Zahl der unter 28-Jährigen bis 2019 dennoch um insgesamt 23.735 Personen gesunken, ein Minus von 8,7% (vgl. Diagramm 3).⁷

⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) (2019a).

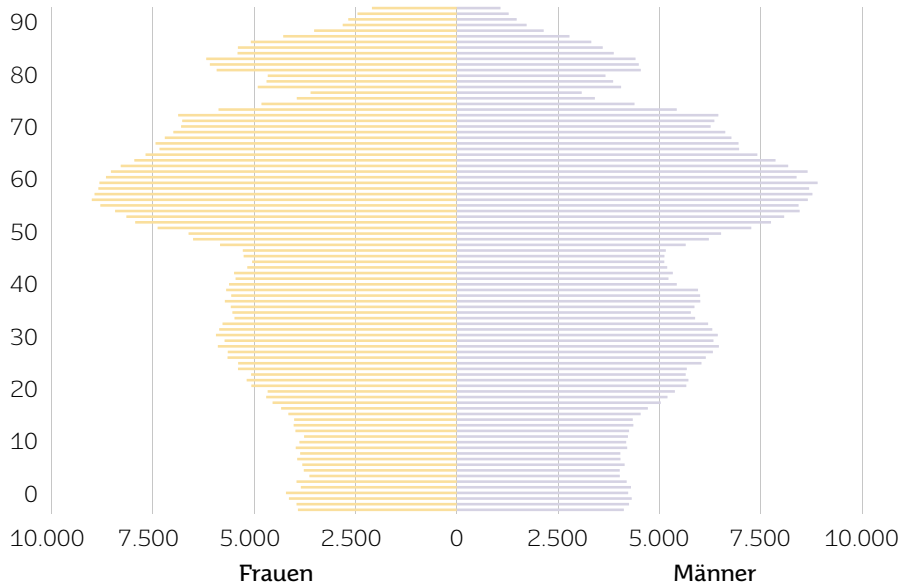


Diagramm 2
Altersaufbau der Bevölkerung im Saarland am 31.12.2019

Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes (2020b), Fortgeschrittener Bevölkerungsstand zum 31.12.2019 (Basis: Zensus 2011)

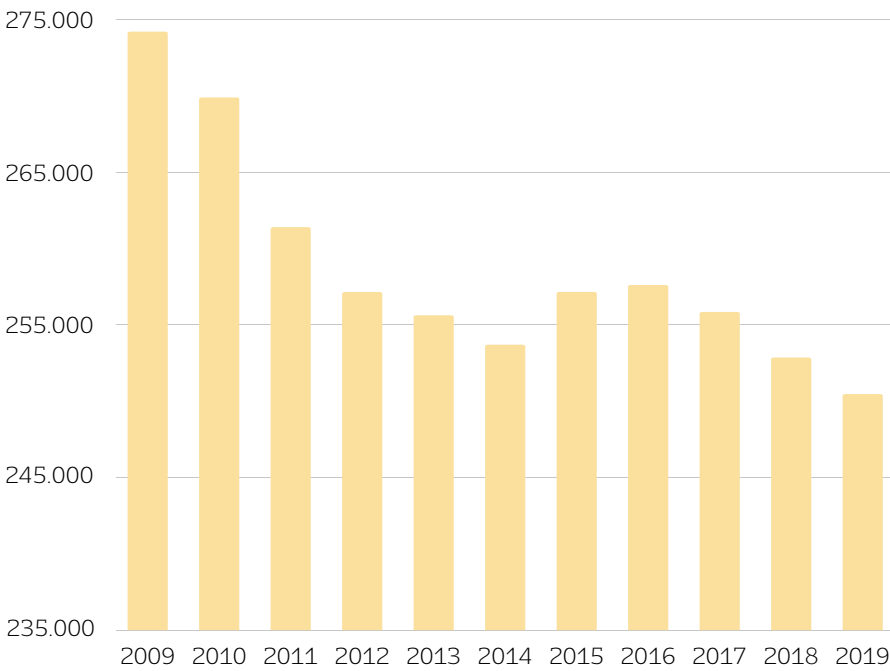


Diagramm 3
Bevölkerungsentwicklung 0 bis unter 28-Jährige im Saarland

Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes (2020a)

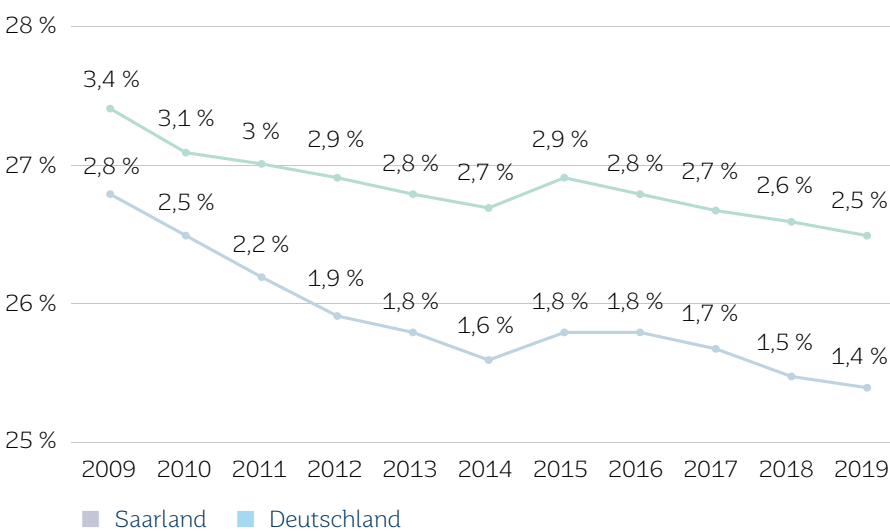



Diagramm 4
Bevölkerungsanteil unter 28-Jähriger im Saarland / in Deutschland

Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes (2020a)



Die Landkreise des Saarlandes sind von diesem negativen demographischen Trend unterschiedlich stark betroffen. Die stärksten Rückgänge bei der Anzahl der unter 28-Jährigen im Zeitraum 2009-2019 finden sich in den Landkreisen St. Wendel (-16,3%), Neunkirchen (-12,3%), Saarlouis (-11,4%) und Merzig-Wadern (-11,3%), die geringsten im Regionalverband Saarbrücken (-2,1%) (vgl. Diagramm 5). Der relative Anteil unter 28-Jähriger an der Bevölkerung variiert auf der Ebene der Regionen ebenfalls. Während St. Wendel im Jahr 2019 mit 23,4% den niedrigsten Anteil unter 28-Jähriger aufweist, findet sich der mit 26,9% höchste Anteil im Regionalverband Saarbrücken (vgl. Anhang Diagramme I und II). Im Verlauf von zehn Jahren hat der Anteil – mit Ausnahme des Regionalverbands – in allen Regionen deutlich abgenommen. Dies trifft besonders auf den Landkreis St. Wendel zu, bei dem sich der Anteil der unter 28-Jährigen seit 2009 im Vergleich zu allen anderen Regionen am stärksten verringert hat. Der Regionalverband Saarbrücken sticht heraus, da er als einzige Region einen annähernd stabilen Anteil der unter 28-Jährigen an der Bevölkerung aufweist.

Die negative Bevölkerungsentwicklung der Kinder und Jugendlichen verläuft nicht gleichförmig in allen Altersgruppen (vgl. Diagramm 6). Im Vergleich zu 2009 hat die Anzahl der 0- bis unter 5-Jährigen im Saarland sogar um 14% zugenommen, bei den 5- bis unter 10-Jährigen steigt sie seit 2012 leicht an. Die stärksten Rückgänge finden sich bei den 15- bis unter 20-Jährigen (-21,9%) und den 10- bis unter 15-Jährigen (-16,7%). In den Landkreisen verläuft der Trend analog, jedoch in unterschiedlich starker Ausprägung (vgl. Anhang Diagramme III und IV). Der Regionalverband Saarbrücken weist allerdings als einzige Region auch Zuwächse bei den 5- bis unter 10-Jährigen sowie den 25- bis 27-Jährigen auf.

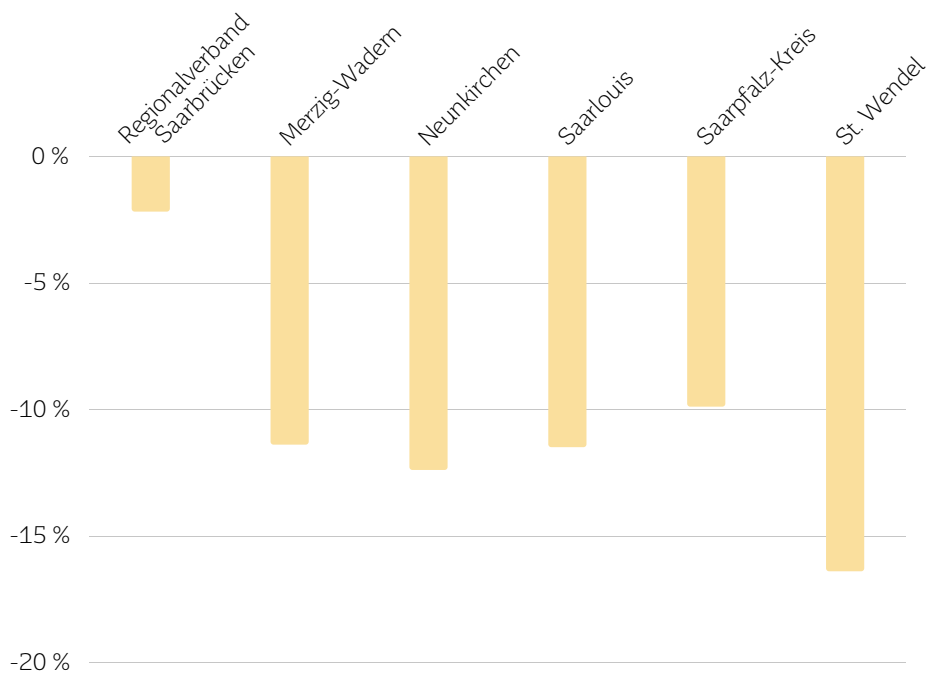


Diagramm 5
Veränderung der Anzahl der unter 28-Jährigen in Landkreisen 2009–2019

Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes (2020b)

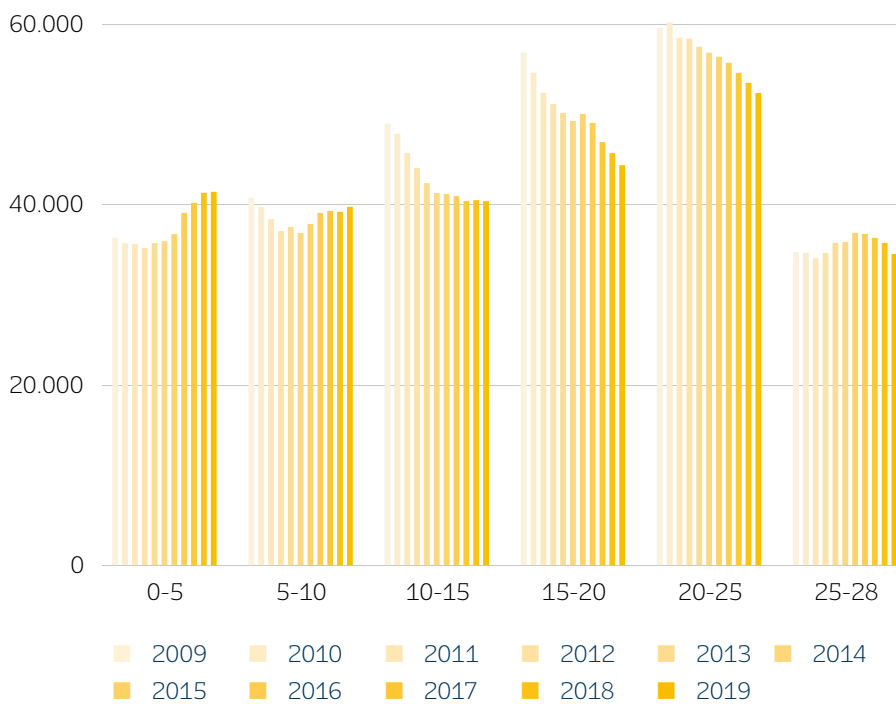


Diagramm 6
Bevölkerungsanzahl im Saarland nach Altersgruppen

Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes (2020a)

Ein zentraler Faktor für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung ist die Anzahl der Geburten im Land. Entgegen dem langjährigen Trend sinkender Werte stiegen die Geburten im Saarland zwischen 2013 und 2017 (vgl. Diagramm 7). Zuletzt ging die Zahl Lebendgeborener in den Jahren 2018 und 2019 jedoch erneut zurück. Die Entwicklung der Geburtenrate folgte einem identischen Verlauf und nimmt – nach einer Phase des Anstiegs – wieder ab. Im Vergleich zu Gesamtdeutschland liegt das Saarland 2019 mit einer Geburtenziffer von 1,45 unter dem Bundesdurchschnitt von 1,54.⁸

⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) (2020d)

Dessen ungeachtet prognostiziert die aktuelle Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts für die kommende und fernere Zukunft einen weiteren Rückgang sowohl der saarländischen Gesamtbevölkerung als auch der Anzahl von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.⁹ Die prognostizierten Rückgänge sind bei der Gruppe der Kinder und jungen Menschen unter 28 Jahren dabei stärker als in der Gesamtbevölkerung. Ausgehend vom Stichtag 31.12.2018 ergibt sich aus dem zu Grunde liegenden Prognosemodell¹⁰, dass sich die Bevölkerung unter 28 Jahren bis 2030 um 21.198 Personen verringert, was einem Rückgang um 8,4% gleichkommt. Bis zum Jahr 2040 wird sogar von einer Senkung um 11,3% ausgegangen. Auch hier wird in der Bevölkerungsdynamik kein einheitlicher Trend über die Altersgruppen konstatiert. Während bei den Altersgruppen der 5- bis unter 10-Jährigen und der 10- bis unter 15-Jährigen bis 2030 sogar leichte Zuwächse erwartet werden, sagt die Prognose bei den 20- bis unter 25-Jährigen und den 25- bis unter 30-Jährigen die stärksten Rückgänge voraus.

⁹ Vgl. Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für das Saarland, Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes

¹⁰ Zur Anwendung kam die Variante 2, die eine moderate Entwicklung der Fertilität, Lebenserwartung und Wanderung annimmt.

Im Kontext der Beschreibung der Demographie der saarländischen Jugend wird an dieser Stelle auch der Aspekt der Herkunft, Staatsangehörigkeit bzw. des sogenannten Migrationshintergrunds betrachtet.

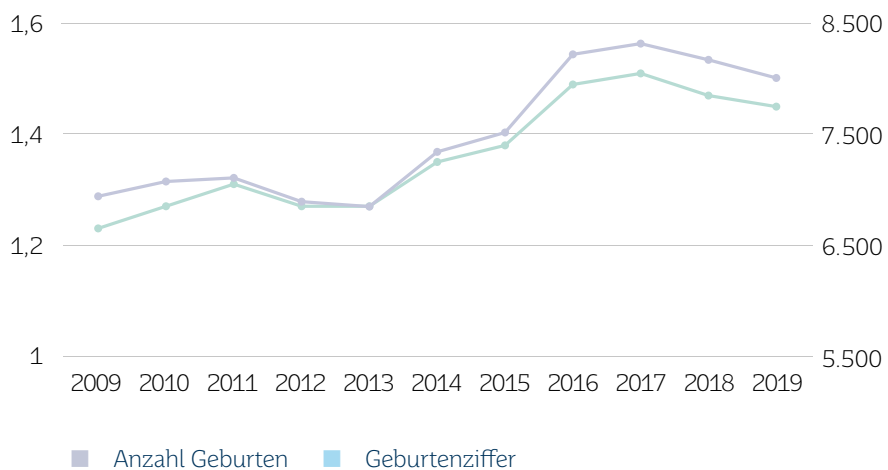


Diagramm 7
**Geburtenanzahl und
zusammengefasste
Geburtenziffern im
Saarland**

Quelle: Statistisches Bundes-
amt (Destates) (2020b) und
Statistisches Bundesamt
(Destates) (2020c)



¹¹ Daten laut Mikrozensus. Laut Definition besitzt eine Familie einen Migrationshintergrund, wenn mindestens eine Person der Familie »eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erhielt oder Spätaussiedler ist, unabhängig davon ob die Person zugewandert ist oder in Deutschland geboren wurde.« (Statistisches Bundesamt 2018: 20)

¹² Datenquelle: Statistisches Amt des Saarlandes
Keine Betrachtung im Zehnjahreszeitraum möglich, da Daten vor 2011 als nicht verlässlich gelten.

¹³ Datenquelle: Statistisches Amt des Saarlandes.

¹⁴ Datenquelle: Statistisches Bundesamt

¹⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) (2021c).

¹⁶ Vgl. BAMF (2016: 16)

¹⁷ Vgl. BAMF (2020: 18)

Im Saarland nehmen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit im Jahr 2019 einen Anteil von 14,6% unter allen Kindern ein (vgl. Diagramm 8). Die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit einem Migrationshintergrund ¹¹ ist deutlich höher: Knapp ein Drittel der saarländischen Kinder und Jugendlichen unter 18 lebt in einer Familie mit Migrationshintergrund (vgl. Diagramm 9). Ihr Anteil ist im Saarland seit 2011 von 26% um 6 Prozentpunkte angestiegen. ¹² Bei der Mehrheit von ihnen (67%) haben beide Eltern einen Migrationshintergrund. ¹³ Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt fallen die Zahlen im Saarland niedriger aus. Kinder und Jugendliche mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit nehmen auf Bundesebene einen Anteil von 11% ¹⁴, mit Migrationshintergrund einen Anteil von 41,5% ¹⁵ ein.

Seit 2015 ist es im Zuge der Flüchtlingskrise zu einer verstärkten Zuwanderung gekommen. Ein Großteil der Asylbewerber ist unter 18 Jahre alt, weswegen diese Dynamik auch eine Herausforderung für die Kinder- und Jugendpolitik darstellt. Im Saarland haben die Zahlen der Asylsuchenden (aller Altersgruppen) im Anschluss an einen starken Anstieg in den letzten Jahren wieder kontinuierlich abgenommen. Im Jahr 2015 wurden insgesamt 10.089 Asylersanträge im Saarland gestellt ¹⁶, im Jahr 2019 waren es 2.141 Anträge ¹⁷. Auch die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA) ist deutlich zurückgegangen. Zum Stichtag 31.12.2015 lebten im Saarland 1.364 umA, am 22.12.2020 waren es nur noch 105.

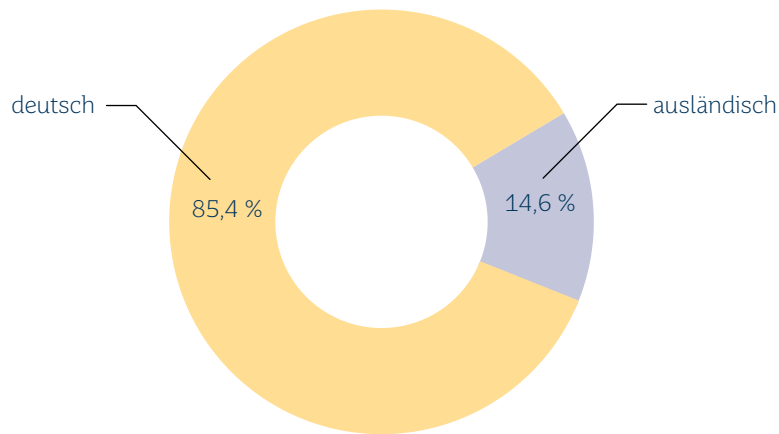


Diagramm 8
Staatsangehörigkeit lediger Kinder unter 18 in Familien (2019)
 Quelle: Statistisches Amt des Saarlandeses (2020f)

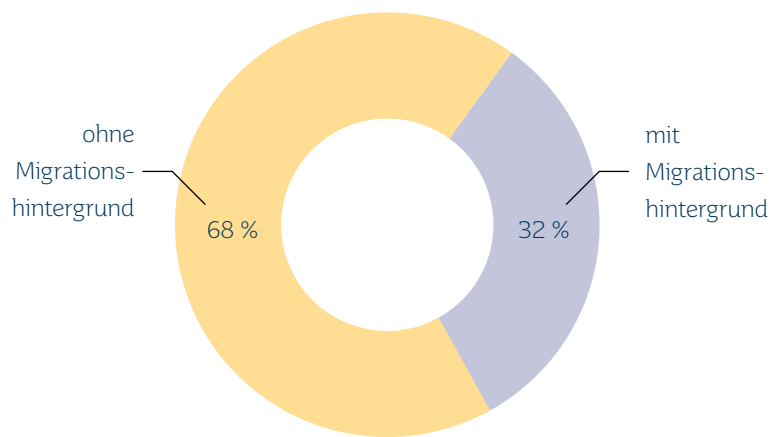


Diagramm 9
Migrationshintergrund von Familien im Saarland mit Kindern unter 18
 Quelle: Statistisches Amt des Saarlandeses (2020a)

Die soziale Lage von Kindern und Jugendlichen im Saarland



3

Die Beschreibung der sozialen Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen ist für die Gestaltung von Kinder- und Jugendpolitik grundsätzlich von hoher Relevanz.

Zum einen beinhaltet die familiäre, wirtschaftliche und gesundheitliche Lebenssituation, in der Kinder und Jugendliche leben und aufwachsen, wichtige Rahmenbedingungen für ihre schulische und berufliche Entwicklung und für Chancen- und Teilhabegerechtigkeit.

Zum anderen ist sie für die Gestaltung von Kinder- und Jugendpolitik von hoher Bedeutung, da sie häufig konkrete Ansatzpunkte aufzeigt, um Kinder und Jugendliche, die aufgrund spezifischer Lebensbedingungen in ihrer Entwicklung und ihren Zukunftschancen möglicherweise benachteiligt sind, gezielt mit politischen Maßnahmen zu unterstützen und zu fördern.

Auch für die jungen Menschen selbst spielen verschiedene Aspekte der sozialen Lebenslagen, in denen sie sich befinden, eine große Rolle – sowohl für ihre jetzigen Teilhabemöglichkeiten als auch für ihre Zukunftsvorstellungen und -wünsche.

Auf den Punkt gebracht lassen sich diese Zukunftsvorstellungen und -wünsche nach den Ergebnissen der durchgeführten Befragungen auf folgende Begriffe zuspitzen: Soziale Stabilität und sichere Familienstrukturen, gute Bildung sowie berufliche, wirtschaftliche und finanzielle Sicherheit. Hierin unterscheiden sich die jungen Saarländerinnen und Saarländern nicht von der jungen Generation insgesamt in Deutschland. Die Formulierung aus der Ende 2020 erschienenen neuen SINUS-Jugendstudie 2020: »Sicherheit, Halt und Geborgenheit sind für die meisten wichtiger als Aus- und Umbrüche«¹⁸ würde deshalb auch als Beschreibung für die saarländische Jugend passen.

Nachfolgend werden relevante Einzelaspekte der bestehenden sozialen Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen im Saarland in diesem thematischen Kontext vertieft betrachtet.

¹⁸ Marc Calmbach / Bodo Flaig / James Edwards / Heide Möller-Slawinski / Inga Borchard / Christoph Schleer (2020). SINUS-Jugendstudie 2020. Wie ticken Jugendliche? 2020. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 566.

Familienstrukturen und soziale Stabilität

Zwei von drei jungen Menschen äußern in der Fragebogenbefragung für ihre Zukunft den deutlichen Wunsch, später zu heiraten und Kinder zu haben. Dies korrespondiert in etwa mit dem Anteil der Kinder im Saarland, die in dieser traditionellen Familienform aufwachsen: Drei Viertel der Kinder¹⁹ unter 18 Jahren im Saarland lebten im Jahr 2019 bei verheirateten Eltern (vgl. Diagramm 10). Dies ist ein leicht höherer Anteil als er auf Bundesebene vorzufinden ist (im Bund: 73,6%).

Alleinerziehende Eltern (überwiegend die Mutter) hatten demgegenüber 18,8% der Kinder im Saarland (vgl. Diagramm 10). Auch ihr Anteil an der gesamten Gruppe der Minderjährigen ist höher im Vergleich zum Bund insgesamt (16,2%). Kinder, die mit nicht verheirateten Eltern in Lebensgemeinschaften aufwachsen, sind im Saarland hingegen mit 5,6 % eher die Ausnahme und deutlich seltener als im Vergleich zum Bund, in dem 10,2% der minderjährigen Kinder in dieser Familienform leben.²⁰

Der allgemeinen Tendenz in Deutschland folgend gibt es in der Verteilung der Familienformen auch im Saarland Verschiebungen in Richtung einer Zunahme der Familienformen »Alleinerziehende« und »Lebensgemeinschaften«. Im Saarland ist sie jedoch eher leicht ausgeprägt, so dass sich am Gesamtbild über einen Zeitraum von 10 Jahren nur wenig verändert hat (vgl. Diagramm 11).

Die Mehrheit der Kinder unter 18 Jahren im Saarland lebt in ihren Familien mit Geschwister zusammen: Im Jahr 2019 hatten 72,2% der Kinder mindestens ein Geschwisterteil, 27,8% lebten ohne Bruder oder Schwester (vgl. Diagramm 12). Von den Kindern mit Geschwistern hatten fast zwei Drittel (63,5%) ein Geschwisterkind, 36,5% hatten zwei oder mehr Geschwister.

¹⁹ Die Daten zu Familienformen basieren auf dem Mikrozensus. Kinder werden darin definiert als: »ledige Personen ohne Lebenspartner/-in und ohne eigene Kinder im Haushalt, die mit mindestens einem Elternteil in einer Familie zusammenleben« (Statistisches Bundesamt 2018: 22), wobei auch Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder unter diese Definition fallen.

²⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) (2021b)

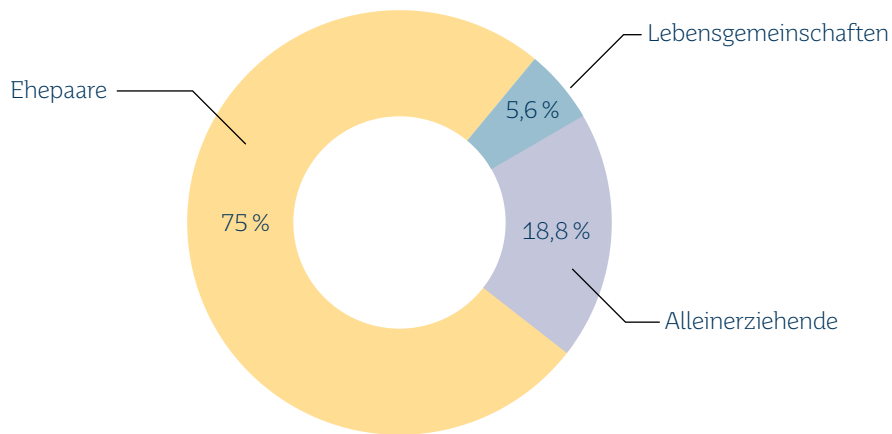


Diagramm 10
Ledige Kinder unter 18 nach Familientypen im Saarland (2019)

Quelle: Statistisches Bundesamt (2021a)

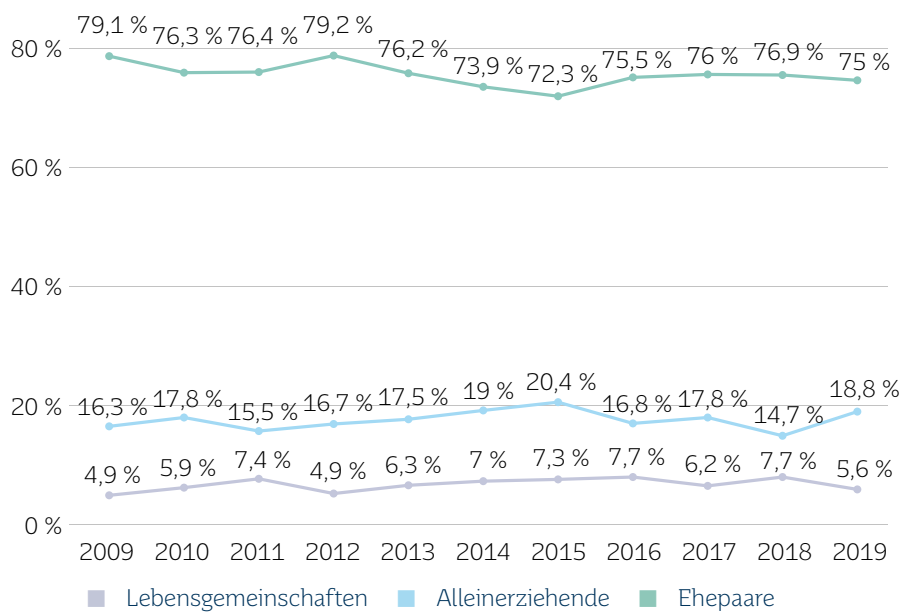


Diagramm 11
Anteil lediger Kinder unter 18 in Familientypen

Quelle: Statistisches Bundesamt (2021a)

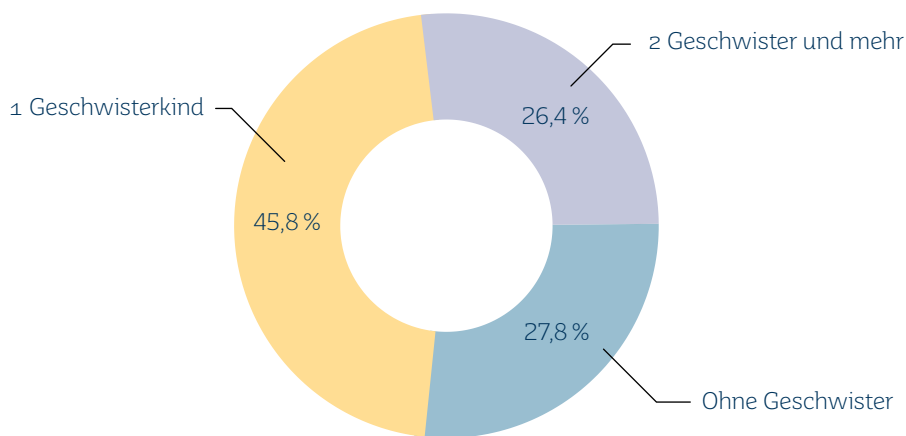


Diagramm 12
Ledige Kinder unter 18 Jahren in Familie nach Anzahl der Geschwister (2019)

Quelle: Statistisches Bundesamt (2020c)

Die sozio-ökonomische Lebenssituation

Einen wesentlichen Einfluss auf die Lebenssituation und die Teilhabemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen hat die wirtschaftliche und soziale Lage der Familien, in denen sie leben.

Mikrozensus-Daten für das Saarland zeigen, in welchen unterschiedlichen Einkommensverhältnissen die saarländischen Kinder und Jugendlichen aktuell aufwachsen. Demnach lebten im Jahr 2019 knapp die Hälfte der Kinder und Jugendlichen in Familien mit einem monatlichen Nettoeinkommen²⁴ zwischen 2000 und 4500 Euro, gut ein Drittel mit einem höheren Einkommen und knapp ein Sechstel mit einem niedrigeren (vgl. Diagramm 13). Diese Mikrozensus-Zahlen berücksichtigen jedoch nicht Anzahl und Alter der zu einer Familie gehörenden Personen. Daher kann mit ihnen keine genaue Aussage über das Wohlstandsniveau der Familien getroffen werden.

Hauptquelle des Familieneinkommens ist bei Ehepaaren und Lebensgemeinschaften überwiegend die Erwerbstätigkeit eines oder beider Partner (vgl. Diagramm 14 a-c). Allerdings muss der Lebensunterhalt bei immerhin 12,5% bzw. ca. 9% dieser Familientypen gänzlich ohne reguläres Erwerbseinkommen bestritten werden. In der überwiegenden Mehrheit von nicht verheirateten Eltern, sind beide Lebenspartner erwerbstätig, bei Ehepaaren ist es vergleichsweise deutlich häufiger der Fall, dass nur einer der Partner erwerbstätig ist.

²⁴ Das Nettoeinkommen ist im Mikrozensus definiert als »Summe aller Einkunftsarten ohne Steuern und Sozialversicherungsbeiträge [...]. Hierzu zählen zum Beispiel Erwerbseinkommen, Unternehmereinkommen, Rente, Pension, öffentliche Unterstützungen, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Arbeitslosengeld beziehungsweise -hilfe, Kindergeld, Wohngeld, Sachbezüge« (Statistisches Bundesamt 2018: 15).



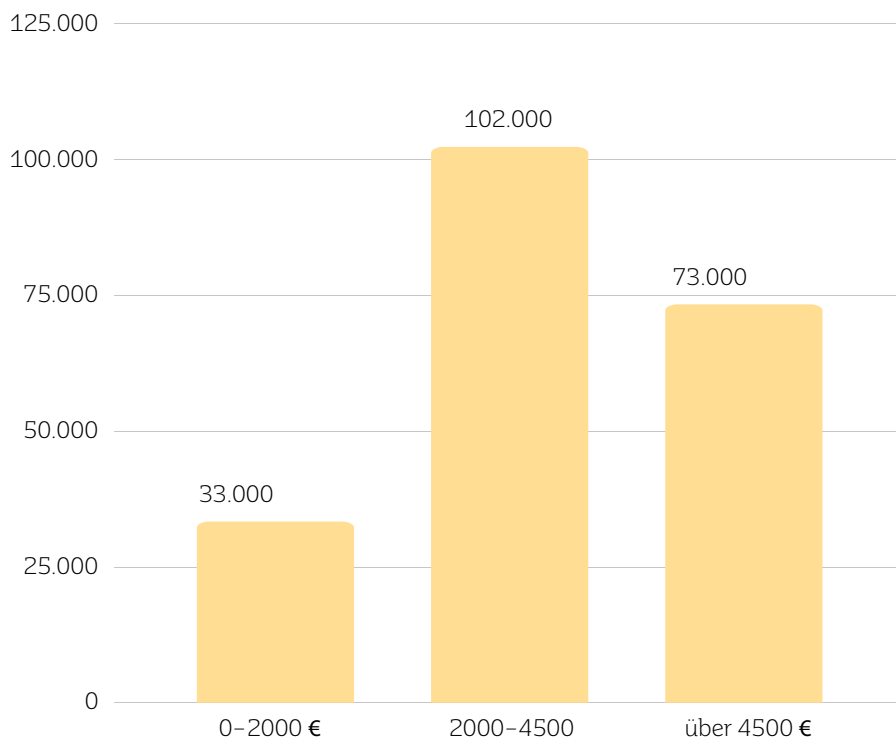


Diagramm 13
**Anzahl lediger Kinder
nach monatlichem
Nettoeinkommen
der Familie (2019)**

Quelle: Statistisches
Bundesamt (2020d)



Lebensunterhalt der Eltern nach Familientyp

Auffällig ist der hohe Anteil von 37 % alleinerziehenden im Saarland, die keinerlei Erwerbseinkommen erzielen und mit ihren Kindern gänzlich auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Es ist bekannt und wird durch diese Zahl noch einmal illustriert, dass dies für Kinder, die mit einem alleinerziehenden Elternteil aufwachsen, mit einer deutlichen erhöhten Armutsgefährdung einhergeht.

Die Einkommenssituation von Familien und das Armutsrisiko von Kindern stehen auch in einem engen Zusammenhang mit der Bildungslage der Eltern. So steigt das Armutsrisiko mit sinkendem Bildungsniveau.²² Für das Saarland können zur Einschätzung des Bildungsstands der Eltern Mikrozensus-Daten herangezogen werden. Diese sind in ihrer Aussagekraft jedoch eingeschränkt, da lediglich der Bildungsstand eines Elternteils erhoben wurde²³, so dass sich bei Ehepaaren und Lebensgemeinschaften ein unvollständiges und möglicherweise verzerrtes Bild ergibt. Laut der auf der ISCED-Klassifizierung²⁴ beruhenden Mikrozensus-Erhebung ist bei der deutlichen Mehrheit der Eltern im Saarland von einem mittleren bis hohen Bildungsniveau auszugehen (vgl. Diagramm 15). Bei annähernd jedem fünften hierbei erfassten Elternteil liegt jedoch nur ein niedriges Bildungsniveau vor, so dass für diese Gruppe (und den bei ihnen lebenden Kindern) von einem vergleichsweise hohen Risiko für Erwerbslosigkeit oder eher schlechter entlohnten Beschäftigungsmöglichkeiten ausgegangen werden kann.

²² Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk (2019): Kinder von Eltern mit niedrigem Bildungsabschluss besser vor Kinderarmut schützen. Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2015): Erster Armuts- und Reichtumsbericht für das Saarland.

²³ Die Mikrozensus-Befragung bezieht sich auf die »Bezugsperson der Familie«. Diese ist »bei Ehepaaren der Ehemann, bei gemischtgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften der männliche Lebenspartner, bei gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften der/ die ältere Lebenspartner/-in, bei Alleinerziehenden der alleinerziehende Elternteil« (Statistisches Bundesamt 2018: 19)

²⁴ Die ISCED-Klassifizierung bildet das Bildungsniveau in acht Stufen ab. Diese wurden hier wie folgt zusammengefasst: niedriger Bildungsabschluss – kein Schulabschluss oder Hauptschul-/ Realschulabschluss; mittlerer Bildungsabschluss – (Fach) Hochschulreife mit oder ohne beruflichem Abschluss; hoher Bildungsabschluss – Tertiäre Bildung, etwa Bachelor, Master, Promotion oder äquivalent.



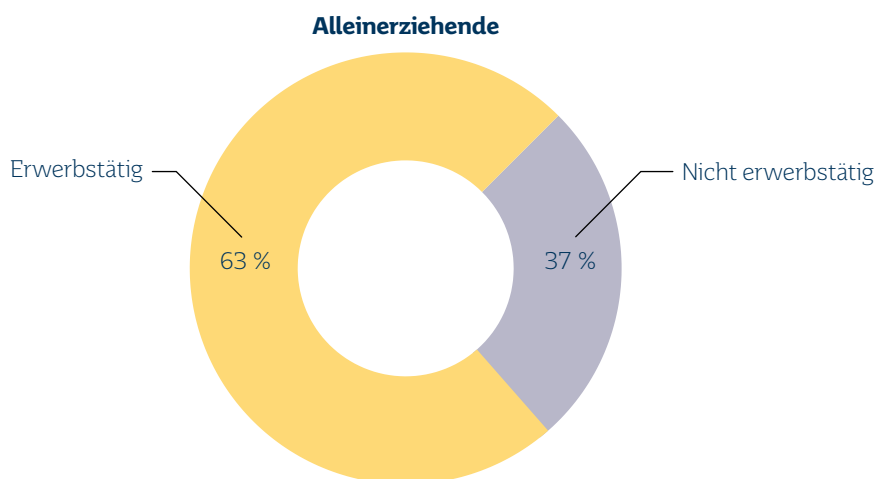
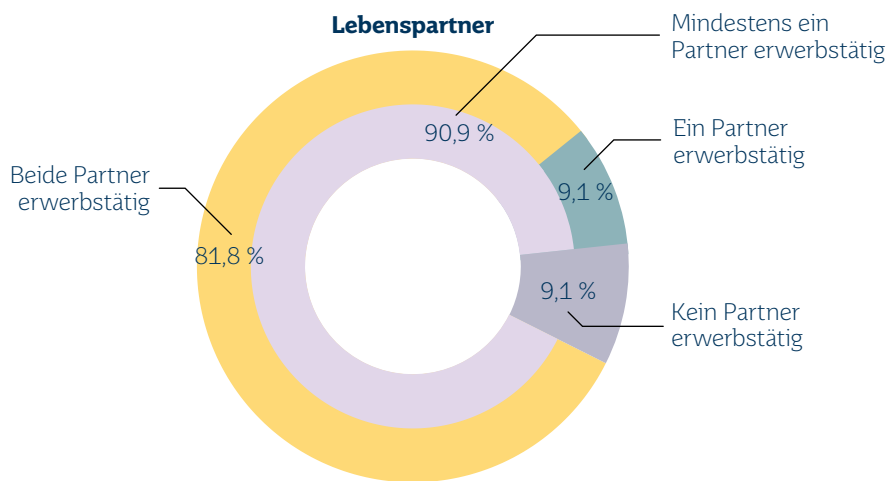
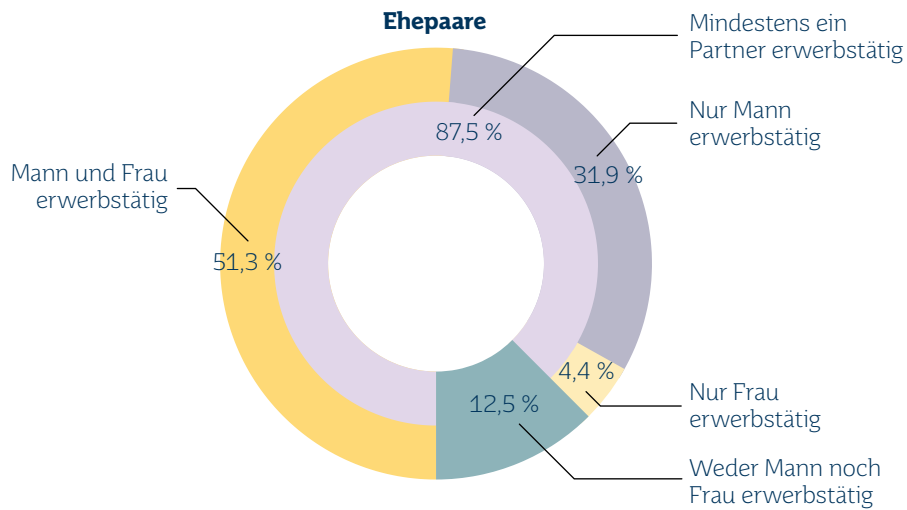


Diagramme 14 a-c:
Überwiegender Lebensunterhalt der Eltern lediger Kinder im Saarland nach Familientyp (2019)

Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes (2020d)

Bildungsniveau und Armutsgefährdung

Bei der Frage nach besonderen Bedarfslagen von Kindern und Jugendlichen aufgrund der wirtschaftlichen Familiensituation wird meist auf die Armutsgefährdungsquote zurückgegriffen. Die Armutsgefährdungsquote ist ein Maß zur Einschätzung der relativen Einkommensarmut und beruht auf einem bedarfsgewichteten Äquivalenzeinkommen, welches die Anzahl der Personen eines Haushalts jeweils mit unterschiedlichem Gewicht in Rechnung stellt (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2020a). Sie gibt den Anteil der Personen an, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung entspricht.

Die Armutsgefährdungsquote der unter 18-Jährigen lag im Jahr 2019 im Saarland bei 22,6% (vgl. Diagramm 16) und damit höher als im Bundesgebiet insgesamt (20,5%). Im Verlauf von zehn Jahren ist die Quote im Saarland um 5,3 Prozentpunkte angestiegen und erreichte 2019 einen Höchstwert im Betrachtungszeitraum. Kinder und Jugendliche sind dabei einem deutlich höheren Armutsrisiko ausgesetzt als die saarländische Gesamtbevölkerung, deren Armutsgefährdungsquote im Jahr 2019 bei 17,1% lag. Zudem stieg die Quote in den letzten zehn Jahren bei den unter 18-Jährigen stärker an als in der Gesamtbevölkerung. Durch die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Beschäftigung und Einkommen bei vielen Erwachsenen dürfte sich diese Situation zumindest vorübergehend eher noch verschärft haben.

Auch Kinder- und Jugendarmut sind im Saarland regional unterschiedlich verteilt. Mit einer Kinderarmutsquote von 28,3% und einer Jugendarmutsquote von 22,3% sind sie im Regionalverband Saarbrücken am deutlich stärksten ausgeprägt. Es folgt der Landkreis Neunkirchen mit Quoten von 22,3% (Kinderarmut) und 15% (Jugendarmut). In den anderen Landkreisen (außer dem Landkreis St. Wendel, für den keine Daten vorliegen) liegen die Quoten für Jugendarmut zwischen ca. 9% und 10% und die Kinderarmutsquoten zwischen 13% und 14% (vgl. Diagramm V im Anhang).

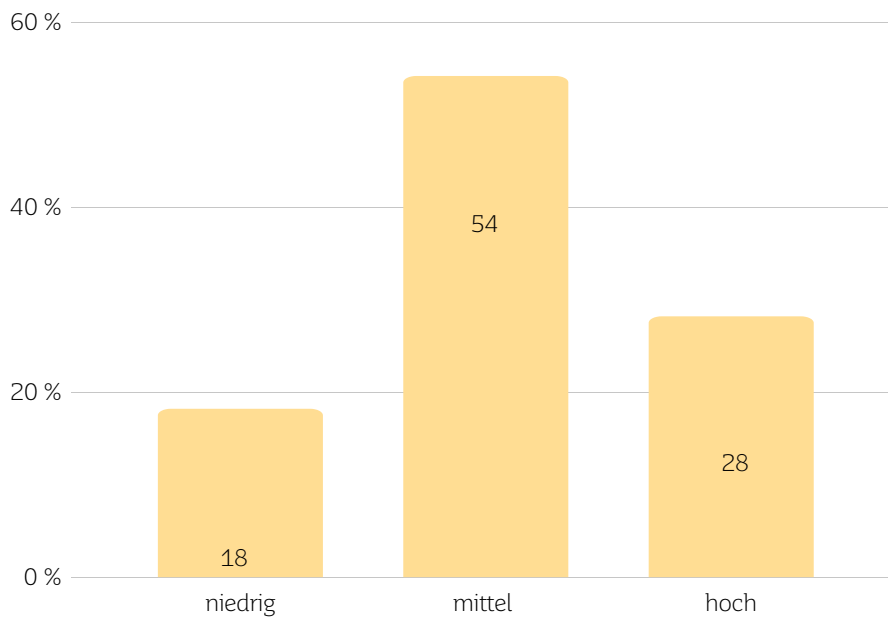


Diagramm 15
Ledige Kinder nach Bildungsniveau (ISCED-Klassifikation) der Bezugsperson der Familie (2019)

Quelle: Statistisches Bundesamt (2020d)

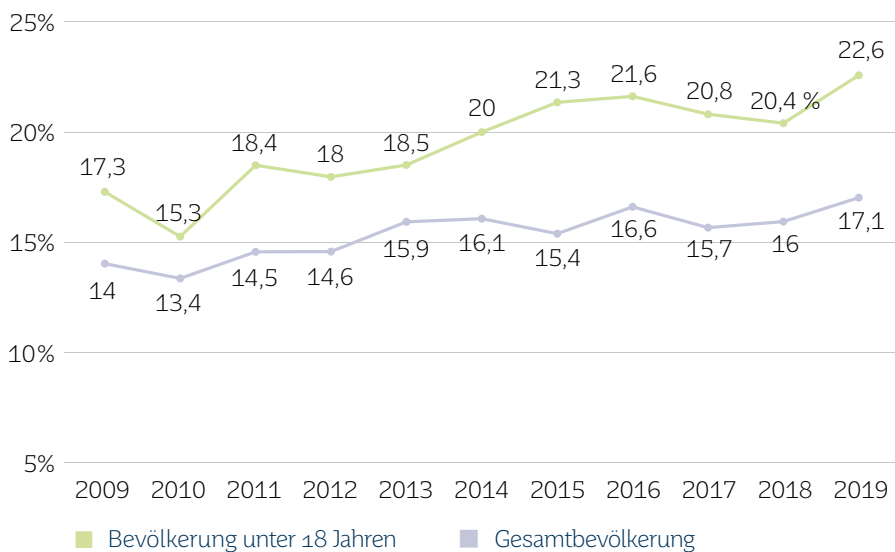


Diagramm 16
Entwicklung der Armutsgefährdungsquote im Saarland (Landesmedian) 2009-2019

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2020b)

Gesundheit und Gesundheitsförderung

Im Kontext der Beschreibung der sozialen Lebenssituation der saarländischen Kinder und Jugendlichen ist auch ihre gesundheitliche Situation relevant, denn für viele Entwicklungserfordernisse von Kindern und Jugendlichen ist eine gute Gesundheit eine notwendige Voraussetzung. Aufgrund der hohen grundlegenden Bedeutung von Gesundheit für eine aussichtsreiche und chancengerechte Entwicklung von jungen Menschen soll die Lebenssituation der saarländischen Jugend in diesem Themenfeld nachfolgend anhand der vorliegenden Daten kurz skizziert werden.

Inanspruchnahme »Früher Hilfen« im Saarland

Unter einem weit gefassten Gesundheitsbegriff können auch die so genannten »Frühen Hilfen« im Kontext der gesundheitlichen Situation von Kindern dargestellt werden. Frühe Hilfen umfassen im Wesentlichen Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote für werdende Mütter und Väter sowie für Eltern mit Kindern unter 3 Jahren. Ziel der Frühen Hilfen ist, »die Entwicklungsbedingungen von Kindern möglichst frühzeitig und nachhaltig zu verbessern und allen Kindern ein gewaltfreies und gesundes Aufwachsen zu ermöglichen«.²⁵

In jedem saarländischen Landkreis sowie dem Regionalverband Saarbrücken existieren kommunale Netzwerke Frühe Hilfen, in denen Fachkräfte und Träger von Angeboten der Gesundheitsprävention und -förderung und Angebote der präventiven Jugendhilfe zusammengeschlossen sind. Für jedes kommunale Netzwerk steht eine Netzwerkkoordination zur Verfügung – darüber hinaus übernimmt die Landeskoordinierungsstelle Frühe Hilfen im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie die übergreifende Koordination auf Landesebene. Die Maßnahmen der Frühen Hilfen werden aus Mitteln der Kommunen, des Landes und der Bundesstiftung Frühe Hilfen finanziert.

Auch wenn die Angebote der Frühen Hilfen grundsätzlich allen werdenden und jungen Eltern zur Verfügung stehen, so sind es im Wesentlichen (werdende) Eltern und Kinder in sozial prekären Lebenssituationen, die sie in Anspruch nehmen (sollen). Eine besondere Bedeutung haben die Angebote der Frühen Hilfen deshalb in der Prävention von Kindeswohlgefährdung und negativer Entwicklungsverläufe von Kindern. So zeigen etwa Studien des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen, dass gerade bei Kindern aus hoch belasteten Familien multiple Entwicklungsdefizite in den ersten Lebensjahren auftreten. Unter einer präventiven Perspektive leitet sich hiervon ein eindeutiger Bedarf für frühzeitig ansetzende Förder- und Unterstützungsangebote dieser Familien und ihrer Kinder ab bzw. bereits vor der Geburt ab.²⁶

²⁵ Frühe Hilfen – Leitsätze.
<https://www.fruehehilfen.de/grundlagen-und-fachthemen/grundlagen-der-fruehen-hilfen/fruehe-hilfen-leitbild-mit-leitsaetzen/>

²⁶ Vgl. Spangler, Gottfried / Vierhaus, Marc / Zimmermann, Peter (2020): Entwicklung von Säuglingen und Kleinkindern aus Familien mit unterschiedlich starken Belastungen, Materialien zu Frühen Hilfen, Band 12, S. 32; <https://www.fruehehilfen.de/grundlagen-und-fachthemen/grundlagen-der-fruehen-hilfen/fruehe-hilfen-leitbild-mit-leitsaetzen/>

Die dokumentierten jährlichen Fallzahlen der Frühen Hilfen (Anzahl der längerfristig aufsuchend betreuten Kinder) liegen dabei im Saarland zwischen 2014 und 2019 (größtenteils) kontinuierlich auf annähernd gleichem Niveau. (Vgl. Tabelle 1) Bezogen auf alle Kinder in der Altersgruppe von 0-3 Jahren im Saarland haben 2017 ca. 3% von ihnen (bzw. ihren Eltern) die aufsuchende Unterstützung durch Fachkräfte der Frühen Hilfen in Anspruch genommen.²⁷ Im Rahmen des Landesprogramms »Frühe Hilfen im Saarland« werden darüber hinaus weitere Angebote wie beispielsweise Elternkurse und ehrenamtliche Familienpatenschaften für die Zielgruppe vorgehalten.

²⁷ Vergleichswerte für andere Bundesländer liegen nicht vor.

Zeitraum	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Anzahl betreuter Kinder (durch Fachkräfte Frühe Hilfen)	486	485	482	481	446	502	482
Anzahl durchgeführte Hausbesuche	4.408	4.656	4.027	4.416	3.977	3.858	3.585
Anzahl Weiterleitungen an andere Hilfen/Institutionen	490	445	373	403	472	489	N.N.

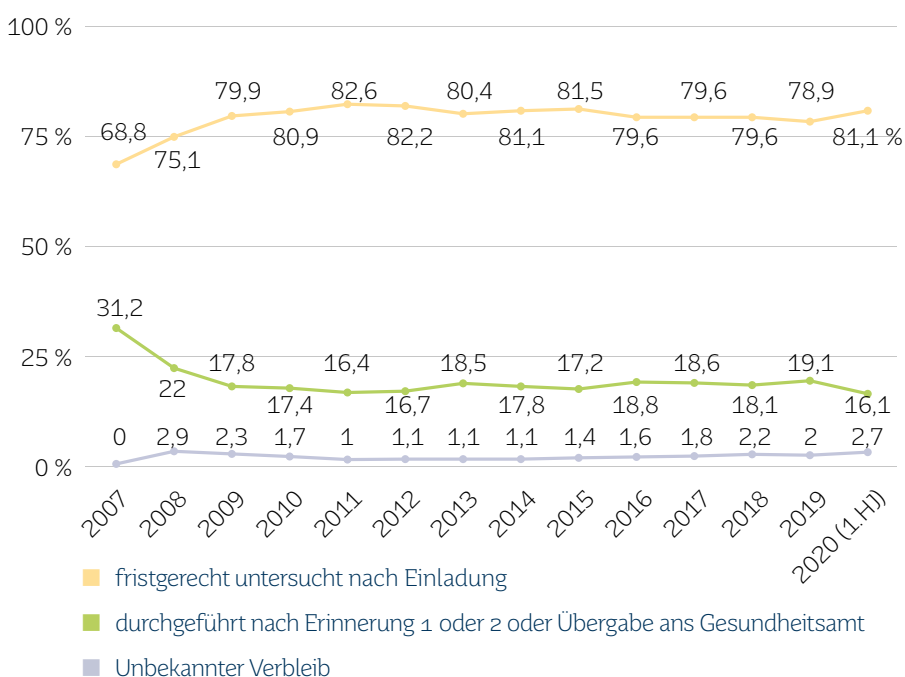


Tabelle 1
Fallzahlen im Landesprogramm Frühe Hilfen Saarland ²⁸

Quelle: Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

²⁸ Erfassung der Daten durch die Landkreise und den Regionalverband Saarbrücken

Diagramm 17

Im Saarland durchgeführte Vorsorgeuntersuchungen U3-Ug der Jahre 2007-2020

Quelle: Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (Erfassung und Auswertung der Daten durch das Zentrum für Kindervorsorge)

Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen

Im Rahmen der Gesundheitsvorsorge sind für alle Kinder im Saarland in den ersten sechs Lebensjahren Früherkennungsuntersuchungen vorgesehen. Ziel dieser Untersuchungen zur gesundheitlichen Entwicklung der Kinder ist die Gewährleistung einer frühzeitigen Identifizierung von Krankheiten und Entwicklungsverzögerungen, die Vermittlung geeigneter Förder- und Unterstützungsangebote und die Prüfung des Impfstatus. Um die Teilnahme an den Untersuchungen U3 bis U9 zu erhöhen, führte das Saarland im Jahr 2007 als erstes Bundesland im Rahmen des »Gesetzes zum Schutz von Kindern vor Vernachlässigung, Missbrauch und Misshandlung« ein Einladungs- und Erinnerungssystem ein.²⁹

²⁹ Vgl. https://www.saarland.de/msgff/DE/service/publikationen/publikationen_msgff_einzeln/Kinder-vorsorge.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Wird nun eine Untersuchung nach Einladung und zweimaliger Erinnerung durch das Zentrum für Kindervorsorge nicht durchgeführt, wird das Gesundheitsamt direkt vor Ort bei den Eltern aktiv. Dank der Einführung dieses Erinnerungsverfahrens konnte die Teilnahmequote an den Untersuchungen gesteigert werden: Im Jahr der Einführung wurden 31% der Untersuchungen nicht fristgerecht durchgeführt, im Jahr 2020 (1. Halbjahr) dagegen nur noch 16%³⁰ (vgl. Diagramm 17). Mit Hilfe der beiden Erinnerungen und der Kontaktierung der Familien durch die Gesundheitsämter konnten im Jahr 2020 (im ersten Halbjahr) der Großteil dieser Untersuchungen nachgeholt werden (5% nach der ersten Erinnerung, 4% nach der zweiten Erinnerung und 7% nach der Übergabe an das Gesundheitsamt). Nur für ca. 3% aller Kinder ist nicht bekannt, ob sie die Untersuchungen wahrgenommen haben.

³⁰ Zu berücksichtigen ist hierbei, dass das 1. Halbjahr 2020 bereits in den Zeitraum der Pandemie fiel und hier teilweise Ausnahmefristen galten.

Die Befunde der Früherkennungsuntersuchungen werden nicht zentral erfasst und können daher nicht zu Aussagen über den Gesundheits- und Entwicklungszustand der Kinder im Saarland herangezogen werden. Saarlandspezifische Untersuchungsergebnisse zur Kinder- und Jugendgesundheit lagen für den Kinder- und Jugendbericht in Form von Einschulungsuntersuchungen und dem »Kinder- und Jugendreport 2019« der Krankenkasse DAK³¹ vor. Die Quellen sind in ihrer Aussagekraft zum Gesundheits- und Entwicklungszustand der saarländischen Kinder und Jugendlichen jedoch limitiert. Zum einen sind die Diagnosen der Einschulungsuntersuchungen auf einen bestimmten Altersbereich beschränkt. Zum anderen umfasst der »Kinder- und Jugendreport 2019« der DAK ausschließlich Daten zu Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 0 und 17 Jahren, die bei der DAK versichert waren. Da sich Krankenkassen hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft aber unterscheiden und nur einen Ausschnitt der Gesellschaft umfassen, kann die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf die Gesamtheit der Kinder und Jugendlichen nicht als gesichert gelten – ein Umstand, der jedoch dadurch abgemildert wird, dass die DAK eine der mitgliederstärksten Krankenkassen Deutschlands ist. Die Ergebnisse der Untersuchungen werden im Folgenden überblickshaft wiedergegeben.

³¹ Vgl. DAK (2020). Die Datengrundlage entstammt den Jahren 2016 und 2017.

Gesundheitszustand der Kinder nach den Ergebnissen der Einschulungsuntersuchungen

Für Kinder im Einschulungsalter liegen die Daten der Einschulungsuntersuchung vor, die jedes Kind im Saarland durchläuft, bevor es in die Schule kommt. Die Untersuchung wird von Ärztinnen und Ärzten des Jugendärztlichen Dienstes der Gesundheitsämter durchgeführt und dient der Einschätzung des Gesundheits- und Entwicklungsstands im Hinblick auf schulrelevante Aspekte und der Empfehlung von Förderungs- und Unterstützungsmaßnahmen im Bedarfsfall. Die aggregierten Ergebnisse werden regelmäßig in Einschulberichten analysiert und veröffentlicht und ermöglichen einen Überblick über den Gesundheits- und Entwicklungszustand der Einschulkinder. Nachfolgend werden relevante Ergebnisse zur gesundheitlichen Vorgeschichte und zu den Untersuchungsbefunden der Einschulungsuntersuchungen der Jahre 2013/14³² und 2017/18³³ vorgestellt.

Insgesamt kann gesagt werden, dass die überwiegende Mehrheit der Kinder im Saarland einen guten Gesundheitszustand aufweist. Wie im gesamten Bundesgebiet gilt auch für das Saarland: Die Mehrzahl der Kinder lebt heute so gesund wie in keiner Generation zuvor.

Verändert hat sich in den vergangenen Jahren das Spektrum relevanter Erkrankungen. Während die Relevanz akuter Erkrankungen abnimmt, gewinnen zunehmend chronische Krankheiten an Bedeutung. Ebenso zeigen sich Verschiebungen von körperlichen Erkrankungen hin zu Entwicklungsstörungen im psychischen und funktionellen Bereich und verhaltensabhängigen Erkrankungen.³⁴

Die Einschulungsuntersuchung betrachtet zunächst die gesundheitliche Vorgeschichte der Einschulkinder. Dabei zeigt sich ein hoher, seit Jahren über dem Bundesdurchschnitt liegender Anteil frühgeborener Kinder: 10,3% der in 2016/17 untersuchten Kinder³⁵ mit Angaben zum Schwangerschaftsverlauf wurden vor der 37. Schwangerschaftswoche geboren, 1,4% vor der 32. Schwangerschaftswoche. Die Mehrheit der untersuchten Einschulkinder (61,0%) wurde in der Zeit nach der Geburt gestillt.

Hinsichtlich der Krankheitsgeschichten³⁶ der untersuchten Kinder fällt auf, dass die klassischen Kinderkrankheiten (Masern, Mumps, Röteln, Windpocken und Keuchhusten) dank bisher guter Impfraten nur noch selten und in Einzelfällen auftreten. Mit einem Auftreten bei nur 1,0% der untersuchten Kinder stellt Keuchhusten dabei die am häufigsten von den Eltern angegebene Kinderkrankheit dar. Häufiger vertreten sind laut Elternangaben dagegen allergische Erkrankungen. Demnach hatten 10,0% in ihrer Krankheitsvorgeschichte eine Allergie, 8,0% Asthma oder chronische Bronchitis und 7,3% Neurodermitis (z.T. sind in diesen Werten Mehrfachnennungen enthalten). Ein knappes Drittel der Kinder (32,7%), bei denen hierzu Angaben vorlagen (98,7%), hatte im Vorschulalter an einer oder mehreren Fördermaßnahmen teilgenommen (z. B. Logopädie, Ergotherapie, Krankengymnastik, Frühförderung) oder befand sich noch einer solchen Maßnahme.

³² Vgl. MSGFF (2015)

³³ Der Einschulungsbericht für den Einschuljahrgang 2017/18 erscheint im Jahr 2021. Die zu Grunde liegenden Daten und Auswertungen wurden für die Erstellung des 5. Kinder- und Jugendberichts des Saarlands vorab zur Verfügung gestellt.

³⁴ Vgl. MSGFF (2015): 64

³⁵ Die Einschulungsuntersuchungen finden in der Regel im vorletzten Kitajahr statt. Für das Einschuljahr 2017/18 fand die Mehrzahl der Untersuchungen im Jahr 2016 und für einen Teil im Jahr 2017 statt.

³⁶ Die Daten beruhen auf Angaben der Eltern und können auch Verdachtsfälle beinhalten.

Im Vergleich zum Vorgängerbericht haben sich bei der gesundheitlichen Vorgeschichte der 2017/18 untersuchten Kinder größtenteils keine oder nur geringe Veränderungen ergeben. Der Anteil gestillter Kinder ist um 3,3 % Prozentpunkte leicht gestiegen und der Anteil der Kinder mit Fördermaßnahmen um 3,3 % gesunken. Allein der Status des Impfschutzes der Kinder im Einschulalter ist stärkeren Veränderungen ausgesetzt. Während im Untersuchungszeitraum 2012/13 noch ein im Bundesvergleich guter Impfschutz bestand, lagen die Impfquoten der 2016/17 untersuchten Kinder für nahezu alle Impfungen niedriger als im Bundesdurchschnitt. Grundsätzlich ist in den letzten Jahren ein bundesweites Absinken der Impfraten für die meisten Krankheiten zu verzeichnen und das Saarland folgt diesem Trend. Dies kann vor allem auf einen höheren Anteil zugewanderter Kinder zurückgeführt werden. Bei zugewanderten, geflüchteten und asylsuchenden Familien wird häufig ein unvollständiger Impfstatus festgestellt. Dies liegt jedoch nicht unbedingt am tatsächlichen Impfstatus, sondern auch daran, dass oft keine oder unvollständige Gesundheits- bzw. Impfdokumente vorliegen, sich Impfschemata zwischen Ländern unterscheiden und Kinder, die aufgrund ihres Alters nicht mehr oder nur in geringerem Umfang geimpft werden müssen, dennoch nach den Vorgaben der Datenerhebungen mit unzureichendem Impfstatus in der Statistik erfasst werden.

³⁷ Der Rückgang ist teilweise auch auf ein geändertes Screening-Verfahren sowie Änderungen in der Bewertung der Untersuchungsbefunde zurückzuführen.

³⁸ (Tabelle rechte Seite)
Mit der Einschulungsuntersuchung 2017/18 wurde eine neue Definition für die Chronischen Erkrankungen und stark einschränkende Erkrankungen / Behinderungen eingeführt, welche sich an den Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS) des Robert-Koch-Instituts anlehnt und die nun sowohl psychische als auch körperliche Erkrankungen berücksichtigt. Aus diesem Grund sind die Zahlen nicht mit den Daten des Vorberichts vergleichbar, welche daher hier auch nicht wiedergegeben werden.

³⁹ Der zur Einschätzung der auditiven Wahrnehmung angewandte Test beinhaltet das Nachsprechen von Sätzen. Mangelnde Sprachkenntnisse, die bei zugewanderten Kindern häufiger vorkommen, können somit als eine Ursache für auffällige Befunde in diesem Entwicklungsbereich gelten.

Zentraler Bestandteil der Einschulungsuntersuchung ist eine körperliche Untersuchung. Ausgewählte Befunde dieser Untersuchung werden in Tabelle 2 wiedergegeben. Demnach wurde im Einschuljahr 2013/14 am häufigsten eine Auffälligkeit im Bereich des Sehvermögens festgestellt. Zwischen beiden Untersuchungszeiträumen ging dieser Anteil deutlich zurück.³⁷ Nahezu ein Sechstel der Kinder (15,9%) leidet unter einer chronischen Krankheit. Darunter werden Erkrankungen, Fehlbildungen, Behinderungen und längerfristige Gesundheitsprobleme sowie Verhaltensstörungen sowohl körperlicher als auch psychischer Natur gefasst, die mindestens 12 Monate andauern. Ein Vergleich des Auftretens chronischer Krankheiten zum Vorgängerbericht ist aus methodischen Gründen nicht möglich.³⁸ Übergewicht und Adipositas traten bei ca. 11 % der untersuchten Kinder auf, Störungen des Hörvermögens bei etwa 9%. Im Verlauf beider Untersuchungen blieben diese Befunde auf gleichem Niveau. Schwere, den Alltag dauerhaft einschränkende Beeinträchtigungen (v.a. Schädigungen des Nervensystems, des Herzens und der Sinnesorgane) treten nur selten auf. Auch hier kann wegen veränderter Definitionen kein Vergleich zum vorherigen Einschulbericht gezogen werden.

Die Einschulungsuntersuchung dokumentiert zudem Entwicklungsauffälligkeiten (vgl. Tabelle 3). Am häufigsten wurden Auffälligkeiten im Bereich der Sprachentwicklung festgestellt, wobei der Anteil zwischen den beiden Untersuchungen noch einmal zugenommen hat. Ebenso zugenommen haben Auffälligkeiten im Bereich auditiver Wahrnehmung, die bei gut einem Viertel der Kinder aufgefunden wurden.³⁹ Entwicklungsauffälligkeiten im Bereich visuomotorischer Fertigkeiten (Koordination von visueller Wahrnehmung und Bewegungsapparat) finden sich im Einschuljahr 2017/18 bei knapp einem Fünftel der untersuchten Kinder, Auffälligkeiten in den Bereichen (Fein-/Grob-) Motorik, Kognition und Verhalten bei jeweils zwischen 10 % und 14 %.

Ausgewählte Befunde der körperlichen Untersuchung

	Anteil untersuchter Kinder im Einschuljahr 2013/14	Anteil untersuchter Kinder im Einschuljahr 2017/18
Sehstörungen: Auffälliger Befund und Empfehlung einer augenärztlichen Abklärung	38,2%	23,3%
Chronische Erkrankungen	- ³⁸	15,9%
Übergewicht oder Adipositas:		
bei Mädchen	10,8%	10,7%
bei Jungen	10,2%	10,2%
Störung des Hörvermögens	8,4%	8,9%
Schwere, den Alltag dauerhaft einschränkende Beeinträchtigungen	-	3,6%

Tabelle 2

Ausgewählte Befunde der körperlichen Untersuchung in den Einschulungsuntersuchungen

Quelle: Ministerium für Frauen, Gesundheit, Frauen und Familie

Auffälligkeiten in der Entwicklung

	Anteil untersuchter Kinder im Einschuljahr 2013/14	Anteil untersuchter Kinder im Einschuljahr 2017/18
Sprachentwicklung	28,2%	34,3%
auditive Wahrnehmung	17,1%	26,5%
visuomotorische Fertigkeiten	16,9% ⁴⁰	19,2%
feinmotorische Koordination	17,7%	11,6%
Grobmotorik und Koordination	16,2%	14,0%
kognitiver Bereich	6,8%	10,2%
Verhaltensauffälligkeiten	15,2%	11,3%

Tabelle 3

Entwicklungsauffälligkeiten laut Einschulungsuntersuchung

Quelle: Ministerium für Frauen, Gesundheit, Frauen und Familie

⁴⁰ Der Prozentwert »visuomotorische Fertigkeiten« im Einschuljahr 2013/14 beruht auf eigenen Berechnungen anhand der im Einschulbericht angegebenen Absolutzahlen.

Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen gemäß Bericht der DAK

Erkenntnisse über die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Saarland finden sich auch im DAK-Bericht »Kinder- und Jugendreport 2019« wieder. Dieser hebt die Verbreitung chronischer Krankheiten und seelischer Probleme hervor.⁴¹ Psychische Erkrankungen und Verhaltensstörungen traten bei 28 % und damit bei etwas mehr als einem Viertel der Kinder und Jugendlichen auf. Potentiell chronische Erkrankungen körperlicher Natur waren laut Bericht bei fast jedem dritten Kind (31 %) festzustellen, potentiell chronische Erkrankungen psychischer Natur bei 8 % der Kinder und Jugendlichen.⁴² Bei 3,8 % der saarländischen Kinder und Jugendlichen in der Altersgruppe von 0 bis 17 wurde im Jahr 2017 eine Adipositas diagnostiziert.⁴³ Die häufigsten Ursachen für einen Arztbesuch waren laut DAK-Bericht jedoch Atemwegserkrankungen (66 %), Infektionskrankheiten (42 %), Augenerkrankungen (37 %) und Hauterkrankungen (29 %).

Der DAK-Bericht vergleicht die saarlandspezifischen Gesundheitsdaten mit denen Gesamtdeutschlands.⁴⁴ Demnach gleicht die Verteilung typischer Krankheitsbilder dem Bundesdurchschnitt, die Häufigkeit des Auftretens mancher einzelner Krankheiten ist jedoch im Saarland erhöht. So liegen etwa die Anteile von Atemwegs- und Augenerkrankungen über denen auf Bundesebene.

Im DAK-Bericht werden zudem verschiedene Zusammenhänge der Gesundheitssituation mit anderen Faktoren untersucht. Einkommen und insbesondere Bildung sowie die Krankheitsbilder der Eltern stehen hiernach in einem deutlichen Zusammenhang zum Gesundheits- und Entwicklungsstand der Kinder. Weiterhin werden regionale Unterschiede in der Häufigkeit von Erkrankungen zwischen Stadt und Land im Saarland aufgezeigt (so gibt es mehr Behandlungen von muskuloskelettalen Erkrankungen im ländlichen Raum, im städtischen Gebiet hingegen mehr Behandlungen von Zahnkaries und Viruserkrankungen).

⁴¹ Vgl. DAK (2020)

⁴² Aufgrund von Definitionsunterschieden zum Krankheitsbild »Chronische Krankheit« ist die Vergleichbarkeit zu den Zahlen des Einschulungsberichts eingeschränkt. Für die dem DAK-Bericht zugrunde gelegte Definition vgl. DAK (2020), S. 65ff.

⁴³ Im DAK-Bericht werden allerdings nur ärztlich diagnostizierte Fälle erfasst, was einen Arztbesuch voraussetzt.

⁴⁴ Vgl. auch DAK (2019)

Kinder und Jugendliche mit Behinderungen

Auch der Aspekt, ob junge Menschen im Saarland von einer Behinderung betroffen sind, wird in diesem Bericht als ein Merkmal ihrer sozialen Lage verstanden und dargestellt, da eine Behinderung trotz aller Bemühungen um Inklusion und Barrierefreiheit häufig noch immer mit einer gravierenden Beeinträchtigung von Teilhabemöglichkeiten einhergeht. Wir orientieren uns hierbei an der Definition der UN-Behindertenrechtskonvention, die Behinderung nicht im Kontext eines Krankheitsbegriffes versteht, sondern als Wechselwirkung zwischen persönlichen Beeinträchtigungen und gesellschaftlichen Barrieren. Hiernach sind Menschen mit Behinderungen »Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können«. (Artikel 1 Satz 2 der UN-Behindertenrechtskonvention).

Für die Erstellung des vorliegenden Kinder- und Jugendberichts wurde bewusst die Entscheidung gefällt, die Thematik nicht vertiefend zu behandeln. Dies erfolgt aktuell bereits im Rahmen der laufenden Fortschreibung des Landesberichts zur Situation der Menschen mit Behinderungen und des Landesaktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.⁴⁵ Hinsichtlich der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am Kinder- und Jugendbericht wurde dennoch geprüft, ob und wie eine Beteiligung von jungen Menschen mit Behinderungen ermöglicht werden kann. U.a. wurde überlegt, den Fragebogen für Jugendliche inklusiv in einfacher oder leichter Sprache zu erstellen, damit auch junge Menschen mit kognitiven Einschränkungen an der Befragung teilnehmen können. Hiervon wurde Abstand genommen, weil deutlich wurde, dass noch zu wenige Kenntnisse vorhanden sind, wie eine Operationalisierung wissenschaftlicher Fragestellungen in leichter bzw. einfacher Sprache vorzunehmen ist (die mehr ist als eine reine Übersetzungsleistung, wie sie von entsprechenden Agenturen angeboten wird).

Kinder und Jugendliche mit körperlichen Behinderungen sollten vor dem Hintergrund des Inklusionsgedankens ebenfalls nicht gesondert angesprochen werden, da davon ausgegangen wurde, dass sie in den angesprochenen Gruppen und Schulklassen mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit vertreten sein müssten. Die Schulen, die an der Befragung teilgenommen haben, wurden zudem darum gebeten, darauf hinzuweisen, wenn in den beteiligten Schulklassen Schülerinnen oder Schüler aufgrund einer Behinderung nicht an der Befragung teilnehmen können, damit hierfür spezifische Lösungen gefunden werden können. Beides kam jedoch nicht vor bzw. wurde dem Berichtsteam nicht mitgeteilt. So bleibt letztlich als einziger Hinweis, dass junge Menschen mit einer Behinderung an der Berichtserstellung beteiligt waren, dass in der Fragebogenbefragung 7 Antwortende angaben, aufgrund einer Behinderung digitale Medien nicht barrierefrei nutzen zu können.

⁴⁵ Informationen hierzu: <https://www.saarland-inklusive.de/>

Statistische Informationen zu Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen im Saarland liefern am ehesten die verfügbaren Daten zur Gewährung von Leistungen der Eingliederungshilfe. Für Kinder und Jugendliche mit einer körperlichen, geistigen und/oder seelischen Behinderung werden Leistungen der Eingliederungshilfe im Rahmen des SGB IX (in der Zuständigkeit des Landesamts für Soziales) erbracht, wobei für nicht schulpflichtige Kinder mit seelischen Behinderungen die Jugendämter auf der Grundlage § 35a des SGB VIII zuständig sind.

Die vorliegenden Daten des Landesamts für Soziales differenzieren in der Darstellung der geleisteten Eingliederungshilfen nicht nach dem Alter der Leistungsempfänger. Aus diesem Grund kann keine eindeutige Aussage getroffen werden, wie viele Kinder und Jugendliche insgesamt Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten. Präzise Angaben zur Zahl der Kinder und Jugendlichen, die im Saarland Eingliederungshilfen erhalten, gibt es lediglich zu spezifischen Hilfeformen, die allerdings nur jüngere Kinder betreffen. Sie zeigen insgesamt einen leichten Anstieg der Zahlen in den Jahren von 2011 bis 2015, anschließend ein gleichbleibendes Niveau und nach 2018 einen leichten Rückgang der Fallzahlen (vgl. Diagramm 18 und Tabelle 4).

Neben den dargestellten Zahlen, die v. a. Kinder im vorschulischen Alter betreffen, liegen zudem Daten zu Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen vor, die im schulischen Rahmen betreut und gefördert werden (in der Regel durch so genannte »Integrationshelfer und Integrationshelferinnen«, vgl. Diagramm 19). Sie zeigen seit 2010 einen deutlichen Anstieg der Zahl an Kindern und Jugendlichen (um 212% bis 2020), die im schulischen Kontext insgesamt Eingliederungshilfen erhalten. In diesem Zeitraum besonders stark angestiegen (um 246%) ist die Zahl der im Rahmen von Regelschulen unterstützten Schüler und Schülerinnen. Aber auch in Förderschulen wurden 2020 mehr als doppelt so viele Schüler und Schülerinnen betreut als im Jahr 2010. Leider differenzieren die verfügbaren Daten nicht nach der Form der sonderpädagogischen Unterstützungsbedarfe der Schüler und Schülerinnen (im Wesentlichen sind zu unterscheiden: Sinnesbeeinträchtigungen, körperliche und motorische Einschränkungen, Sprache sowie soziale Entwicklung). Aus den Zahlen sind aus diesem Grund kaum Interpretationen abzuleiten, die darüber hinaus gehen, dass im Zuge der zunehmenden Bemühungen um schulische Inklusion von Schüler und Schülerinnen mit Behinderungen bzw. besonderen Förderbedarfen im Saarland wie angestrebt ein immer höherer Anteil dieser Kinder und Jugendlichen Regelschulen besuchen.

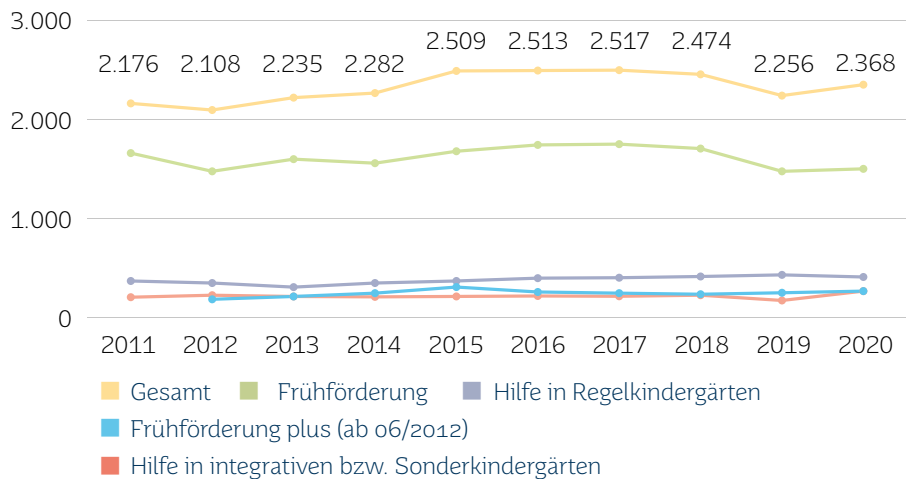


Diagramm 18

Fallzahlen verschiedener Eingliederungshilfen für Kinder

Quelle: Jahresbericht des Landesamts für Soziales 2017 und 2018, Landesamt für Soziales

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Frühförderung	1.648	1.445	1.568	1.538	1.673	1.710	1.715	1.686	1.460	1.500
Frühförderung plus (ab 06/2012)	-	163	190	224	291	232	231	203	235	240
Hilfe in Regelkindergärten (AfI)	334	313	288	330	357	378	379	391	413	388
Hilfe in integrativen bzw. Sonderkindergärten	194	187	189	190	188	193	192	194	148	240
Gesamt	2.176	2.108	2.235	2.282	2.509	2.513	2.517	2.474	2.256	2.368

Tabelle 4

Fallzahlen verschiedener Eingliederungshilfen zu Diagramm 8 (nach SGB XII) für Kinder

Quelle: Ministerium für Frauen, Gesundheit, Frauen und Familie

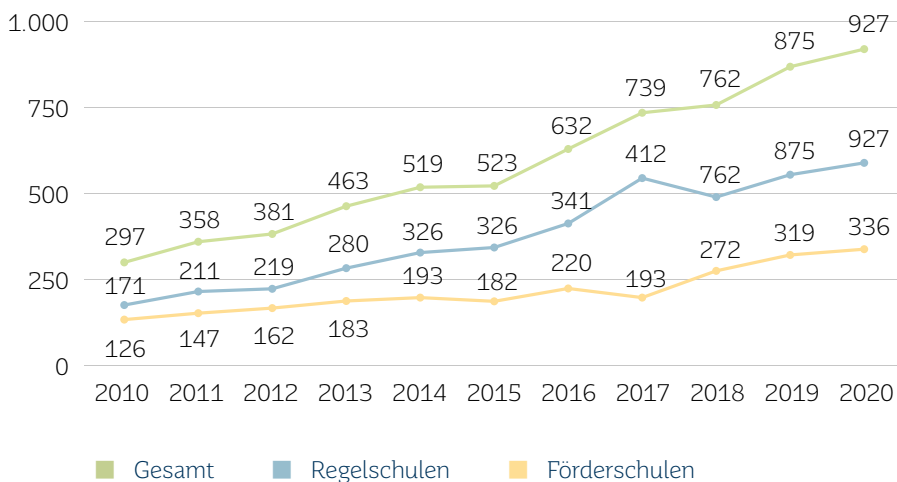


Diagramm 19

Fallzahlen zur Betreuung und Förderung für schulpflichtige Kinder (so genannte »Integrationshilfen«)

Quelle: Landesamt für Soziales

Bildung, Ausbildung, Beruf

Frühkindliche und vorschulische Bildung und Entwicklungsförderung

Bildung beginnt nach unserem heutigen Verständnis nicht mehr erst mit dem Eintritt in das schulische Bildungssystem. Unstrittig ist heute, dass auch die frühkindliche und vorschulische Bildung und Entwicklungsförderung eine wichtige Rolle für den späteren Bildungserfolg und die Teilhabechancen insgesamt spielt. Die befragten Expertinnen und Experten für Kinder- und Jugendpolitik im Saarland bestätigen dies dezidiert und betonen das Ziel der Chancengerechtigkeit aller Kinder und Jugendlichen für eine gute Bildung, berufliche Chancen und soziale Teilhabe. Prävention von Bildungs- und Entwicklungsbenachteiligung, die für die betroffenen Kinder ebenso wie für die Gesellschaft insgesamt langfristige negative Folgen nach sich zieht, ist deshalb eine zentrale Forderung.

Um die Bedeutung des Themas für diese Altersgruppe auch in der Erstellung des Kinder- und Jugendberichts zu würdigen, wurde im Rahmen der Gruppenbefragungen auch eine Kita in einem sozial belasteten Stadtteil Saarbrückens einbezogen. Umgesetzt wurde die »Gruppenbefragung« als Stadteilbegehung mit einer Kindergruppe der Kita. Unter dem Bildungsaspekt wurde die Relevanz des Themas von den beteiligten Erzieherinnen und der Kita-Leitung auch noch einmal deutlich betont.

Der Bereich der Bildung und Betreuung im frühkindlichen und Vorschulalter ist in den letzten Jahren von starken Veränderungen gekennzeichnet. Der Ausbau der vorschulischen Betreuungsmöglichkeiten ist ein Schwerpunkt der saarländischen Kinder- und Jugendpolitik. Das zeigt sich vor allem im Bereich der frühkindlichen Betreuung. Die Anzahl der unter 3-Jährigen in Kindertagesbetreuung hat sich im Verlauf von zehn Jahren von 3.794 Kindern im Jahr 2010 auf 7.326 Kinder im Jahr 2020 annähernd verdoppelt (vgl. Anhang, Tabelle II und Diagramme VI a-i). Diese Veränderung entspricht insgesamt einer Steigerung der Betreuungsquote⁴⁶ von 17,8 % auf 29,8 % (vgl. Diagramm 20). Die Entwicklung der Zahlen seit 2015 ist u. a. vor dem Hintergrund der großen Zuwanderungswelle von 2015 und 2016 zu interpretieren. Mit ihr kamen auch viele Familien mit kleinen Kindern nach Deutschland – und auch ins Saarland –, wodurch sich die Berechnungsgrundlage für die Betreuungsquote kurzfristig veränderte. Dennoch hat sich die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen auch seitdem kontinuierlich erhöht.

⁴⁶ Anzahl der Kinder in Kindertagesbetreuung je 100 Kinder der gleichen Altersgruppe jeweils zum Stichtag. Die Zahlen umfassen Kinder in Kindertageseinrichtungen und in der öffentlich geförderten Kindertagespflege.

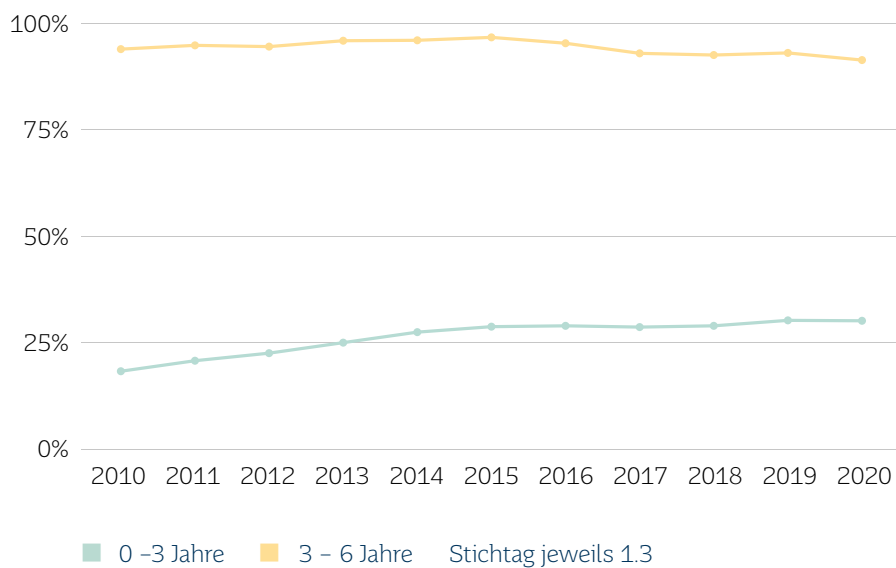


Diagramm 20

Betreuungsquote in Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege

Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes

Bei den 3- bis unter 6-Jährigen liegt die Anzahl der betreuten Kinder mit 22.568 im Jahr 2020 weitaus höher als bei den unter 3-Jährigen. Während im frühkindlichen Bereich nur ein Teil der Altersgruppe in Kindertageseinrichtungen geht, ist dies bei den 3- bis unter 6-Jährigen der Normalfall: Die Betreuungsquote lag im Jahr 2020 bei 91,8% und fällt damit etwas niedriger aus als im Jahr 2010 (94,4%). Im Verlauf der letzten zehn Jahre stieg die Betreuungsquote zunächst bis zum Jahr 2015 an, fiel seither aber wieder ab. Ein Grund hierfür war die Umwidmung von Kita-Plätzen für 3-6-Jährige in Krippenplätze für 0-3-jährige Kinder. Zudem spielte auch hier die Zunahme der Gruppe insgesamt im Zuge der Flüchtlingswelle 2015/2016 eine - wenn auch nicht maßgebliche - Rolle. Da für die zusätzliche Zahl an Kindern nicht ad hoc entsprechend viele zusätzliche Kitaplätze zur Verfügung stehen konnten, wirkte sich dies statistisch unmittelbar negativ auf die Betreuungsquote aus. In absoluten Zahlen betrachtet ergibt sich jedoch ein anderes Bild: Auch für die Altersgruppe der 3 bis 6-Jährigen konnte die Zahl der Kinder in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege seit 2010 - wenn auch moderat - erhöht werden (vgl. Tabelle II und Diagramme VI a-i im Anhang).⁴⁷

Es ist davon auszugehen, dass sich auch die Betreuungsquote mit dem laufenden Aufbau zusätzlicher Kitaplätze in den Kommunen in den kommenden Jahren tendenziell wieder positiv verändern wird.

⁴⁷ Anzahl der Kinder in Kindertagesbetreuung je 100 Kinder der gleichen Altersgruppe jeweils zum Stichtag. Die Zahlen umfassen Kinder in Kindertageseinrichtungen und in der öffentlich geförderten Kindertagespflege.

Saarländische Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen

Deutliche Veränderungen gab es über den Zeitraum von zehn Jahren auch bei der Anzahl der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Saarland. Während im Schuljahr 2009/2010 noch 99.987 Kinder und Jugendliche allgemeinbildende Schulen besuchten, waren es im Schuljahr 2019/2020 noch 90.986, dies entspricht einem Rückgang von 9,0% (vgl. Diagramm VII im Anhang). Generell korrespondiert dies mit dem allgemeinen Rückgang der Zahl von Kindern und Jugendlichen in der saarländischen Bevölkerung.

Verbunden mit der Zuwanderung von Kindern und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter wurde der jahrelange Abwärtstrend kurzzeitig unterbrochen. Nach einem deutlichen Anstieg der Schüler/-innen-Zahlen vom Schuljahr 2015/2016 zum Schuljahr 2016/2017 nehmen die Zahlen seitdem nur noch leicht ab.

Auf der regionalen Ebene findet sich – in unterschiedlicher Intensität – in allen Landkreisen und im Regionalverband Saarbrücken der gleiche Trend einer abnehmenden Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit einer vorübergehenden Trendumkehr in den Jahren der »Flüchtlingskrise« 2015 und 2016 (vgl. Tabelle 5).




	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14	2014/15	2015/16	2016/17	2017/18	2018/19	2019/20
Merzig-Wadern	10.808	10.793	10.846	10.774	10.673	10.668	10.476	10.532	10.495	10.376	10.367
Neunkirchen	12.871	12.340	11.919	11.494	11.062	10.938	10.818	11.043	11.086	11.097	11.147
Saarbrücken	31.505	31.031	30.718	30.200	29.754	29.369	29.251	29.695	29.883	30.042	29.974
Saarlouis	20.603	19.928	19.504	18.979	18.532	18.184	17.879	18.052	18.059	18.103	18.019
Saarpfalz-Kreis	14.778	14.398	14.103	13.757	13.406	13.223	13.260	13.390	13.418	13.286	13.331
St. Wendel	9.422	9.218	9.180	8.967	8.762	8.622	8.655	8.620	8.413	8.294	8.148

Tabelle 5
**Schülerzahl in
Allgemeinbildenden
Schulen**

Quelle: Statistisches Amt
des Saarlandes





Mit Blick auf die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die verschiedenen Schulformen zeigt sich, dass mit 31.318 Kindern rund ein Drittel der Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2019/20 eine Grundschule besuchte (vgl. Diagramm 21). Im Zehnjahreszeitraum findet sich auch hier ein Rückgang, der mit 3,8% aber geringer ausfällt als bei der Gesamtheit aller Schülerinnen und Schüler. Im Bereich der weiterführenden Schulen vereinen im Schuljahr 2019/20 die Gemeinschaftsschulen 31,0% (28.206) aller Schülerinnen und Schüler auf sich und die Gymnasien 26,7% (24.322). 3.545 Schülerinnen und Schüler besuchten Förderschulen. Weitere Schulformen wie Realschulen, freie Waldorfschulen oder Gesamtschulen werden nur von einem kleinen Teil der Schüler besucht (vgl. Diagramme 22 und 23).

Mit Blick auf die zukünftigen Entwicklungen, die etwa für die Schulbedarfsplanung relevant sind, sind vor allem zwei Indikatoren aussagekräftig. Die seit 2016/2017 relativ stabile Zahl an Grundschülerinnen und Grundschulern weist darauf hin, dass in den kommenden Jahren auch an den weiterführenden Schulen nicht von einem weiteren Rückgang auszugehen ist. Nach der Entwicklung der Geburtenzahlen seit 2015 (vgl. Diagramm 7, Seite 45) muss sogar davon ausgegangen werden, dass sowohl die Zahl der Schülerinnen und Schüler an Grundschulen ab 2021/2022 als auch nachfolgend der Schülerinnen und Schüler an den weiterführenden Schulen ab 2025/2026 wieder nicht unerheblich ansteigen wird.

Innerhalb von zehn Jahren fanden starke Verschiebungen bei der Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die einzelnen weiterführenden Schulformen statt. Mit der Einführung des Zwei-Säulen-Modells im Bereich der weiterführenden allgemein bildenden Schulen im Schuljahr 2012/13 hat sich die Gemeinschaftsschule innerhalb kurzer Zeit zur verbreitetsten Schulform innerhalb der weiterführenden Schulen entwickelt. Erweiterte Realschulen und Gesamtschulen, die im Schuljahr 2009/10 noch die meisten Schülerinnen und Schüler auf sich vereint hatten, verloren damit einhergehend stark an Bedeutung. Nur noch ein Bruchteil der Schülerinnen und Schüler (1,0%) sind in diesen Schultypen zu finden. An den Gymnasien ist ebenso ein Rückgang der Schülerinnen und Schüler zu verzeichnen, der jedoch deutlich geringer ausfällt (-11,0%). Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen ist im Kontext der Inklusionsstrategie des Bildungsministeriums seit 2009/2010 um 7,3% zurückgegangen.

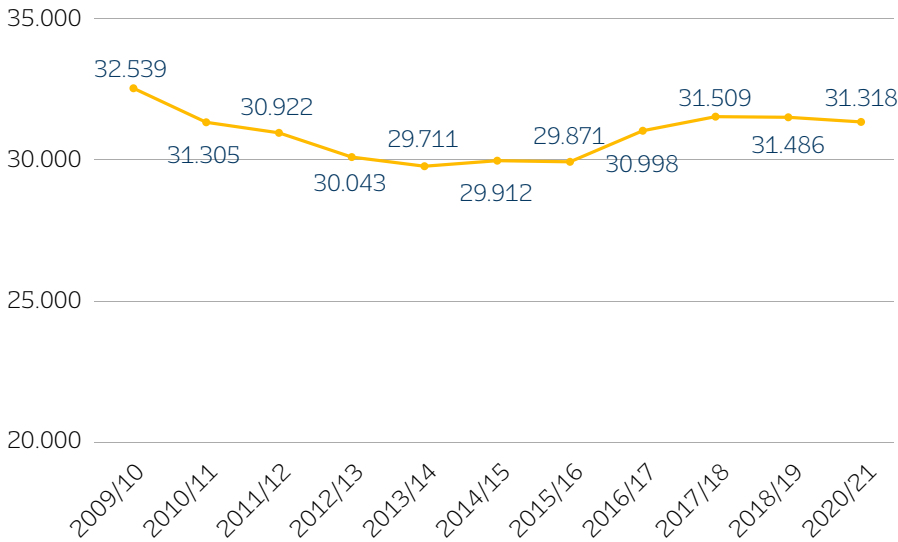


Diagramm 21
Schülerzahl im Saarland in Grundschulen im Saarland

Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes

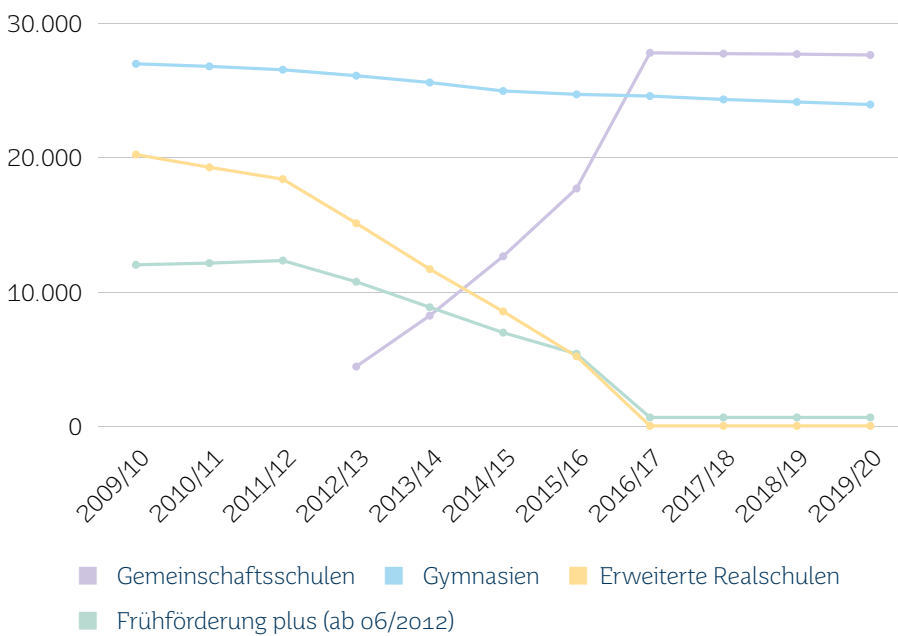


Diagramm 22
Schülerzahl im Saarland in weiterführenden Schulen nach Schulform I

Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes

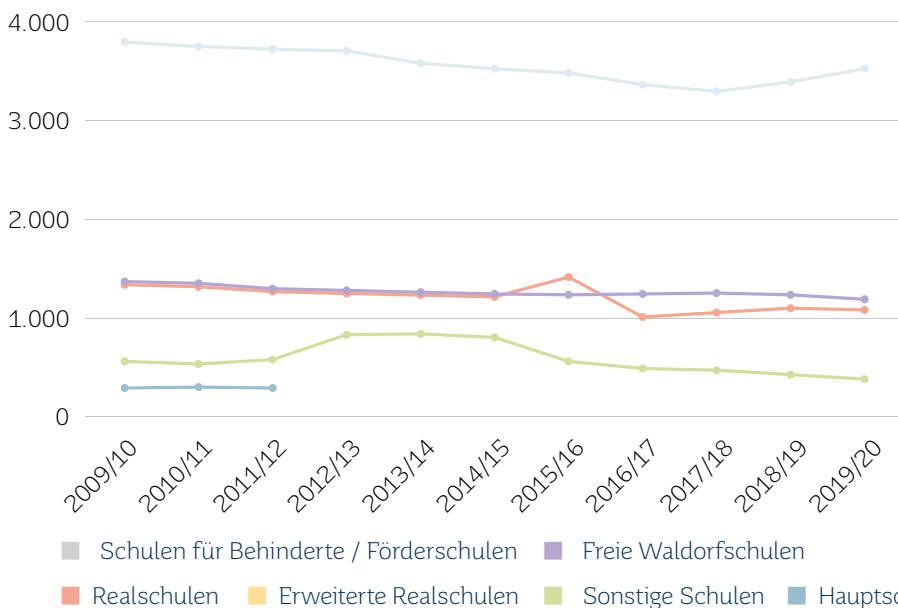


Diagramm 23
Schülerzahl im Saarland in weiterführenden Schulen nach Schulform II

Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes

Schulabschlüsse

Hinsichtlich der erreichten Abschlüsse war im Schuljahr 2018/19 die Allgemeine Hochschulreife am häufigsten (34,1%), gefolgt von einem mittleren Bildungsabschluss (28,5%) und der dem Hauptschulabschluss (27,3%) (vgl. Diagramm 24). Seit dem Schuljahr 2014/15 wird die Allgemeine Hochschulreife häufiger erreicht als der Mittlere Abschluss. Ohne Hauptschulabschluss verließen 6,3% der Absolventinnen und Absolventen / Abgänger im Schuljahr 2018/19 die Schule, ein Wert, der sich seit dem Schuljahr 2013/14 verdoppelt hat.

Berufliche Bildung / Ausbildung

Abnehmende Schülerzahlen sind ebenso im Bereich der beruflichen Schulen zu verzeichnen (vgl. Diagramm 25). Zwischen den Schuljahren 2009/10 und 2019/20 sanken die Schülerzahlen um 7.484. Das entspricht einer Senkung von 18,1% – ein deutlich stärkerer Rückgang als bei den allgemeinbildenden Schulen. Knapp die Hälfte der Berufsschülerinnen und Berufsschüler besucht eine Berufsschule. Die andere Hälfte verteilt sich auf eine Reihe weiterer Schulformen (vgl. Diagramm 26).

Auch die Anzahl der Auszubildenden im Saarland ging im selben Zeitraum zurück (vgl. Diagramm 27). Während zum Stichtag des 31. Dezembers im Jahr 2009 21.555 Ausbildungsverträge im Land bestanden, sank die Zahl bis 2019 kontinuierlich auf 16.050. Dies entspricht einem Rückgang um 25,5%. Die Auszubildenden entstammen hauptsächlich den Bereichen Industrie und Handel (58,5%) und Handwerk (29,5%) (vgl. Diagramm 28).

Daten darüber, wie groß der Anteil der saarländischen Jugendlichen ist, die eine Berufsausbildung beginnen, liegen nicht vor. Um sich dennoch der Frage nach der Bedeutung der Berufsausbildung anzunähern, soll auf die Daten der integrierten Ausbildungsberichtserstattung (iABE) zurückgegriffen werden. Ihr kann die (altersunabhängige) Anzahl der Anfängerinnen und Anfänger im Bereich der Berufsausbildung entnommen werden. Demnach begannen im Saarland im Jahr 2009 alle Altersstufen übergreifend 9.017 Personen eine Berufsausbildung.⁴⁸ Im Jahr 2019 waren dies nur noch 8.512 Personen, ein Rückgang von 5,6%. Im gleichen Zeitraum sank die Bevölkerung zwischen 15 und 27 Jahren im Saarland demgegenüber deutlich stärker (-13,1%).

Mittels der iABE kann die relative Bedeutung der Berufsbildung gegenüber anderen Bildungssektoren (Übergangsbereich, Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung und Studium) betrachtet werden. Dabei wird der Anteil an Anfängerinnen und Anfängern in der Berufsbildung der Gesamtheit aller Anfängerinnen und Anfänger im (Aus-)Bildungsgeschehen gegenübergestellt. Hierbei zeigt sich, dass der Anteil der Tendenz nach leicht rückläufig ist, allerdings in einzelnen Jahren deutlich schwankt (vgl. Diagramm 29). Das Jahr 2019 zeichnet sich dabei durch einen vergleichsweise hohen Anteil der (Aus-)Bildungsanfängerinnen und -anfänger in der Berufsausbildung aus.

⁴⁸ vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) 2020e

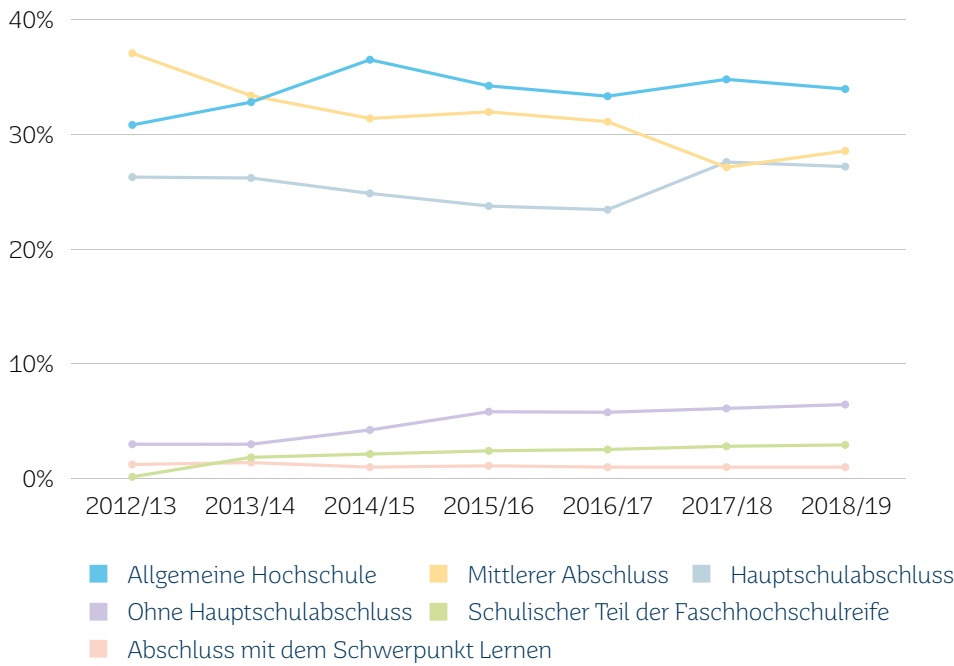


Diagramm 24
Abschlüsse und Abgänge an privaten und öffentlichen Schulen im Saarland nach Abschlussart
 Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes

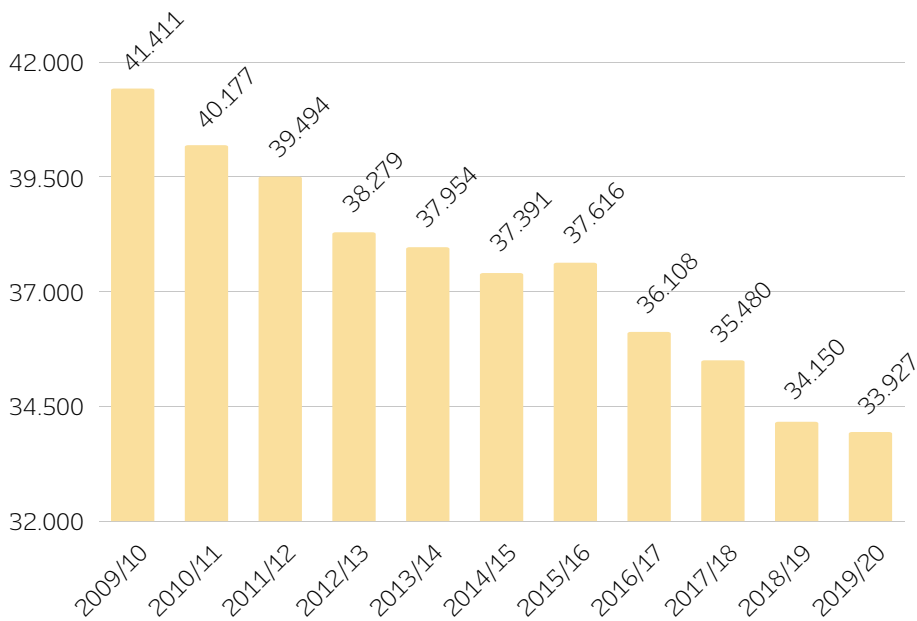


Diagramm 25
Schülerzahl in Beruflichen Schulen im Saarland
 Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes

Diagramm 26
Schülerzahl in Beruflichen Schulen nach Schulform im Schuljahr 2019/2020

Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes

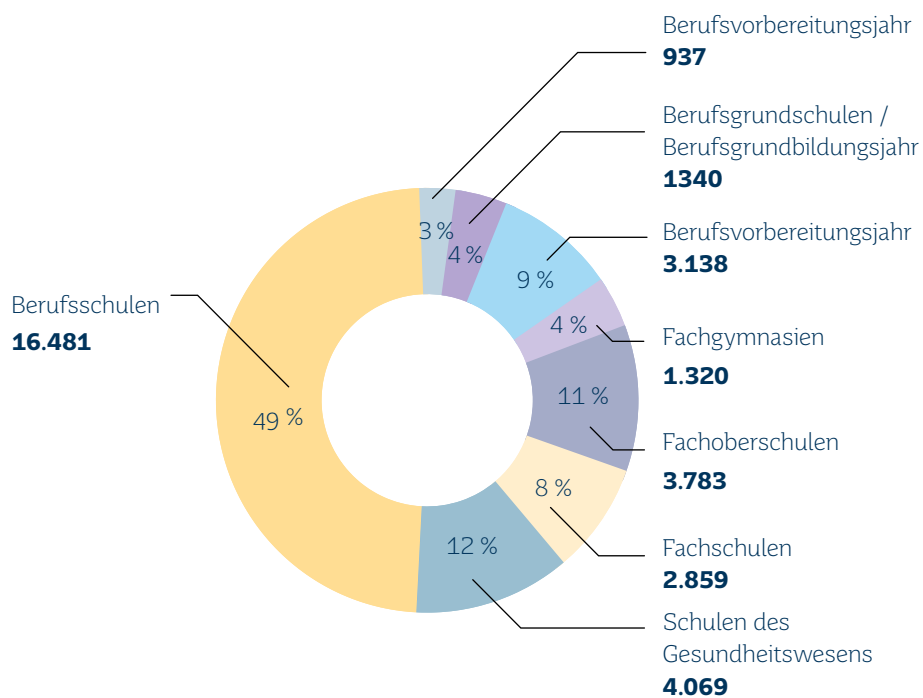
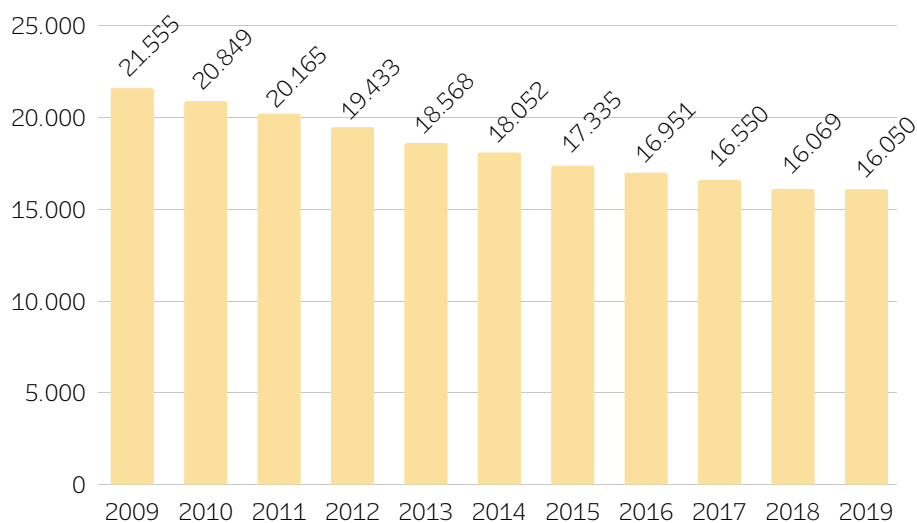


Diagramm 27
Ausbildungsverträge im Saarland Stichtag 31.12.

Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes



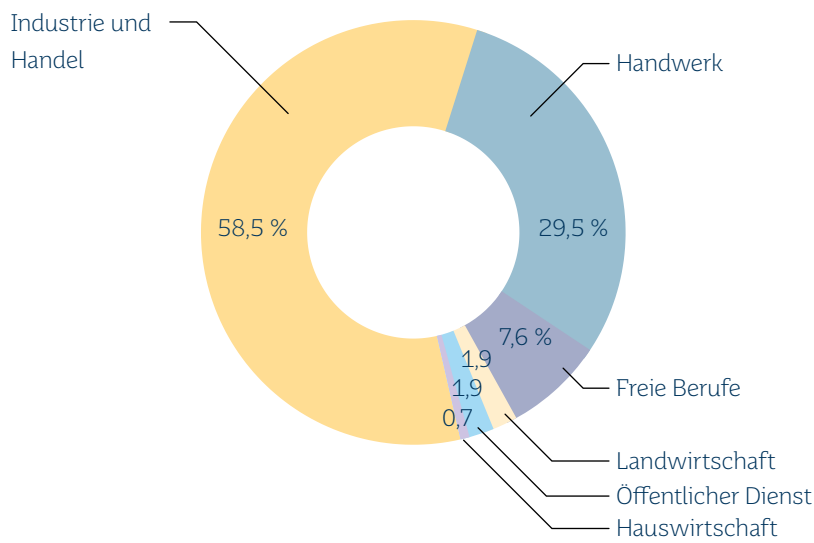


Diagramm 28
Auszubildende im Saarland nach Ausbildungsbereichen
 Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes

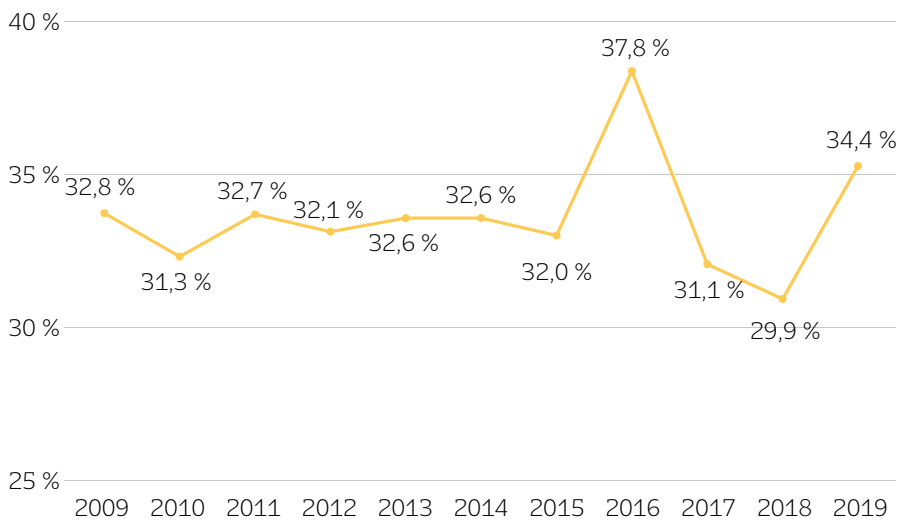


Diagramm 29
Anteil der Anfängerinnen und Anfänger im Sektor »Berufsausbildung« an allen Anfängerinnen und Anfängern im (Aus-)Bildungsgeschehen eines Jahres
 Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes

Hochschulbereich

Die Zahl der Studierenden an Fachhochschulen und Hochschulen im Saarland lag im Wintersemester 2019/20 bei 31.329 Studierenden (vgl. Diagramm 30). Im Wintersemester 2009/10 studierten noch 22.821 Menschen im Saarland, ein Plus von 37,3% innerhalb von zehn Jahren. In diesem Zeitraum stieg die Studierendenzahl zunächst kontinuierlich an, seit Wintersemester 2015/16 stagniert sie jedoch auf einem ähnlichen Niveau. Ein großer Teil dieses Anstiegs geht auf stark gewachsene Studierendenzahlen auf der Deutschen Hochschule für Prävention und Gesundheitsmanagement zurück, während an der größten Hochschule des Saarlands, der Universität des Saarlandes, die Zahlen in den letzten Jahren dagegen rückläufig waren.⁴⁹ Der Anteil der Studierenden aus dem Saarland – gemessen am Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung – lag im Wintersemester 2019/20 bei 41,3%. Dieser Anteil ist im Betrachtungszeitraum gesunken: 2009/10 hatte er noch bei 52,3% gelegen.

⁴⁹ Vgl. Statistisches Amt des Saarlandes (2020g)

Im Gegensatz zu den absoluten Zuwächsen bei den Studierendenzahlen hat der relative Anteil der jungen Menschen aus dem Saarland, die eine Hochschulbildung einschlagen, abgenommen. Zwar ist im Saarland der Bevölkerungsanteil eines Jahrgangs, der zum Studium an einer Hochschule berechtigt ist, leicht gestiegen: Innerhalb der letzten zehn Jahre erhöhte sich die Studienberechtigtenquote bis zum Jahr 2016 deutlich, fiel seither wieder ab, liegt aber immer noch über dem Wert zehn Jahre zuvor. Im Jahr 2019 lag die Quote bei 55,1%. Der Anteil an der (altersspezifischen) Bevölkerung im Saarland, die tatsächlich ein Studium (bundesweit) beginnt, hat dagegen im Zehnjahreszeitraum abgenommen. Die saarländische Studienanfängerquote sank von 50,5% im Jahr 2009 auf 45,5% im Jahr 2019 (vgl. Diagramm 31). Vor 2009 war die Studienanfängerquote noch über viele Jahre angestiegen.

Die Zahl der Hochschulabsolventen im Saarland ist in Folge der höheren Studierendenzahlen gestiegen. Zwischen den Prüfungsjahren 2010 und 2019 hat sich die Anzahl bestandener Abschlussprüfungen mit einer Steigerung von 96,3% fast verdoppelt (vgl. Diagramm 32). Bei mehr als der Hälfte der Abschlussprüfungen (60,4%) wurde im Jahr 2019 ein Bachelor erreicht, Master-Abschlüsse umfassten 21,0%. Im Zeitverlauf hat der Anteil dieser beiden akademischen Grade, insbesondere der des Bachelors, kontinuierlich zugenommen.

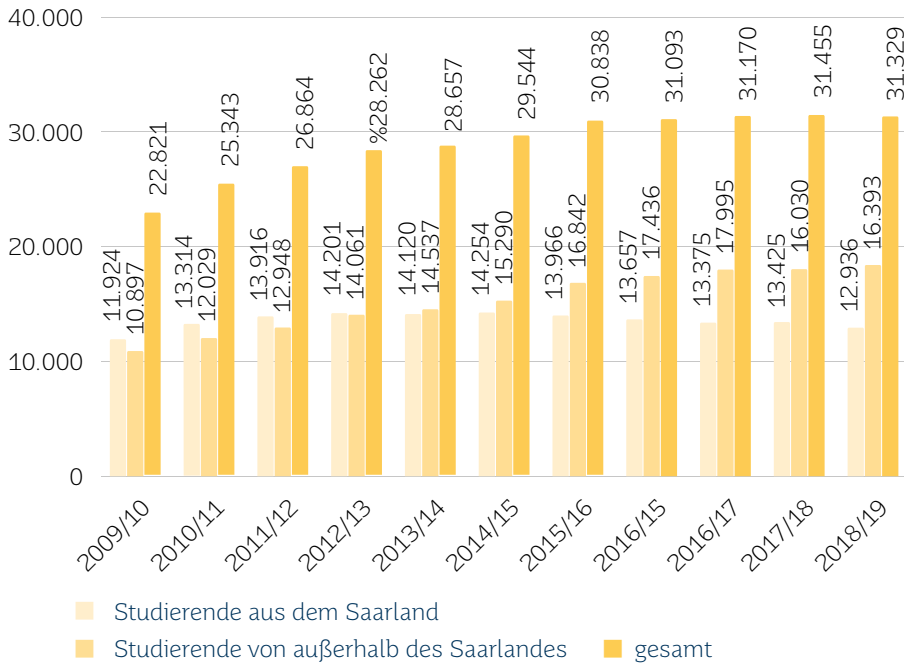


Diagramm 30
Studierende an Fachhochschulen und Hochschulen im Saarland

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis) 2021e

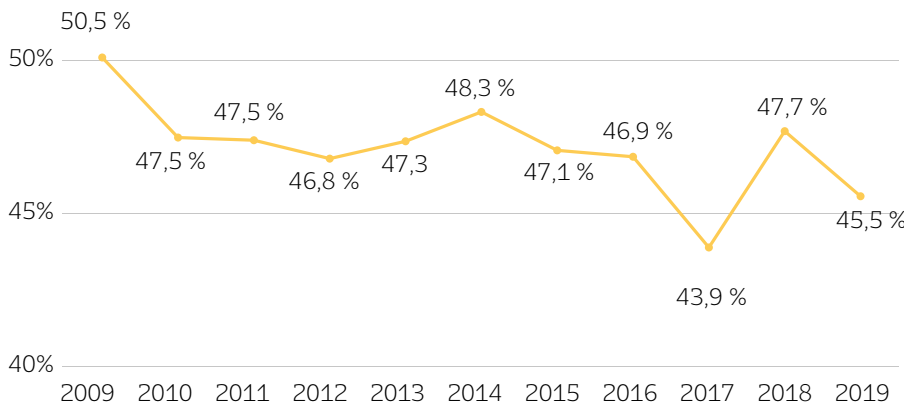


Diagramm 31
Studierendenanfängerquote im Saarland

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis) 2021e

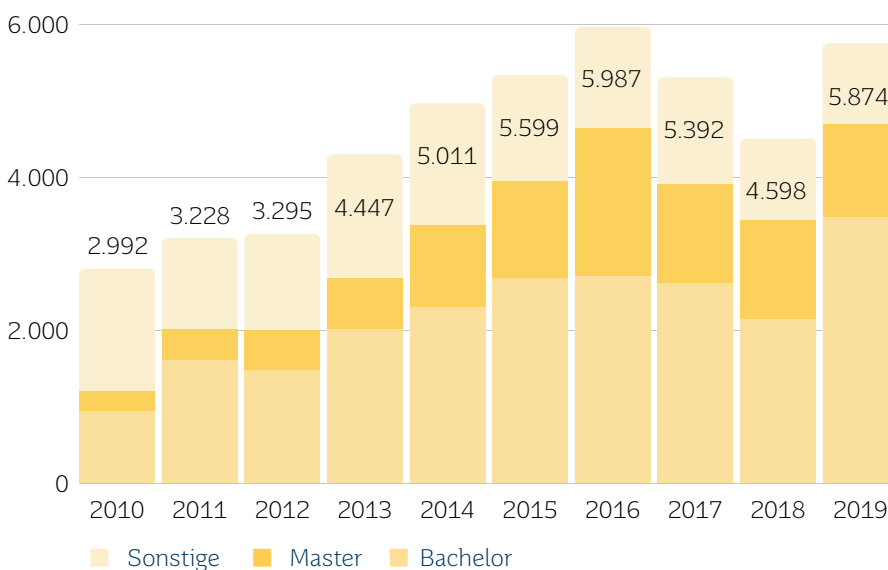


Diagramm 32
Bestandene Abschlussprüfungen an den Hochschulen im Saarland

Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes

Die berufliche Situation der jungen Menschen im Saarland

Das Jugendalter ist für einen Teil der jungen Menschen mit dem Beginn der eigenen Erwerbstätigkeit verbunden. Im Jahr 2020 waren im Saarland 73.812 Jugendliche zwischen 15 und unter 30 Jahren⁵⁰ sozialversicherungspflichtig beschäftigt. ⁵¹ Dies entspricht einer Beschäftigungsquote von 47,9%. Dabei finden sich große Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Während im Jahr 2020 nur 15,3% der 15- bis unter 20-Jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, steigt der Wert mit dem Alter deutlich an und erreicht bei den 25- bis unter 30-Jährigen einen Anteil von 66,5% (vgl. Diagramm 33). Im Zeitverlauf folgt die Entwicklung der Beschäftigungsquote einem kontinuierlichen Aufwärtstrend: Seit 2010 ist der Anteil der 15- bis unter 30-Jährigen mit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von 41,0% auf 47,9% kontinuierlich angestiegen (vgl. Diagramm 34).

Auf Regionalebene unterscheiden sich die Kreise hinsichtlich der Beschäftigungsquote (vgl. Diagramm 35). Der Regionalverband Saarbrücken hatte im Jahr 2020 mit 44,8% der 15- bis unter 30-Jährigen den niedrigsten Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter, in Saarlouis fand sich mit 51,3% der höchste Wert. In allen Regionen folgt die Entwicklung der letzten 10 Jahre dem Trend auf Landesebene.

⁵⁰ Die zu Grunde liegende Statistik der Bundesagentur für Arbeit erfasst Daten nicht für einzelne Altersjahrgänge, sondern, beginnend mit einem Alter von 15 Jahren, für 5 Jahre umfassende Altersgruppen. Daher weichen wir hier von der in diesem Bericht gewählten Altersgrenze von 27 Jahren ab.

⁵¹ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2021)



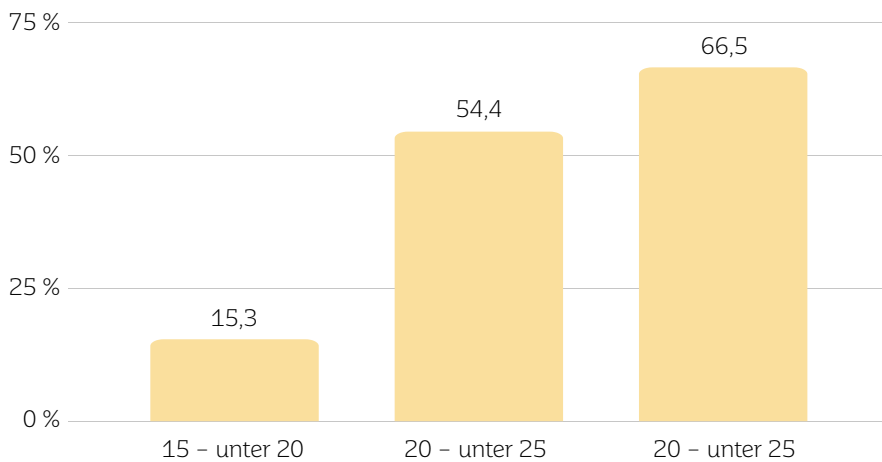


Diagramm 33
Beschäftigungsquote im Saarland nach Altersgruppen (Stichtag 30.06.2020)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2021)

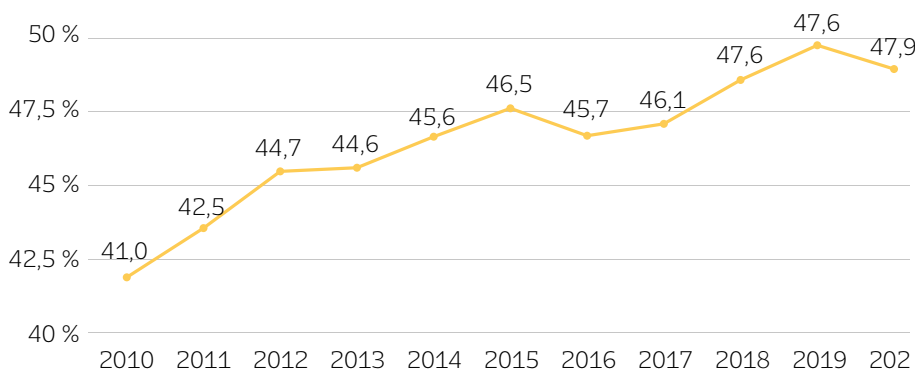


Diagramm 34
Beschäftigungsquote der 15- bis unter 30-Jährigen im Saarland

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2021), Statistisches Amt des Saarlandes (2020a)

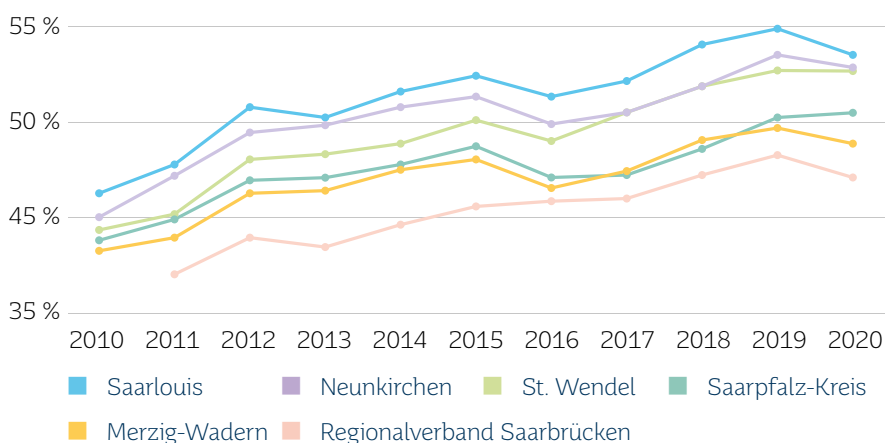


Diagramm 35
Beschäftigungsquote der 15- bis unter 30-Jährigen im Saarland auf Kreisebene

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2021), Statistisches Amt des Saarlandes (2020a)

Entwicklung der Arbeitslosenquoten in den Landkreisen

Im Jahr 2020 waren 8.178 junge Menschen im Saarland im Alter zwischen 15 und unter 30 Jahren arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote unterscheidet sich dabei zwischen den Altersgruppen und steigt mit dem Alter an. Während die 15- bis unter 20-Jährigen eine Arbeitslosenquote von 4,7% aufweisen, lag diese bei den 20- bis unter 25-Jährigen bei 6,8% und bei den 25- bis unter 30-Jährigen bei 9,4% – ein Wert, der über der generellen Arbeitslosenquote im Saarland von 7,2% liegt (vgl. Diagramm 36). Im Vergleich zum Jahr 2010 hat die Arbeitslosenquote junger Menschen (und insgesamt) im Saarland leicht abgenommen. Innerhalb des Zeitverlaufs von zehn Jahren unterlag die Quote jedoch deutlichen Schwankungen. Im Jahr 2018 erreichte sie einen Tiefstand und ist in den letzten zwei Jahren erneut angestiegen. Lediglich die Quote der 15- bis unter 20-Jährigen blieb (trotz gewisser Schwankungen) über den gesamten Zeitraum relativ stabil auf niedrigem Niveau.

Die Arbeitslosenquote unterscheidet sich auf Regionalebene deutlich zwischen den Kreisen im Saarland. Die Regionen mit den höchsten Quoten sind der Regionalverband Saarbrücken und der Landkreis Neunkirchen, die niedrigsten Arbeitslosenquoten finden sich in St. Wendel (vgl. Diagramm 37). Die Entwicklung der Arbeitslosenquoten auf Kreisebene verlief in den letzten 10 Jahren (in unterschiedlicher Ausprägung) weitestgehend analog zum Trend auf Bundeslandebene (vor allem in den Altersgruppen der 20- bis unter-25- und 25- bis unter-30-Jährigen.) Bei den 15- bis unter 20-Jährigen sind stärkere Unterschiede zu finden, wie etwa besonders niedrige Quoten in den Landkreisen Saarlouis und St. Wendel.

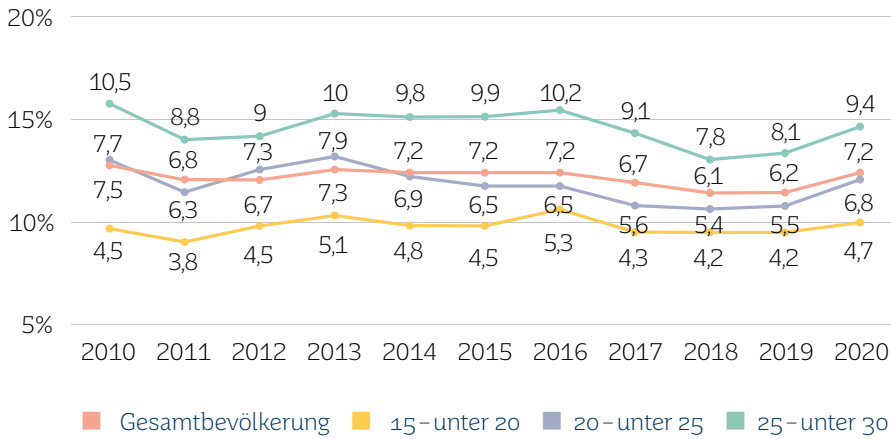


Diagramm 36
Arbeitslosenquote der 15- bis unter 30-Jährigen im Saarland
 Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes

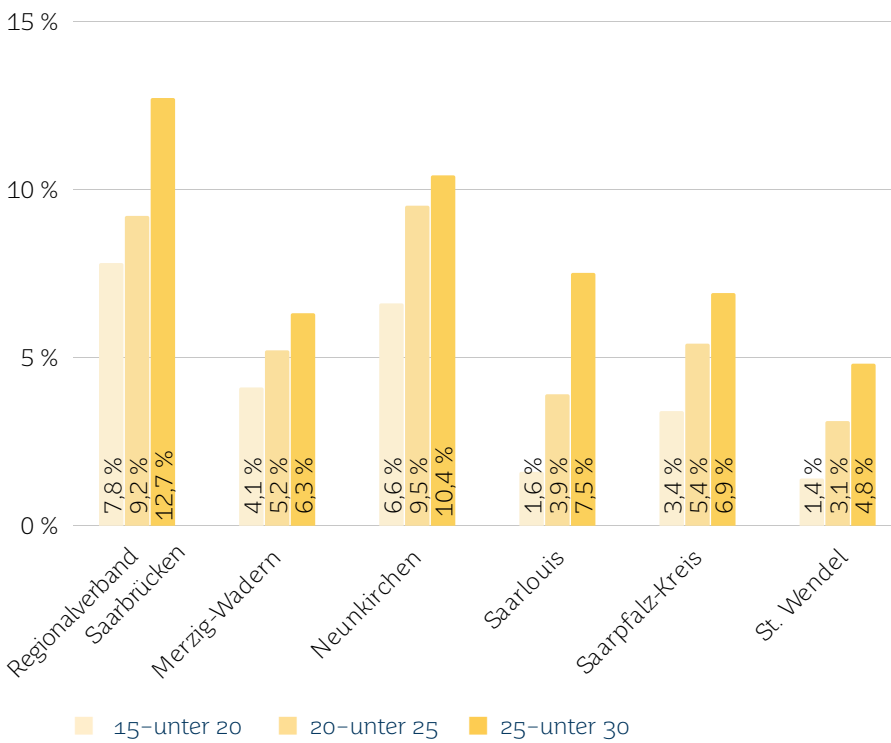


Diagramm 37
Arbeitslosenquote der 15- bis unter 30-Jährigen in den Landkreisen im Saarland (2020)
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2020),



Die Bedeutung der sozialen Lage der Kinder und Jugendlichen aus ihrer eigenen Sicht und in der Perspektive der Expertinnen und Experten

Insbesondere die Armutsgefährdungsquoten zeigen, dass ein nicht geringer Anteil der saarländischen Kinder und Jugendlichen Erfahrungen hat, was es bedeutet, in wirtschaftlich unsicheren Verhältnissen aufzuwachsen. Zukunftswünsche aber auch Sorgen von ihnen schließen direkt an diese Erfahrungen an.

So ist finanzielle Sicherheit für fast 9 von 10 der jungen Menschen, die sich an der Fragebogenbefragung beteiligt haben, ein wichtiges persönliches Zukunftsthema. Für die jungen Menschen bedeutet dies vor allem, nicht aus finanziellen Gründen gezwungen zu sein, auf die Erfüllung eigener Wünsche verzichten zu müssen. Auch konkretere materielle Zukunftswünsche (ein »schönes« eigenes Haus, ein »tolles« Auto und häufig in Urlaub fahren zu können) stehen in diesem Kontext. Mit dem Zukunftswunsch der beteiligten jungen Menschen nach finanzieller Sicherheit unmittelbar zusammen hängt die hohe Bedeutung, die es für 83 % von ihnen hat, »später eine gute Arbeit zu finden.«


Insbesondere die persönlichen Gespräche mit Kindern und Jugendlichen aus eher prekären sozialen Lebenssituationen (v.a. im Rahmen der durchgeführten Gruppeninterviews) haben zum einen den großen Wunsch deutlich gemacht, es in dieser Hinsicht später einmal »besser«, d.h. vor allem sicherer zu haben, als sie es bisher in ihrer Familie erfahren haben. Zum anderen wurde aber auch sehr deutlich, dass dieser Wunsch insbesondere bei diesen Kindern und Jugendlichen auch mit der Sorge verbunden ist, dies aus eigener Kraft nicht schaffen zu können und mit dem Wunsch nach mehr Unterstützung und Hilfe hierbei.

Diese Wünsche und Sorgen korrespondieren direkt mit den Themen und Aufgaben der Kinder- und Jugendpolitik, die die beteiligten Expertinnen und Experten für diese Gruppe der Kinder und Jugendlichen in den Fokus rücken. Hierbei werden vor allem Maßnahmen der primären und sekundären Armutsprävention sowie eine verstärkte Unterstützung auf dem schulischen und beruflichen Entwicklungsweg eingefordert.

Mein Wunsch an die Politik:

»Dafür zu sorgen, dass unabhängig vom Wohlstand jeder die Möglichkeit hat, eine gute Schule /Ausbildung zu machen!«

männlich, 22 Jahre,
Berufsschule, ländlicher Raum



Maßnahmen der primären Armutsprävention zur Verhinderung des Entstehens prekärer sozio-ökonomischer Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen sehen 79 % der Expertinnen und Experten als prioritäre Aufgabe der saarländischen Kinder- und Jugendpolitik an, insbesondere für Kinder in den Altersgruppen zwischen der Geburt bis zum Einschulungsalter. Für Kinder im Grundschulalter sind für 72 % Maßnahmen zur Vermeidung der negativen Folgen von Kinderarmut (sekundäre Armutsprävention) die politische Handlungspriorität für die kommenden Jahre. Für die Gruppe der älteren Jugendlichen – insbesondere solche in prekären soziökonomischen Lebenslagen – sehen fast 80 % die Unterstützung im Übergang Schule-Beruf als vordringlich politische Aufgabe an.

Mit den Zukunftswünschen der Kinder und Jugendlichen nach einer guten beruflichen Perspektive und finanzieller Sicherheit einher geht die hohe Bedeutung, die das Thema Bildung für sie hat. Dies ist wenig überraschend, da die Teilnahme an Bildung und der Aufenthalt in Bildungseinrichtungen einen Großteil ihres bisherigen und aktuellen Lebens ausmacht.

Dementsprechend geben 82 % der antwortenden Jugendlichen in der Fragebogen-Befragung an, dass es ihnen wichtig oder sehr wichtig ist, »einen guten Schulabschluss/Hochschulabschluss zu schaffen«. Auch in den Gruppenbefragungen war »Bildung und Schule« eines der meistgenannten Themen, die für die Jugendlichen die größte Bedeutung haben.

Dies entspricht der Sicht der befragten Expertinnen und Experten für Kinder- und Jugendpolitik im Saarland. Auch bei ihnen wird das Thema »Bildung« am häufigsten als eines der drei wichtigsten Themen für die zukünftige Kinder- und Jugendpolitik im Saarland genannt. In der Online-Befragung benannten in diesem Kontext 57 % der Antwortenden den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule – insbesondere für Kinder im Grundschulalter – als Topthema für die saarländische Kinder- und Jugendpolitik.

Für den 5. Kinder- und Jugendbericht ist »Bildung und Schule« kein Schwerpunktthema. Die in den Gruppendiskussionen benannten Aspekte wurden in der Fragebogen-Befragung der Jugendlichen deshalb nicht dezidiert aufgegriffen. Dennoch sollen an dieser Stelle die wichtigsten Aussagen der Kinder und Jugendlichen in den Gruppendiskussionen hierzu gebündelt dargestellt werden.

- Die meisten sind positiv bildungs- und leistungsorientiert und orientieren sich vor allem an »guten Lehrern«, »die uns auch verstehen und mit denen man auch mal Spaß haben kann.«
- Insbesondere die Jugendlichen, die auf weiterführenden Schulen sind, erleben Schule häufig aber auch als belastend und empfinden hohen Leistungsdruck (viele sagen, es fehlt ihnen deshalb an Zeit für Hobbys und Freunde).
- Manche bedauern, dass heute (sei es seitens der Eltern oder allgemein »in der Gesellschaft«) »offenbar nur noch das Abitur zählt« und andere schulische Wege und Abschlüsse nur noch als »weniger wert als das Abi« bewertet werden.
- Für die Schule wünschen sie sich (an allen weiterführenden Schulformen) vor allem mehr lebenspraktische Bezüge durch Praktika oder im Unterricht (Ideen gehen von »Nähen« über »auch mal was Handwerkliches machen« bis zu »wie macht man eine Steuererklärung«).
- Ebenfalls häufig gewünscht werden mehr Möglichkeiten und Mitbestimmung bei der Fächerwahl und eine intensivere Vorbereitung und Information über anschließende berufliche und Studien-Möglichkeiten.
- Auch eine bessere Ausstattung der Schulen mit digitalen Medien und eine bessere Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Nutzung werden verbreitet angesprochen.

»Gesundheit« als Aspekt ihrer sozialen Lebenssituation ist für die Kinder und Jugendlichen selbst, die an der Berichterstellung beteiligt waren, kein Thema, mit dem sie sich prioritär beschäftigen. Allenfalls im Kontext der hohen Gewichtung, die sie dem Thema »Klima und Umwelt« beimessen, finden sich ggf. indirekte Bezüge zur Gesundheitsthematik. Bei den beteiligten Expertinnen und Experten wird das Thema (nach dem allerdings – da kein Schwerpunktthema des Berichts – nicht explizit gefragt wurde) vor allem im Kontext der Vermeidung der negativen Folgen von Kinderarmut (sekundäre Armutsprävention) thematisiert sowie der Entwicklungsgefährdungen, die durch eine übermäßige und unkontrollierte Nutzung digitaler Medien durch Kinder und Jugendliche entstehen können.

Darüber hinaus findet es ebenfalls seinen Niederschlag, wenn Expertinnen und Experten auf die Gruppe von Kindern und Jugendlichen mit suchtkranken oder psychisch kranken Eltern hinweisen. Wichtige Handlungsbedarfe für diese Gruppe von Kindern und Jugendlichen sehen sie vor allem in der Prävention von und dem Schutz vor Kindeswohlgefährdung (63%), in Maßnahmen zur Verhinderung des Eintretens prekärer sozioökonomischer Situationen für die Kinder und Jugendlichen aufgrund der Suchterkrankung ihrer Eltern (63%) sowie in gezielten und bedarfs-spezifischen Angeboten zur Unterstützung der Erziehung dieser Kinder und Jugendlichen in und außerhalb ihrer Familien (62%).

Schlussfolgerung aus der Beschreibung der sozialen Lebenssituation der jungen Saarländerinnen und Saarländer:

Die soziale Lebenssituation der saarländischen Kinder und Jugendlichen im Saarland ist differenziert zu betrachten.

Für ca. jeden dritten jungen Menschen unter 18 Jahren im Saarland ist aufgrund der Datenlage davon auszugehen, dass er aufgrund seiner ökonomischen Familiensituation (Stichworte »Kinder- und Jugendarmut«), gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Entwicklungsverzögerungen oder Behinderungen in verschiedener Hinsicht von Benachteiligungen für seine persönliche, schulische und berufliche Entwicklung betroffen ist.

Demgegenüber steht eine Mehrheit von ca. zwei Dritteln dieser Gruppe, für die keine vergleichbaren Einschränkungen für ihre schulische und berufliche Entwicklung und für Chancen- und Teilhabegerechtigkeit zu erkennen sind.

Die Beschreibung der sozialen Lage der saarländischen Kinder und Jugendlichen sollte noch einmal deutlich gemacht haben, dass die Kinder und Jugendlichen im Saarland keine homogene Gruppe sind. Ihre Chancen auf eine umfassende und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe werden von verschiedenen Merkmalen ihrer gegenwärtigen Lebenssituation beeinflusst und sind deshalb ungleich verteilt. Armut oder Armutsgefährdung ist nur eines dieser Merkmale. Ca. jeder fünfte junge Mensch im Saarland ist hiervon betroffen. Weitere Teilhabebarrrieren können u.a. durch Behinderungen unterschiedlicher Art, eingeschränkte Sprachkenntnisse, gesundheitliche Probleme oder psychosozial belastete Familienkonstellationen entstehen.

Für die Gestaltung der Kinder- und Jugendpolitik im Saarland ist vor diesem Hintergrund wichtig, die sehr unterschiedlichen und spezifischen Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen und bei jugendpolitischen Entscheidungen und Maßnahmen jeweils zu prüfen, ob und welche Kinder und Jugendlichen ggf. aufgrund spezifischer Merkmale nicht oder weniger von ihnen profitieren können oder gar von der Teilhabe an ihnen ausgeschlossen sind. Planungen, die sich an alle Kinder und Jugendlichen richten, sind deshalb immer mit der Überlegung zu verbinden, welche Kinder und Jugendlichen möglicherweise bestimmte Benachteiligungen haben, um sich zu beteiligen bzw. von den jugendpolitischen Zielsetzungen zu profitieren. In diesem Sinne sollte jede Entscheidung der zukünftigen Kinder- und Jugendpolitik im Saarland immer eine inklusive sein.

Inklusion könnte so in einem breiteren Sinne als bisher als Querschnittsthema für alle Planungen und Maßnahmen einer zukunftsweisenden saarländischen Kinder- und Jugendpolitik verstanden werden. Dies gilt nicht nur für politische Konzepte und Planungen auf Ebene des Landes. Ebenso sollte es für Kommunen, Verbände, Träger, Vereine und andere zivilgesellschaftliche Organisationen, die für und mit Kindern und Jugendlichen agieren wollen, als verbindliche Prüffrage zum Qualitätsstandard ihrer Aktivitäten gehören: »Welches Kind oder welchen Jugendlichen könnte es geben, der bei unserem Vorhaben nur schwierig oder nicht mitmachen kann? Und was können wir in unser Konzept einbauen, um es ihm oder ihr dennoch zu ermöglichen?«

Als generelle Empfehlung für die saarländische Kinder- und Jugendpolitik lässt sich somit ableiten:

Planungen und Entscheidungen der saarländischen Kinder- und Jugendpolitik sollten die Teilhabechancen und -einschränkungen von Kindern und Jugendlichen differenziert berücksichtigen!

Über diese generelle Empfehlung hinausgehend werden nachfolgend einige konkrete Handlungsempfehlungen zur Sicherung einer gleichberechtigten Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit bestimmten benachteiligenden Merkmalen formuliert.

Handlungsempfehlungen zur Berücksichtigung der sozialen Vielfalt und Diversität »der Jugend« im Saarland

Relevante Akteure
Alle Ressorts der Landesregierung und die Kommunen

→ **Verbindliche Standards für Inklusion**

Bei der Erstellung von Gesetzen und Verordnungen sollte es ein verbindlicher Standard sein, dass in den entsprechenden Vorlagen zu prüfen und zu beschreiben ist, welche Gruppen von Kindern und Jugendlichen aufgrund persönlicher und sozialer Merkmale in welcher Hinsicht von den Regelungen betroffen sind und ggf. hinsichtlich der erwünschten Effekte Einschränkungen unterliegen. Diese Empfehlung orientiert sich an einem breiten Inklusionsbegriff, der davon ausgeht, dass es vielfältige Merkmale geben kann, durch die die Teilhabe und Beteiligung an gesellschaftlichen und politischen Angeboten und Entscheidungen erschwert wird.

→ **Entstehung prekärer sozio-ökonomischer Lebenslagen verhindern**

Da Kinder- und Jugendarmut eine der gravierendsten Faktoren für Teilhabebenachteiligungen ist, sollten verstärkt direkte Maßnahmen zur Verhinderung des Entstehens prekärer sozio-ökonomischer Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen umgesetzt werden (primäre Armutsprävention). Der im Juni 2020 verabschiedete »Zweite Aktionsplan zur Armutsbekämpfung im Saarland« mit zahlreichen Vorschlägen zur Bekämpfung von Kinderarmut und ihren Folgen ist hierfür eine geeignete Grundlage. Die Maßnahmen sollten möglichst mit der Geburt eines Kindes wirksam werden, um von Beginn an zu verhindern, dass Benachteiligungen und negative Folgewirkungen überhaupt erst entstehen können die nachteiligen Folgen von Kinderarmut zu verhindern. Die Einführung einer Kindergrundsicherung könnte hierfür ein geeignetes Mittel sein.

→ **Auswirkungen von Kinderarmut verhindern**

Zusätzlich sollten Aktivitäten mit dem Ziel, die nachteiligen Auswirkungen von Kinderarmut zu verhindern, verstärkt werden (sekundäre Armutsprävention). Hierbei sollten niedrigschwellige und lebensweltnahe Maßnahmen (nach dem Muster der Gemeinwesenarbeit) präferiert und zusätzlich (vom Land und den Kommunen) gefördert werden.

→ **Gesundheitsprävention und -förderung**

Da auch gesundheitliche Faktoren einerseits eng mit Aspekten des sozioökonomischen Status verknüpft sind, andererseits einen wichtigen Einfluss auf Teilhabemöglichkeiten und Teilhabegerechtigkeit haben, ist die Gesundheitsprävention und -förderung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der sekundären Armutsprävention besonders zu berücksichtigen.

→ **Bildungsbenachteiligung entgegenwirken**

Um Bildungsbenachteiligung entgegenzuwirken, sollte die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule weiter intensiviert und ausgebaut werden. Hierbei geht es sowohl um den weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit und die Bildung multiprofessioneller Teams an den Schulen als auch die verstärkte Einbindung außerschulischer, nonformaler Bildungsangebote, um Schulen bei der Förderung Bildungsbenachteiligter Kinder und Jugendlicher effektiv zu unterstützen.

→ **Unterstützungsangebote und Ermöglichung von Freizeitaktivitäten für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen**

Für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sollten entsprechend der Priorisierungen der befragten Expertinnen und Experten insbesondere für den Übergang Schule-Beruf spezifische Unterstützungsangebote implementiert werden. Ein weiterer Handlungsschwerpunkt sollte auf der Ermöglichung der Teilnahme an vielfältigen Freizeitaktivitäten liegen, da Inklusion nicht nur ein schulisches Thema ist, sondern alle Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen umfasst.

→ **Kinder und Jugendliche mit suchtkranken oder psychisch kranken Eltern fokussieren**

Ein spezifischer Blick sollte auch auf Kinder und Jugendliche mit suchtkranken oder psychisch kranken Eltern geworfen werden. Wichtige Handlungsbedarfe für diese Gruppe von Kindern und Jugendlichen sehen die Expertinnen und Experten vor allem in der Prävention von und dem Schutz vor Kindeswohlgefährdung, in Maßnahmen zur Verhinderung des Eintretens prekärer sozio-ökonomischer Situationen für die Kinder und Jugendlichen aufgrund der Suchterkrankung ihrer Eltern sowie in gezielten und bedarfs-spezifischen Angeboten zur Unterstützung der Erziehung dieser Kinder und Jugendlichen in und außerhalb ihrer Familien.

Partizipation und Mitbestimmung



4

Auf Bundesebene zieht der 16. Kinder- und Jugendbericht des Bundes den Schluss, dass viele Kinder und Jugendliche politisch interessiert sind und sich Möglichkeiten zur stärkeren Beteiligung an demokratischen Prozessen wünschen (vgl. BMFSFJ 2020, 16). Im Einklang mit den vorliegenden Ergebnissen betont der Kinder- und Jugendbericht des Bundes die Notwendigkeit, nicht nur Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen zu schaffen, sondern darüber hinaus die Reflektion und Einbettung von Partizipationserfahrungen zu fördern. Die Förderung politischer Bildung bedarf hiernach auch einer solchen pädagogischen Perspektive, die die Ausbildung politischer Handlungs- und Urteilsfähigkeit gewährleistet und Jugendliche zur Wahrnehmung ihrer vielfältigen demokratischen Rechte befähigt.⁵²

⁵² vgl. BMFSFJ 2020, 568

Aktuelle empirische Erkenntnisse auf Bundesebene zum Wunsch nach stärkerer (politischer) Partizipation zeigt eine durch die Vodafone-Stiftung durchgeführte Befragung (2020) von 2.149 Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Dabei gab die überwiegende Mehrheit (80%) an, dass es ihnen wichtig sei, die Politik beeinflussen zu können⁵³.

⁵³ vgl. Vodafone-Stiftung 2020, 4f

Die wichtigsten Ergebnisse aus den Befragungen der Jugendlichen und Experten

Ein großes Interesse an (mehr) Partizipation zeigt sich auch in den Befragungen der Jugendlichen für den 5. Kinder- und Jugendbericht des Saarlandes. Unter Partizipation verstehen sie hierbei vor allem, aktiv bei Entscheidungsfindungen und der Entwicklung von Lösungen mitwirken zu können, sowie bei konkreten Entscheidungen mit abstimmen zu dürfen.

Am häufigsten interessieren sich die Jugendlichen für folgende Formen von Beteiligung:

- im Rahmen einer Organisation, die für Themen kämpft, die den Jugendlichen wichtig sind (für ca. 66% sehr wichtig, wichtig oder zumindest vorstellbar).
- Teilnahme an Demonstrationen (für ca. 56% sehr wichtig, wichtig oder zumindest vorstellbar).
- Beteiligung bei Entscheidungen und/oder konkreten jugendbezogenen Projekten im eigenen Lebensumfeld (Stadt, Dorf, Gemeinde, Stadtteil, Wohngebiet) (für ca. 50% sehr wichtig, wichtig oder zumindest vorstellbar).
- In einem Jugendparlament auf Landesebene oder auf Stadt-/Gemeindeebene (jeweils für ca. 40% sehr wichtig, wichtig oder zumindest vorstellbar).

»Mitbestimmung heißt für mich, dass Fragebögen wie dieser hier ernstgenommen werden!«

weiblich, 21 Jahre,
Berufsschule,
ländlicher Raum

»Ich finde es wichtig, Fragebögen wie diesen hier auszufüllen. Wieso mache ich das zum ersten Mal in meinem Leben? Sowa sollte es öfter geben.«

männlich, 18 Jahre,
Gymnasium,
städtischer Raum

Interessant ist, wie Jugendliche unter 18 Jahren (hier konkret die Altersgruppe der 15-17-Jährigen) die Möglichkeit gewichten, bereits vor der Volljährigkeit an politischen Wahlen teilnehmen zu können. Für ca. 39% ist dies ein wichtiger bzw. sehr wichtiger Aspekt ihres Partizipationsverständnisses (im Vergleich: Die beiden oben genannten Aspekte von Partizipation wurden in der gleichen Altersgruppe zu je ca. 70% und 80% als wichtig bzw. sehr wichtig bewertet).

Auch bei der direkten Frage, ob sie sich die Teilnahme an politischen Wahlen wünschen, gibt ein etwa gleich hoher Anteil der 15-17-Jährigen an, dass ihnen dies wichtig oder sehr wichtig ist. 36% sagen dies für Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen, 40% für die Teilnahme an Wahlen in ihrer Stadt oder Gemeinde.

Ein spezifisches Ergebnis hinsichtlich der Formen möglicher Partizipation, die für die jungen Menschen von Interesse sind, betrifft die Beteiligung im Rahmen politischer Parteien. Während nur 3,7% der Antwortenden angeben, bereits in einer politischen Partei aktiv zu sein, geben über 20% an, dass für sie Mitbestimmung und Mitarbeit in einer Partei sehr wichtig oder wichtig wäre, weitere 12% könnten sich dies ggf. vorstellen.

Die Aussagen der meisten befragten Expertinnen und Experten zum Themenkomplex Beteiligung, Partizipation und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen sind sehr eindeutig und übereinstimmend: Sie plädieren dezidiert dafür, Kindern und Jugendlichen mehr und umfassendere Partizipations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten zu eröffnen. Für viele von ihnen ist eine intensivere und ernst gemeinte Partizipation von Kindern und Jugendlichen bei Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen kinder- und jugendpolitischer Maßnahmen ein Schlüsselfaktor für deren Erfolg. Betont wird hierbei, dass es nicht nur um die Frage einer möglichst bedarfsgerechten Ausgestaltung kinder- und jugendpolitischer Maßnahmen geht, sondern dass das Erleben von Partizipation auch wichtige Bildungseffekte haben kann. Gut gestaltete und ernst gemeinte Partizipation von Kindern und Jugendlichen geht einher mit dem direkten Erleben und Umsetzen von demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen, dem Umgang mit abweichenden Meinungen, dem Aushandeln von gemeinsamen (Kompromiss-)Lösungen, etc. Erweiterte Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen sind also immer auch verbunden mit erweiterten Möglichkeiten für eine (erlebbare und realitätsnahe) Demokratieförderung und -bildung.

Im Kontext von Partizipation würden die befragten Expertinnen und Experten mehrheitlich auch einer Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre zustimmen, dies allerdings nicht als hinreichende Maßnahme für mehr Partizipation, sondern v.a. als sichtbare politische Botschaft an die Jugendlichen, im demokratisch-politischen Prozess ernst genommen zu werden und eigenes Gewicht zu haben. Bei den Jugendlichen selbst sind es 39% der Jugendlichen in der relevanten Altersgruppe, für die diese Form der politischen Partizipation wichtig oder sehr wichtig wäre.

Noch höher als ein früheres Wahlrecht gewichten die Expertinnen und Experten erweiterte Mitbestimmungsmöglichkeiten in den unmittelbaren Lebenskontexten der Jugendlichen. Hier sind vor allem die Kommunen als Akteure angesprochen, die dies ermöglichen könnten, und es geht um Themen wie eine kinder- und jugendgerechte Gestaltung von Stadtteilen, Sozialräumen und Lebenswelten.

»Mitbestimmung heißt für mich, dass auch ich mitentscheiden dürfte, was in unserer/m Gemeinde/Stadt bzw. Land(kreis) getan werden kann, obwohl mein Alter unter 16 Jahren liegt.«

weiblich, 13 Jahre,
Gymnasium,
ländlicher Raum

»Mitbestimmung heißt für mich, dass meine eigene Ansicht etwas mitverändern kann.«

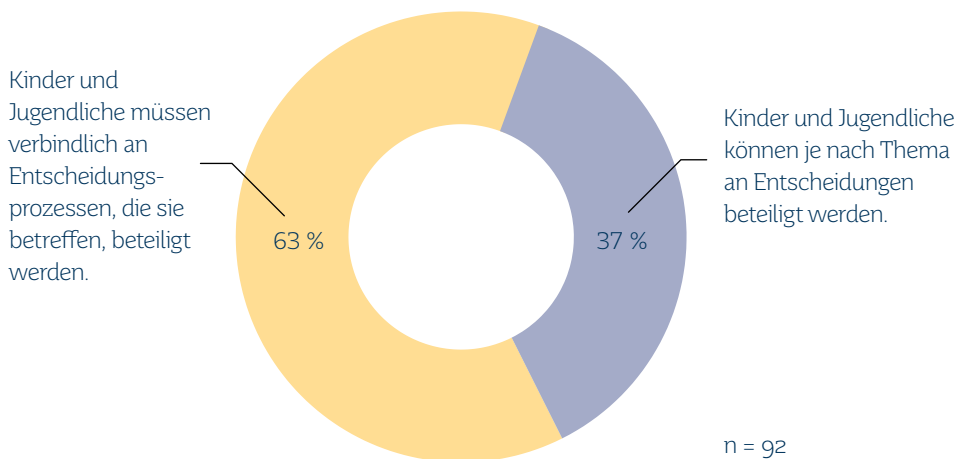
männlich, 22 Jahre,
Fachoberschule,
städtischer Raum

Die nachfolgende Tabelle und die Diagramme 38 a+b zeigen, dass es in den Einrichtungen und Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit und Jugendhilfe bereits vielfältige Beteiligungs- und Partizipationsformen gibt. Die Empfehlungen der Fachakteure und Expertinnen und Experten gehen vor diesem Hintergrund insbesondere in die Richtung, Beteiligung in kinder- und jugendpolitischen Fragen zum gesellschaftlichen und politischen Standard zu machen und es nicht nur bei (vielen) guten Beispielen zu belassen.

Von den antwortenden Experten konkret benannte Beteiligungsformen in Institutionen sind:

- Kinderkonferenz (26 Nennungen)
- Schülervertretung (10 Nennungen)
- Kinderparlament (9 Nennungen)
- Jugendparlament (9 Nennungen)
- Jugendbeirat (9 Nennungen)
- Auszubildendenvertretung (5 Nennungen)
- Kinderversammlung (4 Nennungen)
- Klassenrat (3 Nennungen)
- Gruppenkonferenzen (2 Nennungen)
- Beteiligung bei Förderplanung, Gruppengespräche und Wahl von Gruppensprecher
- Gesprächskreise
- Gruppenrat
- Gruppenrat/Themenbezogene Arbeitsgruppen/Einzelanregungen
- gruppenspezifische Beteiligungsgremien
- Gruppenteam
- Jugendforum
- Kinder- und Jugendbeauftragte; Partizipationsmaßnahmen
- Kinder- und Jugendbefragungen, Bürgermeistersprechstunden
- verschiedene Methoden der Abstimmung
- Kinderparlament und Abstimmungsverfahren
- Hortkonferenzen, Partizipation beginnt schon in der Krippe bei Auswahl von Material etc.
- visualisierte Beschwerdeverfahren
- Kinderrat im Bereich Kita
- Konferenzen
- Kreis
- Mediation, Klassenrat
- Mitbestimmung im JuZ
- Morgenkreis in der Kita
- Partizipation in allen Bereichen
- Schülermitbestimmung (2)
- Schülerselbstverwaltung
- Schulkonferenz, Gesamtkonferenz

Wie ist die Beteiligung / Mitbestimmung von Kindern / Jugendlichen in Ihrer Institution geregelt?



Gibt es in Ihrem Arbeitsfeld / Ihrer Institution Möglichkeiten zur Beteiligung und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen?

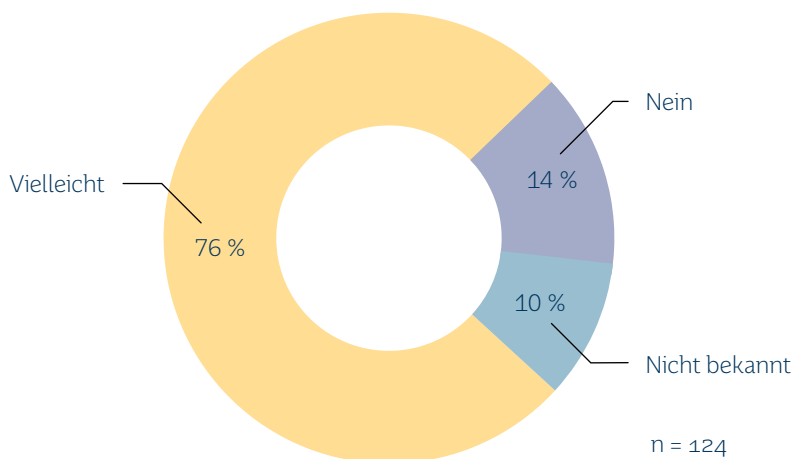
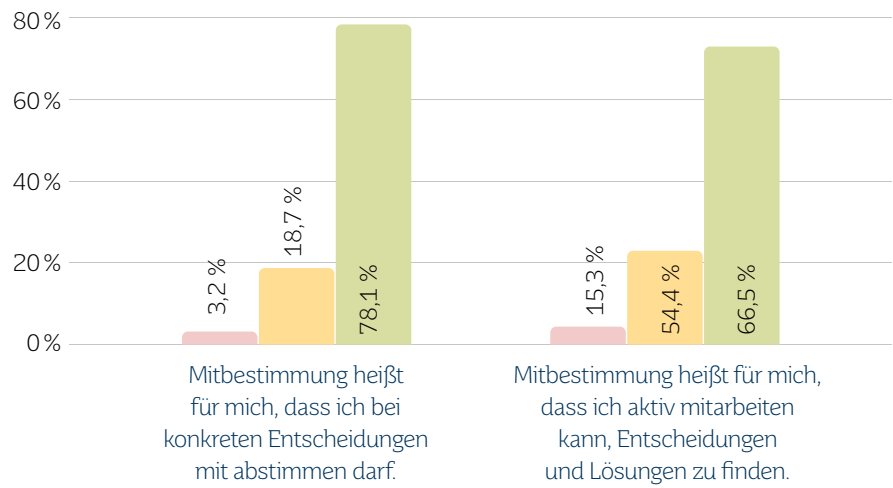


Diagramme 38 a+b
**Mitbestimmung:
 Beteiligung von
 Kindern / Jugendlichen**
 Quelle: Erhebung iSPO

Was bedeutet für dich Mitbestimmung?



Wie oder wobei würdest du am liebsten mitbestimmen oder mitmachen können?

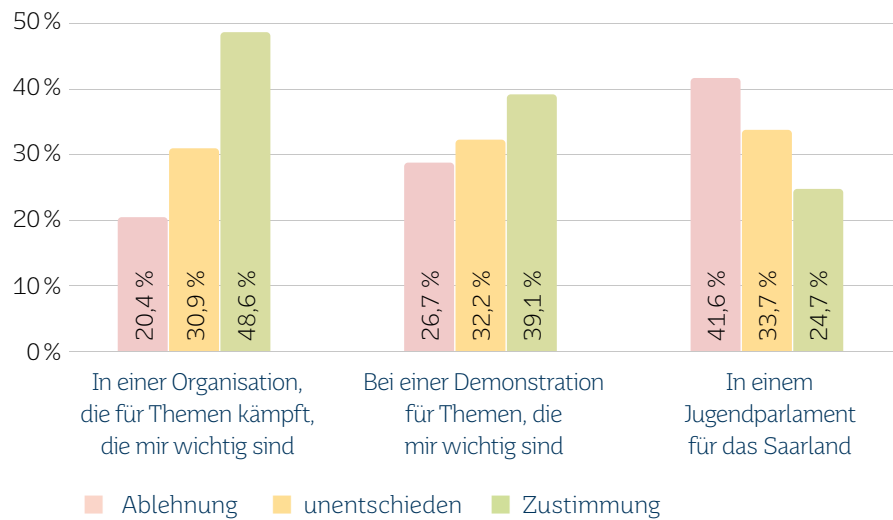


Diagramme 39 a+b
Bedeutung von Beteiligung der Kinder und Jugendlichen
 Quelle: Erhebung iSPO

Schlussfolgerung

Die jungen Saarländerinnen und Saarländer wünschen sich mehr Beteiligung und Mitbestimmung! Die Expertinnen und Experten für die Kinder- und Jugendpolitik im Saarland unterstützen dies nachdrücklich.

Das in den Befragungen geäußerte Interesse der jungen Saarländerinnen und Saarländer, selbst an Themen mitzuwirken und mit zu entscheiden, die für sie von Bedeutung sind, ist groß und weit verbreitet (und ggf. stärker ausgeprägt, als es vorher »aus Erwachsenensicht« zu vermuten war). Das Interesse hieran übersteigt das Ausmaß vorhandener Partizipationserfahrungen deutlich. Thematisch und hinsichtlich vorstellbarer Beteiligungsformen sind die jungen Menschen eher offen und noch wenig festgelegt. Auf den Punkt gebracht könnte man sagen, es müssen Themen sein, die ihnen wichtig sind (z. B. Klima und Umwelt) oder Themen, von denen sie in ihrer unmittelbaren Lebenswelt (ihrer Stadt, Gemeinde, ihrem Stadtteil oder Wohngebiet) direkt betroffen sind. Sogar eine direkte stärkere Mitwirkung in einer Partei könnten sich überraschend viele Jugendliche vorstellen. Ein Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche wird auch seitens der Expertinnen und Experten, die am Kinder und Jugendbericht mitgewirkt haben, dezidiert unterstützt.

Partizipation soll hier in einem breiten und umfassenden Sinne verstanden werden. Sie beginnt dabei, die jungen Menschen selbst in verschiedenen Formaten nach ihren Meinungen, Interessen, Sorgen und Wünschen zu fragen. Mit den verschiedenen Befragungsformen, die zur Erstellung dieses Kinder- und Jugendberichts durchgeführt wurden, sollte hierfür bewusst ein Impuls gesetzt werden. Solche Befragungen könnten durchaus durch das Land ggf. in einem konzertierten Vorgehen mit den Kommunen institutionalisiert und in regelmäßigem Turnus durchgeführt werden, um aktuelle Entwicklungen in den Themen und Bedarfen der Kinder und Jugendlichen im Saarland (und auch ggf. auch zu den Ergebnissen der Kinder- und Jugendpolitik im Land und den Kommunen) empirisch abgesichert nachzuvollziehen. Wie sehr die jungen Menschen es schätzen, »auch einmal direkt gefragt zu werden« wurde bei den Befragungen für den Kinder- und Jugendbericht deutlich.

Darüber hinaus sind natürlich viele weitere Partizipationsformen vorstellbar. Fachexpertise und vielfältige Erfahrungen hierzu sind im Land vorhanden und waren im Rahmen des Beirates auch an der Erstellung des Kinder- und Jugendberichts beteiligt. Sie sollte auch nach einer politischen Grundsatzentscheidung zum Ausbau der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als Handlungsstrategie der saarländischen Kinder- und Jugendpolitik für Konkretisierungen auf der Maßnahmenebene genutzt werden.

Generell sollten kontextspezifisch für Kinder und Jugendliche geeignete Partizipationsformen gefunden werden, die der Wirkungsreichweite des jeweiligen Themas gemäß sind. So sollten bei Entscheidungen innerhalb einer Kommune etwa zur kinder- und jugendgerechten Gestaltung von Stadtteilen, Quartieren, Wohngebieten, Dörfern, und dort liegenden Orten, Plätzen und Räumen für Kinder- und Jugendliche andere Beteiligungsformen umgesetzt werden, als wenn es um grundlegendere Fragestellungen und Entscheidungen geht, die viele Kinder und Jugendliche im ganzen Land betreffen.⁵⁴

⁵⁴ Generell interessant könnte auch das Modell der losbasierten Bürgerräte sein, das im In- und Ausland zu verschiedenen Themen zunehmend genutzt und erprobt wird. Hiernach könnte etwa das Landesparlament zu wichtigen jugendpolitischen Fragen Jugendräte mit der Erarbeitung von Politikempfehlungen für klar definierte Aufgabenstellungen beauftragen. Gleiches wäre auf der kommunalen Ebene vorstellbar. Eine am 4. März 2021 veröffentlichte Studie »Zukunftsmodell Bürgerrat?« der Konrad-Adenauer-Stiftung könnte hier wichtige Hinweise geben. Die Studie untersucht zu diesem Beteiligungsmodell u.a. Fragen der konkreten Ausgestaltung des Prozesses, die Umsetzungsprobleme und deren Lösungsansätze

Adressaten dieser Impulse und Vorschläge zur Stärkung und zum Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche sind nicht nur Akteure der saarländischen Landesregierung. In gleicher Weise sind alle weiteren politischen Ebenen im Land aber auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die für und mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, als Akteure der Kinder- und Jugendpolitik hierbei angesprochen. Auf allen diesen Ebenen – so der Eindruck, der durch die Befragung der Kinder- und Jugendlichen und der Expertinnen und Experten entstanden ist – könnten die jungen Menschen noch deutlich mehr und intensiver in Planungen und Entscheidungen sowie in die Umsetzung von Maßnahmen einbezogen werden. Vielleicht könnten die Akteursgruppen miteinander vereinbaren, dass Kinder- und Jugendpartizipation im Saarland zum Qualitätsstandard bei der Bearbeitung kinder- und jugendpolitischer Themen werden soll, anstatt nur in bestimmten Fällen – als gutes Beispiel für Partizipation – punktuell umgesetzt zu werden.

Wichtig bei allen Partizipationsmöglichkeiten, die Kinder und Jugendlichen in Zukunft möglicherweise deutlich verstärkt eröffnet werden, ist: Kinder und Jugendliche werden die Angebote nur dann ernst nehmen und sich nachhaltig beteiligen, wenn sie wahrnehmen, dass ihre Beteiligung »einen Unterschied macht«, d.h. einen spürbaren Einfluss auf das Ergebnis von Entscheidungs-, Planungs- und Umsetzungsprozessen hat.

Unsere generelle Empfehlung zu diesem Themenfeld lautet deshalb:

Partizipation und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ernst nehmen und ausbauen!

Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Partizipation auf kommunaler und sozialräumlicher Ebene

Relevante Akteure
Kommunen, Träger der
Kinder- und Jugend-
arbeit und Jugendhilfe,
Schulträger, etc.)

→ **Beteiligungsformen ausbauen**

Bei Themen und Belangen, die Kinder und Jugendliche betreffen, sollen auf kommunaler Ebene die Beteiligungsformen ausgebaut und verbindlicher geregelt werden. Mögliche Formate sind zum Beispiel direkte, anlassbezogene und zeitlich befristete Projekte, Jugendbeiräte oder Jugendparlamente. Sie würden dem in der Befragung der Jugendlichen geäußerten Interesse für unterschiedliche Beteiligungsformen gerecht werden. Auch die unterschiedliche Intensität ihres Beteiligungsinteresses von einer punktuellen, einmaligen bis zu einer dauerhaften und bindenden Beteiligung sollte berücksichtigt werden. Es sollte dabei angestrebt werden, die Jugendlichen selbst bei der Entscheidung für die jeweils lokal passende Beteiligungsform einzubinden. Ob sich das geäußerte Beteiligungsinteresse tatsächlich realisiert, wird im Wesentlichen von einer jugendgerechten und nutzerorientierten Ausgestaltung sowie den tatsächlichen Wirkungsmöglichkeiten der Beteiligungsformate abhängen. Rein beratende Gremien, die keinen spürbaren Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können, werden eher keine nachhaltige Resonanz bei den Jugendlichen finden.

→ **Vorhandene Zugänge zur Beteiligung nutzen**

Bei allen Entscheidungen, die für die räumlich nahe Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen relevant sind, sollten vorhandene Zugangswege zu ihnen aktiviert und für die Beteiligung an Planungen, Entscheidungen und Umsetzung von Vorhaben genutzt werden. Dies können insbesondere Angebote der Jugendarbeit, Vereine, Schulen, Kitas, Kirchengemeinden, Moscheegemeinden und anderer religiöser Gemeinschaften sowie von Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit und sozialräumlichen Jugendhilfe sein.

→ **»Kann-Vorgaben« in »Muss-Vorgaben« umwandeln**

Die Umsetzung und Wirksamkeit der »Kann-Regelung« des § 49a Kommunalselfbstverwaltungsgesetz KSVG (»Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch die Gemeinden«) sollte (regelmäßig) überprüft werden. Erforderlichenfalls sollte geprüft werden, ob es nicht einer verbindlicheren gesetzlichen Regelung bedarf, um eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen »bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren« sicherzustellen. Aus den »Kann-Vorgaben« sollten wenn möglich »Muss-Vorgaben« werden (im Sinne: Kinder und Jugendliche sind in angemessener Weise zu beteiligen). Im besten Falle könnte der Gesetzestext zudem bestimmte bewährte Beteiligungsformate konkret nennen, aus denen die Kommunen jeweils auswählen können.

Partizipation auf Landesebene

→ **Regelmäßige Befragungen durchführen**

Befragungen von Kindern und Jugendlichen sollten durch das Land (ggf. in einem konzertierten Vorgehen mit den Kommunen) institutionalisiert und in regelmäßigem Turnus durchgeführt werden, um aktuelle Entwicklungen in den Themen und Bedarfen der Kinder und Jugendlichen im Saarland (und auch ggf. auch zu den Ergebnissen der Kinder- und Jugendpolitik im Land und den Kommunen) empirisch abgesichert nachzuvollziehen. Die Befragungen sollten auch dazu genutzt werden, um von den Jugendlichen ein direktes Feedback zu jugendpolitischen Entscheidungen und Aktivitäten auf Landesebene einzuholen.

→ **Beteiligung als Fördergrundsatz festschreiben**

Bei der Vergabe öffentlicher Mittel an Träger, Verbände und Kommunen für Zwecke, die die Belange von Kindern und Jugendlichen betreffen, sollte deren Beteiligung bei der Verwendung der Mittel als Fördergrundsatz festgeschrieben werden. Eine Prüfung der realisierten Beteiligungsmöglichkeiten sollte Bestandteil von Mittelverwendungsnachweisen und anderen Berichtspflichten sein.

→ **Wahlalter herabsetzen**

Für fast 40% in der Altersgruppe der 15-17-Jährigen wäre es wichtig, wenn man bereits ab 16 auf kommunaler und Landesebene wählen dürfte. Auch wenn dies somit kein klares Mehrheitsbedürfnis in dieser Gruppe ist, würde eine Herabsetzung des Wahlalters für Wahlen auf Landes und kommunaler Ebene ein wichtiges Signal an die junge Generation sein, mit ihren Meinungen und Bewertungen ernst genommen zu werden. Angesichts des Grades an Differenziertheit und Reflektiertheit, die wir bei den Jugendlichen in den Gruppendiskussionen erlebt haben, können wir keine wesentlichen, dem entgegenstehende Gründe erkennen.

→ **Fortbildung zur Moderation von Beteiligungsprozessen**

Um die notwendige, fachlich kompetente Qualifizierung der Fachkräfte weiterzuentwickeln, hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie eine Fortbildung zur Moderation von Beteiligungsprozessen ausgeschrieben, was vor dem Hintergrund der hier formulierten Handlungsempfehlungen als erster wichtiger Schritt zu begrüßen ist. Darüber hinaus ist eine Personalisierung bei einem in diesen Fragen erfahrenen freien Träger auf Landesebene zu befürworten, durch die eine bedarfsspezifische Begleitung, Unterstützung und Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte sowie der Politik und Verwaltung möglich wird.

Relevante Akteure

**Landesregierung,
Kommunen, Verbände
und Träger**

Werte, Demokratie, Politik und gesellschaftliches Engagement



5

Als ein wichtiges Themenfeld ergaben sich im Erstellungsprozess des Kinder- und Jugendberichts die grundlegenden Werte und Einstellungen der saarländischen Jugendlichen zu gesellschaftlichen und politischen Themen. Da nicht angestrebt wurde, direkte Vergleiche zu Studien mit ähnlichen Fragestellungen etwa auf Bundesebene zu ziehen, können diese Studien somit nur grundsätzlich, aber nicht im Detail als Hintergrundfolie genutzt werden.

Von grundlegendem Interesse ist in einem demokratischen Gemeinwesen die Zustimmung der Bevölkerung und spezifischer Gruppen zur Demokratie als der unsere freiheitliche Gesellschaft konstituierenden Regierungsform.

Auf Bundesebene gaben im Rahmen der Shell-Jugendstudie (2019) 77% der Jugendlichen an, mit der deutschen Demokratie eher oder sehr zufrieden zu sein.⁵⁵ Darüber hinaus zeigt die bundesweite SINUS-Studie (2020), dass viele Jugendliche demokratischen Werten im Allgemeinen eine große Bedeutung beimessen, wobei explizit das Recht auf freie Meinungsäußerung und Partizipation herausgestellt wird – gerade auch für Personen, deren politische Meinung sie nicht teilen.⁵⁶ Gleichzeitig zählten auch Distanz bzw. mangelndes Wissen häufig zu den ersten Assoziationen zum Thema Politik.⁵⁷

⁵⁵ vgl. Shell 2019, 18

⁵⁶ vgl. SINUS-Institut 2020, 558

⁵⁷ vgl. a.a.O., 397



Die wichtigsten Ergebnisse aus den Befragungen der Jugendlichen und Experten

Durchaus ähnliche Ergebnisse zeigen die Befragungen von Jugendlichen zum 5. saarländischen Kinder- und Jugendbericht. Demokratische Grundhaltungen sind auch bei einer großen Mehrheit der saarländischen Jugendlichen fest verankert. Dies betrifft konkret etwa:

- die Beteiligung aller Betroffener an Entscheidungen (eindeutige Zustimmung bei 74 %)
- die Gleichberechtigung jedes Menschen (eindeutige Zustimmung bei 87 %)
- das Recht auf die eigene Meinung (eindeutige Zustimmung bei 88 %)
- die Gleichberechtigung aller religiöser Überzeugungen (eindeutige Zustimmung bei 85 %)

Zu bemerken ist allerdings auch: Zwischen 7 und 12 % der antwortenden Jugendlichen haben mehr oder weniger deutliche Vorbehalte gegenüber diesen demokratischen Grundwerten. In diesen Kontext gehört auch, dass 15 % der jungen Menschen eindeutig die Meinung vertreten, dass »die Demokratie heute nicht mehr die richtige Regierungsform ist«. Uneingeschränkt stimmen aber ca. 61% der saarländischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Demokratie als »richtige Regierungsform« zu.

Wenn man analog zur Shell-Studie noch diejenigen hinzurechnet, die dieser Meinung eher zustimmen, kommt man auf einen Zustimmungswert von ca. 73 % und somit auf fast das identische Zustimmungsniveau, wie es in der Shell-Studie für die Jugend in Deutschland insgesamt konstatiert wurde.

Sowohl die Meinungsäußerungen der Kinder und Jugendlichen in den Gruppendiskussionen als auch in der Fragebogen-Befragung zeichnen somit das Bild von einer saarländischen Jugend, die in ihrer übergroßen Mehrheit fest in demokratischen Grundhaltungen verwurzelt ist. Wichtig ist allerdings auch: Jede/r zweite Jugendliche gibt an, dass er oder sie sich nicht sicher ist oder »keine Ahnung hat«, wie die Politik bei uns funktioniert. Auch in den Gruppeninterviews mit Jugendlichen wurde dies häufig so beschrieben. Möglicherweise liegt in dieser verbreiteten Unkenntnis über die Funktionsweisen und Abläufe demokratischer Prozesse auf der politischen Ebene eine plausible Begründung dafür, dass Jugendliche der Demokratie weniger dezidiert zustimmen als zentralen demokratischen Grundwerten. In diesem Falle würden die Ergebnisse eindeutig auf einen zusätzlichen bzw. zu intensivierenden Bildungsauftrag hinsichtlich Demokratiebildung, Politikverständnis und Stärkung demokratischer Kompetenzen hinweisen und nicht darauf, dass es unter den saarländischen Jugendlichen ein relevantes, ggf. antidemokratisches Potenzial gibt.

Mit der verbreiteten Unkenntnis über die Funktionsweisen der Politik in unserem Land verbunden ist ggf. auch, dass sich 23% aller Antwortenden in der Fragebogen-Befragung als politisch interessiert bzw. sehr interessiert bezeichnen. Das sind relativ deutlich weniger, als es sich in der bundesweiten Shell-Jugendstudie von 2019 zeigt. Hier gaben 41% der befragten Jugendlichen an, politisch interessiert bzw. stark politisch interessiert zu sein.⁵⁸

Wenn über 60% der saarländischen Jugendlichen angeben nicht oder eher nicht politisch interessiert zu sein, ist dies im Übrigen auch ein interessanter Widerspruch dazu, dass sie zugleich in anderen Fragen großes Interesse an wichtigen gesellschaftlichen Themen zeigen (und wie die Gruppengespräche gezeigt haben, hierzu auch sehr gut informiert sind). Auch diesem Phänomen liegt ggf. eine ähnliche Ursache zugrunde wie dem zuvor beschriebenen. Es fehlt offenbar häufig an dem Wissen oder dem Verständnis, dass Politik und das Engagement für gesellschaftliche Themen etwas miteinander zu tun haben.

Mein Wunsch an die Politik:

»Die Jugendlichen für Politik begeistern und bilden. In den Schulen auf wichtige Lebensabschnitte vorbereiten (Auszug, Ausbildung ...)«

weiblich, 27 Jahre,
Berufsschule,
städtischer Raum

⁵⁸ vgl. Shell 2019, 14

Ein wichtiger Aspekt für die Bildung von Werten, Haltungen und Meinungen ist die Frage, woran (Informationsquellen, Personen) man sich in der eigenen Meinungs- und Wertebildung orientiert. Auch hierzu liefern die Befragungsergebnisse (ohne in die Tiefe gehen zu können) einige wichtige Hinweise:

- Jede/-r zweite der Jugendlichen und jungen Erwachsenen nimmt die Welt heute als »viel zu kompliziert« wahr, »um noch verstehen zu können, was richtig und falsch ist«.
- Ebenfalls jede/-r Zweite wünscht sich mehr Orientierung durch die Erwachsenen dabei zu verstehen »was richtig und falsch ist«.
- Nur noch relativ wenige finden in einer Religion eine entsprechende deutliche Richtschnur für »richtig und falsch«.
- Bei nur ca. 25% haben die Eltern noch einen starken, bei weiteren ca. 20% noch einen gewissen Einfluss auf die Meinungs- und Wertebildung.
- Ca. 10% aller Antwortenden sagen, dass ihre Meinungen stark von Personen im Internet geprägt werden, noch einmal in etwa ebenso viele messen dem einen geringeren aber relevanten Einfluss auf die eigene Meinungsbildung zu.

Neben grundlegenden Einstellungen und Wissen zur Demokratie als Regierungsform sowie grundlegenden normativen Grundhaltungen ist auch die Frage der Bereitschaft, sich aktiv für dieses Gemeinwesen und seine Mitglieder einzusetzen von hoher politischer Bedeutung. Sie kann sich sowohl in freiwilligem und ehrenamtlichen Engagement ausdrücken als auch an dem Interesse an direkter Beteiligung an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Beide Aspekte des aktiven Handelns für und in einer demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft werden für die saarländischen Jugendlichen nachfolgend behandelt.

Religion / Werte / Politik

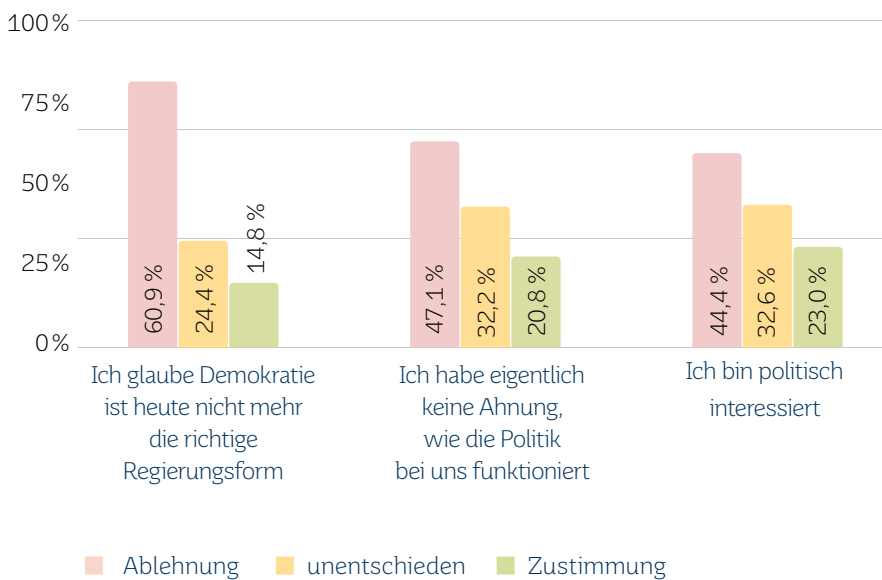
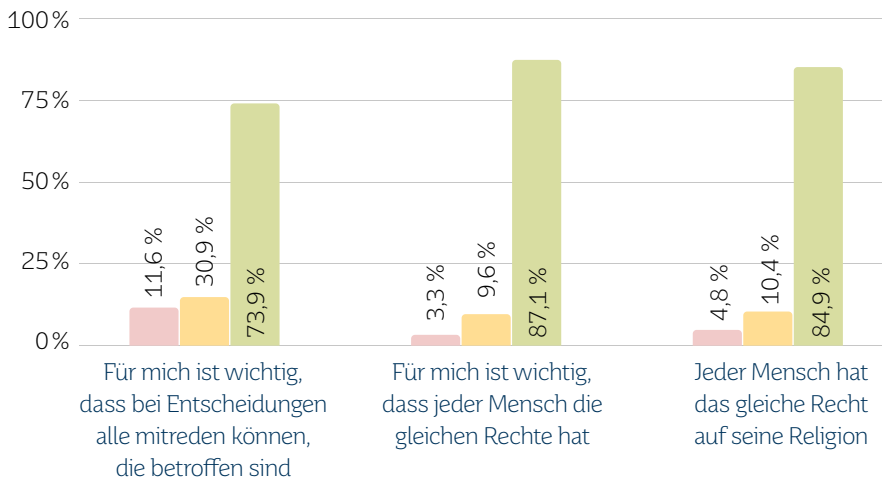


Diagramme 40 a-f
Religion/Werte/Politik:
Normative Grundhaltungen und Werte der Jugendlichen

Quelle: Erhebung iSPO

Schlussfolgerung

Saarländische Jugendliche sind fest in demokratischen Grundhaltungen verankert!

Allerdings weisen manche Zahlen und Aussagen der Jugendlichen darauf hin, dass es dennoch einen deutlichen Bedarf für eine Stärkung von Demokratiebildung und der Förderung demokratische Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen gibt!



Wenn mehr als jede/-r dritte Jugendliche in der Fragebogen-Befragung angibt, dass er oder sie »eigentlich keine Ahnung hat, wie die Politik bei uns funktioniert«, weist dies auf einen dringenden Bedarf hin, die Vermittlung von Wissen und Kenntnissen über unsere demokratische Staatsform und vor allem auch eines vertieften Verständnisses demokratischer Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse stärker als bisher in den Fokus schulischer und außerschulischer Maßnahmen zur Demokratiebildung zu stellen.

Zugleich weisen die dargestellten Einstellungen und Grundhaltungen der Jugendlichen darauf hin, dass sie sich die große Mehrheit von ihnen fest an demokratischen Werten und Normen orientiert. Eine relevante Minderheit von ca. 10-15 % zweifelt jedoch an ihnen oder lehnt sie gar ab, etwa ebenso viele sind der Meinung »dass die Demokratie heute nicht mehr die richtige Regierungsform ist«.

Handlungsbedarfe und -optionen ergeben sich hieraus in zweierlei Hinsicht:

- ① Verstärkt Wissen und Kenntnisse über die Demokratie als Staatsform in Abgrenzung zu anderen Staatsformen möglichst nah an den Erfahrungskontexten von jungen Menschen orientiert vermitteln und
- ② Kindern und Jugendlichen vielfältige Möglichkeiten geben, Demokratie praktisch zu üben (eine Verbindung mit dem Handlungsfeld »Partizipation und Beteiligung« liegt hier nahe).

Auch im Bereich der Demokratiebildung sind im Saarland erfahrene und qualitativ hochwertige Fachkompetenzen vorhanden, so etwa u.a. im Rahmen des Landesjugendrings oder dem in St. Wendel ansässigen, aber landesweit tätigen »Adolf Bender Zentrum«. Eine politische Strategie zur Stärkung der Demokratiebildung vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Kinder- und Jugendberichts sollte diese Fachkompetenzen sowohl in die Entwicklung eines geeigneten Konzepts als auch in die Umsetzung einbeziehen.

Handlungsempfehlungen zur Förderung von Demokratiebildung und demokratischer Kompetenzen

Relevante Akteure
Ministerium für Bildung, Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Kommunen, Verbände und Träger

→ **Zusätzliche Kapazitäten für Angebote fördern**

Auch für den Bereich der Demokratiebildung gilt ähnliches wie das, was für den Bereich der Medienkompetenzbildung festgestellt wurde. Um mehr Demokratiebildung außerhalb von und ergänzend zu Lehrplänen zu ermöglichen, muss der Aufbau zusätzlicher Kapazitäten auf der Angebotsseite gefördert werden. Die vorhandenen Träger mit Fachexpertise sollten hierfür seitens des Landes angesprochen werden.

→ **Zu Mitbestimmung motivieren und befähigen**

Im Rahmen der Demokratiebildung sollten insbesondere auch Jugendliche in den Fokus genommen werden, die bisher kein oder wenig Interesse daran haben, sich an demokratischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen (hier verbinden sich die Themenfelder Partizipation [Kapitel 4] und Demokratiebildung). Sie zu Mitbestimmung zu motivieren und zu befähigen, sollte als eigenständige Kompetenzvermittlungs- und Bildungsaufgabe verstanden werden.

→ **Demokratie praktisch erfahrbar machen**

Im Bereich der schulischen und außerschulischen Bildung sollte einer erlebbaren Vermittlung demokratischen Handelns und demokratischer Prozesse zusätzliches Gewicht verliehen werden. Insbesondere sollte Jugendlichen (praktisch erfahrbar) vermittelt werden, dass die bei ihnen vorherrschenden Werte und Grundhaltungen nur im Rahmen eines demokratischen Gemeinwesens und in einer demokratischen Regierungsform realisierbar sind und mit anderen Regierungsformen prinzipiell unvereinbar sind.

Freiwilligenarbeit und ehrenamtliches Engagement

Freiwilliges Engagement im Rahmen von Freiwilligendiensten und anderen ehrenamtlichen Aktivitäten ist ein wichtiger Stützpfeiler einer freiheitlichen und solidarischen Gesellschaft. Insbesondere für junge Menschen kann es sowohl für ihre Persönlichkeitsentwicklung als auch für das Hineinwachsen in unser demokratisches Gemeinwesen eine hohe Bedeutung haben. Die Formen freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements sind breit gefächert. Sie reichen vom einmaligen Mithelfen bei einer Veranstaltung etwa einer Kirchengemeinde bis zur langjährigen Tätigkeit in der verbandlichen oder kirchlichen Jugendarbeit als Leitung von Jugendgruppen mit entsprechender Juleica-Ausbildung oder der zeitlich meist auf ein Jahr begrenzten aber intensiven »Vollzeit-tätigkeit« im Rahmen eines Freiwilligendienstes. Auch wenn nachfolgend ein Fokus auf das Thema der Freiwilligendienste gesetzt wird, sind im Grundsatz all die verschiedenen Formen der Freiwilligenarbeit mitgemeint.

Auf Bundesebene ist der Anteil freiwillig engagierter Menschen über die letzten 20 Jahre stetig gestiegen. Engagierten sich 1999 in der Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen noch 33% freiwillig, so sind es im Jahr 2019 bereits 42%. Der Anteil von Schülerinnen und Schülern hieran lag 1999 bei 37,1% und stieg bis 2019 auf 52,4%. Insbesondere die Bereiche Sport und Bewegung, Kultur und Musik sowie Kirche bzw. der religiöse Bereich erfreuen sich nach dem Freiwilligensurvey des Deutschen Zentrums für Altersforschung großer Beliebtheit.⁵⁹ Auch in der Befragung saarländischer Jugendlicher zeigt sich eine hohe Bereitschaft, sich freiwillig bzw. ehrenamtlich zu engagieren. Zusätzlich zu den ca. 40%, die berichten, bereits freiwillig tätig zu sein, äußern hohe Anteile der bisher noch nicht Engagierten, konkrete Bereitschaft hierzu (vgl. Diagramme 41 a+b, S. 123).

⁵⁹ vgl. DZA 2019, 16ff

Daten zu Engagement und Freiwilligenarbeit, die einen Vergleich zwischen dem Saarland und dem Bund oder anderen Ländern zulassen, sind nur begrenzt verfügbar. Die nachfolgende Tabelle 6 zeigt die Anzahl an Dienstleistenden in den verschiedenen Formen der Freiwilligendienste im Saarland in den vergangenen 5 Jahren. Sie zeigen eine insgesamt eher abnehmende Bereitschaft junger saarländischer Menschen, einen Freiwilligendienst zu absolvieren.

Die Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag für die laufende Legislatur vereinbart, das Freiwillige Soziale Jahr im Saarland weiterzuentwickeln und jungen Menschen neue Einsatzfelder im Bereich der Politik zu eröffnen, um damit auch ihre Identifikation mit unserem demokratischen Gesellschaftssystem zu stärken. Hierzu hat Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie ein Konzept für ein Freiwilliges Soziales Jahr im Bereich »Politik/Demokratie« entwickelt, das seit dem 01.09.2018 zunächst befristet für die Dauer von zwei Jahren erprobt wurde. Die Umsetzung erfolgt in Kooperation mit dem Paritätische Wohlfahrtsverband – Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland e. V. (DPWV).



	2016	2017	2018	2019	2020
Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ)	855	835	762	734	612
Bundesfreiwilligendienst (BFD)	334	328	294	264	260
Internationaler Jugendfreiwilligendienst (IFJD)	46	51	53	54	48
Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)	35	36	38	39	42
Gesamt	1.270	1.250	1.147	1.091	962

Tabelle 6

Zahl der Freiwilligendienstleistenden

Quelle: Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie

¹ Stichtag jeweils 01.12.

² monatlicher Durchschnittswert (der BFD liegt in alleiniger Verantwortung des Bundes)



Um Einblicke in politische Prozesse und Strukturen zu ermöglichen, sollen die FSJ (Freiwilliges Soziales Jahr)-Teilnehmer und Teilnehmerinnen im Bereich »Politik/Demokratie« den Arbeitsalltag einer Behörde, Institution oder Organisation kennenlernen sowie ein Projekt in der jeweiligen Einsatzstelle gestalten. Die Einsatzstellen geben jungen Menschen mit politischem Interesse eine Chance,

- Politik und politische Prozesse verstehen zu lernen,
- Strukturen, Aufgaben und Arbeitsabläufe in politisch relevanten Institutionen kennenzulernen und daran mitzuwirken, selbst aktiv politisch zu handeln und dadurch an der Gestaltung des Gemeinwesens teilzuhaben,
- Respekt und Toleranz gegenüber anderer Haltungen zu gewinnen und
- Verfahren zur Konfliktbewältigung und zum Interessenausgleich kennenzulernen.

Folgende Einsatzstellen, die gemäß § 3 Abs. 1 JFDG, Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten »gemeinwohlorientiert« sein müssen, kommen grundsätzlich hierfür in Betracht:

- Fraktionen des Landtags,
- Politische Parteien und ihre Jugendorganisationen,
- Verwaltung und Gremien des Landtags,
- Politische Stiftungen und Einrichtungen der überparteilichen Bildung,
- Verwaltungen von Körperschaften des öffentlichen Rechts (soweit sie die o.g. Einsatzfelder anbieten können),
- öffentlich-rechtliche Medien, Jugendpresse,
- Sozialverbände, Unternehmerverbände, Gewerkschaften und kirchliche Verbände,
- zivilgesellschaftliche Akteure/Interessenvertretungen.

Die zweijährige Modellphase endete im Sommer 2020 und wurde als ergänzendes Angebot dauerhaft im Saarland implementiert. Die Entwicklung der Zahl der (belegten) Einsatzstellen im FSJ-Format »Politik/Demokratie« zeigt die nachfolgende Tabelle 7.

Einsatzstelle Plätze		
	2018/19	2019/20	2020/21
Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	2	5	5
Staatskanzlei	2	3	3
Ministerium für Bildung und Kultur	2	2	2
Ministerium für Finanzen und Europa	1	2	2
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr	1	1	1
Landkreistag des Saarlandes	1	1	0
Landtag des Saarlandes	1	1	1
Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	1	2	2
Landeshauptstadt Saarbrücken	0	1	1
Arbeitskammer des Saarlandes	0	1	1
Union Stiftung e.V.	0	1	1
Landrat des Saarpfalz-Kreises	0	0	1
Gesamt	11	20	20

Tabelle 7
**Einsatzstellen im
Freiwilligen Sozialen
Jahr (FSJ)
Politik/ Demokratie
im Saarland**

Quelle: DPWV-Kompetenz-
zentrum Freiwilligendienste
und Ministerium für Gesund-
heit, Soziales, Frauen und
Familie

Für das kommende FSJ-Jahr 2021/2022 stehen sogar voraussichtlich 23 Plätze im FSJ-Format »Politik/Demokratie« zur Verfügung. Die zahlenmäßige Entwicklung des neuen Angebots im Saarland ist damit überaus positiv. Noch ermutigender sind die vielen positiven Rückmeldungen der jungen Freiwilligen, aber auch der betreuenden pädagogischen Fachkräfte. Das neue FSJ-Format »Politik/Demokratie« ist bislang bei den jungen Menschen auf großes Interesse gestoßen und wird als wichtige persönliche Bereicherung und wertvolle Erfahrung bei der beruflichen Orientierung gesehen. Dass bislang die Nachfrage von jungen FSJ-Interessierten stets deutlich höher war als das verfügbare Einsatzstellenangebot, ist ein deutlicher Beleg dafür, dass das neue Format die breite Palette der möglichen FSJ-Einsatzbereiche im Saarland nochmals um einen wichtigen Baustein erweitert hat.



Die wichtigsten Ergebnisse aus den Befragungen der Jugendlichen und Experten

Die abnehmenden Zahlen der Freiwilligendienstleistenden (vgl. Tabelle 6) scheinen auf ein eher nachlassendes Interesse saarländischer Jugendlicher an Freiwilligenarbeit hinzuweisen. Die Ergebnisse der Fragebogenbefragung mit saarländischen Jugendlichen zeichnet demgegenüber aber ein durchaus anderes Bild. In den Befragungen der Jugendlichen wurde deutlich, dass das grundsätzliche Interesse der jungen Menschen im Saarland an Freiwilligendiensten bzw. ehrenamtlichen Tätigkeiten durchaus groß ist. Auch konkretere Vorstellungen hierzu haben nicht wenige: Ca. 13% der antwortenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen äußern explizit den Wunsch, nach ihrem Schulabschluss einen Freiwilligendienst in Deutschland zu absolvieren; 10% interessieren sich (auch oder ausschließlich) für einen Freiwilligendienst im Ausland.

Demgegenüber steht jedoch auch, dass 36% nicht wissen, welche Arten von Freiwilligendiensten es gibt, ca. 6% wissen gar nicht, was ein Freiwilligendienst überhaupt ist. Allerdings und für die zukünftige Förderung von Freiwilligendiensten relevant: Ca. 60% derjenigen, die noch wenig oder nichts über Freiwilligendienste wissen, sagen, dass es sie stark oder grundsätzlich interessieren würde, mehr hierüber zu erfahren.

Von Interesse sind in diesem Kontext auch die Informationsquellen der jungen Menschen zu Freiwilligendiensten: Nur 15% geben an, in der Schule hierüber informiert worden zu sein, ca. doppelt so viele haben von Freunden, Verwandten oder Bekannten hiervon erfahren und/oder sie kennen jemanden im persönlichen Umfeld, der schon einmal einen Freiwilligendienst absolviert hat. Für jede/n Vierte/n ist das Internet eine relevante Informationsquelle, für ca. 16% sind es anderen Medien (TV, Zeitung, Radio, ...).

In der Gruppendiskussion mit Freiwilligendienstleistenden wurde sowohl die hohe Bedeutung für die persönliche Entwicklung der »FSJler und FSJlerinnen« von diesen hervorgehoben als auch (von manchen) der Nutzen für ihre berufliche Orientierung. Die Motive der jungen saarländischen Freiwilligendienstleistenden decken sich damit im Wesentlichen mit der Motivlage, die in größeren bundesweiten Studien festgestellt wurden. Hiernach reichen die Motivlagen, einen Freiwilligendienst zu absolvieren, von der Möglichkeit der persönlichen Weiterentwicklung und dem Wunsch, etwas Neues zu erleben und nach der Schule etwas Praktisches zu machen, über den Anspruch, sich beruflich weiterentwickeln zu wollen bis zur persönlichen Betroffenheit mit Blick auf das Einsatzfeld.⁶⁰

⁶⁰ vgl. BMFSFJ 2020, 453

Nicht selten wird jedoch auch von einer mangelnden Wertschätzung berichtet bzw. werden Rahmenbedingungen der Freiwilligendienste als wenig wertschätzend erlebt. Dies betrifft sowohl monetäre Aspekte (zu geringe Entlohnung) als auch nicht-monetäre (Zitat: »Man wird in seinem Umfeld eher verurteilt, wenn man sich 1 Jahr Orientierungsphase nimmt«).

Auch von befragten Expertinnen und Experten (v.a. der Wohlfahrtsverbände, die selbst Freiwilligendienste anbieten) wird auf entsprechende Aspekte hingewiesen. Eine Auswirkung hiervon sei u.a., dass für Jugendliche aus wirtschaftlich schwächeren Familien Freiwilligendienste kaum vorstellbar sind, da sie vom Elternhaus nicht mitfinanziert werden können und dort auch häufig (auch im weiteren privaten Umfeld) nicht auf Verständnis und Akzeptanz stoßen.

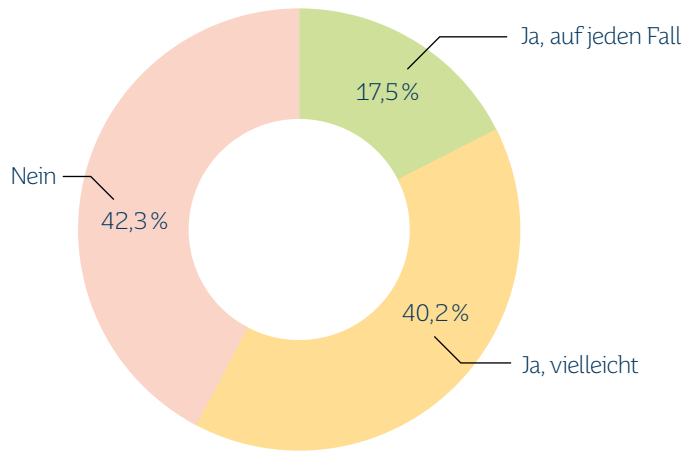
Sie plädieren deshalb dafür (auch vor dem Hintergrund zunehmender Schwierigkeiten, Freiwillige für Ihre Angebote und Einrichtungen zu rekrutieren), Freiwilligenarbeit stärker zu fördern und attraktiver zu gestalten. Sowohl eine attraktivere Entlohnung als auch Vergünstigungen (wie reduzierte Eintrittspreise), wie sie Studierende und Auszubildende erhalten, oder die Vergabe von Bonuspunkten bei der Studienplatzvergabe könnten hierfür Möglichkeiten sein. Generell sei auch eine offensivere Bewusstmachung der wichtigen gesellschaftlichen Funktion von Freiwilligendienstleistenden sowie der wichtigen persönlichen Bildungs- und Entwicklungseffekte im Rahmen einer offensiveren Öffentlichkeitsarbeit und ausgeweiteten Vorstellungen in den Schulen (z. B. indem »FSJler und FSJlerinnen« in Schulen eingeladen werden und berichten) denkbar.

Als bisher noch in keiner Weise ehrenamtlich tätig (z. B. im Verein, der Kirchengemeinde, einer Partei, einer (Jugend-)Organisation) beschreiben sich ca. 60% aller antwortenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Fragebogen-Befragung. Bemerkenswert ist hierbei jedoch, dass die meisten dieser bisher noch nicht Engagierten konkrete Themen oder Engagementkontexte nennen, bei denen sie auch freiwillig mithelfen würden (vgl. Diagramme 41 a+b).

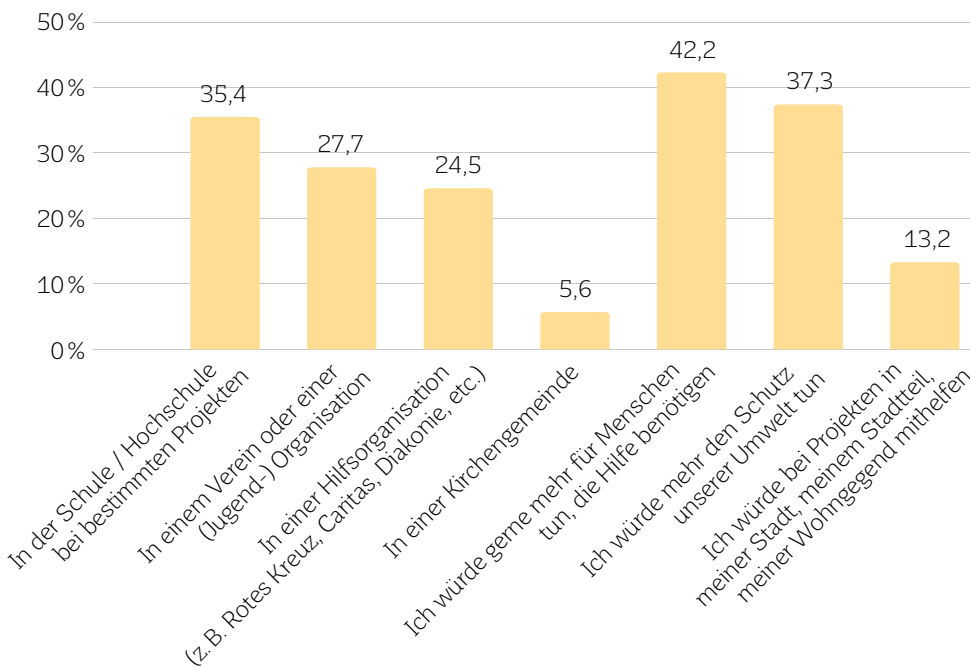
Deutlich wird nach diesen Ergebnissen, dass bei vielen saarländischen Jugendlichen für Freiwilligendienste und Ehrenamt generell, aber auch spezifisch für die Themen vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen des Landes ein bedeutsames, noch nicht gehobenes Potenzial liegt. Die Auswertungen geben für die Bereitschaft zu ehrenamtlichen Tätigkeiten sogar erste Anhaltspunkte, wieviel Zeit Jugendliche bereit wären, hierfür einzubringen: Immerhin 309 geben hierzu an »ein paar Stunden pro Woche«, noch einmal 320 würden etwa einen Tag im Monat für Ehrenamt investieren. Extrapoliert auf die gesamte Gruppe der Jugendlichen im Saarland ergeben sich hier also auch quantitativ relevante Größenordnungen für jugendgerechte und attraktiv ausgestaltete Ehrenamtsmöglichkeiten für junge Menschen.⁶¹

⁶¹ Zum Vergleich:
Auf Bundesebene leistet der Großteil (58,9%) der 14- bis 29-jährigen Engagierten ehrenamtliche Tätigkeiten im Umfang von bis zu zwei Stunden pro Woche (vgl. DZA 2019).

Interessiert es dich, mehr über Freiwilligendienste und ehrenamtliche Aktivitäten zu erfahren?



Bei welchen Themen würdest du freiwillig mithelfen?



n=923

Die Anzahl bezieht sich nur auf diejenigen, die in keinem Verein, keiner Kirche etc. manchmal oder regelmäßig aushelfen.

Diagramme 41 a+b

Freiwilligenarbeit und Interesse an ehrenamtlichem Engagement

Quelle: Erhebung iSPO

Schlussfolgerung

Saarländische Jugendliche haben ein starkes Gefühl sozialer Verantwortung für andere und möchten sich engagieren. Zugleich sind sie nicht gut über die Möglichkeiten zu Freiwilligenarbeit und ehrenamtlichem Engagement informiert.

Ein bemerkenswertes Ergebnis der Befragung der Jugendlichen war: Mehr als 60% von ihnen sagen, dass es ihnen für ihre persönliche Zukunft wichtig ist, »auch etwas für Menschen tun zu können, denen es nicht so gut geht«. Deutlich wurde aber auch: Viele Jugendliche sind kaum bis gar nicht über die Möglichkeiten zu Freiwilligenarbeit und Engagement informiert. Und diejenigen, die Kenntnisse hierzu haben, haben sie selten in den Schulen erhalten, sondern meistens in privaten Kontexten.

Generell kann man aufgrund der Ergebnisse feststellen, dass das Potenzial für freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeiten deutlich größer ist, als es sich in aktuellen Zahlen von Freiwilligendienstleistenden realisiert. Wenn die Förderung von Freiwilligenarbeit und Ehrenamt als Strategie Teil der saarländischen Kinder- und Jugendpolitik werden soll, so finden sich bei den Jugendlichen hierfür offenbar auf jeden Fall Anknüpfungspunkte.

Wichtige Orte für die Umsetzung entsprechender Informations- und Motivationsmaßnahmen sind die Schulen. Sie könnten offenbar noch mehr als bisher hierfür genutzt werden – ggf. integriert in die Lehrplaninhalte zur beruflichen Orientierung.

Um Freiwilligenarbeit attraktiver zu machen, ist eine Gestaltung der Dienste wichtig, die für die Dienstleistenden auch öffentliche Wertschätzung ausdrückt und spürbar macht. Sowohl Fragen der Entlohnung als auch andere – gerne auch materiell relevante – Vergünstigungen können für die jungen Dienstleistenden in dieser Hinsicht wichtige Zeichen sein.

Freiwilligendienste sind des Weiteren verstärkt auch unter der Perspektive der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu betrachten. Auch wenn hierzu keine unmittelbaren Daten zur Verfügung stehen, sind die Hinweise eindeutig, dass für sozial benachteiligte Jugendliche größere Hürden bestehen, diese Möglichkeit zur ergreifen als für andere. Hiermit liegt ein Potenzial brach, das für die zusätzliche Unterstützung sozialer oder ökologischer Themen oder Themen der nachhaltigen globalen Entwicklung genutzt werden könnte. Ebenso werden diesen Jugendlichen die persönlichkeitsbildenden und berufsorientierenden Effekte, die von Dienstleistenden ebenso wie von Expertinnen und Experten berichtet werden, vorenthalten.

Was für das Engagement in Freiwilligendiensten gilt, kann im Grundsatz auf andere Formen des bürgerschaftlichen oder ehrenamtlichen Engagements junger Menschen übertragen werden. Viele sind in dieser Hinsicht im Rahmen von Kirchen, Vereinen und sozialen Organisatoren bereits aktiv. Bei ebenfalls vielen, die noch nicht aktiv sind, besteht ein Interesse sich zu engagieren.

Strategien im Land, gezielt auf dieses Potenzial bei jungen Menschen zuzugehen, sind uns nicht bekannt. Gemeinsam könnten und sollten Land, Kommunen und Träger die Entwicklung einer solchen Strategie (unter Beteiligung der Zielgruppe natürlich) in Angriff nehmen.

Unsere generelle Empfehlung für das Themenfeld Freiwilligendienste und ehrenamtliches Engagement Jugendlicher ist:

Das Interesse an sozialem Engagement und die Bedeutung sozialer Gerechtigkeit von Kindern und Jugendlichen als Ressource im Saarland begreifen, fördern und in Wert setzen!

Handlungsempfehlungen zur Förderung freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements von Kindern und Jugendliche

Relevante Akteure
Schulen, Kommunen,
Träger und Verbände
der Kinder- und
Jugendarbeit

- **Ehrenamt und Freiwilligenarbeit fördern**
Die hohe Bereitschaft der saarländischen Jugendlichen, sich ehrenamtlich zu engagieren, ist bemerkenswert. Das Land mit allen staatlichen Ebenen, Gebietskörperschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen sollte dieses Potenzial als Chance für die Entwicklung des Landes insgesamt und für die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen verstehen und die aktive Förderung von Ehrenamt und Freiwilligenarbeit mit einem Schwerpunkt auf Jugendliche und junge Erwachsene fortführen und intensivieren.
- **Engagement-Möglichkeiten vor Ort unterstützen und ausbauen**
Der in den letzten Jahren beschrittene Weg der Landesregierung, das ehrenamtliche Engagement auf Landesebene bedarfsgerechter zu fördern, hilft dabei, junge Menschen vor Ort zu unterstützen und zu qualifizieren und Engagement-Möglichkeiten etwa im Bereich der Jugendarbeit weiter auszubauen. Dieser Weg sollte fortgesetzt werden. Die Verbesserung der Förderung von Stellen für Bildungsreferenten und Bildungsreferentinnen, der Jugendverbände und ihrer Freizeit- und Bildungsmaßnahmen sowie Mitarbeiterschulungen könnten hierfür geeignete Maßnahmen sein.
- **Möglichkeiten von Freiwilligendiensten bekanntmachen**
Offenbar erfahren nur wenige Jugendliche in den Schulen etwas über die Möglichkeiten von Freiwilligendiensten nach dem Ende der Schulzeit. Es ist bekannt, dass Freiwilligendienste neben persönlichkeitsbildenden auch berufsorientierende Effekte haben. Ihre Bekanntmachung sollte deshalb in entsprechende Unterrichtseinheiten eingebunden werden.
- **Spezifische Informationen an Jugendliche und Eltern richten**
Bei der Bekanntmachung und Förderung von Freiwilligendiensten sollten besonders auch Jugendliche aus sozial belasteten Verhältnissen in den Blick genommen werden. An sie (sowie ihre Eltern) könnten einerseits spezifische Informationen gerichtet werden über die Möglichkeiten und Vorteile von Freiwilligendiensten. Wege, um diese Informationen zielgerichtet an die Empfänger zu bringen, können etwa entsprechende Unterstützungsangebote für diese Zielgruppe in den Kommunen sein (wie z. B. die Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit in Saarbrücken), die örtlichen Jobcenter und spezifische Unterstützungsstrukturen im Übergang Schule-Beruf (wie z. B. die Jugendberufsagenturen in Saarbrücken, Neunkirchen und St. Wendel) etc. Zudem sollte genauer geprüft werden, welche Barrieren insbesondere Jugendliche aus sozial belasteten Verhältnissen davon abhalten, Freiwilligendienste zu absolvieren, um hieran anschließend passende zusätzliche Informations- und Fördermöglichkeiten zu entwickeln.

→ **Vergünstigungen für Freiwilligendienstleistende schaffen**

Um die politische und gesellschaftliche Wertschätzung für Freiwilligendienstleistende deutlicher wahrnehmbar zu machen und die Attraktivität der Dienste zu erhöhen, sollten sie spürbare Vergünstigungen im öffentlichen Leben erhalten. Vergünstigte Eintrittspreise und Gutscheine für Veranstaltungen und öffentliche Einrichtungen (Schwimmbäder, Theater, Museen, Konzerte, etc.), Kostenvorteile bei der Nutzung öffentlicher Infrastruktur (ÖPNV, Bahn) z. B. verbunden mit einem Freiwilligenpass wären hierfür geeignete Maßnahmen.

→ **Vielfältige und niederschwellige Zugänge schaffen**

Insgesamt sollten den jungen Menschen möglichst vielfältige und niederschwellige Zugänge zu freiwilligem und ehrenamtlichem Engagement eröffnet werden. Hierbei sind alle Organisationen und Institutionen mit direkten oder indirekten Bezügen zu Kindern und Jugendlichen gefragt (z. B. Vereine, Kirchen- und Moscheegemeinden, zivilgesellschaftliche Organisationen, Verbände und Träger der Jugendarbeit) thematisch breit gefächerte, flexible und den Interessen und Möglichkeiten der jungen Menschen entsprechende (auch innovative) Engagementmöglichkeiten zu entwickeln.

Die Digitale Welt



6

»Das Internet und seine Nutzung ist vor allem für junge Menschen heute so selbstverständlich wie Essen, Trinken oder Schlafen«, so eine zentrale Aussage der JIM-Studie von 2017 für die deutschen Jugendlichen. Der Großteil aller Kinder und Jugendlichen hat heutzutage Zugang zu Computer, Internet, Smartphone und/oder Tablet. ⁶² Das Internet ist für die junge Generation das wichtigste Informationsmedium: So nutzen die im Rahmen der JIM-Studie 2018 befragten 12- bis 19-Jährigen das Internet in erster Linie für Suchanfragen bei Suchmaschinen (85 %).

⁶² vgl. LBS 2018

Auch YouTube gilt als bedeutsame Informationsplattform unter den Befragten und wird häufiger genutzt als Online-Enzyklopädien wie Wikipedia. ⁶³ Geht es jedoch um die Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit des Internets und sozialer Netzwerke, so überwiegen Verunsicherungen – insbesondere Datenschutzbedenken und so genannte »Fake News« werden von den Kindern und Jugendlichen thematisiert. Auch wenn die Mehrheit der Befragten eine durchaus reflektierte Haltung zum Internet zeigt, führt dies nur bei wenigen zu konkretem Handeln, wie das Überprüfen von Datenschutzeinstellungen o.Ä. ⁶⁴

⁶³ vgl. MPFS 2018, 72ff

⁶⁴ vgl. Shell-Studie von 2019

Dass die Nutzung von Internet und sozialen Medien auch mit teilweise gravierenden Gefahren und Risiken für Kinder und Jugendliche verbunden sein kann, ist heute unstrittig. Auch Fragen des Kinderschutzes sind deshalb in diesem Zusammenhang relevant. So zeigt etwa die Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) von 2019 bis 2020 einen Anstieg um 53 % bei Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung von sexuellen Missbrauchsabbildungen von Kindern und Jugendlichen, sogenannter Kinderpornografie (vgl. Diagramm 42). Ebenso gibt es eine starke Zunahme bei der Verbreitung von Missbrauchsabbildungen in den sozialen Medien durch Minderjährige selbst.

⁶⁵ https://beauftragter-missbrauch.de/presse/artikel?tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_

Der unabhängige Beauftragte der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs Johannes-Wilhelm Rörig beschreibt die Situation folgendermaßen: »Hier ist ein Kipppunkt erreicht – wir müssen verhindern, dass das System kollabiert!« ⁶⁵



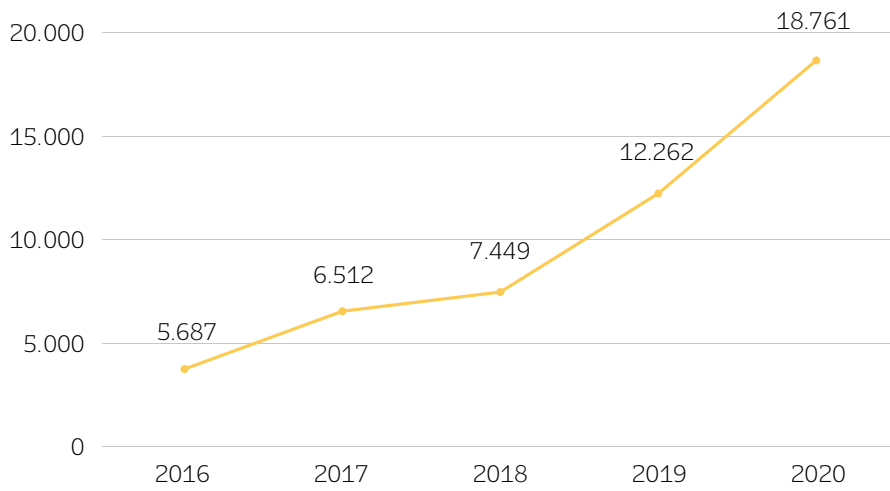


Diagramm 42

**Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung
kinderpornographischer
Schriften**

Quelle: Polizeiliche Kriminal-
statistik



Die wichtigsten Ergebnisse aus den Befragungen der Jugendlichen und Experten und Expertinnen

Die saarländischen Jugendlichen zeigen zum Themenfeld der digitalen Medien weitgehend eine sehr »entspannte« und pragmatische Einstellung. Auch für diese sind digitale Medien und ihre Nutzung selbstverständlicher Teil ihrer Lebenswelt. Wichtig sind für sie eine gute Internetverbindung (v.a. im ländlichen Raum!) und das notwendige Equipment. Von bedeutenden Mängeln in dieser Hinsicht berichten nur ca. 8% der Jugendlichen, wobei es hier keine bedeutsamen Unterschiede gibt, ob die Antwortenden in ländlichen oder städtischen Gebieten leben. Eine bessere digitale Ausstattung wird vor allem für die Schulen gewünscht, ebenso wie ein verstärkter Einsatz digitaler Medien durch medienkompetente Lehrerinnen und Lehrer. Vor dem Hintergrund der Home-schooling-Erfahrungen in der Zeit der Corona-Pandemie haben in der Fragebogen-Befragung hierzu 50% der Antwortenden dezidiert und weitere 14% tendenziell die Meinung geäußert, dass digitale Lernmöglichkeiten an Schulen und Hochschulen auch in Zukunft stärker genutzt werden sollten.

Mein Wunsch an die Politik:

»Schulen mehr digitalisieren«

weiblich, 15 Jahre,
Gymnasium,
ländlicher Raum

Ebenso wie im Bundesgebiet generell sind digitale Medien auch für die saarländischen Jugendlichen das wichtigste Informationsmedium. In den Gruppeninterviews wurde deutlich, dass die Jugendlichen hierbei digitalen Informationen mehr vertrauen als etwa den klassischen Fernsehnachrichten (»Da wird vieles übertrieben dargestellt.«, »Warum soll ich denen mehr trauen als anderen?«). Überraschend häufig zeigen Jugendliche aber auch eine kompetente und kritische Einstellung gegenüber Informationen aus digitalen Medien (»Wenn ich mir nicht sicher bin, recherchiere ich eben auch noch woanders nach, ob etwas wirklich stimmt.«). Wie in der bundesweiten Shell-Studie wurde auch in der Fragebogen-Befragung der saarländischen Jugendlichen in diesem Jede/-r Vierte ist sich mehr oder weniger unsicher, welchen Personen und Inhalten man im Internet trauen kann.

Mit Risiken und Gefahren im Internet geht ein Großteil der befragten saarländischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen nach eigener Einschätzung offenbar bewusst und verantwortungsvoll um und beschreibt sich selbst als sehr kompetent im Umgang mit digitalen Medien, insbesondere dem Internet. 80% geben an, sehr genau zu wissen, was sie im Internet sehen möchten und 75%, dass sie Seiten mit Inhalten, die sie nicht sehen möchten, schnell wieder verlassen.⁶⁶

Bedenklich erscheint, dass in der Altersgruppe der 12- bis 14-Jährigen 30% der antwortenden Mädchen angeben, dass sie im Internet schon einmal von Fremden angesprochen wurden, die sie persönlich treffen wollten, in der Altersgruppe der 15- bis 17-Jährigen sind dies sogar 45% aller weiblichen Antwortenden. Bei den Jungen liegen die entsprechenden Werte in diesen Altersgruppen bei 11% bzw. 15%.

An Kursen oder Projekten in der Schule zum Erwerb (digitaler) Medienkompetenz haben ca. 40% aller Antwortenden schon einmal teilgenommen (meist sind dies jedoch Angebote, die von außerschulischen Expertinnen und Experten und Organisationen an Schulen durchgeführt werden). Von der Teilnahme an Angeboten außerhalb von Schulen (z. B. an den Volkshochschulen) wird nur in Einzelfällen berichtet. Ca. 30% derjenigen, die bisher noch an keinem vergleichbaren Angebot teilgenommen haben, äußern ein starkes oder grundsätzliches Interesse hieran. Allerdings wissen nur etwa 6%, wo solche Kurse angeboten werden oder wo man sich hierzu informieren kann.

Interessant ist, dass etwas über 40% den Wunsch äußern, weniger Zeit mit Internet, mit Social Media und Gaming zu verbringen. Hiermit korrespondiert ein ähnlich hoher Anteil, der sich mehr attraktive (Freizeit-) Alternativen hierzu wünscht.

Die Mehrheit der Expertinnen und Experten nehmen stärker als die Jugendlichen die Gefahren und Risiken in den Fokus, die mit der Nutzung der digitalen Medien für Kinder und Jugendliche einhergehen können. Sie sehen deshalb einen deutlichen Bedarf, Kindern und Jugendlichen mehr Angebote (ggf. auch im schulischen Kontext mit verpflichtendem Charakter) zur Stärkung ihrer Kompetenzen für einen selbstbestimmten, kritischen Umgang mit digitalen Medien zu offerieren. Für mehr als 2/3 der befragten Expertinnen, Experten und Fachakteure ist dies ein prioritäres Handlungsfeld insbesondere für die Altersgruppen zwischen 10 und 17 Jahren.

⁶⁶ Im Rahmen von Befragungen auf Bundesebene geben die Kinder und Jugendlichen an, insgesamt eher selten auf unangemessene Inhalte im Internet zu stoßen – gleichzeitig kommt dies jedoch bei rund jedem siebten Kind vor. Entsprechende Erfahrungen korrelieren mit dem Alter der Betroffenen: Je älter sie werden, desto häufiger stoßen sie auf als unangenehm empfundene Inhalte.

Rund ein Viertel der Befragten fürchtet sich davor, im Internet ausspioniert zu werden. (vgl. LBS 2018, 161ff).

Ein besonders aktuelles Thema ist Hatespeech im Internet. Dazu gab jede/r fünfte Befragte der JIM-Studie (2018) an, häufig mit Hassbotschaften im Internet in Kontakt gekommen zu sein. Gut jede/r Dritte wurde noch nie mit Feindseligkeiten im Netz konfrontiert. Dabei kommen Jungen tendenziell eher in Kontakt mit feindseligen Botschaften. Weiterhin nimmt die Wahrscheinlichkeit, Hasskommentaren zu begegnen, mit steigendem Alter zu. (vgl. MPFS 2018, 72ff).

Relevante Gefahren, die aus ihrer Sicht hierbei zu adressieren wären, sind u.a.:

- Meinungsmanipulation (etwa mit Verschwörungstheorien statt mit Faktenwissen),
- emotionale, psychische und sexuell motivierte Übergriffe und Missbrauch (diese Aspekte wurden aus ethischen Gründen in den Befragungen der Jugendlichen nicht explizit angesprochen. Dass insbesondere viele Mädchen angeben, »dass sie im Internet schon einmal von Fremden angesprochen wurden, die sie persönlich treffen wollten«, kann mit aller Vorsicht als möglicher Hinweis in diese Richtung interpretiert werden),
- antisoziale Nutzungsformen (»Mobbing«),
- Konfrontation mit Gewaltdarstellungen und Pornographie,
- Aspekte des Datenschutzes,
- Gefahren für die emotionale und kognitive Entwicklung durch unkontrolliertes, exzessives Gaming, immer häufiger auch – so berichten Expertinnen und Experten – bereits im Grundschulalter. Bedenklich – und ggf. noch nicht breit genug bekannt – ist, dass hierdurch empirisch belegbar auch die neurophysiologische Entwicklung von Kindern betroffen ist. Typische nachfolgende Symptommatiken sind etwa eine schlechtere Emotionsregulationsfähigkeit, eine höhere Aggressionsbereitschaft sowie eine verringerte Konzentrationsfähigkeit. Eine Zunahme der Beobachtungen und Berichte aus Schulen, dass genau diese Verhaltensauffälligkeiten bei Schülerinnen und Schülern immer häufiger auftreten, ist vor diesem Hintergrund ggf. mehr als nur eine Koinzidenz.

Demgegenüber wird von manchen Expertinnen und Experten aber auch auf eine andere Seite hingewiesen, die beim Umgang der Kinder- und Jugendpolitik mit der Thematik berücksichtigt werden sollte. Neben möglichen Gefährdungen seien ebenso die Ressourcen der Jugendlichen im Umgang mit digitalen Medien in den Blick zu nehmen, sowohl hinsichtlich ihrer sozialen als auch der technischen Nutzungskompetenzen. Man solle der Selbstbeschreibung vieler (nicht aller!) Jugendlicher in dieser Hinsicht Glauben schenken, dass sie durchaus wissen, was sie tun und wollen, wenn sie sich in virtuellen Spiel-, Informations- und Kommunikationswelten bewegen

Nicht vergessen werden sollte aus ihrer Sicht auch, dass insbesondere für das Saarland große Chancen in einer Verknüpfung kinder- und jugendpolitischer Themen mit einer strategischen und umfassenden Einbindung digitaler Medien (besonders im Bildungsbereich) liegen. Gerade, wenn es darum geht, Kindern und Jugendlichen im Saarland zukunftssträchtige Lebens- und Berufsperspektiven zu geben, sollte das Thema nicht nur unter einer problemorientierten Perspektive, sondern im Rahmen einer Gesamtstrategie betrachtet werden. Diese sollte auch im Blick haben, dass im Saarland mit seinen renommierten Forschungseinrichtungen (u.a. das CISPA Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit, das DFKI, die Max-Planck-Institute für Informatik und für Softwaresysteme) und auch einer namhaften und leistungsstarken IT-Wirtschaft⁶⁷ mit der Thematik auch wichtige berufliche Zukunftschancen für die jungen Saarländerinnen und Saarländer verbunden sein können.

⁶⁷ vgl. <https://dein-it.saarland>

Schlussfolgerung

In der Welt der Digitalen spielen sowohl Kompetenzen und Ressourcen der jungen Menschen eine wichtige Rolle, als auch Risiken und Gefahren für ihre Entwicklung, insbesondere bei Kindern in jüngerem Alter.

Relevante Themen für die politische Handlungsebene sind deshalb sowohl Fragen des Kinderschutzes, die Frage der (verantwortlichen und sicheren) Nutzung der digitalen Medien durch Kinder und Jugendliche als auch die Aufgabe, Ressourcen und Interessen der jungen Menschen im Saarland mit der vorhandenen IT-Forschungs- und Wirtschaftsstruktur im Saarland strategisch zusammenzubringen.

Die Befragungen von Expertinnen und Experten sowie von Kindern und Jugendlichen haben gezeigt, dass das Thema Digitalisierung und neue Medien unter verschiedenen Perspektiven zu betrachten ist: Zum einen aus der Perspektive des notwendigen Schutzes von Kindern und Jugendlichen vor den Gefahren und Folgen einer exzessiven, unkritischen und weder fremd- noch selbstregulierten Nutzung digitaler Medien. Zum anderen aber auch unter der Perspektive der Ressourcen und Kompetenzen, die bei Kindern und Jugendlichen dadurch vorhanden sind, dass die digitale Welt in all ihren Erscheinungsformen ein für sie selbstverständlicher Teil ihres Lebens und ihrer Sozialisation ist, in dem sie sich mehrheitlich auch kompetent bewegen können. Beide Perspektiven könnten in der Kinder- und Jugendpolitik des Landes – ggf. noch stärker als bisher – aufgegriffen werden.

Eine noch breitere und vertiefte Verankerung von Angeboten und Maßnahmen zur Stärkung der Kompetenzen für einen selbstbestimmten, kritischen Umgang mit digitalen Medien wäre demzufolge ein Handlungsfeld, dem sich die Kinder- und Jugendpolitik in den kommenden Jahren verstärkt widmen sollte. Konkrete Anknüpfungspunkte hierfür im schulischen Bereich finden sich bereits etwa im Rahmen der Strategie »DigitalPakt Schule 2019–2024 – Digitale Bildung Saarland« und dem im März 2017 veröffentlichten »Landeskonzept Medienbildung in saarländischen Schulen«.

Ebenso könnten die Interessen, Ressourcen und Kompetenzen von Jugendlichen für und in der Nutzung digitaler Medien verstärkt nicht nur problemorientiert, sondern mehr als bisher auch positiv und verstärkend aufgenommen werden. Durchaus sollte hierbei auch das Potenzial gesehen werden, dass hiermit sowohl für die berufliche Zukunft von jungen Menschen als auch für die Zukunftsentwicklung des Saarlandes als wichtiger Standort für Wissenschaft und Forschung sowie von Wirtschaftsunternehmen im IT-Bereich liegt. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass das Saarland im Bereich von Wissenschaft und Forschung, aber auch durch das Vorhandensein eines relevanten IT-Sektors in der Wirtschaft in dieser Hinsicht gut aufgestellt ist, könnte vor dem Hintergrund der diesbezüglichen Erkenntnisse des Kinder- und Jugendberichts geprüft werden, wie eine noch umfassendere ressortübergreifende Digitalstrategie mit einer Fokussierung auf den Übergang Schule–Beruf aussehen könnte. Die einschlägige Wissenschafts- und Forschungslandschaft im Saarland sowie die ansässigen IT-Unternehmen könnten hierbei ggf. auch verstärkt direkt einbezogen werden.

Generell würde dies bedeuten, die begonnene Umsetzung der Digitalstrategie im Bildungsbereich noch stärker als ressortübergreifendes Querschnittsthema von Kinder- und Jugendpolitik, Bildungspolitik und Wirtschaftspolitik zu konzipieren und umzusetzen.

Als grundlegende Empfehlung formulieren wir deshalb:

Digitalisierung und neue Medien: Beide Seiten der Medaille erkennen und nutzen: Kinder und Jugendliche vor Gefahren schützen und zugleich ihre Kompetenzen sowie ihr Interesse an der digitalen Welt erkennen und stärken!

Handlungsempfehlungen im Bereich Digitalisierung und neue Medien

Relevante Akteure

Landesregierung mit den Ressorts Soziales, Bildung und Wirtschaft, Landesinstitut für Pädagogik und Medien, Landesinstitut für präventives Handeln, private bzw. zivilgesellschaftliche Organisationen, IT-Betriebe und Unternehmen, Universität des Saarlandes

→ **Kompetenzen stärken**

Angebote und Maßnahmen zur Stärkung der Kompetenzen für einen mündigen, selbstbestimmten, kritischen Umgang mit digitalen Medien sollten ausgebaut werden.

→ **Soft-Skill-Kapazitäten ausbauen**

Die Nachfrage nach und der Bedarf an entsprechenden Angeboten zur Förderung von Medienkompetenz sind im Saarland größer als das vorhandene Angebot. Voraussetzung für eine Vertiefung von Medienkompetenzvermittlung ist deshalb die Stärkung der Angebotssituation durch einen entsprechenden Kapazitätsausbau. Sowohl die Landesmedienanstalt, das Landesinstitut für Pädagogik und Medien, das Landesinstitut für präventives Handeln als auch private bzw. zivilgesellschaftliche Organisationen wie der Landesjugendring Saar mit dem Jugendserver-Saar sollten hierbei durch das Land und die Kommunen nachhaltig unterstützt werden.

→ **Katalog zu allen verfügbaren Angeboten erstellen**

Für das gesamte Land sollte ein (fortlaufend zu aktualisierender) Katalog zu allen verfügbaren Angeboten im Bereich Medienkompetenz für Kinder und Jugendliche vorliegen. Federführend hierfür könnte das Landesinstitut für Pädagogik und Medien fungieren.

→ **Soft Skill-Kapazitäten aufbauen**

Ausbau der direkt förderfähigen Maßnahmen im »DigitalPakt Schule Saarland (2019 – 2024)«⁶⁸ von der Förderung der Hardware-Infrastruktur um die Förderung des Kapazitätsaufbaus von Soft Skills im Sinne einer mündigen und selbstbestimmten Mediennutzung. In diesem Sinne sollte auch das »Einkaufen« externer Fachkompetenz für Schulen (und ggf. auch außerschulische Bildungsorganisationen) unaufwändig ermöglicht werden.

→ **Eltern informieren und sensibilisieren**

Auch wenn der Fokus auf der Kompetenzvermittlung und Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen selbst gelegt werden sollte, müssen weiterhin auch Eltern möglichst direkt über Risiken und Gefahren der digitalen Welt informiert und sensibilisiert werden. Auch wenn es aller Erfahrung nach nicht einfach ist, insbesondere diejenigen Eltern hiermit zu erreichen, deren Kinder besonders gefährdet sind, sollten Maßnahmen hierfür weiterhin umgesetzt bzw. sogar intensiviert und neu entwickelt werden.

⁶⁸ Vgl. https://www.saarland.de/mbk/DE/schwerpunktthemen/digitale_bildung_saarland/digitalpakt/digitalpakt_node.html

→ **Kinderschutz verbessern**

Zur Verbesserung des Kinderschutzes und des Jugendmedienschutzes sollte geprüft werden, ob die bestehenden rechtlichen Regelungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefahren und Missbrauch im Internet und in den sozialen Medien ausreichen; bei Bedarf sollten über die Landesvertretung im Bund Initiativen zu notwendigen gesetzlichen Änderungen eingeleitet oder unterstützt werden.

→ **Polizeiliche Ermittlungsarbeit zur Verhinderung von Missbrauch ausbauen**

Vor dem Hintergrund von Berichten über deutlich steigende Zahlen bei Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung von sexuellen Missbrauchsabbildungen, sogenannter Kinderpornografie und einer starken Zunahme bei der Verbreitung von Missbrauchsabbildungen durch Minderjährige sollten Ressourcen für polizeiliche Ermittlungsarbeit im Internet und den sozialen Medien (Stichworte »Cyberpolizei«, »Online-Wache im Internet«) ausgebaut werden.

→ **IT-Wissenschafts- und Forschungslandschaft einbeziehen**

Die einschlägige IT-Wissenschafts- und Forschungslandschaft im Saarland sowie die ansässigen IT-Unternehmen sollten verstärkt direkt einbezogen und in die Verantwortung genommen werden. Es ist davon auszugehen, dass bei Ihnen ein bedeutender Pool an Kenntnissen zur Vermittlung wichtiger Aspekte von Medienkompetenz vorhanden ist. Zudem könnte eine engere aktive Einbindung der Privatwirtschaft und Wissenschaft in entsprechende medienpädagogische Maßnahmen auch positive berufsorientierende Effekte für Jugendliche haben und den Instituten und Unternehmen ihrerseits Gelegenheit geben, sich ggf. als zukünftige Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten bei den Jugendlichen bekannt zu machen.

→ **Digitale Lehr- und Lernmöglichkeiten einbinden und weiterentwickeln**

Die in den Zeiten der Covid-19 bedingten Schulschließungen entstandenen und umgesetzten digitalen Lehr- und Lernmöglichkeiten sollten (entsprechend der Wünsche vieler der befragten Jugendlichen) weiterhin in die schulische Bildung eingebunden und weiterentwickelt werden.

Das »Zuhause-Lieben« und die Welt entdecken



Wie die Shell-Studie von 2019 zeigt, sehen Jugendliche bundesweit die größten Errungenschaften der Europäischen Union in der Freizügigkeit, in andere Länder zu reisen, dort zu studieren oder zu arbeiten bzw. sich dort dauerhaft niederzulassen, sowie in ihrer kulturellen Vielfalt.⁶⁹ An diese positiven Assoziationen mit der EU anknüpfend nennt eine komparative Studie des Bundesinnenministeriums eine stärkere, bundesweite Vernetzung von Grenzregionen innerhalb Deutschlands als vielversprechendes Instrument, um das vorhandene Potenzial der Grenzräume zu nutzen.⁷⁰

⁶⁹ vgl. Shell 2019, 15f.

⁷⁰ vgl. BMI 2020, 45

Im Saarland spiegelt sich dies u.a. in der »Frankreich-Strategie« der Landesregierung sowie der aktiven Mitgliedschaft in der Großregion Saarland, Lothringen, Luxemburg, Rheinland-Pfalz und Wallonien wider. Die Haltung der jungen Generation der Saarländerinnen und Saarländer gegenüber diesen politischen Initiativen und ihr konkretes Interesse an der grenzüberschreitenden Großregion sind eine wichtige Grundlage für ihre nachhaltigen Erfolgschancen.

Zugleich ist die Frage der Verbindung von Heimatverbundenheit und Weltoffenheit seiner Bewohner und Bewohnerinnen für ein sich stark zu seinen europäischen Nachbarn und – u.a. über seine Unternehmen und Hochschulen – auch darüber hinaus international orientierende Region wie das Saarland ein wichtiges Zukunftsthema der Politikgestaltung. Besonders relevant ist dies mit Perspektive auf die nachwachsende Generation, die die Entwicklung des Saarlandes als Partner der angrenzenden aber durchaus auch in Konkurrenz mit anderen Regionen in den kommenden Jahren bestimmen wird.

Die wichtigsten Ergebnisse aus den Befragungen der Jugendlichen sowie Expertinnen und Experten

Die Ergebnisse zur grenzüberschreitenden Entwicklungsstrategie des Landes im Kontext der Großregion Saarland, Lothringen, Luxemburg, Rheinland-Pfalz und Wallonien sowie der »Frankreich-Strategie«, die die französische Sprache als zweite Verkehrs- und Umgangssprache im Saarland etablieren soll, sind im Hinblick auf die jungen Saarländerinnen und Saarländer recht eindeutig. Mit dem Begriff der Großregion können nur wenige etwas anfangen (fast 2/3 aller Antwortenden ist der Begriff unbekannt).

Von den direkt angrenzenden Regionen ist Luxemburg den jungen Saarländerinnen und Saarländern besser bekannt als Lothringen (obwohl nur 8% der Antwortenden in dem an Luxemburg angrenzenden Landkreis Merzig-Wadern wohnen). Während nur ca. 16% der Antwortenden noch nie Luxemburg besucht hat, war ca. jede/-r Dritte noch nie in Lothringen (vgl. Diagramm 43). Ein weitergehendes Interesse am Nachbarland Frankreich äußert nur jede/r zweite Antwortende. Die Initiative der Landesregierung, im Rahmen der »Frankreich-Strategie« neben der deutschen Sprache Französisch als zweite Verkehrs- und Umgangssprache zu etablieren, findet bei den jungen Saarländerinnen und Saarländern nur geringe Resonanz. Nur ca. 14% finden die Idee dezidiert gut, ca. 54% lehnen sie eindeutig ab (vgl. Diagramm 44).

Im Kontext der persönlichen Zukunftsvorstellungen der an der Berichterstellung beteiligten jungen Saarländerinnen und Saarländern wurde auch die Bedeutung erfasst, die das Saarland für sie als Heimat heute und für ihre Zukunft hat.

Als zentrales Ergebnis zu dieser Thematik kann man zusammenfassend feststellen: Die jungen Saarländerinnen und Saarländer zeigen zu einem großen Teil ein fest verankertes Gefühl der Heimatverbundenheit. Für ca. zwei Drittel von ihnen ist es wichtig, wenn möglich auch in Zukunft in der Nähe ihrer Eltern und Freunde im Saarland leben zu können.

Zugleich äußern sie in dieser Hinsicht aber auch Flexibilität, Realismus und Weltoffenheit: Zwar wünschen sich mehr als 60%, in ihrer beruflichen Zukunft einen guten Arbeitsplatz in der Nähe finden zu können (nur für 15% spielt dies keine wichtige Rolle). Zugleich ist es jedoch nur für 22% ein echter Grund zur Sorge, »das Saarland verlassen zu müssen, um eine gute Arbeit zu finden.«

Wie oft warst Du schon einmal (z. B. für einen Ausflug, zum Einkaufen oder Ferien) in:

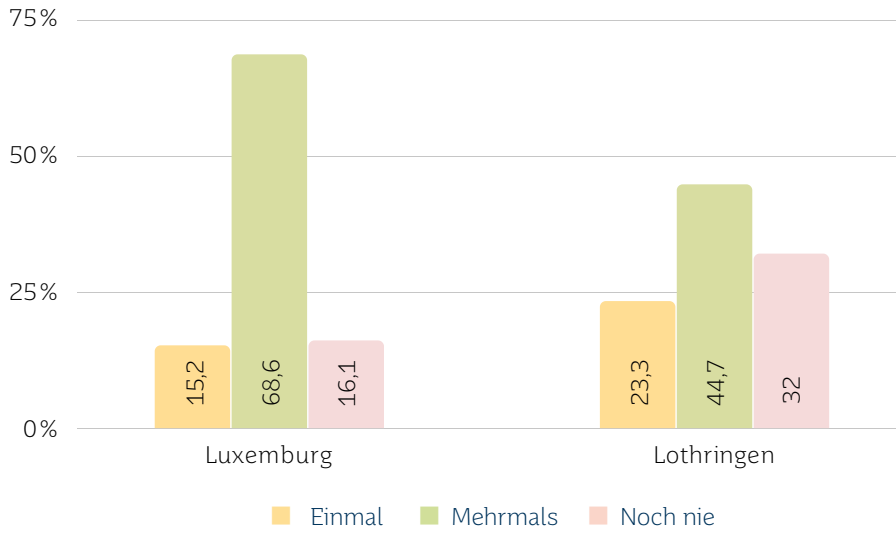


Diagramm 43
Persönliche Kenntnisse der Nachbarregion
 Quelle: Erhebung iSPO

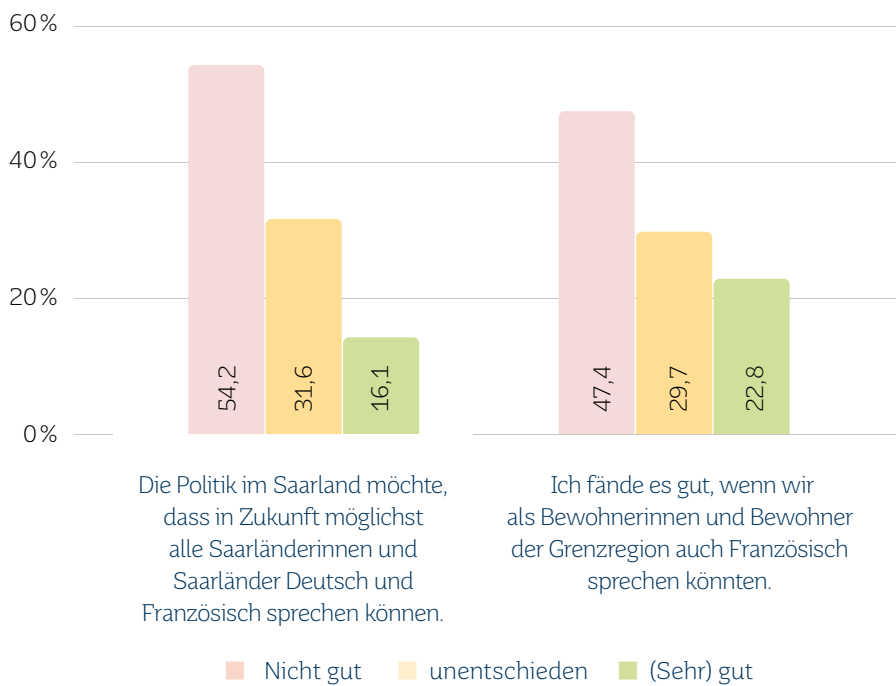


Diagramm 44
Europa/Interkulturalität: Meinungen der Jugendlichen zur Frankreichstrategie der Landesregierung
 Quelle: Erhebung iSPO

Für die große Weltoffenheit der jungen Generation im Saarland spricht auch, dass jede/r Zweite von ihnen in der Fragebogen-Befragung angibt, dass es für seine/ihre Zukunft wichtig oder sehr wichtig ist, später mal »raus in die Welt zu gehen«. Zusätzliche ca. 20% könnten sich dies für ihre Zukunft zumindest vorstellen. Fast jede/r Dritte/r sieht es für ihre oder seine Zukunft zudem als wichtig an, auch einmal für längere Zeit im Ausland zu leben (und für weitere 14% ist dies zumindest vorstellbar).

Die Weltoffenheit der jungen Saarländerinnen und Saarländer zeigt sich nicht nur hierin. Ebenso erweist sie sich an der Aufgeschlossenheit gegenüber Menschen aus anderen Ländern, die in das Saarland zugezogen sind. So spielt es für 4 von 5 persönlich (und in ihrem gesamten Freundeskreis) keine Rolle, aus welchem Land jemand kommt.

Nur für ca. 5% bis 10% der Antwortenden ist dies ein relevanter Aspekt. Dementsprechend sagen auch ca. 3/4 aller Antwortenden deutlich, dass für sie Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland willkommen sind. Ca. 13% äußern sich hierzu (eindeutig oder in der Tendenz) ablehnend. Dieses positive Bild spiegelt sich in den jungen Saarländerinnen und Saarländern, die selbst oder deren Eltern im Ausland geboren sind. Mehr als 60% von ihnen geben in der Fragebogen-Befragung an, dass sie sich hier (konkret: im Saarland) sehr wohl fühlen. Weitere 20% fühlen sich hier tendenziell wohl. Nur ca. 7% sagen, dass sie sich in Deutschland eindeutig unwohl fühlen. Bemerkenswert: Die Antworten der jungen Saarländerinnen und Saarländer ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich hiervon fast nicht.

1. Schlussfolgerung

Die Großregion Saarland, Lothringen, Luxemburg, Rheinland-Pfalz und Wallonien ist bei Jugendlichen als Mobilitätsraum so gut wie nicht im Blick.

Über unsere unmittelbare europäische Nachbarschaft wissen sie nur wenig. Ihr weitergehendes Interesse hieran ist begrenzt. Französisch »als zweite Muttersprache« wollen nur wenige lernen.

Wenn es weiterhin die Strategie der Landesregierung bleibt, die mit der Großregion und der »Frankreich-Strategie« verbundenen Ziele zu erreichen und die jungen Menschen im Saarland hierbei mitgenommen werden sollen, so kann aus den Befragungen der jungen Menschen ein relativ konkreter Vorschlag für die zukünftige Politikgestaltung abgeleitet werden und zwar, Kindern und Jugendlichen mehr und konkrete Möglichkeiten zu eröffnen, unsere Nachbarregionen und deren Sprachen direkt zu erfahren. Ein ggf. einfacher Weg hierfür könnten die Wandertage und Schulausflüge von Schulklassen sein. Warum nicht häufiger mal nach Metz, Luxembourg, Mainz oder Charleroi statt nach London, Rom oder Paris? Unsere übergreifende Empfehlung lautet deshalb:

Wenn man eine grenzüberschreitende Identität und Interkulturalität in der Großregion fördern möchte, sollten Kinder und Jugendliche mehr Möglichkeiten und Gelegenheiten erhalten die Region kennenzulernen!



Handlungsempfehlungen zur Förderung einer grenzüberschreitenden Identität und Interkulturalität von Kindern und Jugendlichen in der Großregion

- **Klassenfahrten in Nachbarländer durchführen**
Schulen sollten verstärkt Klassenfahrten innerhalb der Großregion durchführen.
- **Ferienfreizeiten innerhalb der Großregion fördern**
Grenzüberschreitende Ferienfreizeiten in der Großregion, die von Verbänden, Trägern oder Kommunen angeboten werden, sollten spezifisch beworben und gefördert werden (z. B. durch Kommunen, Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie).
- **Grenznahe Schulpraktika ermöglichen**
Als weitere Möglichkeit sollte geprüft werden, ob das in der 9. Klasse der weiterführenden Schulen verpflichtende zweiwöchige Schulpraktikum (und andere schulische Praktika) auch in einem grenznahen Betrieb oder einer Organisation in Lothringen oder Luxemburg absolviert werden können.

Relevante Akteure
Ministerium für Bildung, Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Kommunen, Verbände und Träger

2. Schlussfolgerung

Häufig scheitern das Interesse und die Bereitschaft von Jugendlichen, eine Zeit im Ausland zu verbringen an der Finanzierung der manchmal nicht geringen Kosten.

Folge ist, dass es meist nur für diejenigen möglich ist, deren Eltern sich dies leisten können. Auch die Möglichkeit, Stipendien hierfür zu erhalten, steht meist nur wenigen Jugendlichen zur Verfügung.

Um mehr Jugendlichen die Möglichkeit zu eröffnen, Erfahrungen im Ausland zu sammeln, sollte die saarländische Kinder- und Jugendpolitik die Realisierung dieser laut der Befragungen verbreiteten Wünsche stärker unterstützen. Die Empfehlung lautet deshalb:

Das verbreitete Interesse von jungen Saarländerinnen und Saarländern eine Zeit lang »raus in die Welt zu gehen« ist durch die Kinder- und Jugendpolitik aufzugreifen und zu fördern!

Handlungsempfehlungen zur Förderung einer grenzüberschreitenden Identität und Interkulturalität von Kindern und Jugendlichen in der Großregion

- **Zuschussmöglichkeiten für Auslandsaufenthalte**
Zuschussmöglichkeiten zur Finanzierung von Auslandsaufenthalten junger Saarländerinnen und Saarländer über nicht-kommerzielle Anbieter von Austauschprogrammen, Auslandspraktika, Auslandsschulbesuchen (»High School Year«), Auslandsfreiwilligendiensten (z. B. »weltwärts« der Engagement Global gGmbH) etc. sollten erweitert werden.
- **Offensiv informieren**
In den Schulen, aber auch bei Verbänden und Trägern, sollten Jugendliche (auch deren Eltern), offensiver und motivierend über Möglichkeiten zu Auslandsaufenthalten und deren Finanzierung informiert werden. Hierbei sollten insbesondere auch die Vorteile für die persönliche, schulische und berufliche Entwicklung dargestellt werden.

Relevante Akteure
Ministerium für Bildung, Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Kommunen, Verbände und Träger

Jugendarbeit, informelle Bildung und Freizeit



8

Zeit, die Kinder und Jugendliche außerhalb institutionell gebundener Kontexte – wie z. B. der Schule – verbringen, also das, was meist Freizeit genannt wird, hat für ihre Lebenszufriedenheit und ihre persönliche Entwicklung eine hohe Bedeutung. In ihr finden einerseits die zwanglosen und selbstgewählten sozialen Kontakte mit Freunden und der Peer Group statt, andererseits bietet diese Zeit (potenziell) vielfältige Gelegenheiten zum nicht formalisierten Lernen und damit dem Erwerb wichtiger Alltags- und Schlüsselkompetenzen.

Inwiefern Kinder und Jugendliche solche Gelegenheiten wahrnehmen können, hängt von zahlreichen Faktoren ab: ihr Vorhandensein in der nahen Lebenswelt der Jugendlichen, den Kosten von Freizeitangeboten, der Offenheit des Zugangs und nicht zuletzt ihrer Erreichbarkeit, wenn sie nicht in der unmittelbaren Nähe der jungen Menschen liegen. Insbesondere der letzte Aspekt wird nachfolgend unter dem Themenstichwort »Mobilität« als Gelingensbedingung zur Nutzung von Freizeitmöglichkeiten aufgegriffen.

Ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Spektrum an Freizeitangeboten hängt u.a. mit der subjektiven Alltagszufriedenheit von Jugendlichen zusammen. Dies hat auch die 2020 durchgeführte SINUS-Jugendstudie wiederum bestätigt. Sie konnte belegen, dass sich eine unzureichende Anzahl an Freizeitmöglichkeiten auf die subjektiv wahrgenommene Alltagsunzufriedenheit der befragten Jugendlichen auswirkt.⁷¹

⁷¹ vgl. SINUS-Institut 2020, 195f

Auf Bundesebene zeigt sich eine hohe Varianz von Bildungs- und Freizeitangeboten in Abhängigkeit von Regionen, wobei sich diese nicht explizit auf ländliche Räume beschränkt, sondern auch in segregierten Wohngebieten der (Groß-)Städte zu beobachten ist (vgl. ebd.). Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Freizeitverhalten der Kinder und Jugendlichen weiterhin von ihrer sozialen Herkunftsschicht abhängt. Während Kinder und Jugendliche aus unteren sozialen Schichten ihre Freizeit signifikant häufiger im Netz, mit Games oder Fernsehen verbringen als Gleichaltrige aus höheren sozialen Schichten, beschäftigen sich letztere eher mit »aktiven« Möglichkeiten, wie Lesen oder Sport.⁷²

⁷² vgl. Shell 2019, 29ff

Im Zusammenhang mit der Frage des Angebots an Freizeitmöglichkeiten wird in der Regel immer auch ihre Erreichbarkeit für Kinder und Jugendliche diskutiert. Entsprechend thematisieren befragte Kinder und Jugendliche in Studien auf Bundesebene im Zusammenhang mit ihrer Freizeitgestaltung immer auch die mit den entsprechenden Mobilitätsanforderungen verbundenen Abhängigkeiten von Eltern, Freundeskreis oder dem öffentlichen Nahverkehr. Als problematisch werden insbesondere die an Transportbedingungen gekoppelten Handlungsmöglichkeiten im Freizeitbereich genannt. Während positive Entwicklungen der Angebots- und Transportstruktur in Kleinstädten über die letzten Jahre Kinder und Jugendliche hinsichtlich des Gestaltungsspielraumes ihrer Freizeit profitieren ließen, sehen sich Kinder und Jugendliche in ländlichen Gegenden und benachteiligten Großstadtvierteln zunehmend durch fehlende oder für sie nicht finanzierbare Transportmöglichkeiten eingeschränkt.⁷³

⁷³ vgl. BMFSFJ 2017, 256ff

Wichtige, organisierte Freizeitmöglichkeiten (und damit Gelegenheit zum außerschulischen, non-formalen Lernen) für Jugendliche sind die vielfältigen Angebote der Jugendarbeit.

Laut Statistik der saarländischen Kinder und Jugendhilfe fanden im Jahr 2017 insgesamt 1.412 öffentlich geförderte Angebote der Jugendarbeit mit rund 70.000 Teilnehmenden statt. In der Statistik werden alle von öffentlichen oder freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe durchgeführten Angebote der Jugendarbeit (gemäß § 11 SGB VIII) erfasst. Darunter fallen Angebote der außerschulischen Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung, der Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit, der arbeitswelt-, schul- und familienbezogene Jugendarbeit, der internationale Jugendarbeit, der Kinder- und Jugenderholung sowie der Jugendberatung.

Bei einem Großteil der Angebote handelt es sich um Veranstaltungen und Projekte (66%). Daneben existieren offene (20%) und gruppenbezogene Angebote (14%). Entsprechend dieser Verteilung sind die meisten Teilnehmenden in Veranstaltungen und Projekten zu finden und jeweils 10% und 8% in den beiden anderen Angebotstypen (vgl. Diagramm 46). Die meisten Angebote haben Teilnehmende aus den Altersgruppen 10 bis unter 14 und 14 bis unter 18 Jahre (vgl. Diagramm 45).

Größtenteils werden die Angebote von männlichen und weiblichen Teilnehmenden gleichermaßen besucht (58% der Angebote), es existieren jedoch auch Angebote, die ausschließlich oder überwiegend von Teilnehmenden eines Geschlechts besucht werden (26% ausschließlich oder überwiegend männlich, 16% ausschließlich oder überwiegend weiblich). Im Rahmen der unterschiedlichen Angebote der Jugendarbeit (in 2017) waren 7.519 Personen ehrenamtlich tätig.

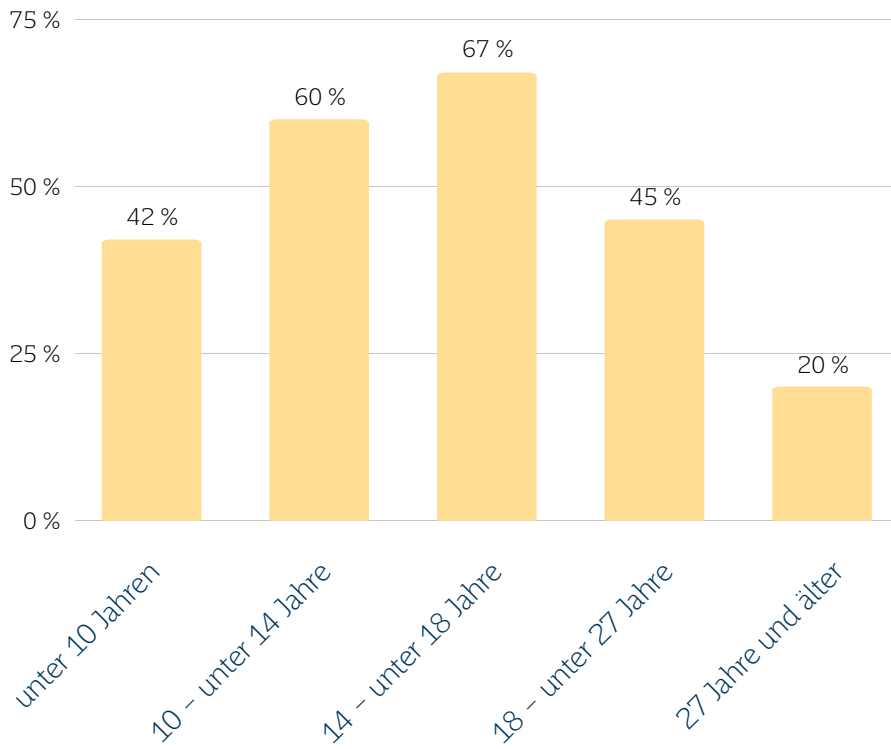


Diagramm 45
**Alter der Teilnehmer
 in den Angeboten
 der Jugendarbeit der
 Kinder- und Jugendhilfe
 im Jahr 2017**

Quelle: Statistisches Amt
 des Saarlandes (2020a)

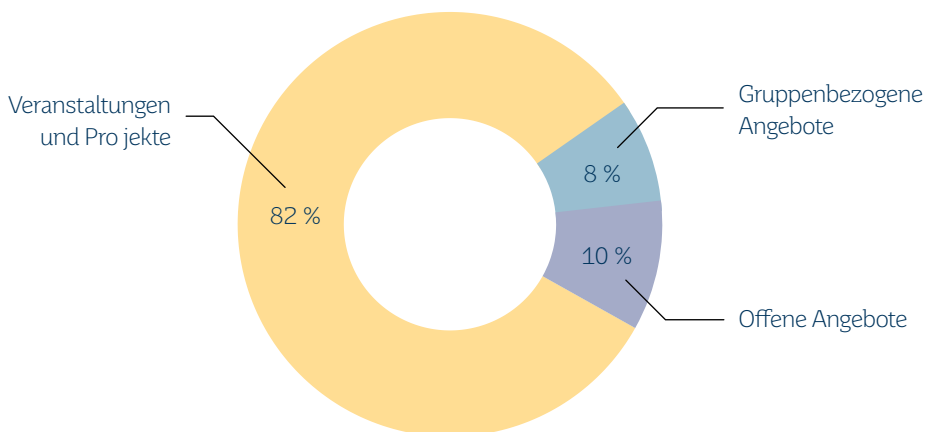


Diagramm 46
**Teilnehmerzahl
 je Angebotstyp der
 Angebote der Jugend-
 arbeit im Jahr 2017**

Quelle: Statistisches Amt
 des Saarlandes

Die wichtigsten Ergebnisse aus den Befragungen der Jugendlichen von Experten und Expertinnen

»...seitdem der Fußballverein einen Kunstrasenplatz bekommen hat, ist er eingezäunt und abgeschlossen. Früher konnten wir uns da einfach treffen und Fußball spielen, wenn der Platz frei war.«

männlich, 15 Jahre,
Fokusgruppe
Gemeinschaftsschule,
ländlicher Raum

»Der Skatepark ist völlig marode. Dafür ist scheinbar kein Geld da oder es ist den Politikern nicht wichtig genug.«

männlich, 20 Jahre,
Fokusgruppe Jugendzentrum,
ländlicher Raum

Wenn es um Möglichkeiten geht, wo Kinder und Jugendliche ihre Freizeit verbringen können und wollen, ist aus Sicht der Jugendlichen und der Expertinnen und Experten das Vorhandensein (und Instandhalten) kinder- und jugendgerechter Räume und öffentlicher Orte von hoher Bedeutung. Ob es diese Orte und Räume gibt, ob und wie sie eingerichtet und in welcher Weise sie auch kontinuierlich gepflegt werden, verbinden die Jugendlichen unmittelbar auch mit dem Stellenwert, den sie nach ihrer Meinung in der Gesellschaft bzw. für die Politik haben.

In den Gruppendiskussionen wurde häufig davon berichtet, dass es (vor allem im näheren Umfeld) zu selten Räume und Plätze gibt, an denen sich Jugendliche treffen können. Dort, wo sie vorhanden sind, sind sie für die Jugendlichen jedoch sehr wichtig.

Wichtig sind sowohl Räume, die nur für die Jugendlichen da sind, als auch öffentliche Räume, an denen sie sich aufhalten wollen und dürfen. Hier bemerken die Jugendlichen v.a. zwei Tendenzen: 1. Räume, die ihnen früher offenstanden, werden abgeschlossen und 2. öffentliche Räume und Orte, die noch vorhanden sind, werden nicht gepflegt oder in Stand gehalten.

Ein weiterer relevanter Aspekt in diesem Kontext ist das Thema »Sicherheit«: Manche Orte werden von Jugendlichen (vor allem abends oder alleine) gemieden, weil sie sich dort nicht sicher fühlen. Auf Bundesebene zeigen sich hinsichtlich sicherheitsbezogener Besorgnisse deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede, die mit entsprechenden geschlechtsabhängigen Einschränkungen einhergehen. So berichten Mädchen in Gruppendiskussionen häufiger von Ängsten und Bedenken ihrer Eltern, durch die sie sich in ihrem Freizeitverhalten eingeschränkt und in ihrer Autonomie weniger anerkannt fühlen.⁷⁴

⁷⁴ vgl. Andresen et al. 2019, 34

Generell von Bedeutung ist auch die Frage, wo solche Orte und Räume vorhanden sind oder eingerichtet werden und ob die Zielgruppe bei ihrer Einrichtung beteiligt wurde oder wird. Deutlich wurde, dass sie, um tatsächlich genutzt zu werden, lebensweltnah vorhanden sein müssen, also möglichst nah bei den Kindern und Jugendlichen, die sie nutzen sollen. Wenn Maßnahmen in dieser Hinsicht ergriffen werden sollen, ist somit wichtig, dies unter einer lokalen, lebensweltorientierten und sozialräumlichen Perspektive zu betrachten und zu planen. Außerdem steigen ihre Erfolgchancen mit einer aktiven Beteiligung derjenigen, für die sie unternommen werden. In diesem Zusammenhang genannte positive Beispiele sind etwa die erfolgreiche Revitalisierung eines Jugendzentrums in einer ländlichen Gemeinde unter starker Beteiligung von Jugendlichen, das seitdem wieder von ca. 40 Jugendlichen genutzt wird oder die Instandsetzung und Neugestaltung der Skater-Anlage im Saarbrücker Bürgerpark, an der Jugendliche direkt beteiligt waren und die seitdem (wieder) rege genutzt wird.

Jugendzentren, Jugendtreffs oder Jugendgruppen in der Nähe ihres Wohnortes als Orte und Möglichkeiten, Freizeit zu verbringen, kennen ca. 50% der Antwortenden. Von ihnen haben ebenfalls ca. die Hälfte diese Möglichkeiten schon einmal oder häufiger genutzt. Etwas mehr als jede/-r Vierte, in deren Nähe es keines dieser Angebote gibt (oder die sie nicht kennen) würde sich ein Jugendzentrum, einen Jugendtreff oder Jugendgruppen in ihrer Nähe wünschen (vgl. Diagramm 47). Wie die Ergebnisse der Fragebogen-Befragung zeigen, gibt es also durchaus ein relevantes Interessenpotenzial an einem Jugendtreff oder Jugendzentrum in der Nähe der Lebenswelten der Jugendlichen. Es könnte von kommunalen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren aufgegriffen werden, um neue Orte für Jugendliche (und mit Jugendlichen) zu schaffen oder bestehende wieder attraktiver zu machen.

Beispiele, von denen berichtet wurde, zeigen, dass eine erfolgreiche Revitalisierung von Jugendzentren/Jugendtreffs möglich ist. Erfolgsvoraussetzung ist eine intensive und direkte Beteiligung der Jugendlichen bei diesen Vorhaben.

»Wenn es das Juz nicht gäbe, würde ich nur zuhause herumhängen.«

männlich, 17 Jahre,
Fokusgruppe Jugendzentrum,
ländlicher Raum

»Ich kann in meiner Freizeit nicht machen, was ich möchte, weil es in meinem Ort nichts für Jugendliche oder junge Erwachsene gibt. Man muss in den nächsten Ort oder die Stadt fahren.«

weiblich, 19 Jahre,
Fachoberschule,
ländlicher Raum

»Die meisten Vereine die es heute gibt haben keine interessanten Angebote für JUNGE Leute. Sie passen sich in ihrem Programm nicht an die neue Zeit und das Alter und Interesse der jungen Generation an.«

männlich, 21 Jahre,
Berufsschule,
ländlicher Raum

In den Gruppendiskussionen wurde auch deutlich, dass sich insbesondere Jugendliche im ländlichen Raum eine größere Vielfalt an Freizeitmöglichkeiten wünschen.

Allerdings profitieren auch dort, wo die Vielfalt des Freizeitangebots meist größer und verdichteter vorhanden ist – also in der Regel in den städtischen Gebieten – nicht alle Kinder und Jugendlichen hiervon. Da auch in den Städten attraktive Freizeitmöglichkeiten nicht immer lebensweltnah vorhanden sind, spielt nicht nur im ländlichen Raum, sondern auch in diesen Gebieten die Frage der Erreichbarkeit eine Rolle.

In (mindestens) einem Verein oder einer Jugendorganisation Mitglied sind etwas weniger als die Hälfte aller Antwortenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen (48,5%). Ihr Anteil ist in ländlichen/dörflichen Gebieten mit über 53% deutlich größer als in städtischen Gebieten (mit ca. 36%). Für Vereine oder Jugendorganisationen gibt es aber offenbar bei den jungen Menschen auch noch ein relevantes und noch nicht ausgeschöpftes Mitglieder-Potenzial. Mehr als jede/r dritte Jugendliche, der oder die noch nicht angebunden ist, könnte sich bei Angeboten, die sie ansprechen, eine Mitgliedschaft vorstellen (vgl. Diagramme 48 a+b).

U.a. in diesem Kontext wird das Thema Mobilität von Jugendlichen insgesamt deutlich stärker priorisiert als aus der Perspektive der Expertinnen und Experten. Es steht für die Jugendlichen in direktem Zusammenhang mit der Frage, wie und wo sie Freizeitmöglichkeiten wahrnehmen können.

Generell war »Mobilität« eines der spontan genannten »Top-Themen« der Jugendlichen in den Gruppendiskussionen, wobei das Thema vor allem unter der Perspektive »ÖPNV« diskutiert wurde. Hierbei sind für die Jugendlichen insbesondere folgende Aspekte relevant:

- Qualität: V.a. im ländlichen Bereich fehlen Verbindungen oder sie sind zu selten, teilweise wurde auch die Zuverlässigkeit bestehender Verbindungen bemängelt (Busausfälle, Unpünktlichkeit, langes Warten auf Anschlussbusse).
- Kosten: Von allen Gruppen wurden die Kosten des ÖPNV als zu hoch dargestellt – insbesondere für Kinder und Jugendliche in sozial prekären Lebenslagen bedeutet dies eine Einschränkung von Mobilität und sozialer Teilhabe.
- Umwelt: Auch unter Umweltgesichtspunkten würden Jugendliche gerne mehr öffentliche Verkehrsmittel nutzen, wenn diese besser verfügbar, zuverlässiger und kostengünstiger wären.
- Ein weiterer wichtiger Mobilitäts-Aspekt aus Sicht der Jugendlichen ist das Fahrradfahren: Jugendliche, die das Fahrrad nutzen, berichten von häufigen Gefährdungssituationen, andere nutzen das Fahrrad aus dem gleichen Grund gar nicht.

Diese Aussagen in den Gruppeninterviews bestätigen sich weitgehend in den Ergebnissen der Fragebogen-Befragung (vgl. Diagramm 48 a+b):

- Für 62 % müsste es mehr Verbindungen als bisher geben (im ländlichen/dörflichen Gebieten lebende junge Menschen sagen dies zu 70%);
- für 58 % wäre eine kürzere Taktung von Verbindungen Voraussetzung für eine häufigere Nutzung (65 % der in ländlichen/dörflichen Gebieten lebenden jungen Menschen geben dies an);
- kostengünstigere Tickets wären für 59% wichtig (37% wünschen sich eine völlige Kostenbefreiung für Jugendliche);
- für 54 % ist mehr Pünktlichkeit ein relevanter Faktor;
- 46% würden den ÖPNV mehr nutzen, wenn sichergestellt sei, nicht in überfüllten Wagen oder Abteilen fahren zu müssen und
- für ca. 18% ist die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen ein wichtiger Aspekt.

Wichtige Erkenntnis ist hier insbesondere: Wenn die relevanten Faktoren berücksichtigt werden (Häufigkeit und Zuverlässigkeit von Verbindungen, mehr Verbindungen, geringere Kosten, Zuverlässigkeit), kann sich etwa jede/r zweite der antwortenden Jugendlichen (sowohl in ländlichen/dörflichen als auch in Gebieten) vorstellen, Angebote des ÖPNV mehr als bisher zu nutzen.

Insbesondere in den Einzelinterviews haben auch Expertinnen und Experten die Bedeutung des Themas Mobilität hervorgehoben. Neben dem Freizeitkontext sehen sie hier jedoch auch einen Zusammenhang mit dem Thema Bildungsgerechtigkeit: Mobilität ist für viele Kinder und Jugendliche mit zusätzlichen Unterstützungsbedarfen Voraussetzung dafür, (informelle) Bildungsmöglichkeiten nutzen zu können. Die Förderung von Mobilitätsmöglichkeiten insbesondere mit Blick auf Kinder/Jugendliche in prekärer sozialer Lage (und auch besonders für Kinder und Jugendliche in ländlichen Gebieten) wird von ihnen deshalb als wichtige Zukunftsaufgabe der Kinder- und Jugendpolitik dargestellt.

»Außer dem Fußballverein oder der Feuerwehr gibt es bei uns im Dorf eigentlich nichts.«

männlich, 16 Jahre,
Fokusgruppe Feuerwehr,
ländlicher Raum

Mein Wunsch an die Politik:

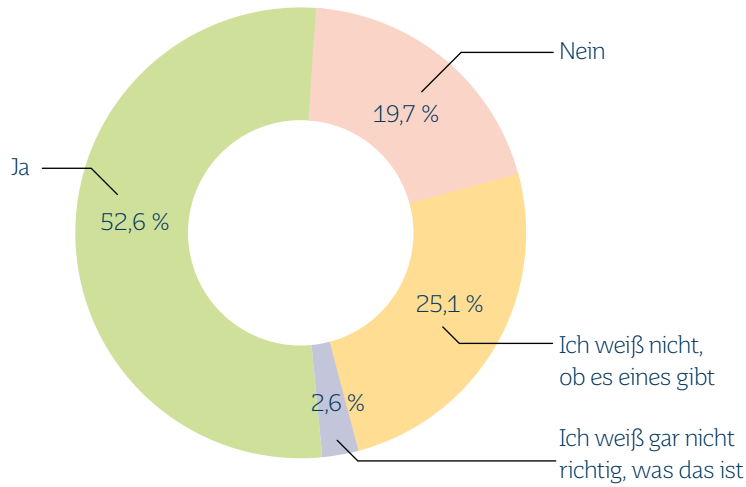
»Bus und Bahn sind zu teuer. Ich muss das von meinem Taschengeld zahlen. Günstigere Preise!«

weiblich, 16 Jahre,
Berufsschule,
ländlicher Raum

Darüber hinaus bestätigen die Expertinnen und Experten die Wichtigkeit von Orten und Räumen, in denen Kinder und Jugendliche miteinander (auch selbstorganisiert) Freizeit verbringen können. Gute Beispiele zeigen, dass die Erfolgsfaktoren für die Nutzung solcher Orte und Räume die direkte Beteiligung der jungen Menschen bei ihrer Planung und Einrichtung sowie die räumliche Nähe zu ihren Lebenswelten bzw. eine gute Erreichbarkeit (u.a. mit dem ÖPNV) sind.



Gibt es in der Nähe deines Wohnorts ein Jugendzentrum, Jugendtreff oder eine Jugendgruppe?



Wünschst du dir, dass es auch in Deiner Nähe ein Jugendzentrum / einen Jugendtreff oder eine Jugendgruppe gibt?

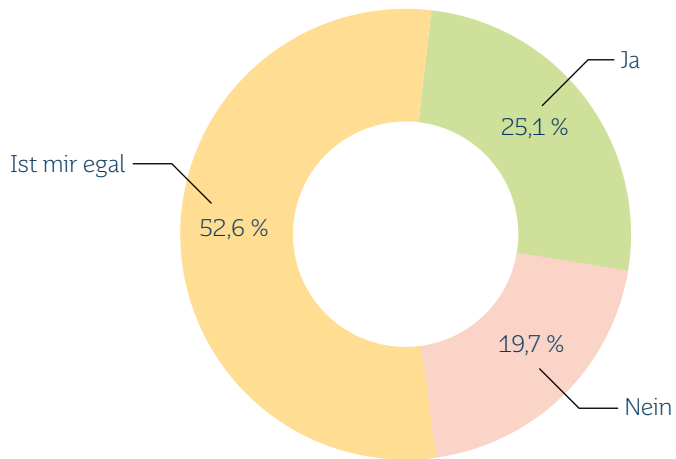


Diagramme 47 a + b

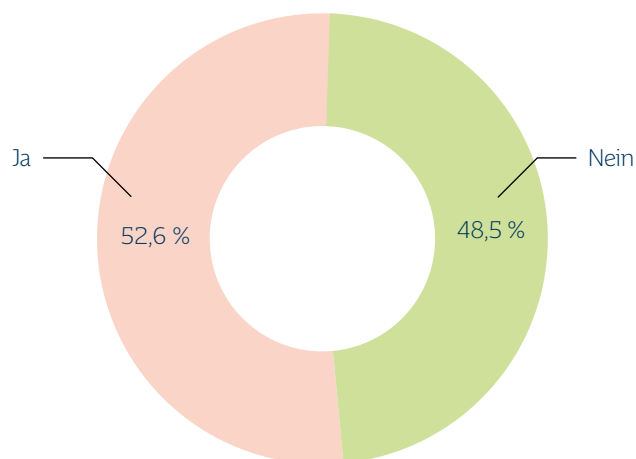
Freizeit: Jugendzentren/ Jugendgruppen

Quelle: Erhebung iSPO

n= 314

Die Zahl bezieht sich auf diejenigen, die kein Jugendzentrum / keinen Jugendtreff oder keine Jugendgruppe in ihrer Nähe haben.

Bist du Mitglied in einem Verein oder in einer Jugendorganisation (oder auch in mehreren)?



Kannst du dir vorstellen, in einem Verein mitzumachen?

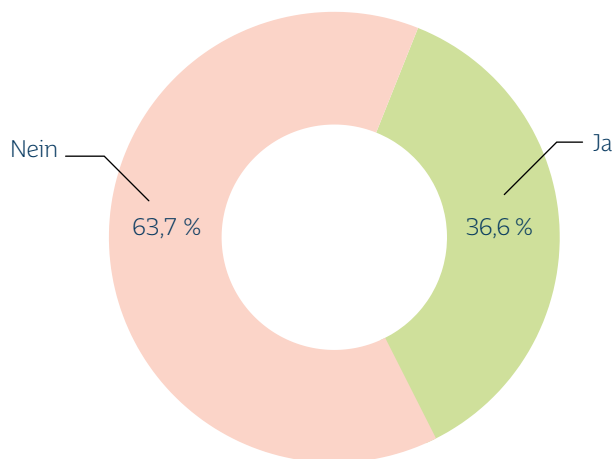
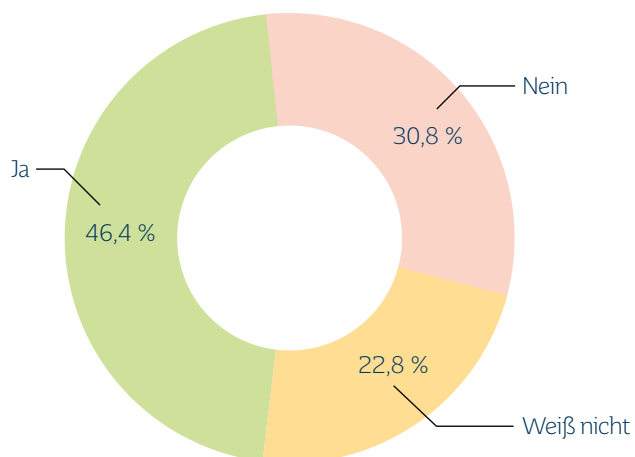


Diagramme 48 a + b
**Freizeit: Mitgliedschaft
in Vereinen /
Jugendorganisationen**
Quelle: Erhebung iSPO

Kannst du dir vorstellen, mehr mit Bus, Saarbahn oder dem Zug zu fahren?



Bei welchen Themen würdest du freiwillig mithelfen?

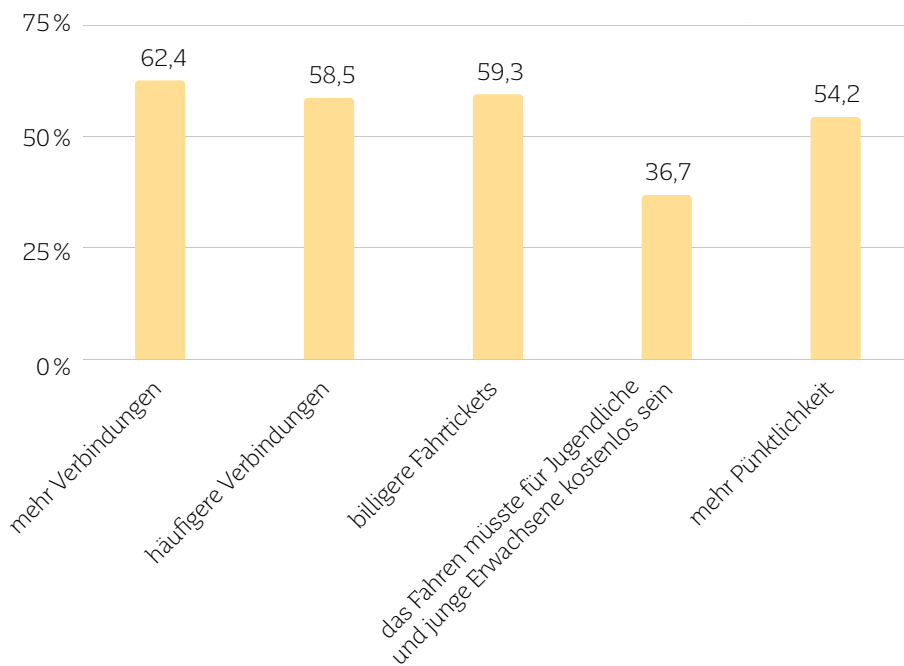


Diagramme 49 a+b
Mobilität:
Nutzung von
 Quelle: Erhebung iSPO

Schlussfolgerung

Die Wünsche von Kindern und Jugendlichen im Freizeitbereich – insbesondere in ländlichen Gebieten – sind eindeutig und lassen sich zusammenfassen in den Attributen »mehr«, »vielfältiger« und »besser (und günstiger) erreichbar«.

Besonders prägnant hierfür ist u.a. die relativ große Zahl an Jugendlichen, die von sich (ggf. entgegen der gängigen Erwachsenenmeinung) sagt, sie würden gerne weniger Zeit mit Internet, Gaming und Social Media verbringen, wenn sie mehr attraktive andere Möglichkeiten für ihre Freizeit hätten.

Wenn das Land und die Kommunen sich diese Wünsche für die Gestaltung der zukünftigen Kinder- und Jugendpolitik zu eigen machen, sollte auch hier als wichtiger Erfolgsfaktor die Beteiligung der von einer Planung oder Maßnahme betroffenen Kinder und Jugendlichen berücksichtigt werden. Gute Beispiele zeigen (etwa die Revitalisierung eines Jugendzentrums in einer dörflichen Gemeinde oder die Sanierung und Neugestaltung einer Skater-Anlage in einem städtischen Gebiet), dass dies die Chancen auf Akzeptanz und Nutzung durch die Zielgruppe erhöht.

Weitere grundlegende Erfolgsfaktoren, die bei entsprechenden Planungen zu berücksichtigen sind, sind die räumliche Nähe zu den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen, die die konkret adressierte Nutzergruppe für eine Maßnahme sind und/oder die Gewährleistung einer guten, kostengünstigen und verlässlichen Erreichbarkeit. Dem ÖPNV kommt hierbei eine wichtige Rolle zu (v.a. in städtischen Gebieten ebenso dem Ausbau eines umfassenden Radwegenetzes, das mit Blick auf Kinder und Jugendliche insbesondere auch das Thema Sicherheit in besonderer Weise berücksichtigt).

Generell ist das Thema Mobilität und ÖPNV mit Blick auf die Kinder und Jugendlichen immer auch unter dem Aspekt der gesellschaftlichen Teilhabe zu betrachten. Es geht nicht nur um das Thema Freizeit im Sinne von Vergnügen und Entspannung. Es geht auch um gleiche Möglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen, alle öffentlichen Räume, Angebote und Strukturen in gleichberechtigter Weise wahrnehmen und nutzen zu können.

Die Ergebnisse des 5. Kinder- und Jugendberichts sprechen deutlich dafür, dass bei der Weiterentwicklung des ÖPNV und den Mobilitätsmöglichkeiten insgesamt insbesondere auch die Mobilitätsinteressen und Bedarfe von Kindern und Jugendlichen angemessene Berücksichtigung finden sollten. Sie schließen zu diesem Thema damit unmittelbar an das Handlungsfeld des im Februar 2021 vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr (MWAEV) veröffentlichten Entwurfs des Verkehrsentwicklungsplans ÖPNV Saarland an. Die Nutzungsvoraussetzungen für den ÖPNV, die die Kinder und Jugendlichen selbst benannt haben, können für entsprechende Planungen und Maßnahmen einen konkreten konzeptionellen Rahmen geben.

Die übergreifende Empfehlung zu diesem Themengebiet lautet:

Mehr Orte, Räume und Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche (mit ihnen gemeinsam) schaffen!

Wichtig hierbei: Die Nähe zu den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen sowie die Gewährleistung, sie verlässlich und kostengünstig erreichen zu können.

Handlungsempfehlungen im Bereich Jugendarbeit, informelle Bildung und Freizeit

Relevante Akteure Kommunen, Verbände und Träger der Jugendarbeit

- **Unterstützung ehrenamtlicher Mitarbeitender**
Die Ergebnisse der Jugendlichenbefragung zeigen, dass es unter den saarländischen Jugendlichen für die Jugendarbeit in Vereinen, Organisationen und Verbänden ein relevantes Mitglieder-Potenzial gibt. Eine umfassendere Begleitung, Unterstützung und Qualifizierung ehrenamtlicher Mitarbeitender in den Organisationen (auf Ebene des Landes, der Landkreise, Städte und Verbände) wird als hilfreiche Maßnahme empfohlen, um dieses Potenzial zu aktivieren.
- **Erreichbare und lebensweltnahe Freizeitangebote**
Lebensweltnähe und Erreichbarkeit sind wesentliche Faktoren für die Nutzung von Freizeitangeboten durch Kinder und Jugendliche. Als federführende Akteure hinsichtlich des Ausbaus von Freizeitmöglichkeiten (und der Pflege bestehender Angebote) sind deshalb vor allem die Kommunen gefragt.
- **Direkte Beteiligung**
Eine wichtige Erfolgsbedingung für die Nutzung neuer und bestehender Freizeitangebote ist (auch hier) die direkte Beteiligung der Zielgruppe! Nur sie garantiert dafür, dass Freizeitangebote den Interessen und Bedarfen von Kindern und Jugendlichen entsprechen. Kinder und Jugendliche sind deshalb vor Ort (am besten verbindlich) frühzeitig in Planungs- und Umsetzungsprozesse zu beteiligen. Gleiches gilt für Verbände und Träger, die über Erfahrungen mit der partizipativen Umsetzung von Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche und den inhaltlichen und prozessualen Gelingensbedingungen verfügen.
- **Mobilität ermöglichen**
Da es nicht möglich sein wird, alle attraktiven Freizeitmöglichkeiten (insbesondere in ländlichen Gebieten) lebensweltnah anzubieten, ist die Ermöglichung von Mobilität eine zentrale Aufgabe der Kinder- und Jugendpolitik und Verkehrspolitik. Die konkreten Interessen und Bedarfe von Kindern und Jugendlichen sollten bei der Aktualisierung und Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans ÖPNV Saarland explizit und als Schwerpunkt berücksichtigt werden.



Die saarländische Jugend und Corona: Lessons learned und der Blick nach vorne



9

Dass Kinder und Jugendliche eine gesellschaftliche Gruppe sind, die in vielerlei Hinsicht besonders von den Einschränkungen betroffen waren, die aufgrund der Covid-19-Pandemie im privaten, gesellschaftlichen und schulischen Leben verhängt wurden, ist mittlerweile Konsens und muss an dieser Stelle nicht noch einmal eigens und im Detail festgestellt werden.

Dennoch sollen einige zentrale Ergebnisse der beiden bundesweiten Studien des Forschungsverbunds »Kindheit – Jugend – Familie in der Corona- Zeit« der Universitäten Hildesheim und Frankfurt, KiCo (»Kinder, Eltern und ihre Erfahrungen während der Corona-Pandemie«) und JuCo zu den Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen genannt werden. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse sind die Erhebungszeiträume zu beachten, der jeweils vor dem zweiten Lockdown lagen.

Trotz guter sozialer Beziehungen zählen Gefühle der Einsamkeit und Verunsicherung zu den am häufigsten genannten Herausforderungen junger Menschen im Kontext der Pandemie, bedingt unter anderem durch geltende Kontaktbeschränkungen. Da der Kontakt zum Freundeskreis und zu Mitschülern und Mitschülerinnen vornehmlich auf digitale Kanäle umgestellt werden musste, blieb die Familie als einziger direkter sozialer Kontakt.⁷⁵ Hier geben rund 70% an, tendenziell zufrieden mit der Stimmung zuhause zu sein; die Zufriedenheit mit den Kontakten zu Freunden und Freundinnen bleibt dahinter zurück.⁷⁶ Fehlende oder unzureichende technische Ausstattung erschwert diese Art von Sozialität ebenso wie die erfolgreiche Bewältigung von Homeschooling oder digitalem Studium. Digitales Lernen in dieser Zeit wird häufig als problematisch und überfordernd empfunden.⁷⁷ Junge Menschen in Bildungsübergängen sind besonders betroffen. Viele haben Zukunftsängste und sehen sich überfordert, den schulischen Anforderungen gerecht zu werden. Sie sind unsicher, ob sie die notwendigen Bildungsinhalte mitbekommen und die Verlagerung auf digitales Lernen angemessen bewältigen.

⁷⁵ vgl. Andresen et al. 2020, 16

⁷⁶ vgl. a.a.O., 9

⁷⁷ Vgl. a.a.O., 13f.

In der KiCo-Studie wird u.a. die weggebrochene Infrastruktur von Kinder- und Jugendhilfe und Schule besonders thematisiert. Ebenso werden die sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen deutlich, unter denen es Kindern und Familien leichter oder schwerer fiel, mit den Anforderungen der Schulschließungen und des Homeschoolings zurechtzukommen. Sowohl der sozioökonomischen Status der Familien, der verfügbare Wohnraum, aber auch sehr unterschiedliche Arrangements der Schulen und deren Verfügbar- und Erreichbarkeit in der Zeit des Homeschoolings spielten hierbei maßgebliche Rollen.

Ein sehr wichtiges Ergebnis der Studien: Trotz dem durchschnittlich hohen Vertrauen in die Corona-Politik hat fast die Hälfte der Befragten den Eindruck, dass die eigenen Sorgen gar nicht oder eher nicht gehört werden.⁷⁸ Insbesondere aus der Studie JuCo geht klar hervor: Junge Menschen haben sich nicht ausreichend informiert, gehört und in ihren Sorgen und Bedürfnissen ernst genommen gefühlt. Auch Eltern teilen dieses Gefühl, wie aus der Studie KiCo hervorgeht: Lediglich 13% der Eltern waren überzeugt, dass ihre Sorgen von (politisch) Verantwortlichen wahrgenommen und in deren Überlegungen einbezogen werden.

⁷⁸ vgl. Andresen et al. 2020, 11

Die wichtigsten Ergebnisse aus der Online-Befragung der Jugendlichen im Herbst 2020

Die in der Zeit nach dem ersten Lockdown und Schulschließungen durchgeführte Fragebogen-Befragung mit saarländischen Jugendlichen hat ganz ähnliche Ergebnisse erbracht wie die zitierten bundesweiten Studien.⁷⁹ Alleine aus der Zahl der Freitextaussagen wird deutlich: Kein anderes Thema hat die Jugendlichen zum Zeitpunkt der Befragung so beschäftigt wie die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen. Zusätzlich zum Ankreuzen der vorgegebenen Aussagen wurden 1.210 frei formulierte Aussagen zum Themenbereich »Corona« formuliert.

⁷⁹ Auch hier ist zu beachten: Die Befragung fand in der Zeit von September bis November 2020 statt, also in einer Zeit, in der in den Schulen zum Teil wieder Präsenzunterricht stattfand und die Kontakt-einschränkungen nach dem ersten Lockdown im März wieder weitgehend aufgehoben waren. Die Aussagen geben somit eher eine Rückschau der jungen Menschen wieder und spiegeln nicht die aktuelle Situation nach den zweiten strengen Lockdowns wider.

Eine Mehrheit der antwortenden jungen Saarländerinnen und Saarländer (ca. 54 %) findet es richtig, wie die Politik mit der »Corona-Krise« umgegangen ist. Die höchsten Zustimmungswerte gibt es bei Gymnasiasten und Studierenden, die geringsten bei Berufsschülerinnen und -schülern. Auch laut der bundesweiten SINUS-Studie vertrauen Jugendliche dem Krisenmanagement der Politik überwiegend.⁸⁰

⁸⁰ vgl. SINUS-Institut 2020, 585

Grundsätzlich zeigen sich die jungen Menschen im Saarland beim Corona-Thema sehr reflektiert, differenziert und verantwortungsbewusst. 71 % geben an, sich (mehr oder weniger genau) an die jeweils geltenden Kontaktbeschränkungen und Schutzmaßnahmen gehalten zu haben. Dies entspricht in etwa vergleichbaren Aussagen anderer aktueller Studien bezogen auf die erwachsene Gesamtbevölkerung Deutschlands (z. B. dem COSMO – COVID-19 Snapshot Monitoring von Universität Erfurt, Robert Koch Institut, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Leibniz-Institut für Psychologie, Science Media Center, Bernhard Nocht Institut für Tropenmedizin und Yale Institute for Global Health). Auch in der Jugend-Studie des SINUS-Instituts werden die Schutzmaßnahmen von den meisten Jugendlichen als sinnvoll eingeschätzt und befolgt.⁸¹

⁸¹ vgl. a.a.O., 591

Die größte Skepsis gegenüber dem grundsätzlichen Umgang mit der Thematik zeigen in der Fragebogen-Befragung für den vorliegenden Kinder- und Jugendbericht über alle Corona-bezogenen Aussagen hinweg Schüler und Schülerinnen an beruflichen Schulen im Vergleich zu den anderen Bildungsgruppen. Z. B. ist mehr als jede/r dritte Berufsschülerin und Berufsschüler in deutlich oder tendenziell der Meinung, dass die Gefahren durch den Corona-Virus übertrieben werden (vgl. Diagramm 50 a-c).

Insgesamt erlebten die jungen Menschen als für sie am gravierendsten:

- dass Treffen mit Freundinnen und Freunden zeitweise nicht möglich waren,
- die Sorge, dass sich Familienangehörige, insbesondere Eltern oder Großeltern, anstecken könnten (wurde besonders in Freitextaussagen häufig genannt),
- die Sorge, ob und welche Auswirkungen die Corona-Pandemie auf ihre Zukunft haben könnte.

Aber auch positive Aspekte sind festzustellen:

- Die große Mehrheit ist sozial sicher eingebunden und konnte ihre Sorgen und Ängste mit anderen besprechen.
- Die meisten (mehr als 8 von 10) leben offenbar in eher harmonischen Familien, in denen es trotz der Belastungen der »Corona-Zeit« nicht viele Konflikte gab (bei ca. jedem 10. allerdings stellte sich dies deutlich negativer dar).
- Fast in jeder zweiten Familie hat man die Zeit der Einschränkungen des öffentlichen Lebens dazu genutzt, wieder gemeinsam Dinge zu tun, die man schon länger nicht mehr gemeinsam unternommen hatte (Spieleabende, gemeinsam Spazierengehen, Fahrradfahren, etc.).

Die Erfahrungen mit Homeschooling und Digitalem Lernen (in der Corona-Zeit) werden tendenziell eher kritisch bewertet. Dass dies nach den Schließungen der Schulen im Frühjahr 2020 wirklich gut funktioniert hat, sagen nur ca. 25 % der Antwortenden. Ca. 44 % sind deutlich der Meinung, dass dies nicht so war (vgl. Diagramme 51 a-f).

Nur ca. jede/-r Fünfte der antwortenden Schüler und Schülerinnen gibt an, dass er/sie Probleme damit hatte, selbständig zu Hause die Schulaufgaben zu erledigen, die sie/er während der Schulschließungen von ihren Lehrern und Lehrerinnen erhalten hatten. Eine gute Unterstützung durch die Eltern haben ca. 28 % der Schülerinnen und Schüler erfahren.

»Am schwierigsten an der ›Corona-Zeit‹ im Frühjahr war für mich die Angst um Freunde und Familie.«

männlich, 15 Jahre,
Gymnasium,
städtischer Raum

»Am schwierigsten an der ›Corona-Zeit‹ im Frühjahr war beim Lernen auf sich alleine gestellt zu sein und die Motivation zu halten.«

weiblich, 16 Jahre,
Gymnasium,
städtischer Raum

Verbreiteten Zweifel gibt es auch hinsichtlich der Effektivität des digitalen Lernens so wie es vor allem Schülern und Schülerinnen in der Zeit des ersten Lockdowns erlebt haben. Nur jede/-r Fünfte ist sicher der Meinung, hierbei genauso viel gelernt zu haben, wie es bei dem gewohnten Präsenzlernen der Fall gewesen wäre. Die deutliche Mehrheit geht davon aus, dass es hierbei deutliche Einbußen hinsichtlich der erzielten Lerneffekte gab.

Trotz auch schwieriger Erfahrungen und kritischer Bewertungen der bisher erlebten Umsetzung von Digitalem Lernen und Homeschooling sind 50% der Antwortenden dezidiert und weitere 14% tendenziell der Meinung, dass digitale Lernmöglichkeiten an Schulen und Hochschulen auch in Zukunft stärker genutzt werden sollten (vgl. Diagramme 51 a-f).



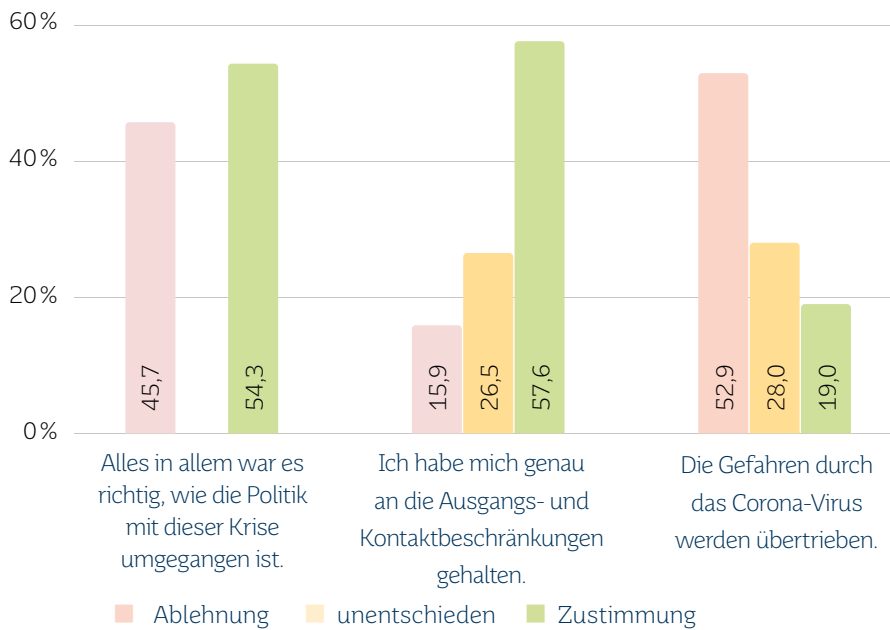


Diagramm 50 a-c
Die Corona-Krise aus Sicht der Jugendlichen
 Quelle: Erhebung iSPO

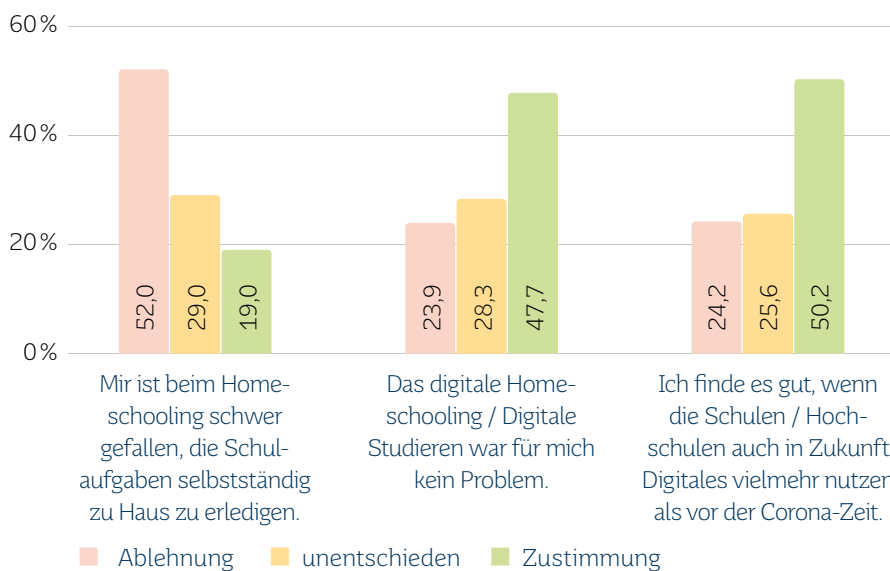
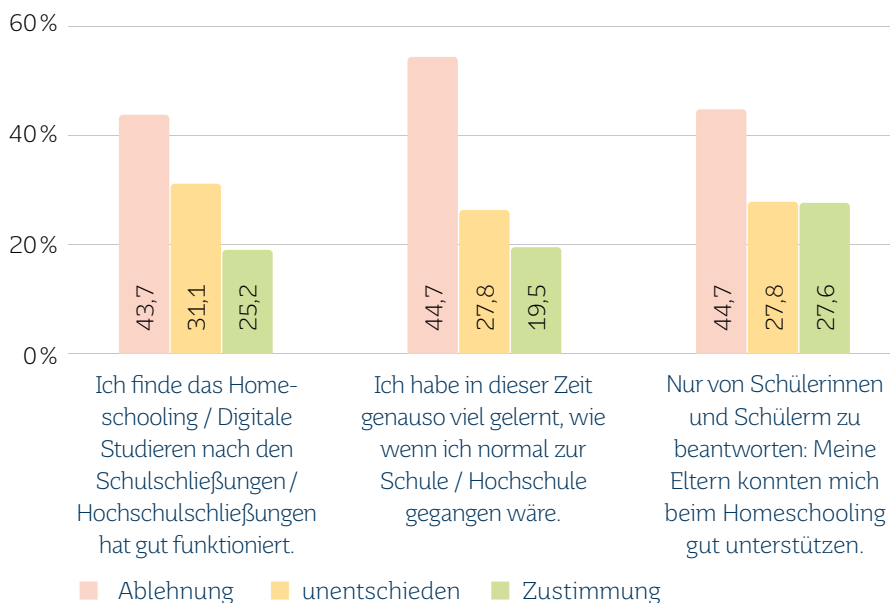


Diagramme 51 a-f
Das Homeschooling/ Digitale Studieren aus Sicht der Jugendlichen
 Quelle: Erhebung iSPO

Schlussfolgerung

Die jungen Saarländerinnen und Saarländer sind sehr verantwortungsvoll mit den Einschränkungen und Belastungen durch die Corona-Pandemie umgegangen, um vor allem die älteren Menschen vor den Gefahren zu schützen.

Für sie selbst ging dies mit erheblichen seelischen Belastungen und Einbußen für ihre persönliche und schulische Entwicklung einher.

Zugleich wurden zahlreiche Erkenntnisse aus den Erfahrungsberichten und Bewertungen von Jugendlichen gewonnen, die zukunftsweisend und nachhaltig für politische Entscheidungen zur Bewältigung der Folgen von Corona und zur Vorbereitung auf vergleichbare Situationen in der Zukunft genutzt werden können.

Wenn man nach den Erfahrungen der Corona-Pandemie und ausgehend von den vorliegenden Forschungsergebnissen und den Berichten von Kindern und Jugendlichen den Blick nach vorne richten will, können die folgenden Schlussfolgerungen gezogen werden:

Digitales Lernen war in der Zeit der Schulschließungen zunächst vor allem eine Notlösung, die fast ohne Vorbereitung von den Schulen und Schüler und Schülerinnen ad hoc umgesetzt werden musste. Mit der sukzessiven Wiederöffnung der Schulen nach den Osterferien 2021 wurde die Nutzung der Möglichkeiten und Potenziale des digitalen Lehrens und Lernens nach unseren Beobachtungen und den zugänglichen Berichten aus Schulen fast sofort wieder vollständig eingestellt. Dies ist aus Sicht der Schulen und Lehrkräfte nachvollziehbar, da Lehrpläne und -inhalte sowie die vorhandenen didaktischen und methodischen Modelle die systematische Einbindung digitaler Lehr- und Lernmöglichkeiten bisher noch nicht vorsehen. Hieraus ergeben sich zwei Notwendigkeiten:

- ① Verstärkt nachhaltige Einbindung digitaler Lehr- und Lernmöglichkeiten ist in Regellehrpläne der Schulen sowie in didaktischen und pädagogischen Konzepten einzubinden. Hierbei sollten sowohl die notwendigen familialen Rahmenbedingungen der Schüler/-innen (technische Ausstattung, räumliche Situation zuhause, Unterstützungsmöglichkeiten der Eltern) auch die soziale Komponente von Lehren und Lernen (Lernplattformen auch als soziale Medien verstehen, gestalten und nutzen) berücksichtigt werden.
- ② Die Verfügbarkeit der notwendigen Hardware (Laptops oder Tablets) und Software ist für alle Schülerinnen und Schüler sowie für alle Lehrkräfte sicherzustellen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass für die digitale Bildung im Saarland in den nächsten Jahren erhebliche zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. So stellt das Land 50 Mio. Euro an Landesmitteln zur Verfügung um bis zum Schuljahr 2022/23 sukzessive alle Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 3 und alle Lehrkräfte mit mobilen Leihgeräten (Tablets) und digitalen Bildungsmedien auszustatten, die alle Anforderungen an einen digitalen Unterricht erfüllen. Zwischen dem Ministerium für Bildung und Kultur und den Landkreisen/dem Regionalverband wurde hierfür die Einrichtung des Landesprogramms »Landesweite Systematische Medienausleihe Saar« (LSMS 2.0) vereinbart. Auf der Ebene der Kreise und des Regionalverbandes werden Kompetenzzentren für Medien- und Schulbuchausleihe sowie Administration, Wartung und Support (KOMSA) eingerichtet. Enthalten sind auch die Bildungsmedien, die die analoge Schulbuchausleihe ersetzen. Die Ausstattung der sechsten Klassen an allgemeinbildenden Schulen als Pilotjahrgang hat mit Beginn des Schuljahres 2021/22 bereits begonnen.⁸²

⁸² Vgl.: https://www.saarland.de/mbk/DE/schwerpunktthemen/digitale_bildung_saarland/medienausleihe/medienausleihe_node.html; <https://www.saarland.de/mbk/DE/aktuelles/aktuelle-meldungen/allgemein/2021/211004-meldung-LSMS.html>; <https://www.saarbrueckerzeitung.de/saarland/landespolitik/saarland-will-bis-2022-lehrer-und-schueler-mit-laptops-ausgestatten-aid-59748863>; https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/tablets_notebooks_schueler_lehrer_saarland_100.html

- 3 Solange dies noch nicht gewährleistet ist, müssen alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um den Präsenzunterricht in den Schulen sicherzustellen (v.a. nachhaltig vorliegende und kurzfristig einsetzbare Testkonzepte, Belüftungs- und Luftfilteranlagen für alle Klassenräume).

Die größte Herausforderung stellte und stellt diese Zeit jedoch für die Kinder und Familien selbst dar. Die Auswertungen einer (nicht repräsentativen, aber dennoch aussagekräftigen) Befragung von Malstatter Kinder und Eltern (die meisten in sozial belasteten Lebenslagen) im Saarbrücker Stadtteil Malstatt zu ihrem Erleben der Corona-Zeit zeigen dies eindrücklich.

Viele Kinder waren durch die Situation emotional hoch belastet. Manche Kinder wurden vom digitalen Homeschooling-Angebot nicht erreicht, hatten kaum persönlichen Kontakt zu Lehrkräften oder anderem schulischen Personal und erhielten keine ausreichende Unterstützung, um in dieser gänzlich neuen und mit vielen Unsicherheiten, Ängsten und ganz praktischen technischen Problemen verbundenen Zeit mit dem schulischen »Distanzlernen« zurechtzukommen.

Durch das Wegfallen der üblichen Schulzeiten war in vielen Familien auch die übliche Tagesstruktur verloren gegangen. Auch sie ist für eine gute Entwicklung und gelingendes Lernen für Kinder sehr wichtig. Dass zugleich bei manchen Familien durch fehlenden schulischen Leistungsdruck auch teilweise mehr Entspannung und ein harmonisches Miteinander entstehen konnte, kann nicht wirklich als etwas Positives gesehen werden – ist doch davon auszugehen, dass insbesondere, wenn Schule wieder in ihre gängige Leistungsnachweislogik zurückkehrt, der Druck gerade für etwas leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler nur umso größer wieder zurückkehren wird. Wenn es nun um den Ausgleich von Nachteilen aufgrund der Pandemie geht, so ist vordringlich darauf zu achten, dass junge Menschen im schulischen Leistungswettbewerb nicht zusätzlich unter Druck geraten und sich soziale Benachteiligung als Bildungsbenachteiligung noch verstärkt.

Dass durch das Homeschooling bei Schülerinnen und Schülern generell Lerneinbußen eingetreten sind und Maßnahmen ergriffen werden müssen, um sie beim Aufholen der Rückstände zu unterstützen, ist auch auf der politischen Ebene erkannt worden. Bei den notwendigen Überlegungen und Planungen, wie vermieden werden kann, dass die durch Corona wieder vergrößerten Bildungsrisiken für manche Kinder sich verfestigen, sollten Institutionen, die in Stadtteilen und Gemeinden nah an und mit psychosozial benachteiligten Familien arbeiten unbedingt mitgedacht und konzeptionell einbezogen werden.

Durch ihre räumliche Nähe zu vielen Kindern und Familien in Gemeinden, Stadtteilen und Quartieren und insbesondere durch das Vertrauensverhältnis, das zwischen ihnen, den Familien und Kindern in der Regel besteht, sind sie prädestiniert dafür, diese Kinder in enger Zusammenarbeit mit den Schulen besonders effektiv zu unterstützen. Es ist deshalb zu empfehlen, dass bei den Planungen zum Einsatz der Sondermittel des Bundes im Rahmen des Aktionsprogramms »Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche« für die Jahre 2021 und 2022, auch Institutionen der non-formalen Bildungsförderung explizit miteinbezogen werden. Außerdem sollte frühzeitig mit Planungen begonnen werden, wie und in welchem Umfang auch mittelfristig zusätzliche Mittel zur Bildungsförderung von Kindern und Jugendlichen eingesetzt werden können, die aufgrund ihrer sozialen Lebenslagen besonders von den Pandemie-Auswirkungen und Folgen betroffen waren und sind.

Eine weitere wichtige Erkenntnis ist: Auch in der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie nachteilig es ist, dass die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen (und ihrer Eltern) in ihren Lebenswelten und bei politischen Entscheidungsprozessen bis heute nicht verpflichtend und institutionalisiert ist. So konnten die Wahrnehmungen und Probleme nicht frühzeitig erkannt und mit gezielten Unterstützungsmaßnahmen angegangen werden. Um die Auswirkungen und Folgen der Corona-Pandemie für Kinder und Jugendliche möglichst zielgerichtet und effektiv abzufedern und auszugleichen, sollten ihre Erfahrungen der letzten Monate deshalb nun in die konkreten Maßnahmenplanungen einbezogen und hierbei ihre altersspezifischen und an ihren jeweiligen Lebenslagen orientierten Bedarfe berücksichtigt werden. Ein wichtiger Schritt wird deshalb sein, junge Menschen selbst zu Wort kommen zu lassen, um mit ihnen gemeinsam geeignete »Corona-Ausgleichsmaßnahmen« zu entwerfen.

Handlungsempfehlungen: Aus der Corona-Zeit für die Zukunft lernen!

Relevante Akteure

Die zuständigen
Ressorts, Kreise,
Kommunen, Zivil-
gesellschaft, Kinder,
Jugendliche und
junge Erwachsene

→ Chancen des Digitalen Lernens nutzen

In der Zeit der Schulschließungen konnten Lehrkräfte und Schüler und Schülerinnen im positiven Sinne Potenziale des Digitalen Lernens entdecken und erproben. Es sollte im Detail evaluiert werden, welche Aspekte des Digitalen Lernens zukunftsfähig in Lehrpläne und didaktische Konzepte regelhaft eingebunden werden können.

→ Voraussetzungen für digitale Lernelemente prüfen

Zugleich sollte festgelegt werden, welche Voraussetzungen für die Umsetzung digitaler Lernelemente im familiären Kontext vorhanden sein müssen und für jeden Schüler und jede Schülerin geprüft werden, ob diese Voraussetzungen gegeben sind.

→ Impfkonzpte und Ausrüstung von Klassenräumen

Für in der Zukunft sollte noch stärker ins Bewusstsein rücken, dass die Schulen zentrale Sozialisationsorte für Kinder und Jugendliche sind und nicht nur der institutionelle Rahmen für schulisches Lernen! Insbesondere für Kinder und Jugendliche aus psychosozial belasteten Familienkontexten sind sie in dieser Hinsicht von hoher Bedeutung. Schulschließungen in der Zukunft sollten vor allem auch aus diesem Grund unbedingt vermieden werden. Dies geht einher mit der Notwendigkeit, so schnell wie möglich die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen: Verlässliche und kurzfristig umsetzbare Test- und Impfkonzpte für Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte sowie die Ausrüstung aller Klassenräume mit Belüftungs- bzw. Luftfilteranlagen.

→ Begleitung durch multiprofessionelle Teams

Im Falle der Notwendigkeit weiterer Schulschließungen muss im Blick sein, dass manche Kinder eine enge (soziale, pädagogische und psychologische) Begleitung und Unterstützung zuhause benötigen. Multiprofessionelle Teams an Schulen (z. B. Lehrkräfte, Schulsozialarbeit, weiteres pädagogisches Personal der Ganztagsbetreuung, schulpsychologischer Dienst, Jugendamt) sollten Vereinbarungen treffen, so dass diese Kinder und Jugendlichen sofort angesprochen werden können, wenn solche Situationen entstehen.

→ **Ausgleichsmaßnahmen zusammen mit Jugendlichen entwerfen**

Die Erfahrungen der Kinder und Jugendlichen aus den letzten Monaten sollten in die konkreten Maßnahmenplanungen einbezogen und hierbei ihre altersspezifischen und an ihren jeweiligen Lebenslagen orientierten Bedarfe berücksichtigt werden. Ein wichtiger Schritt wäre, junge Menschen selbst zu Wort kommen zu lassen, um mit ihnen gemeinsam geeignete »Corona-Ausgleichsmaßnahmen« zu entwerfen.

→ **Angebote, Maßnahmen und Programme zur Bildungsförderung frühzeitig planen und relevante Akteure anbinden**

Es sollte frühzeitig mit Planungen begonnen werden, wie und in welchem Umfang auch nach Auslaufen des Aktionsprogramms des Bundes »Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche« mittelfristig zusätzliche Mittel zur (schulischen und außerschulischen) Bildungsförderung von Kindern und Jugendlichen eingesetzt werden können, die aufgrund ihrer sozialen Lebenslagen besonders von den Pandemie-Auswirkungen und Folgen betroffen waren und sind. Institutionen der non-formalen Bildungs- und Entwicklungsförderung sollten mit einbezogen werden. Das Saarland verfügt über eine reichhaltige Struktur an geeigneten Angeboten und Trägern der Kinder- und Jugendarbeit und -hilfe, die Zugänge zu den Kindern und Jugendlichen haben. Angebote, Maßnahmen und Programme sollten an sie angebunden und unter Nutzung ihrer Fachexpertise mit ihnen gemeinsam konzipiert werden.

Fazit und Empfehlungen



10

Der vorliegende 5. Kinder- und Jugendbericht des Saarlandes hatte zum Ziel, die aktuelle Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen im Saarland zugleich thematisch offen und eher kurz und prägnant darzustellen. Es war dabei nicht sein Ziel, jeden Lebensbereich und jedes mögliche Handlungsfeld der Kinder- und Jugendbericht bis in jedes Detail auszuleuchten. Zweck der Darstellungen war es vielmehr, von ihnen nachvollziehbar und plausibel Impulse für eine eigenständige saarländische Kinder- und Jugendpolitik ableiten zu können.

Am Ende jedes inhaltlichen Kapitels wurde dies in der Form möglichst konkreter, realistischer und umsetzbarer Handlungsempfehlungen getan. Es sollte – so hoffen wir – bei diesen Empfehlungen deutlich geworden sein, dass sie sich nicht nur an die Landesregierung richten. Adressaten sind vielmehr alle Akteure und Akteursebenen, die im Saarland für und mit Kindern und Jugendlichen tätig und zuständig sind. Aus Sicht der Autoren bietet der 5. Kinder- und Jugendbericht des Saarlandes hiermit eine Vielfalt an Hinweisen und Impulsen für verschiedene Adressaten, die in diesem Sinne für konkrete Planungen der zukünftigen Kinder- und Jugendpolitik im Saarland genutzt werden können.

Um es zum Abschluss des Berichtes noch einmal herauszustellen: Der 5. Kinder- und Jugendbericht des Saarlandes basiert auf der umfassenden Beteiligung von zahlreichen Expertinnen und Experten sowie ca. 2.000 saarländischen Kindern und Jugendlichen. Er gründet damit auf dem Erfahrungswissen, den Erfahrungen, den Meinungen und Wünschen derjenigen, für die Kinder- und Jugendpolitik Verantwortung trägt und derjenigen, deren Aufgabe es ist, diese Verantwortung in verschiedener Weise in ihren jeweiligen Arbeitsfeldern in konkretes politisches und fachliches Handeln zu übertragen.

Welche dieser Impulse von der aktuell oder einer zukünftig verantwortlichen Landesregierung und dem saarländischen Parlament, von Verantwortlichen in den Kommunen oder Entscheidungsträgern und Fachkräften bei öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendarbeit und -hilfe aufgegriffen und umgesetzt werden, liegt in deren Entscheidung. Wir plädieren ausdrücklich dafür, Kinder und Jugendliche grundsätzlich in den politischen Diskurs hierzu und die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des 5. Kinder- und Jugendberichts könnte die Leitlinie einer saarlandspezifischen Kinder- und Jugendpolitik demnach lauten:

Die Zukunftswünsche und Vorstellungen, die von Kindern und Jugendlichen bei der Erstellung des 5. Kinder- und Jugendberichtes genannt wurden, sind die maßgebliche Leitlinie bei der Gestaltung und Umsetzung einer ressortübergreifenden, nachhaltigen Kinder- und Jugendpolitik des Saarlandes.

»Die Landesregierung im Saarland sollte unbedingt auf die Jugendlichen zugehen, sich ihre Meinung anhören und mit ihnen zusammen an Lösungen arbeiten!«

weiblich, 21 Jahre,
Berufsschule,
städtischer Raum

Konkret bedeutet dies für die Gestaltung einer nachhaltigen Kinder- und Jugendpolitik im Saarland:

Die saarländische Kinder- und Jugendpolitik

- bindet Kinder und Jugendliche in allen Phasen der Planung, Umsetzung und Bewertung jugendpolitischer Maßnahmen ein,
- ermutigt und unterstützt junge Menschen, ihre starke Bindung an das Saarland als ihre Heimat mit persönlichen und Bildungserfahrungen im Ausland verbinden zu können,
- leistet ihren Beitrag dafür, dass auch die ländlichen Räume über eine Infrastruktur verfügen, die es für junge Menschen attraktiv macht, im Saarland zu bleiben und später eine Familie zu gründen, »weil es sich im Saarland für Familien, Kinder und Jugendliche überall gut leben lässt«,
- trägt dazu bei, für alle Kinder im Land die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit diese einen guten Schulabschluss erlangen können,
- leistet im Übergang Schule – Beruf ihren Beitrag dazu, dass alle Jugendlichen im Land gute berufliche Perspektiven haben und
- unterstützt die Wirtschaftspolitik in einer Strategie der wirtschaftlichen Strukturentwicklung mit dem Ziel, saarländischen Kindern und Jugendlichen für ihre berufliche Zukunft attraktive Arbeitsplätze im Saarland anbieten zu können.

Ausgehend von diesen Zielen – so unsere übergreifende und abschließende Empfehlung – sollte ein »Saarländischer Aktionsplan für eine nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik« in Angriff genommen werden.

Die Erstellung und Umsetzung eines solchen Aktionsplans erfordert die Beteiligung aller Akteure im Land, die mit Kinder- und Jugendpolitik zu tun haben, d.h. die in der einen oder anderen Weise für Kinder und Jugendliche Verantwortung tragen. Gefragt sind hierbei sowohl die zuständigen Ressorts der Landesregierung als auch die Kreise, Städte, Gemeinden, Träger und Verbände der Zivilgesellschaft sowie Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene selbst.

Die Autoren des Berichtes schlagen deshalb vor, nach dem Vorbild des Beirats zur Erstellung des 5. Kinder und Jugendberichts ein dauerhaftes interdisziplinäres Begleitgremium zur Begleitung und Beratung der Umsetzung des Aktionsplans eingerichtet werden. Kernaufgabe des Gremiums könnte sein, die Empfehlungen und Impulse des 5. Kinder- und Jugendberichts des Saarlandes in die Form des vorgeschlagenen Aktionsplans zu bringen, sie hierbei weiter zu konkretisieren und ihre Umsetzung nachhaltig zu begleiten und zu beraten.

Wie im Beirat zur Erstellung des Kinder- und Jugendberichtes sollte in ihm die notwendige Fachexpertise versammelt werden, um sicherzustellen, dass bei der Erstellung und Umsetzung des Aktionsplans alle Kinder und Jugendlichen im Saarland mit ihren unterschiedlichsten Voraussetzungen und Teilhabechancen angemessen und bedarfsgerecht berücksichtigt werden. Auch Kinder und Jugendliche selbst sollten in allen Phasen der Erarbeitung, Umsetzung und Evaluierung des Aktionsplans und seiner Einzelmaßnahmen in angemessener Form beteiligt werden.

Ein solches Vorhaben zu gestalten und umzusetzen, ist ehrgeizig und eine politische und organisatorische Herausforderung. Nach unserer Kenntnis gibt es bisher in anderen Bundesländern nichts Vergleichbares. Möglicherweise verfügt aber gerade das Saarland über günstige Bedingungen, um es realisieren zu können. Alle relevanten Akteure sind räumlich eher nah beieinander, kennen sich und haben langjährige Erfahrungen in der Zusammenarbeit. Kurze Wege erlauben es, den organisatorischen Aufwand in Grenzen zu halten und erleichtern es, eine umfassende Partizipation von Politik, Expertinnen und Experten sowie der Zielgruppe zu realisieren. Die Besonderheiten des Saarlandes »klein, kompakt und nah beieinander« stellen somit gute Gelingensbedingungen für die partizipative und konzertierte Umsetzbarkeit eines »Saarländischen Aktionsplan für eine nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik« und seine kontinuierliche Überprüfung und Fortschreibung dar.

Zum Abschluss des 5. Kinder- und Jugendberichts des Saarlandes möchten die Autorinnen und Autoren den politisch Verantwortlichen noch eine letzte Anregung, Überlegung und Empfehlung an die Hand geben. Sie betrifft die Funktion und Form der bestehenden Kinder- und Jugendberichterstattung und knüpft unmittelbar an die Idee an, die Ergebnisse des 5. Kinder- und Jugendberichts in einen Aktionsplan für eine nachhaltige (d.h. auch mittel- und langfristig gedachte) Kinder- und Jugendpolitik zu übertragen.

Die bisherige Kinder- und Jugendberichterstattung erfolgt bisher in der Form mehr oder weniger auf bestimmte Themen fokussierter Einzelberichte. Sie entstehen unabhängig voneinander und im Grunde ohne aufeinander inhaltlich Bezug zu nehmen. Auch wenn sie der saarländischen Kinder- und Jugendpolitik sicherlich immer wertvolle Hinweise und Impulse geben, so sind sie im Rahmen des jetzigen Formats doch eher nicht auf eine nachhaltige Gültigkeit angelegt. Wir schlagen deshalb vor, die Idee eines »Saarländischen Aktionsplan für eine nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik« mit der Notwendigkeit einer regelmäßigen Kinder- und Jugendberichterstattung zu verbinden und auf seiner Grundlage eine mehr zeitgemäße, zielführende und effizientere Form der Berichterstattung zu begründen. Sie hätte die Form eines regelmäßigen Berichtes zum Umsetzungsstand des Aktionsplans und der Wirksamkeit der realisierten kinder- und jugendpolitischen Maßnahmen.

Die Kernfunktion dieser Berichterstattung würde in einer kontinuierlichen Fortschreibung und Weiterentwicklung des Aktionsplans bestehen. Wichtige Elemente wären eine Prüfung, ob Maßnahmen wie geplant umgesetzt wurden, ob die intendierten Ziele für die jungen Menschen im Saarland mit ihnen erreicht werden konnten, welche förderlichen und hinderlichen Faktoren hierfür relevant waren, ob die Ziele weiterhin gültig sind, ob ggf. neue Ziele hinzukommen sollen sowie die Identifizierung veränderter Bedarfslagen.

Handlungsempfehlungen

»Saarländischer Aktionsplan für eine nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik«

- **Systematische und kohärente Handlungsstrategie**
Die Impulse und Ergebnisse des 5. Kinder- und Jugendberichts des Saarlandes sollten in eine systematische und kohärente Handlungsstrategie übersetzt werden. Dies könnte etwa in der Form eines »Saarländischen Aktionsplans nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik« geschehen. Über die hier bereits formulierten Handlungsmöglichkeiten hinaus würde der Aktionsplan die konkrete Ausdifferenzierung und Operationalisierung der genannten Leitziele in Handlungsziele und die Festlegung spezifischer Maßnahmen zu ihrer Realisierung beinhalten.
- **Monitoring und Bewertung**
Teil des Aktionsplans sollte darüber hinaus ein Prüfinstrument zum Monitoring seiner Umsetzung sowie zur Bewertung der Zielerreichung bzw. der Wirksamkeit der umgesetzten Maßnahmen sein.
- **Querschnittsaufgabe aller Ressorts der Landesregierung**
Gelingensbedingungen für die Funktionalität und Wirksamkeit des Aktionsplans sind zum einen ein ressortübergreifender Ansatz auf Ebene der Landesregierung und zum anderen die Einbindung der weiteren staatlichen Ebenen mit ihren jeweiligen Zuständigkeiten, also Kreise, Städte und Gemeinden, sowie der relevanten zivilgesellschaftlichen Organisationen. Kinder- und Jugendpolitik sollte als Querschnittsaufgabe aller Ressorts der Landesregierung verstanden werden.
- **Interdisziplinäres Begleitgremium**
Zur Erarbeitung und Umsetzungsbegleitung des »Saarländischen Aktionsplans für eine nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik« sollte nach dem Vorbild des Beirats zur Erstellung des 5. Kinder- und Jugendberichts ein dauerhaftes interdisziplinäres Begleitgremium zur Begleitung und Beratung der Umsetzung des Aktionsplans eingerichtet werden.
- **Beteiligung Betroffener**
Kinder und Jugendliche selbst sollten in allen Phasen der Erarbeitung, Umsetzung und Evaluierung des Aktionsplans und seiner Einzelmaßnahmen beteiligt werden. Zu dem jeweils geeigneten Beteiligungsformat sollte das interdisziplinäre Begleitgremium zum Aktionsplan Empfehlungen abgeben.
- **Regelmäßige Berichterstattung zum Umsetzungsstand**
Ausgehend von der Empfehlung zur Erstellung eines »Saarländischen Aktionsplans für eine nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik« sollte geprüft werden, ob die geltende rechtliche Regelung zur saarländischen Kinder- und Jugendberichterstattung noch zeitgemäß und zielführend ist; ggf. sollte der einschlägige § 24 AG KJHG entsprechend weiterentwickelt und novelliert werden. Wir empfehlen, sie durch eine regelmäßige Berichterstattung zum Umsetzungsstand des Aktionsplans und der Wirksamkeit der realisierten kinder- und jugendpolitischen Maßnahmen abzulösen. Der Aktionsplan könnte auf der Grundlage einer solchen Neuregelung kontinuierlich auf Relevanz, Effektivität und Nachhaltigkeit seiner Ziele, Maßnahmen und Wirkungen hin überprüft und fortgeschrieben werden.

Relevante Akteure

Die zuständigen Ressorts, Kreise, Kommunen, Zivilgesellschaft, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene

Literatur und Quellen



Andresen, Sabine; Wilmes, Johanna; Möller, Renate (2019):
Children's Worlds+ Eine Studie zu Bedarfen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Online verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/childrens-worlds-zusammenfassung>

Andresen, Sabine; Lips, Anna; Möller, Renate; Rusack, Tanja; Schröer, Wolfgang; Thomas, Severine; Wilmes, Johanna (2020):
Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo. Online verfügbar unter: <https://hildok.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/1078>

BAMF (2016): Das Bundesamt in Zahlen 2015. Asyl, Migration und Integration. Online verfügbar unter: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/BundesamtinZahlen/bundesamt-in-zahlen-2015.pdf>

BAMF (2020): Das Bundesamt in Zahlen 2019. Asyl, Migration und Integration. Online verfügbar unter: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/BundesamtinZahlen/bundesamt-in-zahlen-2019.pdf>

BIBB (2019): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2019. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Online verfügbar unter: https://www.bibb.de/dokumente/pdf/bibb_datenreport_2019.pdf

BMFSFJ (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht. Online verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/15-kinder-und-jugendbericht-115440>

BMFSFJ (2019): Nationales Bildungswesen und Jugend. Online verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/140248/cf276fde4e3e-71d8e803da660ebfd35c/road-map-bildung-und-jugend-data.pdf>

BMFSFJ (2020): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2019). Online verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/freiwilliges-engagement-in-deutschland-176834>

BMFSFJ (2020b): 16. Kinder- und Jugendbericht. Online verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16-kinder-und-jugendbericht-162238>

BMI (2020): Innerstaatliche Vernetzung von Grenzregionen. Online verfügbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/innerstaatliche-vernetzung-grenzregionen.pdf?sessionId=797E6B52848EFB3AC1128A0DAC652A1D.2_cid373?__blob=publicationFile&v=3

Bundesagentur für Arbeit (2021):
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) am Wohnort (WO), Bevölkerung, Beschäftigungsquoten, Arbeitslose und Arbeitslosenquoten.
Frankfurt, Januar 2021

Marc Calmbach / Bodo Flaig / James Edwards / Heide Möller-Slawinski / Inga Borchard / Christoph Schleer (2020).
SINUS-Jugendstudie 2020. Wie ticken Jugendliche? 2020. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung

DAK (2019): Kinder- und Jugendreport 2018 Saarland. Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen im Saarland

DAK (2020): Kinder- und Jugendreport 2019 Saarland. Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen im Saarland

Deutsches Kinderhilfswerk (2019):
Kinder von Eltern mit niedrigem Bildungsabschluss besser vor Kinderarmut schützen. https://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/1_Kinderarmut/1.15_Kinderarmut_Bildungsabschluss_Vergleich/Kinderarmutsquoten_Bildungsstand_Eltern_Europa.pdf

Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA) (2019):
Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligen-survey 2019. Online verfügbar unter: https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/Publikationen%20Forschung/Freiwilliges_Engagement_in_Deutschland_-_der_Deutsche_Freiwilligen-survey_2019.pdf

Fischer-Bollin, Peter (Hrsg.) (2021):
»Zukunftsmodell Bürgerrat?« Potenziale und Grenzen losbasierter Bürgerbeteiligung. Konrad-Adenauer- Stiftung. Online verfügbar unter: <https://www.kas.de/documents/252038/11055681/B%C3%BCrgerrr%C3%A4te+als+Zukunftsmodell.pdf/1d13fa68-1e50-d172-074c-08b92a162a7e?t=1613393835932>

LBS (2018): LBS-Kinderbarometer Deutschland 2018. Stimmungen, Trends und Meinungen von Kindern aus Deutschland. Online verfügbar unter: https://www.lbs.de/media/unternehmen/west_6/kibaro/LBS-Kinderbarometer_Deutschland_2018.pdf

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (MPFS) (2018):
JIM-Studie 2018. Jugend, Informationsverhalten, Medien. Online verfügbar unter: <https://www.mpfs.de/studien/jim-studie/2018/>

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2015):
Erster Armuts- und Reichtumsbericht für das Saarland

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2015):
Gesundheit und gesundheitliche Versorgung von Einschulkindern im
Saarland. 3. Bericht Saarland 2015. Online verfügbar unter:
https://www.saarland.de/SharedDocs/Downloads/DE/msgff/tp_gesundheitpr%C3%A4vention/download_Einschulbericht_2015.html

Shell (2019): Shell-Jugendstudie. Online verfügbar unter:
<https://www.shell.de/ueber-uns/shell-jugendstudie.html>.

SINUS-Institut (2020): SINUS-Jugendstudie 2020
Online verfügbar unter: https://m.bpb.de/system/files/dokument_pdf/SINUS-Jugendstudie_ba.pdf

Spangler, Gottfried / Vierhaus, Marc / Zimmermann, Peter (2020):
Entwicklung von Säuglingen und Kleinkindern aus Familien mit unter-
schiedlich starken Belastungen, Materialien zu Frühen Hilfen, Band
12, S. 32; https://www.fruehehilfen.de/fileadmin/user_upload/fruehehilfen.de/pdf/Publikation-NZFH-Materialien-FH-12-Abschlussbericht-Vertiefungsstudie-Entwicklung-von-Saeuglingen-und-Kleinkindern.pdf

Polizeiliche Kriminalstatistik. Grundtabelle – ohne Tatortverteilung ab
1987 (2021). Online verfügbar unter: https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2020/PKSTabellen/Zeitreihen/zeitreihen_node.html

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2020a):
Armutgefährdungsquote. Definition und methodische Hinweise.
Online verfügbar unter: https://www.statistikportal.de/sites/default/files/2020-01/Definition%20Armutgef%C3%A4hrdungsquote%20_15.pdf

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2020b):
Tabelle A 3.12 Saarland: Armutgefährdungsquote nach soziodemo-
graphischen Merkmalen in % gemessen am Landesmedian

Statistisches Bundesamt (2011):
Bildung und Kultur. Nichtmonetäre hochschulische Kennzahlen. 1980-2009

Statistisches Bundesamt (2012):
Bildung und Kultur. Nichtmonetäre hochschulische Kennzahlen. 1980-2011

Statistisches Bundesamt (2018):
Informationen zum Mikrozensus 2017

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2020a):
Bevölkerung: Deutschland, Stichtag, Altersjahre

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2020b):
Lebendgeborene: Bundesländer, Jahre, Geschlecht

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2020c):
Zusammengefasste Geburtenziffern (je Frau): Bundesländer, Jahre,
Altersgruppen

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2020d):
Zusammengefasste Geburtenziffern (je Frau): Deutschland, Jahre,
Altersgruppen

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2020e):
Bildung und Kultur. Integrierte Ausbildungsberichterstattung. Anfänger,
Teilnehmer und Absolventen im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/
Konten und Ländern. 2019. Online verfügbar unter:
https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00132995

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2020f): Bildung und Kultur.
Nichtmonetäre hochschulische Kennzahlen. 1980-2019

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2021a):
Ledige Kinder in Familien: Bundesländer, Jahre, Familienformen

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2021b):
Ledige Kinder in Familien: Früheres Bundesgebiet/Neue Länder, Jahre,
Familienformen

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2021c):
Ledige Kinder in der Familie: Früheres Bundesgebiet/Neue Länder, Jahre,
Migrationshintergrund, Familienformen, Altersgruppen

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2021d):
Bevölkerung: Deutschland, Stichtag, Geschlecht, Altersgruppen, Staats-
angehörigkeit. Stichtag 31.12.2019

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2021e):
Studienanfängerquote (Hochschulzugangsberechtigung):
Bundesländer, Jahre, Geschlecht 2000-2017.

Statistisches Amt des Saarlandes (2020a):
Bevölkerung zum Stichtag 31.12. nach Kreisen, Alters- und Geburtsjahren,
Geschlecht und Staatsangehörigkeit

Statistisches Amt des Saarlandes (2020b):
Altersaufbau der Bevölkerung im Saarland im Jahr 2019

Statistisches Amt des Saarlandes (2020c):
Ledige Kinder in der Familie nach Staatsangehörigkeit, Alter, Zahl der
ledigen Geschwister in der Familie sowie Familientyp. Jahr 2019

Statistisches Amt des Saarlandes (2020d):
Ledige Kinder in der Familie nach Zahl der ledigen Geschwister in der
Familie, Familientyp, überwiegendem Lebensunterhalt der Eltern/-teile
sowie monatlichem Nettoeinkommen der Familie. Jahr 2019

Statistisches Amt des Saarlandes (2020e):
Ledige Kinder in der Familie nach Staatsangehörigkeit, Alter, schulischer und beruflicher Ausbildung/ Beteiligung am Erwerbsleben sowie Bildungsniveau (nach ISCED-Klassifikation) der Bezugsperson der Familie.
Jahr 2019.

Statistisches Amt des Saarlandes (2020f):
Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit, Alter sowie Lebensformtyp.
Jahr 2019.

Statistisches Amt des Saarlandes (2020g):
Studierende an den Hochschulen des Saarlandes im Wintersemester.
Statistische Berichte 2010-2020

Vodafone-Stiftung (2020):
Jugend will bewegen. Politische Beteiligung junger Menschen in Deutschland. Online verfügbar unter:
https://www.vodafone-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/06/Vodafone-Stiftung-Deutschland_Studie_Jugend-will-bewegen.pdf

Anhang 1

Abbildungsverzeichnis / Diagramme

Seite

Diagramm 1	Bevölkerung im Saarland am 31.12.2020 nach Alter	39
Diagramm 2	Altersaufbau der Bevölkerung im Saarland am 31.12.2019	41
Diagramm 3	Bevölkerungsentwicklung der 0- bis unter 28-Jährigen im Saarland von 2009 - 2019	41
Diagramm 4	Bevölkerungsanteil unter 28-Jähriger im Saarland / in Deutschland 2009 - 2019	41
Diagramm 5	Veränderung der Anzahl der unter 28-Jährigen in Landkreisen 2009-2019	43
Diagramm 6	Entwicklung der Bevölkerungsanzahl im Saarland 2009-2019 nach Altersgruppen	43
Diagramm 7	Entwicklung Geburtenanzahl und zusammengefasste Geburtenziffern im Saarland 2009-2019	45
Diagramm 8	Staatsangehörigkeit lediger Kinder unter 18 in Familien (2019)	47
Diagramm 9	Migrationshintergrund von Familien im Saarland mit Kindern unter 18	47
Diagramm 10	Ledige Kinder unter 18 nach Familientypen im Saarland (2019)	51
Diagramm 11	Entwicklung Anteil lediger Kinder unter 18 in Familientypen 2009-2019	51
Diagramm 12	Ledige Kinder unter 18 Jahren in Familie nach Anzahl der Geschwister (2019)	51
Diagramm 13	Anzahl lediger Kinder nach monatlichem Nettoeinkommen der Familie (2019)	53
Diagramm 14 _{a-c}	Überwiegender Lebensunterhalt der Eltern lediger Kinder im Saarland nach Familientyp (2019)	55
Diagramm 15	Ledige Kinder nach Bildungsniveau (ISCED-Klassifikation) der Bezugsperson der Familie (2019)	57
Diagramm 16	Entwicklung der Armutsgefährdungsquote im Saarland (Landesmedian) 2009-2019	57
Diagramm 17	Im Saarland durchgeführte Vorsorgeuntersuchungen U3-U9 der Jahre 2007-2020	59
Diagramm 18	Entwicklung der Fallzahlen verschiedener Eingliederungshilfen für Kinder 2011 - 2020	67
Diagramm 19	Entwicklung der Fallzahlen zur Betreuung und Förderung für schulpflichtige Kinder (so genannte »Integrationshilfen«) 2010 bis 2020	67
Diagramm 20	Entwicklung der Betreuungsquote in Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege von 2010 bis 2020 (Stichtag 1.3.): unter 3-Jährige und 3- bis unter 6-Jährige	69

		Seite
Diagramm 21	Entwicklung der Anzahl Schülerinnen und Schüler in Grundschulen im Saarland zwischen den Schuljahren 2009/10 und 2019/20	73
Diagramm 22	Entwicklung der Schüleranzahl im Saarland in weiterführenden Schulen nach Schulform I	73
Diagramm 23	Entwicklung der Schüleranzahl im Saarland in weiterführenden Schulen nach Schulform II	73
Diagramm 24	Entwicklung der Absolventinnen und Schulabgänger privater und öffentlicher Schulen im Saarland nach Abschlussart (Schuljahre 2012/13-2018/19)	75
Diagramm 25	Entwicklung der Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Beruflichen Schulen im Saarland	75
Diagramm 26	Schülerinnen und Schüler in Beruflichen Schulen nach Schulform im Schuljahr 2019/2020	76
Diagramm 27	Entwicklung der Anzahl an Ausbildungsverträgen im Saarland (jeweils Stichtag 31.12.)	76
Diagramm 28	Auszubildende im Saarland nach Ausbildungsbereichen (2019)	77
Diagramm 29	Entwicklung des Anteils der Anfängerinnen und Anfänger im Sektor »Berufsausbildung« an allen Anfängerinnen und Anfängern im (Aus-)Bildungsgeschehen eines Jahres (2009-2019)	77
Diagramm 30	Zahl der Studierenden an Fachhochschulen und Hochschulen im Saarland 2009-2019	79
Diagramm 31	Entwicklung der Studierendenanfängerquote im Saarland 2009-2019	79
Diagramm 32	Entwicklung der bestandenen Abschlussprüfungen an den Hochschulen im Saarland 2010-2019	79
Diagramm 33	Beschäftigungsquote im Saarland nach Altersgruppen (Stichtag 30.06.2020)	81
Diagramm 34	Entwicklung der Beschäftigungsquote der 15- bis unter 30-Jährigen im Saarland zwischen 2010 und 2020	81
Diagramm 35	Entwicklung der Beschäftigungsquote der 15- bis unter 30-Jährigen im Saarland auf Kreisebene zwischen 2010 und 2020	81
Diagramm 36	Entwicklung der Arbeitslosenquote der 15- bis unter 30-Jährigen im Saarland zwischen 2010 und 2020	83
Diagramm 37	Arbeitslosenquote der 15- bis unter 30-Jährigen in den Landkreisen im Saarland (2020)	83
Diagramm 38 _{a+b}	Mitbestimmung: Beteiligung von Kindern/Jugendlichen	97
Diagramm 39 _{a+b}	Bedeutung von Beteiligung der Kinder und Jugendlichen	98
Diagramm 40 _{a-f}	Religion/Werte/Politik: Normative Grundhaltungen und Werte der Jugendlichen	109

		Seite
Diagramm 41 _{a+b}	Freiwilligenarbeit und Interesse an ehrenamtlichem Engagement	121
Diagramm 42	Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung kinder- pornographischer Schriften	129
Diagramm 43	Persönliche Kenntnisse der Nachbarregion	141
Diagramm 44	Europa/Interkulturalität: Meinungen der Jugendlichen zur Frankreichstrategie der Landesregierung	141
Diagramm 45	Alter der Teilnehmer in den Angeboten der Jugendarbeit im Jahr 2017	151
Diagramm 46	Teilnehmerzahl je Angebotstyp der Angebote der Jugendarbeit im Jahr 2017	151
Diagramm 47	Freizeit: Jugendzentren/Jugendgruppen	157
Diagramm 48	Freizeit: Mitgliedschaft in Vereinen/Jugendorganisationen	158
Diagramm 49 _{a+b}	Mobilität: Nutzung von ÖPNV	159
Diagramm 50 _{a-c}	Die Corona-Krise aus Sicht der Jugendlichen	169
Diagramm 51 _{a-f}	Das Homeschooling /Digitale-Studieren aus Sicht der Jugendlichen	169
Diagramm 52 _{a+b}	Aufgabenfelder der Teilnehmenden an der Online-Befragung	XVI
Diagramm 53	Funktionen der Teilnehmenden an der Online-Befragung	XVI
Diagramm 54	Geschlechterverteilung der Antwortenden	XXV
Diagramm 55	Herkunft der Antwortenden	XXV
Diagramm 56	Herkunft nach Landkreisen	XXV
Diagramm I	Bevölkerung unter 28 nach Landkreisen	XXVII
Diagramm II _{a+b}	Entwicklung Bevölkerungsanteil der unter 28-Jährigen in den Landkreisen zwischen 2009 und 2019	XXVIII
Diagramm III	Veränderung der Bevölkerungsanzahl nach Altergruppen in Landkreisen zwischen 2009 und 2019	XXIX
Diagramme IV _{a-f}	Bevölkerungsanzahl nach Altergruppen und Landkreisen	XXX
Diagramm V	Quoten der Jugend- und Kinderarmut in den Kreisen und dem Regionalverband Saarbrücken	XXXVI
Diagramme VI _{a-i}	Kinder in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege im Saarland	XXXVII
Diagramm VII	Zahl von Schülerinnen und Schülern in Allgemeinbildenden Schulen im Saarland	XL

Abbildungsverzeichnis / Tabellen

Seite

Tabelle 1	Fallzahlen im Landesprogramm Frühe Hilfen im Saarland	59
Tabelle 2	Ausgewählte Befunde der körperlichen Untersuchung in den Einschulungsuntersuchungen	63
Tabelle 3	Entwicklungsauffälligkeiten laut Einschulungsuntersuchung	63
Tabelle 4	Fallzahlen verschiedener Eingliederungshilfen zu Abb. 8 (nach SGB XII) für Kinder 2011 bis 2020	67
Tabelle 5	Entwicklung der Zahl an Schülerinnen und Schüler in Allgemeinbildenden Schulen in den Landkreisen	71
Tabelle 6	Zahl der Freiwilligendienstleistenden	115
Tabelle 7	Einsatzstellen im Freiwilligen Sozialen Jahr Politik/Demokratie im Saarland	117
Tabelle 8	Methoden der Datensammlung und -auswertung	VIII
Tabelle 9	Zusammensetzung des Projektbeirats	XI
Tabelle 10	12 Einzel- und Kleingruppeninterviews mit 18 Expertinnen und Experten	XII
Tabelle 11	Adressaten des Online-Fragebogens	XIV
Tabelle 12	17 Gruppeninterviews mit Kindern und Jugendlichen	XX
Tabelle 13	Teilnehmende Schulen an der Befragung mit Fragebogen	XXII
Tabelle 14	Teilnehmende aus dem (Bundes-)Freiwilligendienst	XXII
Tabelle 15	Altersgruppen der Antwortenden	XXIV
Tabelle 16	Schule/Bildungsinstitution der Antwortenden	XXIV
Tabelle 17	Arbeitsschritte und Zeiträume der Berichtserstellung	XXVI
Tabellen I _{a-f}	Bevölkerungsanzahl nach Altergruppen und Landkreisen	XXX
Tabellen II _{a-i}	Kinder in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege im Saarland	XXVII

Anhang 2

Das Konzept

zur Erstellung des 5. Kinder- und Jugendbericht im Detail



Berichtsauftrag und Zielsetzung

Nach der Vorgabe der Landesregierung soll der 5. Kinder- und Jugendbericht folgende Anforderungen erfüllen:

- I.** Er soll die wichtigsten Entwicklungstendenzen in der Kinder- und Jugendpolitik im Lande analysieren – unter Berücksichtigung allgemeiner Rahmenbedingungen junger Menschen und geschlechtsspezifischer Benachteiligungen.
- II.** Er soll als Bericht der Landesregierung über die laufenden und geplanten landespolitischen Maßnahmen und Leistungen für Kinder und Jugendliche dienen.
- III.** Er soll der Bericht der Landesregierung über ihre kinder- und jugendpolitischen Zielsetzungen für die laufende Legislaturperiode sein.
- IV.** Er soll Handlungsempfehlungen für die künftige Kinder- und Jugendpolitik im Saarland geben.

Kernaufgaben des Auftrags der wissenschaftlichen Unterstützung der Berichtserstellung durch das iSPO-Institut sind hierbei die »Analyse der wichtigsten Entwicklungstendenzen in der Kinder- und Jugendpolitik«, die »Erarbeitung von Handlungsempfehlungen« sowie die »Erstellung des Gesamtberichts«. In der praktischen Umsetzung ergaben sich hieraus als Aufgabenschwerpunkte:

- 1.** Die Recherche nach Sekundärdaten und anderen relevanten Forschungsergebnissen und ihre Analyse,
- 2.** die Umsetzung eigener Datenerhebungen und -analysen,
- 3.** die Sicherstellung eines partizipativen Umsetzungsprozesses sowie die Berichterstellung.

Themen des 5. Kinder- und Jugendberichts

Gemäß des Leitziels des 5. Saarländischen Kinder- und Jugendberichts, die Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen möglichst umfassend darzustellen und hierbei insbesondere auch die jungen Menschen mit ihren (!) Themen selbst zu Wort kommen zu lassen, wurde in der Erstellung des Berichts eine grundlegend offene thematische Herangehensweise gewählt. Sie bildete sich in allen Instrumenten und Formaten zur Datengewinnung entsprechend in offenen einleitenden Fragen zu den Themen und Problemstellungen ab, die die Antwortenden selbst als besonders relevant für die Gestaltung der Kinder- und Jugendpolitik bzw. für ihre eigene Lebenssituation ansehen.

Diese offene thematische Herangehensweise wurde mit einer Vertiefung bestimmter Themenfelder verbunden, die aus Sicht der kinder- und jugendpolitischen Akteure für die zukünftige Politikgestaltung von besonderem Interesse sind. Diese Schwerpunktthemen sind:

- Digitalisierung und neue Medien
- Freizeit und Mobilität, auch bezogen auf das Stadt-Land-Gefälle
- Partizipation von Kindern und Jugendlichen
- Freiwilligendienste und ehrenamtliches Engagement Jugendlicher
- Migration/Einwanderung
- Religion/Werte/Politik
- Europa/Interkulturalität
- Heimat /Zukunft

Zu diesen Themen wurden den Befragten jeweils vertiefende Nachfragen gestellt, um wichtige Aussagen über ihre kinder- und jugendpolitische Relevanz und über mögliche konkretere Handlungsbedarfe und -optionen zu erhalten.

Methoden der Datensammlung und Auswertung

Die methodische Herangehensweise fußt auf einem Multi-Methoden-Mix, der verschiedene qualitative Verfahren (leitfadengestützte Gruppen- und Einzelinterviews) und quantitative Verfahren (Sekundäranalyse vorhandener statistischer Daten, standardisierte Befragungen) miteinander kombiniert. So wird sichergestellt, dass die Schwächen eines Instruments durch die Stärken eines anderen ausgeglichen werden. Zudem wird ein Multiperspektiven-Ansatz verfolgt, d.h. die Themen und Fragestellungen werden aus der Perspektive möglichst vieler verschiedener Akteure sowie der jungen Saarländerinnen und Saarländer selbst beleuchtet. Die hierfür ausgewählten Erhebungsverfahren und Datenquellen (vgl. Diagramme 14 a-c) ergänzen sich und erlauben ein breites Informationsbild.

Aufgabenstellungen	Methode der Datensammlung	Methode der Datenauswertung
Entwicklungstendenzen in der Kinder- und Jugendpolitik im Lande	Literatur- und Quellenrecherche	Sekundärdaten- sowie Dokumentenanalyse
Schnittstellen von Kinder- und Jugendpolitik zu weiteren relevanten Landes- und Aktionsplänen	Literatur- und Quellenrecherche	Sekundärdaten- sowie Dokumentenanalyse
Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in den Untersuchungsprozess	Leitfadengestützte Gruppeninterviews	qualitative / interpretierende Inhaltsanalyse
	Standardisierte Befragung (mit Online- und Papierfragebögen)	quantitative Auswertung
	Leitfadengestützte Einzelinterviews mit Jugendlichen	qualitative / interpretierende Inhaltsanalyse
Einbeziehung von Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe, Fachverbänden und Interessenvertretungen von Kindern und Jugendlichen sowie der Kommunen	Leitfadengestützte Interviews	qualitative / interpretierende Inhaltsanalyse
	Standardisierte Online-Befragung	quantitative Auswertung

Tabelle 8

Methoden der Datensammlung und -auswertung

Gestaltung eines partizipativen Umsetzungsprozesses

Wie bereits dargestellt, war eine umfassende Beteiligung von Expertinnen und Experten, der öffentlichen und freien Jugendhilfe, Fachverbänden und Interessenvertretungen von Kindern und Jugendlichen, Kommunen sowie von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Untersuchungsprozess Maßgabe und zentrales Qualitätsmerkmal für die Erstellung des vorliegenden Kinder- und Jugendberichts.

Ziel einer solch breiten Partizipation aller relevanten Akteursgruppen war zum einen, die etwa aus Sekundärdaten-Analysen oder eigenen empirischen Erhebungen gewonnenen Erkenntnisse zu validieren und gemeinsam zu interpretieren. Ebenso sollte sie dazu dienen, die kinder- und jugendpolitische Relevanz und Validität («Wurden die richtigen Fragen gestellt?») sowie Reliabilität («Wurden die Fragen richtig gestellt?») der Untersuchungsergebnisse insgesamt sicherzustellen.

Insbesondere da aus den Untersuchungsergebnissen Empfehlungen für eine zukünftige Kinder- und Jugendpolitik im Saarland abgeleitet werden sollen, ist es für deren spätere Realisierung von hoher Bedeutung, dass diese für möglichst viele der relevanten Akteure akzeptanzfähig sind. Ohne ein möglichst breit angelegtes Akzeptanz- und Unterstützungsfundament verringern sich die Realisierungs- und Wirkungschancen politischer Entscheidungen zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik im Land.

Beteiligung der kinder- und jugendpolitischen Akteure im Saarland

Die angestrebte »adäquate Einbeziehung von Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe, Fachverbänden und Interessenvertretungen von Kindern und Jugendlichen sowie der Kommunen in den Untersuchungsprozess« wurde im Prozess der Berichtserstellung auf zwei Ebenen umgesetzt.

Auf der ersten Beteiligungsebene wurde ihr durch die Einrichtung eines Projektbeirates als beratendes Expertinnen- und Expertengremium entsprochen, der den gesamten Erstellungsprozess begleitete. Die Aufgaben des Beirats waren,

- die Landesregierung und iSPO bei der Erstellung des 5. Kinder- und Jugendberichts zu beraten, konstruktiv und kritisch zu begleiten – vor allem hinsichtlich der Inhalte und thematischen Schwerpunkte des Berichts, dem Konzept zur Berichtserstellung und den Methoden zur Daten Erhebung und –analyse (etwa der Abstimmung aller eingesetzten Instrumente zur Datenerhebung),
- Multiplikator und »Türöffner« zu sein für die Einbeziehung, Befragung oder Beteiligung weiterer Akteure im Untersuchungsprozess,
- zu Handlungsempfehlungen für die künftige Kinder- und Jugendpolitik im Saarland Stellung zu nehmen,
- zu Zwischenergebnissen und dem Entwurf des Abschlussberichts Stellung zu nehmen.

Der Projektbeirat wurde paritätisch mit Vertreterinnen und Vertretern mit »internem« und »externem« Sachverstand besetzt. Um die Beratungsfähigkeit zu gewährleisten, war er auf 14 Mitglieder begrenzt.

Im Einzelnen bestand der Beirat aus den in der Tabelle auf der nächsten Seite aufgeführten Vertreterinnen und Vertretern.

Tabelle 9

Zusammensetzung des Projektbeirats

Externer Sachverstand

- Landesjugendhilfeausschuss (1 Vertreter oder Vertreterin)
- Liga der Freien Wohlfahrtspflege Saar (3 Vertreter oder Vertreterinnen)
- Landesjugendring (2 Vertreter oder Vertreterinnen)

Interner Sachverstand

- Ministerium für Bildung und Kultur (1 Vertreter oder Vertreterin)
- Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr (1 Vertreter oder Vertreterin)
- Landkreistag des Saarlandes (1 Vertreter/Vertreterin)
- Saarländischer Städte- und Gemeindetage (1 Vertreter oder Vertreterin)
- Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (Abteilungsleitung, Fachreferat, Landesjugendamt) (Vertreter oder Vertreterinnen)

Eine zweite Beteiligungsebene sollte einer noch weit größeren Gruppe von Expertinnen und Experten sowie Fachakteuren die Gelegenheit geben, ihre Sichtweisen und Meinungen zur Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen und den Themen und Aufgabenstellungen der Kinder- und Jugendpolitik im Saarland mit einzubringen. Hierfür wurde eine Kombination aus einer breit angelegten standardisierten Befragung (in Form eines Online-Fragebogens) und qualitativen Leitfaden-gestützten Interviews gewählt.

Interviews wurden mit den nachfolgend aufgelisteten Expertinnen und Experten durchgeführt. Gemeinsam mit dem Projektbeirat wurden hierfür Interviewleitfäden entwickelt, die im Anhang zu diesem Bericht enthalten sind.

Interviewpartner

- Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege
(Arbeiterwohlfahrt AWO, Der Paritätische Rheinland-Pfalz / Saarland, Diakonie Saar, Caritasverband Saar-Hochwald)
- Offene Jugendarbeit
Landesjugendring Saar (2 Vertreter oder Vertreterinnen)
- Öffentliche Jugendhilfe
Vertreter oder Vertreterinnen des Landkreistags
- Öffentliche Jugendhilfe
Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses LJHA
- Kommunen
Dezernent, Landeshauptstadt Saarbrücken
- Wissenschaft
Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes HTW,
Lehrstuhl Theorie, Empirie und Methodik Sozialer Arbeit
- Vorsitzender der Landesschülervertretung
- Direktorin der Landesmedienanstalt
- Inklusionsbeauftragte des Bildungsministeriums
- Expertin für Migration/Integration
eine stellvertretende Schulleiterin und Leiterin eines Projekts
zur Integration von Mädchen an Saarländischen Grundschulen
über den Sport
- Landesärztin für geistig und seelisch behinderte Kinder und
Jugendliche und Chefarztin der Klinik für Kinder- und Jugend-
psychiatrie, -psychotherapie und- psychosomatik
- Jugendgerichtshilfe
Vertreter und Direktor der Landesmedienanstalt der Jugend-
gerichtshilfe aus den Landkreisen Neunkirchen, Saarlouis und
dem Regionalverband Saarbrücken

Tabelle 10

**12 Einzel- und Klein-
gruppeninterviews
mit 18 Expertinnen
und Experten**

Die Interviews dauerten in der Regel 1 bis 2 Stunden und wurden meist face to face, in Einzelfällen auch telefonisch durchgeführt. Die Bereitschaft zur Teilnahme war ausnahmslos bei allen angesprochenen Expertinnen und Experten groß.

Adressaten des Online-Fragebogens waren v.a. Führungskräfte der oberen und mittleren Leitungsebenen von kinder- und jugendpolitischen Akteuren im Saarland aus den in der nebenstehenden Tabelle aufgeführten Arbeitsfeldern.

Auch für diese Befragungsform wurde in Abstimmung mit dem Beirat ein Online-Fragebogen erstellt und an die gemeinsam festgelegten Adressaten versandt (auch der Fragebogen findet sich in Textform im Anhang zum Bericht). Aus Datenschutzgründen war teilweise nur eine indirekte Ansprache der Adressaten möglich, d.h. Einladungen zur Teilnahme wurden z. B. über die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Saar oder den saarländischen Städte- und Gemeindetag an Adressaten bei freien Trägern oder in Kommunen weitergeleitet.

Dies hatte den methodischen Nachteil, dass nicht kontrolliert und nachvollzogen werden konnte, an wie viele Adressaten der Online-Fragebogen letztlich tatsächlich weitergeleitet wurde. Eine Rücklaufquote, wie sie üblicherweise für vergleichbare Befragungen ausgewiesen wird, kann deshalb für diese Befragung nicht dargestellt werden.



Adressaten des Online-Fragebogens

- Landesjugendhilfeausschuss
- Verband für die Kinder- und Jugendärzte
- Psychotherapeutenkammer
- Kinderschutzbund
- Jugendgerichtshilfe
- Kreisjugendämter
- Leitungen Frühförderstellen
- Schoolworker/Schulsozialarbeit
(Koordinierende in den Landkreisen)
- Verbände, Träger der Freien Wohlfahrtspflege
- Akteure der Jugendarbeit
- Jugendverbände, Vereine
- Koordinierende der kommunalen Netzwerke Frühe Hilfen
- Schulleitungen aller Schulformen
- Kita-Leitungen
- Stationäre Jugendhilfe - Wohnheimleitungen
- Kommunale Jugendarbeiter, Fachkräfte der kommunalen Jugendhilfe, »Jugendpflege«
- Leitung ambulanter Hilfen zur Erziehung und Wohnleitungen
- Freiwilligen Ganztagschulen
- Jugendmigrationsdienste
- Jugendberufshilfe
- Berufliche (Aus-)Bildung

Tabelle 11

Adressaten des Online-Fragebogens

Die Beteiligung an der Befragung zeigte sich anhand der absoluten Teilnehmezahlen jedoch sehr zufriedenstellend. Insgesamt wurde der Fragebogen von 174 Antwortenden ausgefüllt, bei 120 hiervon wurde jede Frage (also auch Fragen ohne verpflichtende Antwort) vollständig beantwortet. Für das Engagement der Teilnehmenden und auch für die Aussagekraft der Ergebnisse spricht, dass die im Fragebogen enthaltenen Freitext-Antwortmöglichkeiten ungewöhnlich umfangreich genutzt wurden. U.a. mit ihnen ist es gelungen, ein sehr breites und umfassendes Bild von den Einschätzungen der Fachebene in der Kinder- und Jugendpolitik des Landes zu den kinder- und jugendpolitischen Themen und Bedarfen zu erhalten. Die nachfolgenden beiden Diagramme verdeutlichen das Spektrum der kinder- und jugendpolitischen Akteure, die sich an der Befragung beteiligt hatten.



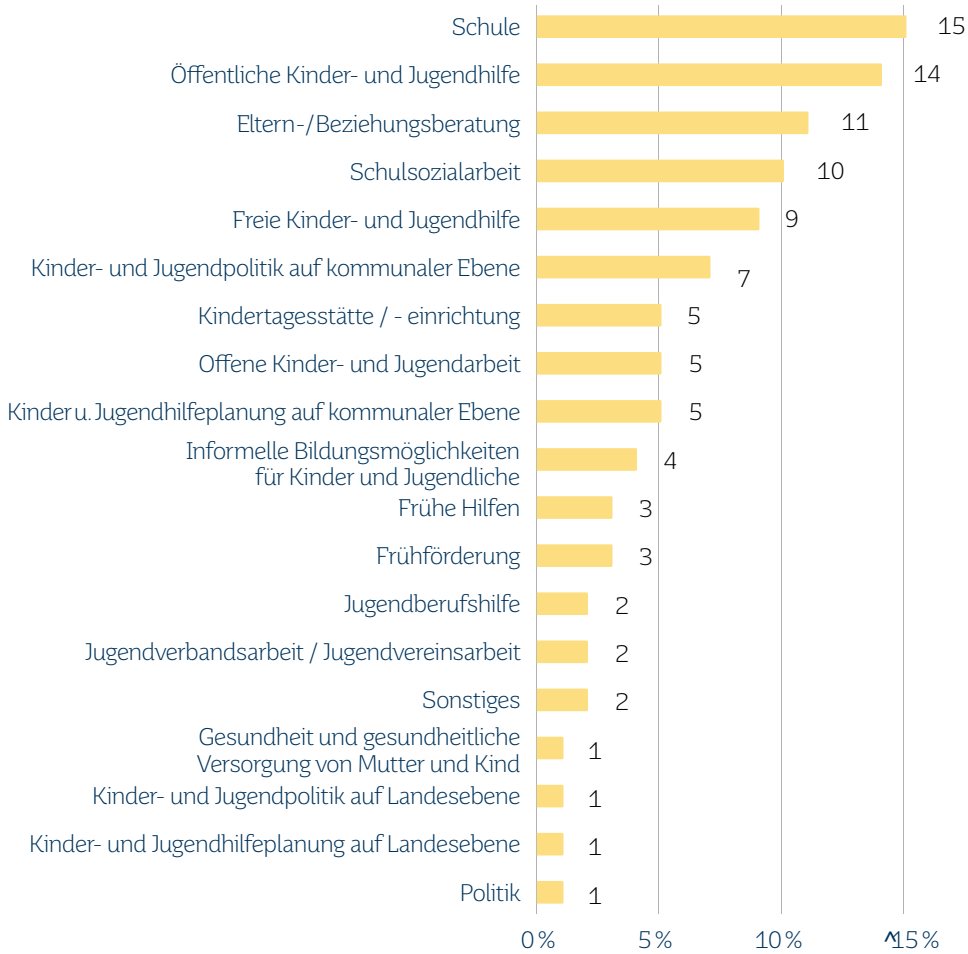


Diagramm 52
Aufgabenfelder der Teilnehmenden an der Online-Befragung
 Quelle: Erhebung iSPO

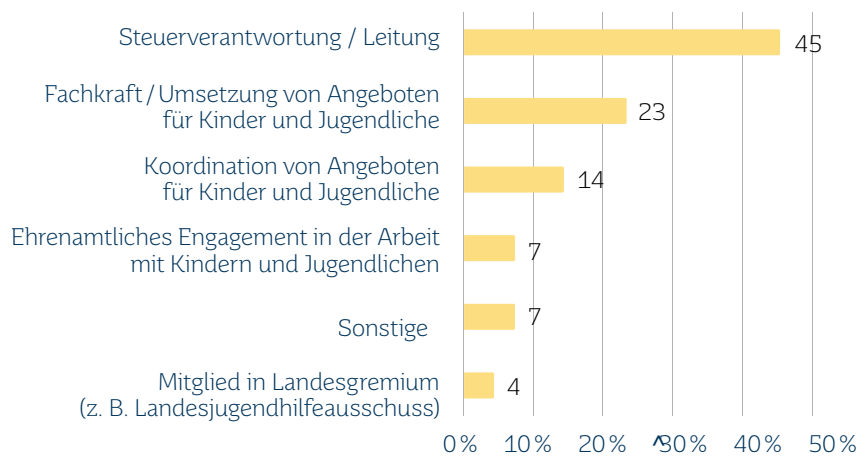


Diagramm 53
Funktionen der Teilnehmenden an der Online-Befragung
 Quelle: Erhebung iSPO

Einbeziehung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Die direkte Einbeziehung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Erstellung des 5. saarländischen Kinder- und Jugendberichts war seitens der Landesregierung, respektive des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie als federführendes Ministerium, von Beginn an vorgesehen.

Nachdem als Format zur Umsetzung dieses Partizipationsansatzes zunächst nur die Durchführung von Gruppeninterviews geplant war, wurde auf der Grundlage ihrer Ergebnisse entschieden, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen noch deutlich auszuweiten und hierfür eine zusätzliche Online-Befragung durchzuführen.

Die Ziele waren

1. noch deutlich mehr jungen Menschen die Gelegenheit zu geben, sich selbst zu ihrer Lebenssituation und zu den Themen, die für sie wichtig sind, äußern zu können und
2. Ergebnisse zu generieren, die möglichst gut für die vielfältige Zielgruppe der Kinder- und Jugendpolitik im Land insgesamt gültig sind. Generell wurde angestrebt, mit den Befragungen eine möglichst große Bandbreite unterschiedlicher Kinder und Jugendlicher zu erreichen und damit aktiv in die Untersuchung einzubeziehen.

Ihre Beteiligung orientierte sich an folgenden Leitfragen:

- Wie sehen Kinder und Jugendliche als »Betroffene« ihre aktuelle Lebenssituation?
- Wie bewerten sie ihre Partizipation an Entscheidungen?
- Wie sehen sie ihre Teilhabemöglichkeiten an der Gesellschaft?
- Welche Lebensperspektiven sehen sie?
- Was sind ihre Ängste und Sorgen?
- Welche Erwartungen und Vorschläge haben sie an die Kinder- und Jugendpolitik im Saarland?

Umsetzung der Beteiligung in Gruppeninterviews

Die Durchführung von Gruppeninterviews sollte neben der Funktion der Datenerhebung auch dem Zweck dienen, mit diesem Format, Kinder und Jugendliche im Kontext der Erstellung des 5. Kinder- und Jugendberichts nicht nur »nach Partizipation zu befragen«, sondern ihnen Partizipation erlebbar zu machen.

Die Gruppeninterviews gliederten sich deshalb in einen offenen und einen geschlossenen Teil. Es wurde jeweils eine offene Einstiegsfrage gestellt, um die Themen einzubeziehen und authentisch abbilden zu können, die den Jugendlichen selbst besonders wichtig sind. Im Nachgang hierzu wurden entweder die von den Jugendlichen genannten Themen weiter vertieft oder die Diskussion wurde zu den Schwerpunktthemen Freizeit/Mobilität, Beteiligung/Partizipation/Mitbestimmung und Freiwilligenarbeit/Engagement gelenkt. Die Gruppeninterviews dauerten in der Regel zwischen 1,5 und 2 Stunden.

Für die Durchführung der Gruppeninterviews wurde gemeinsam mit dem Beirat ein Leitfaden entwickelt (siehe Anhang). Der Leitfaden war für alle Gruppeninterviews im Grundsatz identisch, wobei in der Umsetzung flexibel auf die gruppenspezifischen Konstellationen und Themen eingegangen wurde und auch auf jeweils zielgruppengerechte sprachliche Formulierungen geachtet wurde.

Maßgabe für die Zusammenstellung der Gruppen bzw. die Ansprache bestehender Gruppen war es, ein möglichst großes Spektrum an Merkmalen abbilden zu können. Dies betraf sowohl verschiedene Altersgruppen, eine Mischung nach sozialen Merkmalen, Kinder- und Jugendliche mit unterschiedlicher kultureller Herkunft (Mit und ohne Migrations- und/oder Fluchthintergrund) und eine Mischung von Gruppen aus städtischen und ländlichen Gebieten.

Zugänge zu den Gruppen erfolgten (mit Genehmigung des Ministeriums für Bildung und Kultur) zum einen über Schulen. Bei ihnen war insbesondere gewährleistet, dass eine breite soziale Mischung der Kinder und Jugendlichen gegeben ist, wobei nach Beschluss des Beirates Gruppen in allen Schulformen mit Ausnahme von Förderschulen (also: Grundschule, Gemeinschaftsschule, Gymnasium und Berufsschule) befragt werden sollten. Um auch Kinder- und Jugendliche in anderen lebensweltlichen Kontexten und Settings neben der Schule zu erreichen, wurden jedoch auch noch weitere Zugangswege gewählt, so etwa über offene Kinder- und Jugendtreffs, Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Lebenszusammenhängen, eine Gruppe für Kinder/Jugendliche mit Migrationshintergrund oder Jugendliche im Kontext von Freiwilligen-Diensten. Zudem wurde eine Gruppe Studierender sowie eine Kita-Gruppe einbezogen (bei letzterer wurde statt einer Gruppendiskussion eine Begehung des Stadtteils, in dem sie wohnten, durchgeführt).

Über die Gruppeninterviews waren insgesamt 299 Kinder und Jugendliche an der Erstellung des 5. Kinder- und Jugendberichts beteiligt. Die Altersspanne der beteiligten Kinder und Jugendlichen reichte von 4 Jahren (in der Kita-Gruppe) bis 26 Jahren (Hochschulgruppe). Zu etwa gleichen Anteilen nahmen weibliche und männliche Kinder und Jugendliche an den Gruppeninterviews teil.

Wie erwähnt, dienten die Gruppeninterviews nicht nur als qualitatives Instrument zur Datenerhebung, sondern auch, um den Kindern und Jugendlichen mit diesem Format das Gefühl »echter«, weil direkt erlebbarer Beteiligung zu geben. Das dies gelungen ist, zeigte sich in der regen und engagierten Beteiligung an den Diskussionen in diesen Gruppen. Vor allem aber darin, dass mehr als nur einmal gesagt wurde: »Toll, dass wir endlich auch mal direkt gefragt werden.«



Gruppeninterviews mit Kindern und Jugendlichen

Grundschule Weiskirchen (ländlich) 4. Klasse; Landkreis Merzig-Wadern (n=20)
Grundschule Homburg (städtisch) 4. Klasse; Saarpfalz-Kreis (n=17)
Gemeinschaftsschule Schwalbach 8. Klasse; LK Saarlouis (n=27)
Gemeinschaftsschule Türkismühle 11. Klasse; LK St. Wendel (n=17)
Gymnasium Saarbrücken 8. Klasse; Regionalverband Saarbrücken (n=19)
Gymnasium Ottweiler 11. Klasse; Landkreis Neunkirchen (n=25)
Berufliche Schule Regionalverband Saarbrücken (n=31)
Sozial benachteiligte Jugendliche Jugendclub im BürgerInnenzentrum Brebach (n=9)
Offener Treff (ländlich): P-Werk Blieskastel (n=7)
Offener Treff (städtisch) Juz-Saarbrücken-St. Arnual (n=10)
Gruppe Freiwilligendienstleistende (n=29)
Gruppe mit Migrations- /Fluchthintergrund: BARIŞ e.V in Völklingen (n=18)
Hochschulgruppe (n=15)
Benachteiligte Jugendliche in Maßnahmen beruflicher Förderung KEB Dillingen (n=15)
Kita-Gruppe Kita Oberlin-Haus Saarbrücken (n=9)
Verein (Blaulicht-Jugendgruppe) (n=20)
Mädchen-Wohngruppen (Hilfen zur Erziehung HzE) (n=11)

Tabelle 12

17 Gruppeninterviews mit Kindern und Jugendlichen

Befragung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit einem standardisierten Fragebogen (als Online- und Papierfragebogen)

Nach der Entscheidung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegenüber den ursprünglichen Vereinbarungen noch einmal deutlich auszubauen und der anschließenden Beauftragung mit der Durchführung einer erweiterten Befragung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit einem standardisierten Fragebogen, wurde gemeinsam mit dem Beirat zur Erstellung des 5. Kinder- und Jugendberichts ein Fragebogen entwickelt. Er enthielt ebenso wie die anderen Erhebungsformate und Instrumente offene Fragestellungen und vorgegebene Antwortmöglichkeiten zu den Schwerpunktthemen des Berichts. Zusätzlich zu ihnen wurden spezifische Fragen in den Fragebogen mit aufgenommen, die sich auf die Beschreibung der Corona-Pandemie im Erleben der Jugendlichen bezogen und die damit einhergehenden besonderen Themen und Problematiken. Da nicht zum eigentlichen Themenkanon des Berichts gehörend, sind die Ergebnisse der diesbezüglichen Auswertungen nicht in den Kinder- und Jugendbericht direkt integriert. Es liegt jedoch ein veröffentlichter Sonderbericht zur Fragebogen-Befragung der Jugendlichen vor, in dem auch diese spezifischen Auswertungen enthalten sind.⁸³

⁸³ https://www.saarland.de/SharedDocs/Downloads/DE/msgff/tp_familie_gleichstellung/download_fuenfter-kinder-und-jugendbericht.html

Zugangswege zu den Jugendlichen waren zum einen die weiterführenden, allgemeinbildenden Schulen (außer diejenigen in privater Trägerschaft) sowie die berufsbildenden und beruflichen (Fach-)Schulen. Alle (!) saarländischen Schulen dieser Schulformen wurden zur Teilnahme an der Befragung angefragt und eingeladen. Weitere Teilnehmende außerhalb der Schulen, die adressiert wurden, waren Freiwilligendienstleistende, die über die jeweiligen FSJ/Freiwilliges Soziales Jahr-Träger erreicht wurden. Eine weitere Adressatengruppe, die in die Befragung einbezogen werden sollte, waren Studierende an den saarländischen Hochschulen.

Ein direkter Zugang gestaltete sich schwierig, da fast der vollständige Studienbetrieb im Herbst 2020 auf Online-Formate umgestellt war. Als Zugangswege ergaben sich deshalb nur vereinzelt direkte Zugänge über Dozentinnen und Dozenten, die den Fragebogenlink an ihre Studierenden weiterleiteten sowie die Möglichkeit, über den Asta der Universität des Saarlandes sowie die das Sekretariat Hochschulkommunikation der Hochschule für Technik und Wirtschaft den Fragebogenzugang über deren Studierenden-Facebook- und Instagram-Gruppen zu posten. Diese Zugangswege erwiesen sich letztlich als nur wenig effektiv, so dass nur eine geringe Beteiligung von Studierenden erreicht werden konnte.

Tabelle 16 (Seite XXIV) zeigt den Anteil der Teilnehmenden der jeweiligen Schulformen bzw. anderen Kontexte im Überblick.

Gemeinschaftsschulen

Landkreis	Name der Schule
Merzig-Wadern	Gemeinschaftsschule Saarschleife Mettlach-Orscholz
Neunkirchen	Gemeinschaftsschule Eppelborn
Saarbrücken	Leonardo-da-Vinci-Schule Riegelsberg
Saarlouis	Sophie-Scholl-Gemeinschaftsschule Dillingen
Saarlouis	Theeltalschule Lebach
Saarpfalz-Kreis	Gemeinschaftsschule Gersheim
St. Wendel	Gemeinschaftsschule Schaumberg Theley, Tholey

Gymnasien

Landkreis	Name der Schule
Neunkirchen	Gymnasium am Steinwald
Saarbrücken	Warndt-Gymnasium
Saarlouis	Albert-Schweitzer-Gymnasium
Saarlouis	Technisch-Wissenschaftliches Gymnasium
Saarpfalz-Kreis	Christian von Mannlich-Gymnasium

Berufsschulen

Landkreis	Name der Schule
Neunkirchen	Techn.-gewerbl. Berufsbildungszentrum Neunkirchen
Saarbrücken	Katholische Fachschule für Sozialpädagogik
Saarbrücken	Sozialpflegerisches Berufsbildzentrum Saarbrücken
Saarbrücken	Techn.-gewerbl. Berufsbildungszentrum Saarbrücken I
Saarlouis	Kaufmännisches Berufsbildungszentrum Saarlouis
Sankt Wendel	Berufsbildungszentrum Sankt Wendel

(Fach-) Hochschulen

Landkreis	Name der Schule / der Universität
Saarbrücken	Universität des Saarlandes
Saarbrücken	Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW)

Tabelle 13

Teilnehmende Schulen an der Befragung mit Fragebogen

Freiwilliges Soziales Jahr / Bundesfreiwilligendienst

BDKJ - Abteilung Jugendseelsorge des Bischöflichen Ordinariates
Saarländischer Fußballverband e.V.
FSJ Regionalverband Saarbrücken
Der Paritätische Landesverband Rheinland-Pfalz/ Saarland e.V.
Kompetenzzentrum Freiwilligendienste
Zentrum für Freiwilligendienste der SHG

Tabelle 14

Teilnehmende aus dem (Bundes-) Freiwilligendienst

Durchgeführt wurde die Befragung schließlich im Zeitraum zwischen Mitte September 2020 bis Ende November 2020. Vor dem Hintergrund der schwierigen Situation für die Schulen im Kontext der Corona-Pandemie ist hierin eine Verlängerung des ursprünglich geplanten Befragungszeitraum eingeschlossen.

- Mit annähernd 1.700 Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die an der Befragung teilgenommen haben, besteht eine gute Datengrundlage, um Meinungen, Sichtweisen und Wünsche von jungen Menschen im Saarland verlässlich abzubilden.
- Anders als erwartet und geplant, stellte sich die Umsetzung der Befragung als Online-Befragung insbesondere an den teilnehmenden Schulen als schwierig dar. Fast zwei Drittel der teilnehmenden Schüler und Schülerinnen beantworteten den Fragebogen schließlich in der Papierform.
- Nach der Verteilung auf besuchte Schulformen und anderen Bildungseinrichtungen, der Verteilung auf die saarländischen Regionen, der Geschlechtsverteilung sowie der Verteilung auf verschiedene Altersgruppen können zu allen Fragestellungen sowohl generalisierbare als auch differenzierte belastbare Aussagen für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Saarland getroffen werden.

Alter	Prozent
12 – 14 Jahre	16,1
15 – 17 Jahre	33,5
18 – 20 Jahre	26,4
21 – 24 Jahre	16,3
25 – 27 Jahre	4
Über 27 Jahre	3
Gesamt	100

Tabelle 15
**Altersgruppen
 der Antwortenden**

Schule / Bildungsinstitution	Prozent
Gemeinschaftsschule	16,4
Gymnasium	30,3
Berufsschule	42,9
Keine Schule, ich mache ein Frewilliges Soziales Jahr / Bundesfreiwilligendienst	3,2
Universität / (Fach-)Hochschule	3,6
Fachoberschule	3,4
Eine andere Schulform	0,2
Gesamt	100

Tabelle 16
**Schule/Bildungs-
 institution der
 Antwortenden**

Diagramm 54

Geschlechterverteilung der Antwortenden

Quelle: Erhebung iSPO

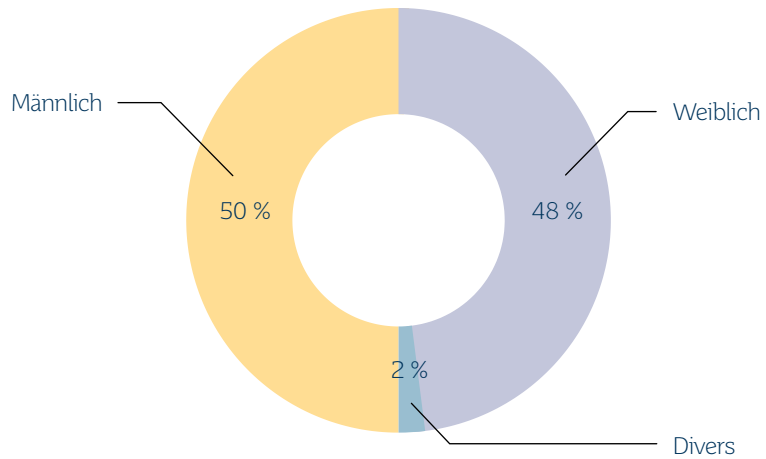


Diagramm 55

Herkunft der Antwortenden

Quelle: Erhebung iSPO

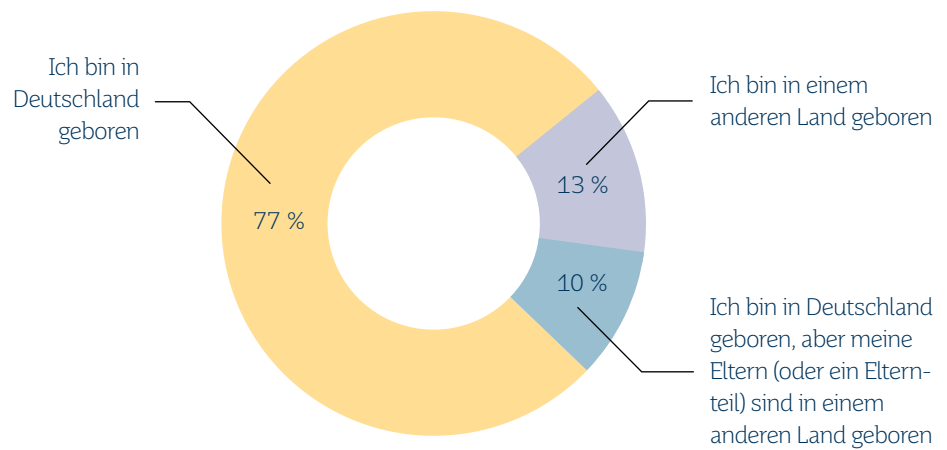
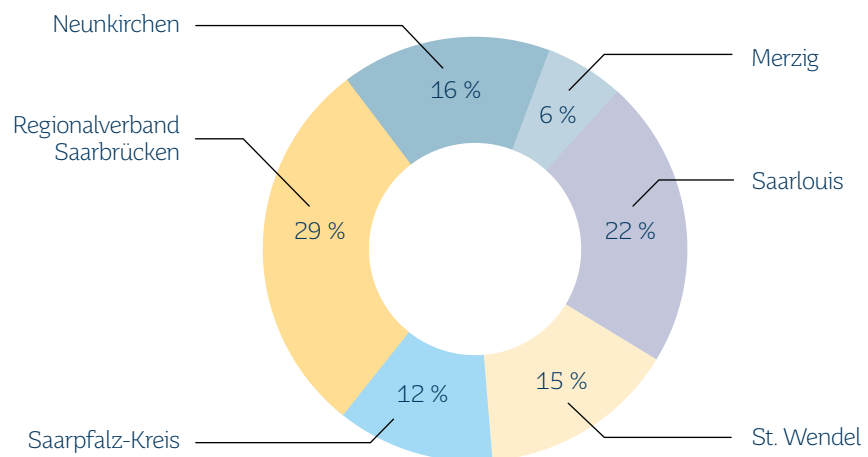


Diagramm 56

Herkunft nach Landkreisen

Quelle: Erhebung iSPO



Der Entwicklungsprozess der Berichtserstellung im Überblick

Arbeitschritt	Zeitraum	
1	Auftaktgespräch mit dem Auftraggeber/dem Projektbeirat zur verbindlichen Klärung und Konkretisierung der Auftragsbearbeitung	05 / 2018
2	Methoden-/Instrumentenentwicklung	06–07/2018
3	Dokumenten- und Sekundärdaten-Recherche und -analyse)	07–10/2018
4	Analyse der Schnittstellen zu weiteren Landes- und Aktionsplänen	07–10/2018
5	Durchführung von Gruppeninterviews mit Kindern und Jugendlichen	08–12/2018
6	Standardisierte Online-Befragung von Vertreterinnen/ Vertretern von Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe, Fachverbänden, Interessensvertretungen, Kommunen; Durchführung Leitfaden-gestützter Experteninterviews	08–12/2018
7	Rückkopplung/Diskussion der ersten Ergebnisse im Projektbeirat	04/2019
8	1. Entwurf des Fragebogens zur erweiterten Befragung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen und interne Rückkopplung mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	01–03/2020
9	Ergänzung des Fragebogens um zusätzliche, die »Corona-Pandemie« betreffende Fragen und Rückkopplung des Fragebogens mit dem Beirat	05–06/2020
10	Rekrutierung von Schulen zur Beteiligung an der Befragung; Anfrage bei Trägern des Freiwilligen Sozialen Jahres; Anfrage bei Hochschulen; organisatorische Vorbereitungen	06–09/2020
11	Start der Befragung (geplanter Zeitraum bis Beginn der Herbstferien am 9. Oktober); Auf Bitte von Schulen Verlängerung des Befragungszeitraum bis Ende November	09–11/2020
12	Auswertung der Befragung	12/2020 – 02/2021
13	Erstellen eines zusammenfassenden Auswertungspapiers der Jugendlichen-Befragung	02/2021
14	Pressekonferenz zu den Ergebnissen der Jugendlichen-Befragung	23.02.2021
15	Erstellen des 5. Kinder- und Jugendberichts, Rückkopplungen mit dem Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie und dem Beirat; Erstellen der finalen Fassung zur Vorlage im Ministerrat	04–11/2021

Tabelle 17

Arbeitsschritte und Zeiträume der Berichtserstellung

Weitere Diagramme und Tabellen

u.a. zur Demographie und demographischen Entwicklung

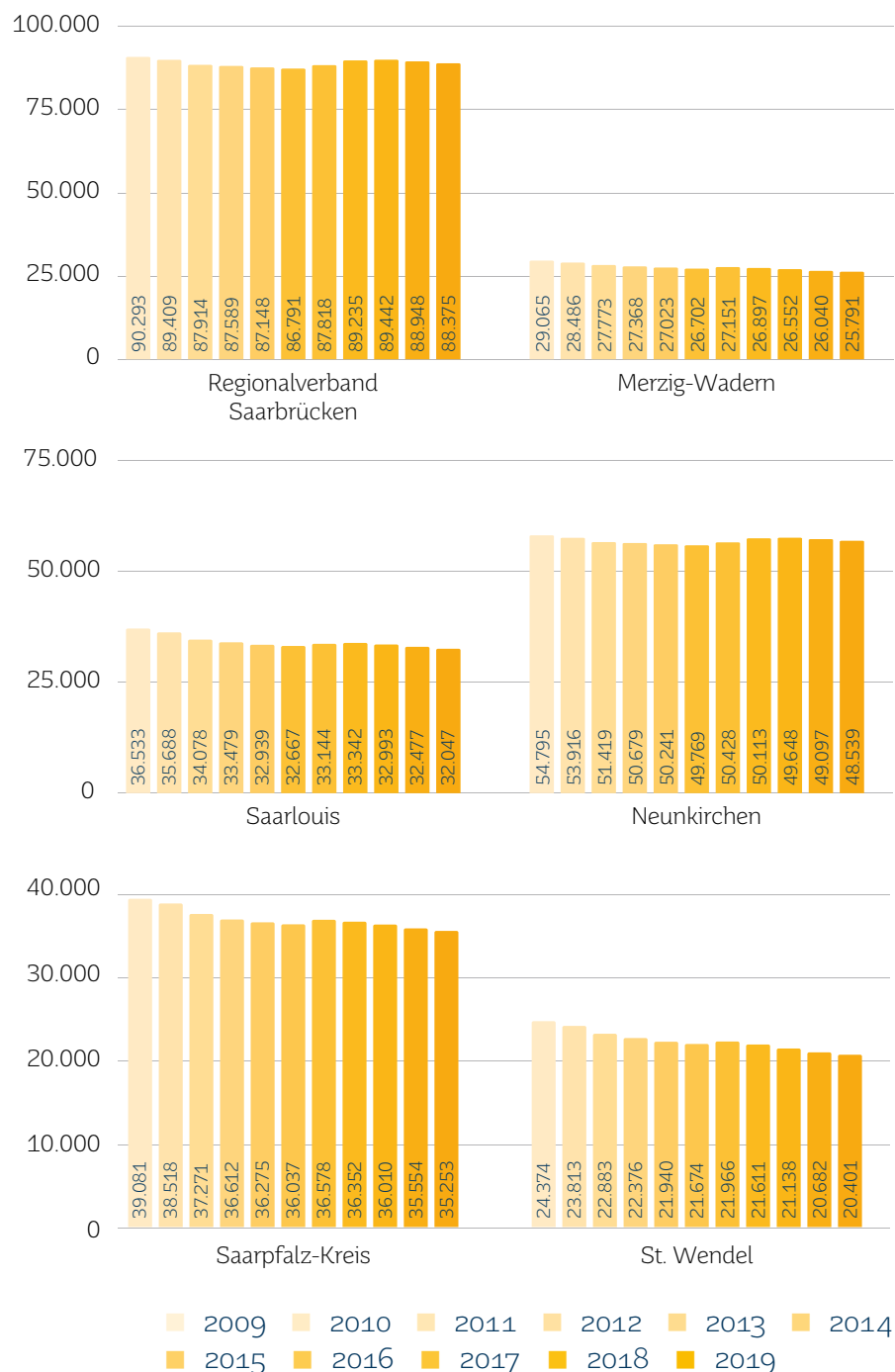


Diagramm I
Bevölkerung unter 28 nach Landkreisen

Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes

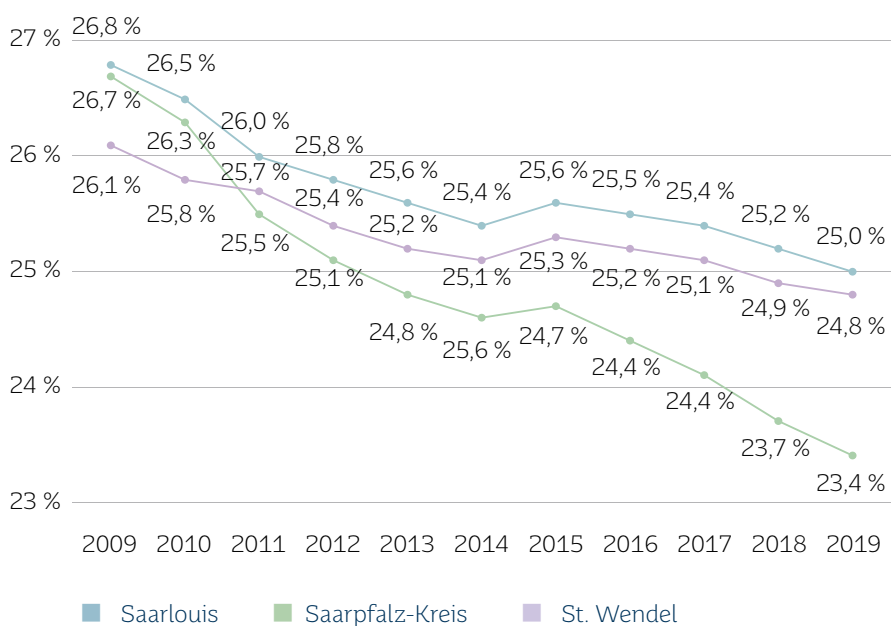
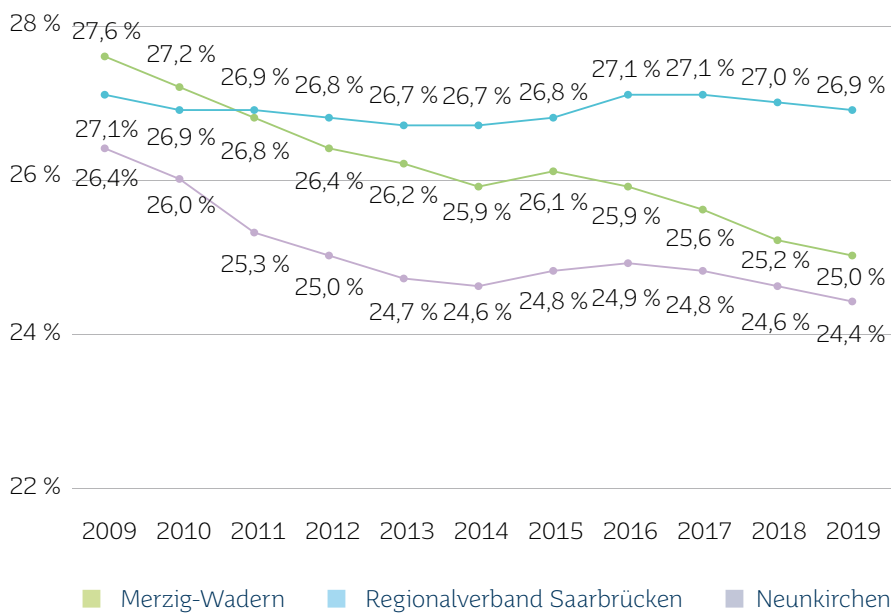


Diagramme II
Bevölkerungsanteil der unter 28-Jährigen in den Landkreisen

Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes

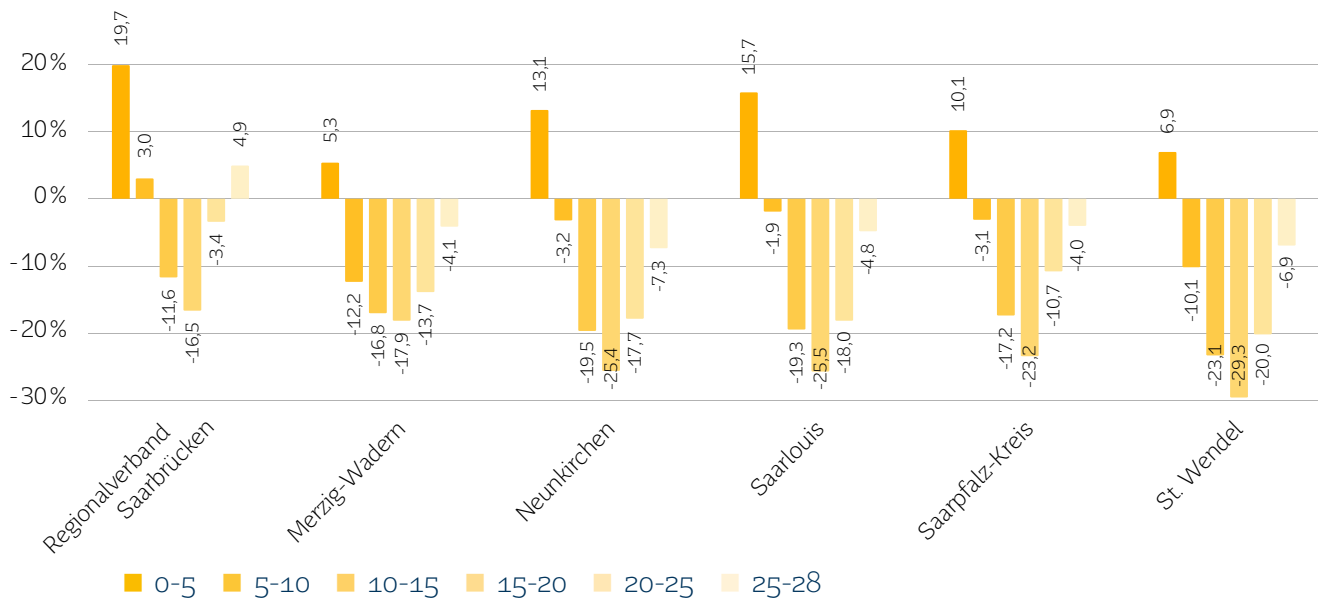


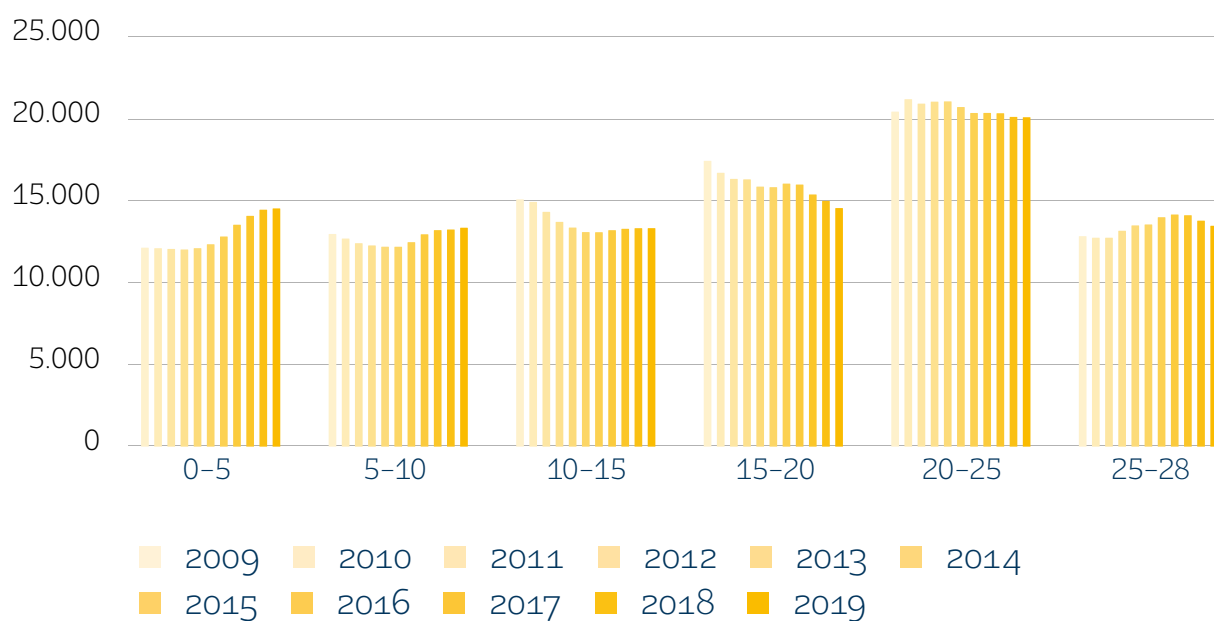
Diagramm III

Bevölkerungsanzahl nach Altergruppen in Landkreisen zwischen 2009 und 2019

Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes (2020a)

Regionalverband Saarbrücken

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
0–5 Jahre	11.996	11.964	11.920	11.887	11.966	12.203	12.670	13.380	13.915	14.286	14.363
5–10 Jahre	12.809	12.534	12.255	12.120	12.044	12.042	12.317	12.792	13.042	13.079	13.187
10–15 Jahre	14.915	14.762	14.162	13.557	13.214	12.941	12.934	13.056	13.139	13.176	13.178
15–20 Jahre	17.261	16.540	16.171	16.143	15.705	15.671	15.886	15.829	15.230	14.841	14.409
20–25 Jahre	20.625	21.016	20.748	20.868	20.804	20.542	20.182	20.186	20.167	19.945	19.925
25–28 Jahre	12.687	12.593	12.658	13.014	13.335	13.392	13.829	13.992	13.949	13.621	13.313

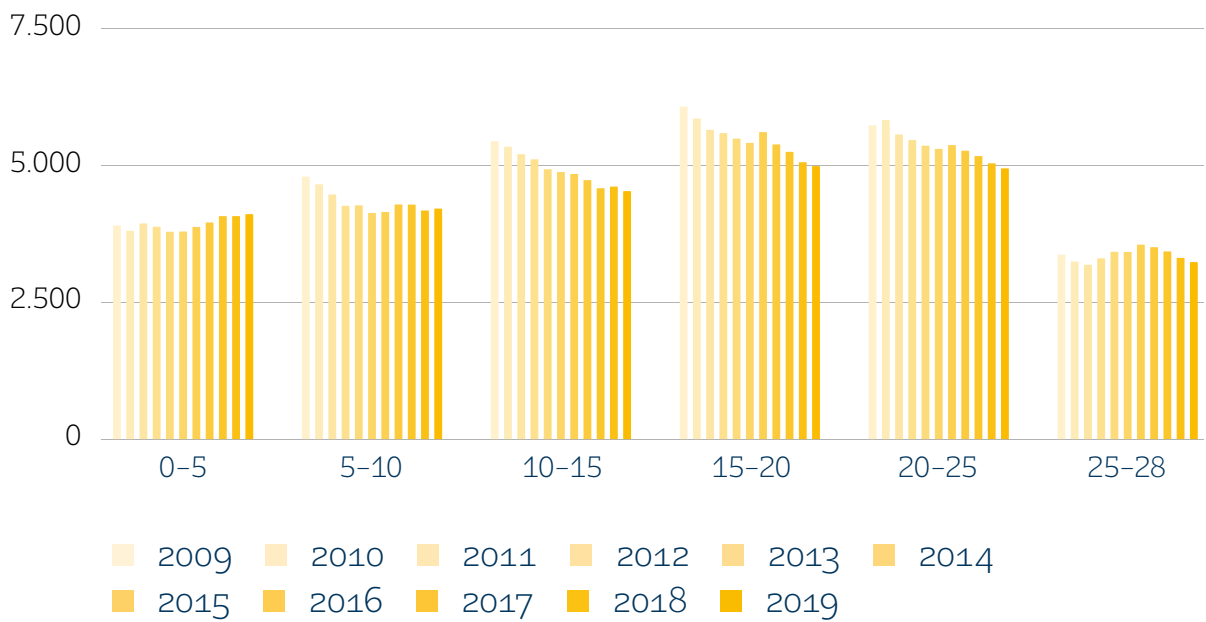


Tabellen I a-f und
Diagramme IV a-f
**Bevölkerungsanzahl
nach Altergruppen
und Landkreisen**

Quelle: Statistisches Amt
des Saarlandes (2020a)

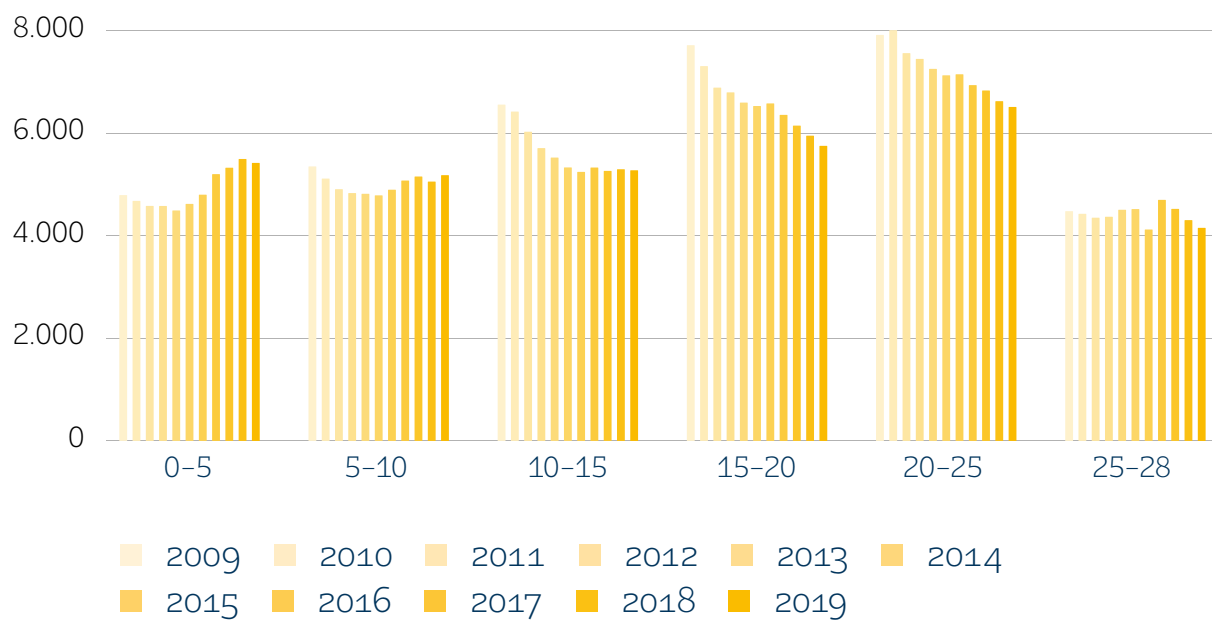
Landkreis Merzig-Wadern

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
0–5 Jahre	3.863	3.766	3.898	3.839	3.748	3.752	3.835	3.916	4.031	4.031	4.066
5–10 Jahre	4.752	4.614	4.429	4.224	4.232	4.094	4.111	4.248	4.245	4.139	4.173
10–15 Jahre	5.400	5.299	5.164	5.071	4.891	4.841	4.805	4.694	4.547	4.577	4.495
15–20 Jahre	6.030	5.815	5.611	5.550	5.451	5.374	5.569	5.346	5.211	5.022	4.953
20–25 Jahre	5.690	5.787	5.525	5.422	5.321	5.264	5.332	5.230	5.132	5.001	4.910
25–28 Jahre	3.330	3.205	3.146	3.262	3.380	3.377	3.509	3.463	3.386	3.270	3.194



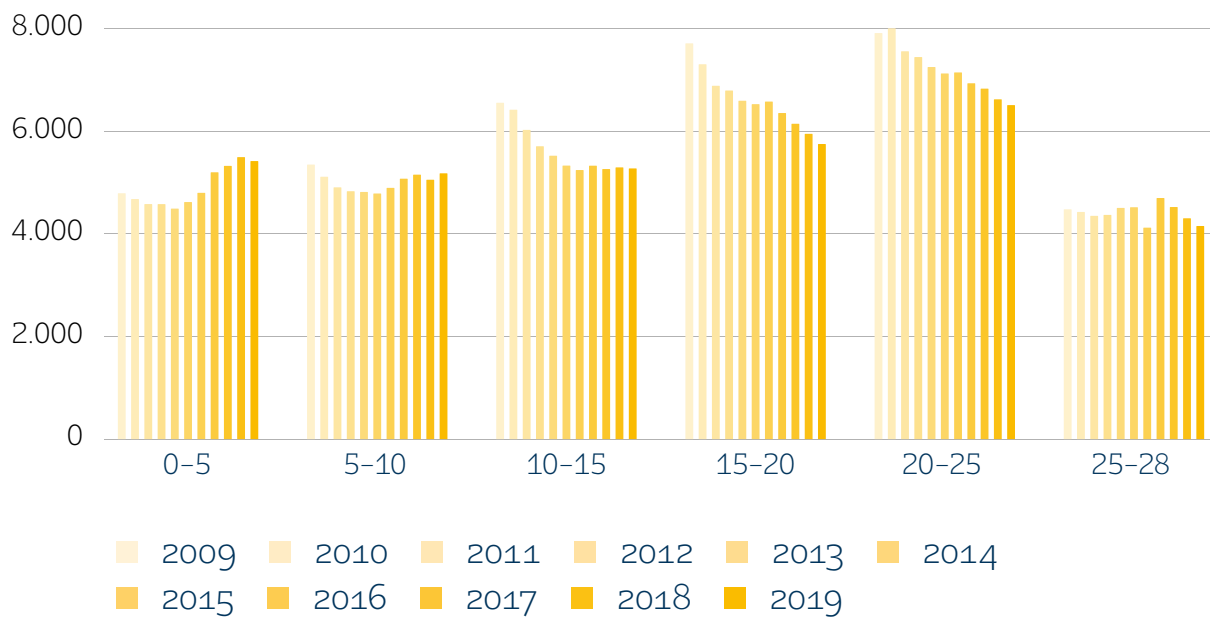
Landkreis Neunkirchen

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
0-5 Jahre	4.751	4.639	4.562	4.541	4.454	4.581	4.759	5.156	5.280	5.449	5.373
5-10 Jahre	5.304	5.069	4.864	4.789	4.775	4.745	4.854	5.031	5.109	5.011	5.135
10-15 Jahre	6.509	6.374	5.984	5.667	5.484	5.293	5.207	5.291	5.226	5.258	5.238
15-20 Jahre	7.667	7.262	6.854	6.753	6.555	6.489	6.539	6.539	6.109	5.914	5.717
20-25 Jahre	7.868	7.961	7.515	7.403	7.210	7.085	7.105	7.105	6.791	6.584	6.472
25-28 Jahre	4.434	4.383	4.308	4.326	4.461	4.474	4.680	4.806	4.478	4.261	4.112



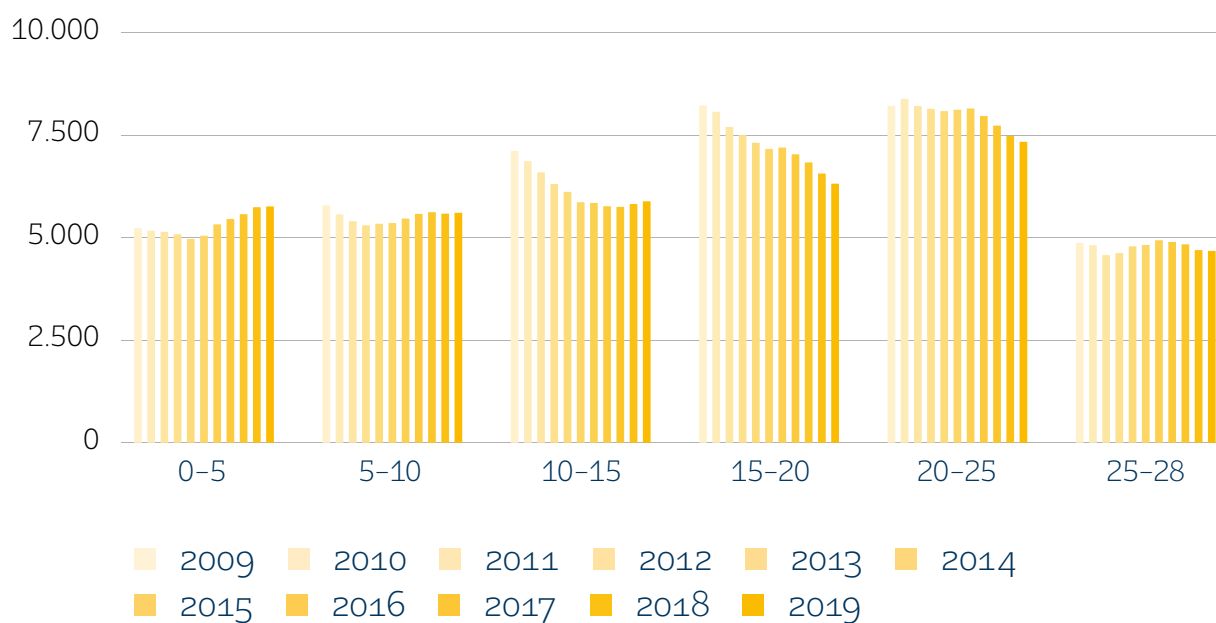
Landkreis Saarlouis

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
0–5 Jahre	7.162	7.187	7.023	6.972	7.032	7.253	7.587	7.863	8.075	8.252	8.235
5–10 Jahre	8.136	7.907	7.553	7.438	7.356	7.297	7.531	7.594	7.706	7.780	7.978
10–15 Jahre	9.766	9.501	9.102	8.677	8.370	8.167	8.122	7.973	7.938	7.940	7.886
15–20 Jahre	11.544	11.043	10.416	10.234	10.024	9.676	9.807	6.539	9.255	8.870	8.604
20–25 Jahre	11.615	11.729	10.998	10.849	10.752	10.696	10.511	10.224	9.999	9.832	9.527
25–28 Jahre	6.572	6.548	6.327	6.509	6.707	6.870	6.870	6.699	6.675	6.423	6.259



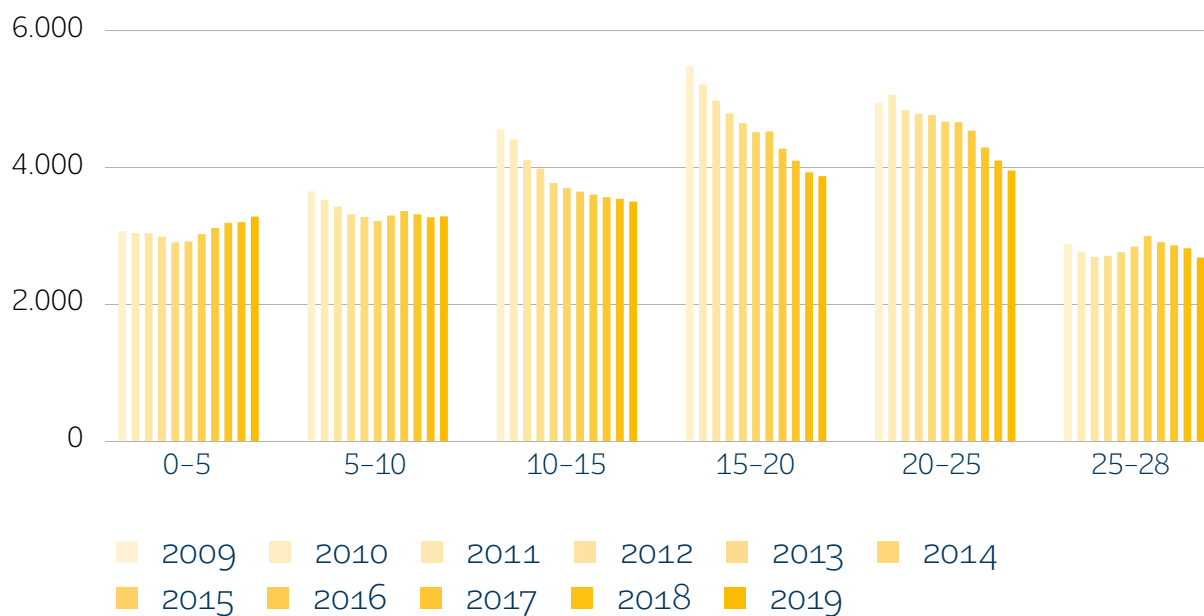
Saarpfalz-Kreis

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
00–5 Jahre	5.178	5.117	5.087	5.028	4.917	4.993	5.268	5.397	5.513	5.681	5.700
5–10 Jahre	5.728	5.508	5.344	5.245	5.283	5.299	5.409	5.520	5.562	5.526	5.548
10–15 Jahre	7.051	6.808	6.533	6.251	6.063	5.814	5.796	5.716	5.702	5.770	5.835
15–20 Jahre	8.160	8.007	7.640	7.443	7.258	7.109	7.141	6.978	6.782	6.154	6.268
20–25 Jahre	8.153	8.321	8.148	8.079	8.025	8.059	8.088	7.907	7.673	7.424	7.282
25–28 Jahre	4.811	4.757	4.519	4.566	4.729	4.763	4.876	4.834	4.778	4.639	4.620



Landkreis Sankt Wendel

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
0–5 Jahre	3.036	3.007	3.005	2.955	2.874	2.874	2.993	3.082	3.157	3.166	3.247
5–10 Jahre	3.618	3.494	3.394	3.284	3.246	3.246	3.266	3.330	3.282	3.240	3.254
10–15 Jahre	4.518	4.379	4.075	3.952	3.743	3.743	3.619	3.574	3.538	3.514	3.474
15–20 Jahre	5.446	5.176	4.945	4.759	4.617	4.617	4.497	4.246	4.072	3.904	3.848
20–25 Jahre	4.908	5.028	4.804	4.749	4.732	4.732	4.630	4.506	4.262	4.073	3.927
25–28 Jahre	2.848	2.729	2.660	2.677	2.677	2.728	2.961	2.873	2.827	2.785	2.651



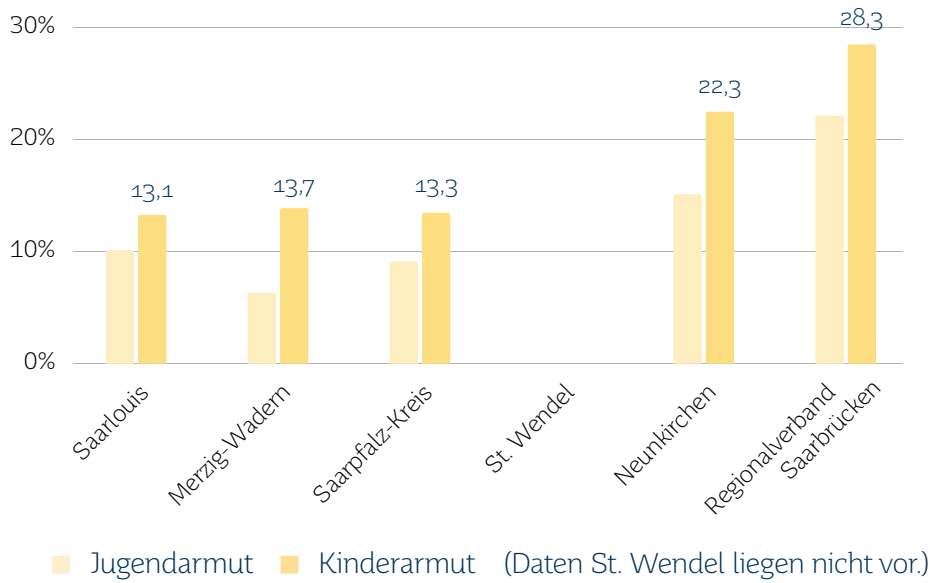


Diagramm V
Quoten der Jugend- und Kinderarmut in den Kreisen und dem Regionalverband Saarbrücken

Quelle: Wegweiser Kommune (wegweiser-kommune.de)

	insgesamt	0 – 3 Jahre		3 – 6 Jahre		6 – 11 Jahre		11 – 14 Jahre	
		zusammen	Quote *	zusammen	Quote	zusammen	Quote	zusammen	Quote
2010	31.485	3.794	17,8	21.903	94,4	6.472	15,5	126	0,4
2011	32.000	4.309	20,3	20.899	95,3	6.659	16,5	133	0,5
2012	31.912	4.680	22,1	20.638	95,0	6.462	16,5	132	0,5
2013	32.793	5.199	24,6	20.735	96,4	6.693	17,5	166	0,6
2014	33.097	5.656	27,1	20.748	96,5	6.563	17,5	130	0,5
2015	33.809	6.032	28,4	20.867	97,2	6.768	18,1	142	0,6
2016	34.965	6.402	28,6	21.268	95,8	7.171	19,0	124	0,5
2017	35.773	6.773	28,3	21.091	93,4	7.771	20,2	138	0,6
2018	35.895	7.009	28,6	21.470	93,0	7.330	18,7	86	0,4
2019	36.770	7.427	29,9	22.074	93,5	7.165	18,2	104	0,4
2020	37.431	7.326	29,8	22.568	91,8	7.428	19,0	109	0,5

insgesamt (0–14 Jahre)

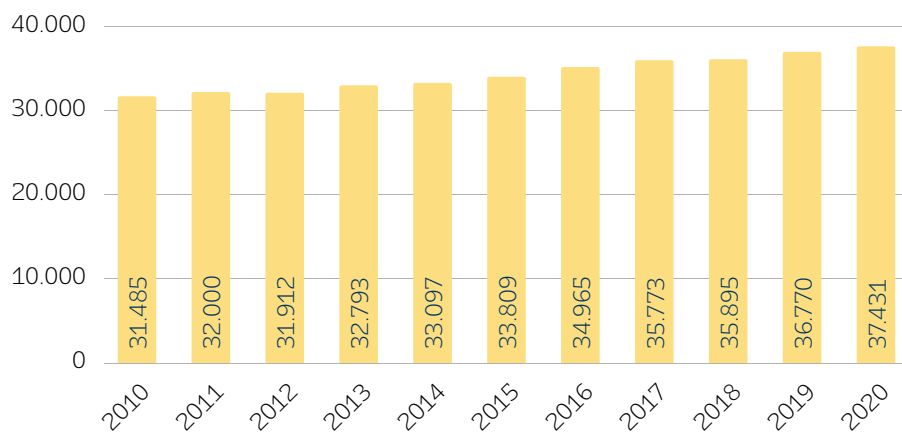
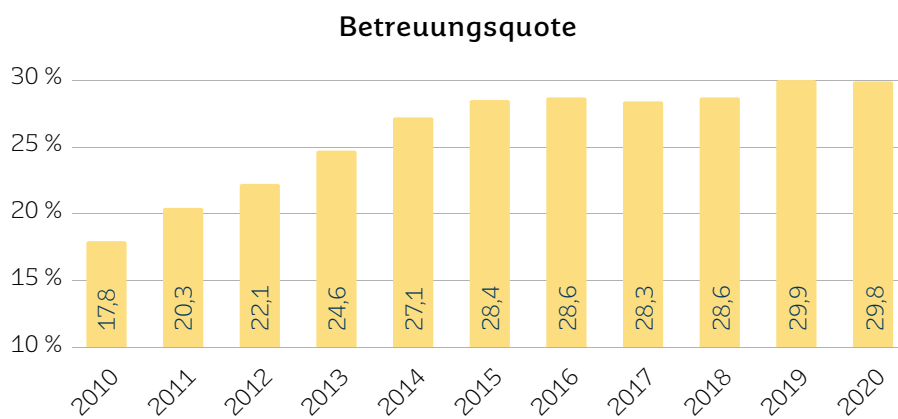
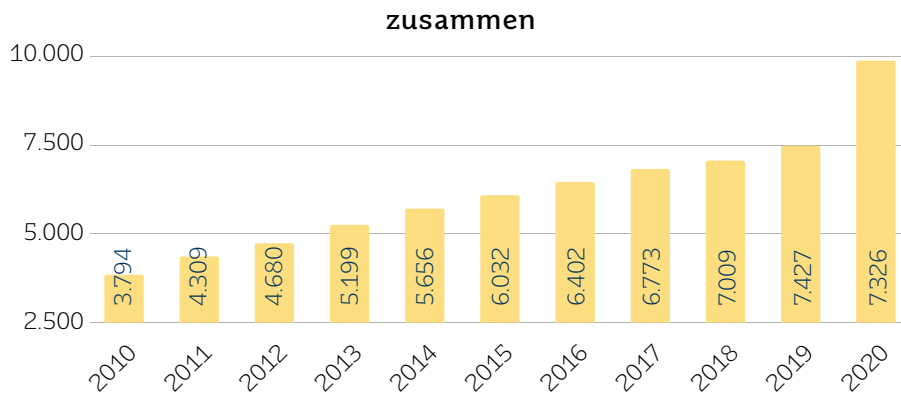


Tabelle II und Diagramme VI a–i

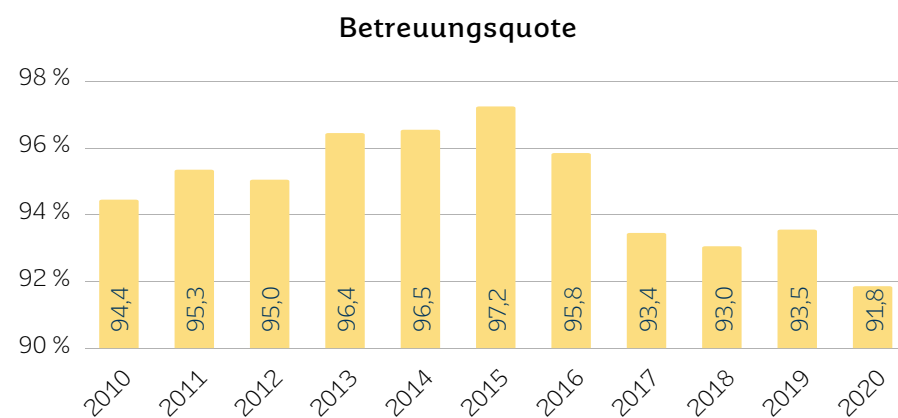
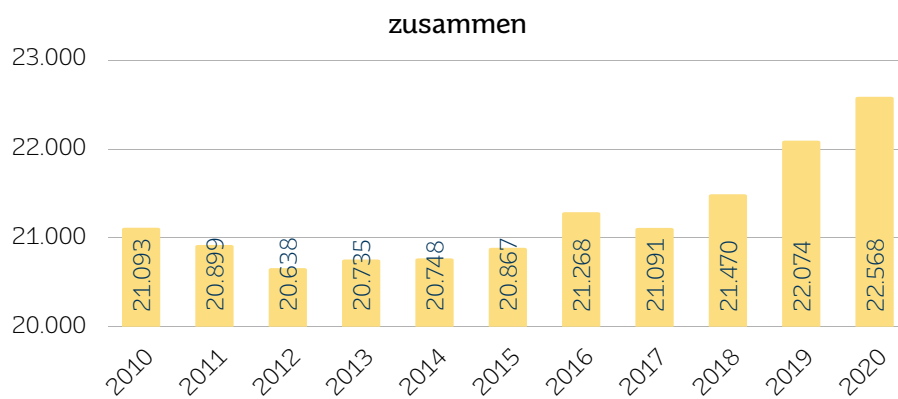
Kinder in Tages- einrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege im Saarland

Stichtag jeweils 01.03.
Quelle: Statistisches Amt
des Saarlandes

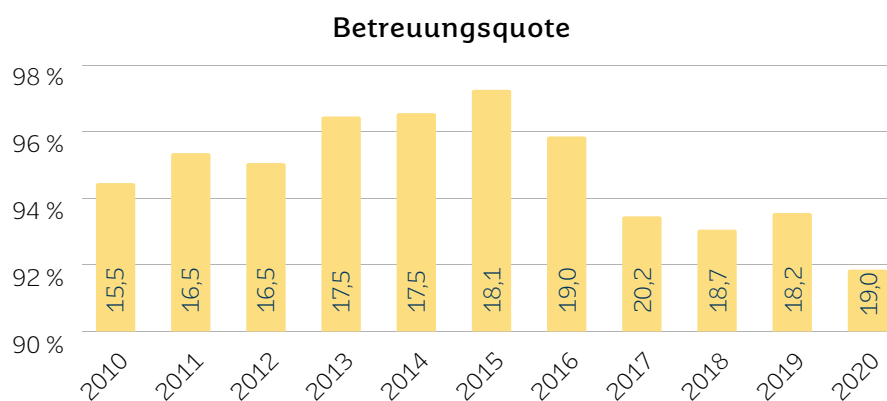
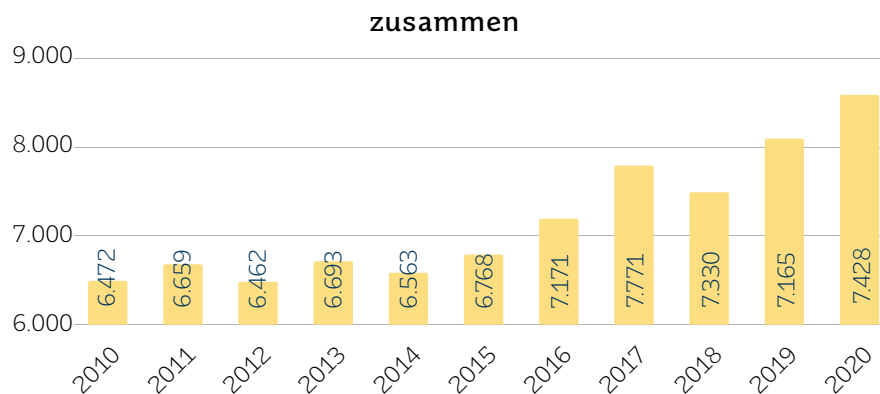
0-3 Jahre



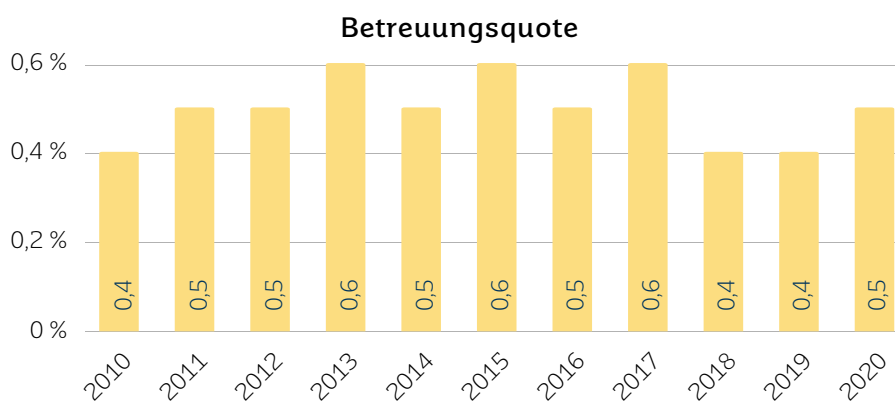
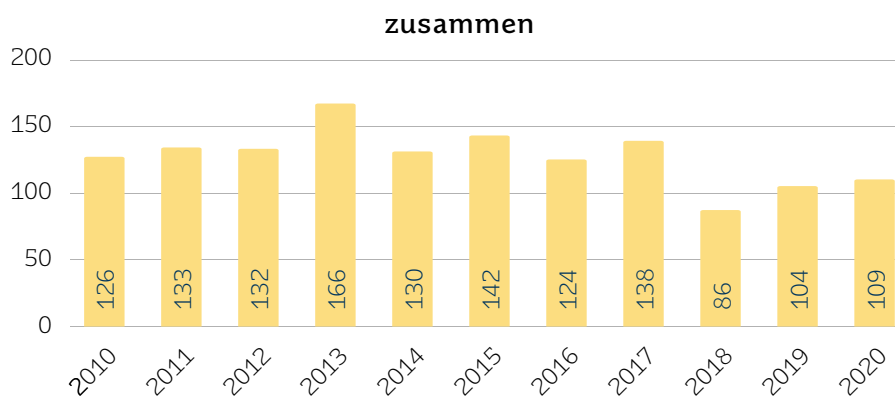
3-6 Jahre



6–11 Jahre



11–14 Jahre



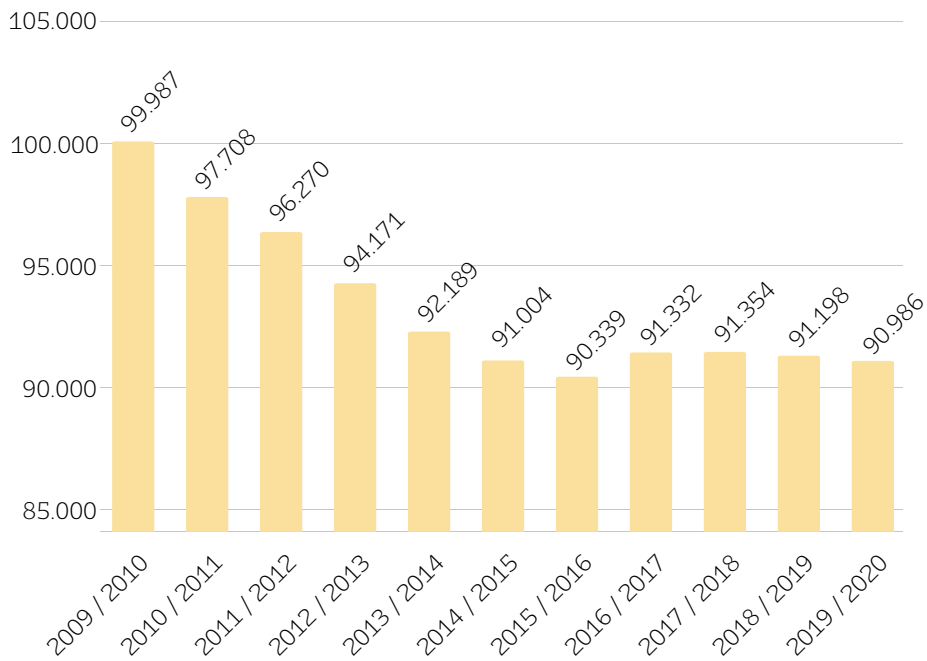


Diagramm VII
**Zahl von Schüler-
 innen und Schülern in
 Allgemeinbildenden
 Schulen im Saarland**

Quelle: Statistisches Amt
 des Saarlandes

Anhang 4

Projektbeirat

zum 5. Kinder- und Jugendbericht



Ein besonderer Dank gilt den Mitgliedern des Projektbeirats; diese haben in 8 Sitzungen die Erstellung des 5. Kinder- und Jugendberichts

- fachlich begleitet,
- wertvolle Hilfen und Anregungen bei der Entwicklung der zentralen Fragestellungen gegeben,
- bei der Bewertung der Untersuchungsinstrumente sowie der Auswertung und Interpretation der Ergebnisse hilfreich mitgewirkt und wichtige ergänzende Anregungen gegeben und
- durch kritische Würdigung des vorläufigen Abschlussberichts zum vorliegenden Ergebnis maßgeblich beigetragen.

Mitgewirkt im Projektbeirat haben

- **für den Landesjugendhilfeausschuss:**
Peter Klesen,
- **für die Liga der Freien Wohlfahrtspflege Saar:**
Udo Blank, Hanna Dietrich, Elisabeth Geiger, Birgit Luhmann, Sabine Schmitt,
- **für den Landesjugendring Saar e. V.:**
Stephanie Buchheit, Erik Meisberger, Georg Vogel,
- **für das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Saarlandes:**
Christoph Groß, Alexandra Heinen, Anne Laux, Dagmar Schuler, Monika Thon,
- **für das Landesjugendamt im Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie:**
Petra Funk-Chungu, Annette Reichmann, Christine Steinmetz,
- **für das Ministerium für Bildung und Kultur des Saarlandes:**
Monika Hommerding, Dirk Schäffner, Daniel Treser,
- **für das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr des Saarlandes:**
Alexander Brehm, Peter Engstler, Dr. Simon Musekamp, Dr. Christian Ramelli, Vincenzo Truglio,
- **für den Landkreistag des Saarlandes:**
Karoline Brase, Joachim Brill, Martina Decker,
- **für den Saarländischen Städte- und Gemeindetag:**
Reinhard Bläs, Michaela Rumschöttel, Markus Weigel

**Ministerium für Soziales,
Gesundheit, Frauen und Familie**
Franz-Josef-Röder-Straße 23
66119 Saarbrücken

www.soziales.saarland.de

 /MGSFF.Saarland

 @saarland_de

presse@soziales.saarland.de

0681 501-3097

www.soziales.saarland.de

Saarbrücken 2022